Montag, 6. Oktober 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 232 - 41.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109.

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,30 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL.

DIE WELT IM GESPRÄCH



Lee Iacoccas Höhenflug nach dem tiefen Sturz

Das Gespräch dauerte 45 Minuten. Als es endete, war aus dem Ford-Präsidenten der schlichte Bürger Lee Iacocca geworden – reich, aber arbeitslos. Henry Ford hatte ihn gefeuert. „Einfach so", sagt Iacocca, 61 Jahre alt, Sohn italienischer Eltern. Was er in jener düstersten Stunde seines Lebens am 13. Juli 1978 nicht ahnte: Sie war der Beginn eines Höhenfluges. Zunächst feierte er als Retter der maroden Chrysler-Werke ein glänzendes Comeback. Dann wurde er Bestseller-Autor, wurde „Mr. Success" und „Mr. America". Millionen Amerikaner wünschen sich ihn als nächsten Präsidenten. WELT-Korrespondent Fritz Wirth sprach mit Iacocca in Detroit. Seite 7

Sowjet-U-Boot gibt Rätsel auf. Gorbatschow informiert Reagan

Atomraketen an Bord? / Schewardnadse: Wir erfüllen Wiener Vereinbarung

DW. Brüssel

Rund vier Stunden nach einem Unfall auf einem sowjetischen Atom-U-Boot hat KPdSU-Chef Michail Gorbatschow US-Präsident Ronald Reagan über den Vorfall informiert. Knapp 1000 Kilometer nordöstlich der Bermuda-Inseln war das U-Boot am Freitag in Brand geraten. Nach sowjetischen Angaben kamen drei Menschen ums Leben.

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger nannte es interessant, daß Moskau Washington so rasch über den Schiffsbrand informiert habe. Westliche Diplomaten in Moskau sehen in der schnellen Benachrichtigung der USA das Bemühen der Sowjets, die Beziehungen der beiden Supermächte vor dem Treffen von Reagan und Gorbatschow in Reykjavik nicht zu belasten. Ein Verschweigen des Vorfalls hätte die Aussichten auf den „Vor-Gipfel" verhindern können, hieß es.

Nach Mitteilung des sowjetischen Außenministers Schewardnadse hat die Sowjetunion auch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien über den Vorfall informiert. „Wir erfüllen unsere Verpflichtungen aus dem Vertrag von Wien", sagte Schewardnadse. Moskau hatte sich vor kurzem ebenso wie die Vereinigten Staaten verpflichtet, der IAEO nicht nur Unfälle im zivilen, sondern auch im militärischen Nuklearbereich zu melden.

Ob das U-Boot mit Atomwaffen bestückt war, ist offen. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur „Tass" meldete, eine Expertenkommission in Moskau sei zu dem Schluß gekommen, daß keinerlei Gefahr einer nuklearen Explosion oder einer radioaktiven Verseuchung bestehe. Für Pentagon-Experten steht fest, daß das U-Boot der veralteten „Yankee I"-Klasse angehört. Die 130 Meter langen Boote dieser Klasse können nach Angaben des britischen Fachverlages „Jane's" 16 Atomraketen des Typs SS-N-6 oder zwölf Raketen des Typs SS-N-17 tragen, die zur Bekämpfung von Flächenzielen geeignet sind. Der Brand wurde inzwischen offenbar gelöscht.

cvb, Brüssel

Das in Brand geratene sowjetische Atom U-Boot war Bestandteil eines Verbandes strategischer und nichtstrategischer nuklear-getriebener Sowjet-U-Boote, der von der Kola-Halbinsel im Nordmeer in die Gewässer vor der amerikanischen Küste „marschiert" war. Dies wurde aus NATO-Marinekreisen bekannt. Der Verband stand, noch ehe er unter Wasser die Enge zwischen Grönland, Island und Großbritannien passiert hatte, rund um die Uhr unter der Bewachung der NATO-Seeaufklärung.

Der Unfall wurde nach diesen Informationen von der US-Marine-Aufklärung sofort bemerkt und den Marinekommando-Behörden in Norfolk (Virginia) gemeldet.

Wie bei der NATO verlautete, ist es ungewöhnlich, daß ein ganzer Verband sowjetischer U-Boote in einem Seegebiet kreuzte, in dem sich sonst nur „Einzelfahrer" aufhalten.

Marinefachleute vermuten, daß das Feuer durch einen Kurzschluß ausgelöst wurde. Zwischenfälle an sowjetischen U-Booten kamen in der Vergangenheit häufiger vor. Nach westlichen Erkenntnissen ist es möglich, daß der Reaktor des Bootes abgeschaltet werden konnte.

DER KOMMENTAR

Aufmarsch-Panne

CAY GRAF BROCKDORFF

Die Sowjets machen einen guten Eindruck. Da fängt eines ihrer Atom-U-Boote rund 1000 Kilometer nordöstlich der Bermudas unter Wasser zu brennen an und muß auftauchen. Schon geschieht Ungewöhnliches: Der Kreml setzt die US-Botschaft in Moskau von diesem Vorgang in Kenntnis und meldet alles über TASS einer aufhorchenden Welt. Ein neuer Stil nach Tschernobyl, wo Moskau tagelang die Wahrheit nur scheibchenweise rausrückte? Oder eine Demonstration der Friedfertigkeit eine Woche vor dem Gipfeltreffen auf Island?

Tatsächlich kam der Kreml nur der Weltöffentlichkeit zuvor. Die amerikanische Regierung war schon viele Stunden vorher von dem Unglück informiert, das dem sowjetischen Unterwasserfahrer unweit der US-Ostküste widerfahren war. Das Havarie-U-Boot fuhr in einem Großverband modernster sowjetische Atom-U-Boote, die von der Kola-Halbinsel kamen und durch NATO- und US-Seestreitkräfte ständig überwacht wurden. So erfuhr Washington von Moskau etwas, was es längst schon wußte. Und Moskau wiederum wußte, daß Washington alles wissen mußte.

Darüber teilte TASS nichts mit. Auch darüber, daß der Havarist in einem Verband unterwegs war, in einer ungewöhnlichen Massierung sowjetischer U-Boote vor der amerikanischen Haustür – sonst entsendet Moskau dorthin in der Regel nur Einzelfahrer – sagte TASS nichts. Während NATO-Marinestäbe noch rätseln, was die Sowjets zu solcher Atom-U-Boot-Aktivität auf der Höhe von New York veranlaßt hat, und zwar ausgerechnet im Vorfeld des Vor-Gipfels, beeilt der Kreml sich, mit Gesten der Aufgeschlossenheit die Welt zu beeindrucken. Und dann erzählt er doch nur die halbe Geschichte.

Zwei interessante Havarien. Erst der Brand von Tschernobyl und nun das brennende Atom-U-Boot: Falls der Aufmarsch eine Demonstration der Stärke sein sollte, steht Gorbatschow in Reykjavik nicht sonderlich eindrucksvoll da.

Reagan will keinen „Raketen-Gipfel"

Präsident fühlt sich durch die Teststopp-Auflagen des Repräsentantenhauses eingeengt

FRITZ WIRTH, Washington

Es wird auf dem amerikanisch-sowjetischen Vor-Gipfel in Island am Wochenende keine unterzeichneten Abkommen und keine geheimen Vereinbarungen geben, die über den Bereich der gegenwärtigen Abrüstungsgespräche in Genf hinausgehen. Diese Versicherungen gaben leitende Beamte der Reagan-Administration nach den ersten Vorbereitungskonferenzen für die zweite Begegnung zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow.

Das Format der Begegnung soll das gleiche sein wie vor einem knappen Jahr beim ersten Treffen beider Regierungschefs in Genf. Das Schwergewicht wird auf Gesprächen unter vier Augen der beiden Regierungschefs und nicht so sehr auf direkten Verhandlungen liegen. Versuche, dies zu einem reinen „Raketen-Gipfel" zu machen, werden von Reagan – ebenso wie seinerzeit in Genf – nicht geduldet. Ebensowenig will man es hinnehmen, Reykjavik zu einem sowjetischen Propagandaforum für neue nukleare Teststopp-Initiativen zu machen.

„Wir werden den Sowjets in Island klar machen, daß wir Verhandlungen und wirkliche Fortschritte in einem weiten Bereich von Problemen suchen", sagte Reagan in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache. „Zugleich aber sollten sie wissen, daß wir nicht bereit sind, nur um eines Übereinkommens wegen unsere Werte, Prinzipien und vitalen Interessen aufs Spiel zu setzen."

Gleichzeitig kritisierte Reagan scharf das Repräsentantenhaus, daß im vergangenen Monat das Raketen-Rüstungsprogramm der Administration durch finanzielle Restriktionen einzuschränken versucht und ihr Auflagen in der Nukleartestfrage gemacht hatte. „Diese Maßnahmen können erfolgreiche Diskussionen mit den Sowjets in Reykjavik gefährden", warnte Reagan. „Ich kann es mir nicht leisten, daß mir durch den Kongreß für diese Begegnung die Hände gebunden werden. Wir dürfen den Sowjets nicht den Eindruck vermitteln, daß sie vom Kongreß bekommen, was sie am Verhandlungstisch nicht erreichen können."

Er gehe mit einem „vernünftigen Maß an Optimismus" in diese Gespräche sagte er, denen er im übrigen „eine kritische Bedeutung" beimaß. Sie sollen von einer absoluten Nachrichtensperre für die Medien begleitet sein, wie es auch schon in Genf der Fall war.

Reagan wird am Donnerstag nach Reykjavik aufbrechen und am Sonntag nachmittag wieder die Rückreise antreten. Geplant sind insgesamt drei Gespräche unter vier Augen mit Gorbatschow und eine Gesamtsitzung beider Delegationen. Zur amerikanischen Delegation gehören Außenminister Shultz, der Abrüstungsberater Paul Nitze, die Leiterin der Europaabteilung im State Department Rozanne Ridgway, der Staatssekretär des Verteidigungsministerium Richard Perle und der Leiter der amerikanischen Abrüstungsdelegation in Genf, Max Kampelman.

Moskau steht hinter den Attacken auf „Solidarität"

„Illegale Aktivitäten" / Walesa verhört / Warschau droht

DW. Warschau

Einen Tag nach dem Verhör des polnischen Arbeiterführers Lech Walesa im Zusammenhang mit der Gründung eines „Provisorischen Rates" der „Solidarität" ist deutlich geworden, daß die Sowjetunion hinter dem erneut verschärften Kurs der Regierung gegenüber der verbotenen Gewerkschaft steht. Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat die Mitglieder des „Provisorischen Rats" gestern scharf angegriffen. Eine kleine Gruppe in Polen habe die Bedeutung der kürzlich erlassenen Amnestie nicht erkannt und versuche, zu der „Situation des Aufruhrs" zurückzukehren, wie sie vor der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 bestanden habe.

Der Rat der „Solidarität" versuche, illegale Aktivitäten wieder aufleben zu lassen. Der antisozialistische Charakter der verbotenen Gewerkschaft sei bereits vor einiger Zeit bewiesen worden. Polen befände sich gegenwärtig auf dem Weg des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts. Weder die inneren Feinde des Sozialismus, von denen es in der „Prawda" hieß, sie hätten den Kontakt zu der polnischen Bevölkerung verloren, noch ihre „Unterstützer im Westen" könnten diesen Prozeß stoppen.

Bei dem Verhör haben die polnischen Verwaltungsbehörden Lech Walesa sowie fünf der sieben Mitglieder des „Provisorischen Rats" vor weiterer politischer Tätigkeit gewarnt. Wie Jozef Pinor, ein Mitglied des Rats, im Anschluß an die Vernehmung mitteilte, wurde ihm eröffnet, daß die Verwaltungsbehörde in Danzig ein Ermittlungsverfahren wegen der Entstehung des „Provisorischen Rats" eingeleitet habe. Er sei gewarnt worden, daß hinsichtlich der Tätigkeit des Rats ein Artikel aus dem Strafgesetzbuch herangezogen werden könnte, der illegale und geheime Organisationen verbietet.

Walesa wies den Verdacht, der Rat sei gegen die Regierung gerichtet, zurück. Das Komittee wolle einen Beitrag zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Umweltprobleme des Landes leisten und stelle keine Bedrohung für die Regierung dar.

Zeichen der Verhärtung auf Seiten der Regierung in Polen ist auch die Reaktion auf das jüngste Angebot der „Solidarität" für einen Dialog (WELT v. 4./5.10.). Regierungssprecher Urban erteilte der Offerte eine klare Absage. Die Regierung lehnte Arbeiterführer Walesa und die Führung der „Solidarität" als Partner für eine Verständigung in Polen ab und bezeichnete sie als „Extremisten".

Urban verband diese Darstellung mit einer Warnung: Die Mitglieder des Rates brächten die Behörden dazu, in aller Strenge Gesetze gegen sie anzuwenden.

POLITIK

Rücktritt: Einer der vier Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten der UdSSR, der Russe Iwan Archipow (79), ist „aus gesundheitlichen Gründen" abgelöst worden. Er war 1980 unter Tichonow in dieses Amt berufen worden. Dem ZK der KPdSU gehört er seit 1976 an. (S. 5)

Terrorismus: Führende Vertreter des palästinensischen und islamischen Terrorismus sollen sich bereits im August zu einem Gipfelgespräch in Teheran getroffen haben, unter ihnen die weltweit gesuchten arabischen Terroristen Abu Mussa und Abu Nidal. (S. 6)

Todesstrafe? Der französische Justizminister Albin Chalandon schließt nicht aus, daß im Kampf gegen den Terrorismus in Frankreich die Todesstrafe wieder eingeführt wird. Die Welle der Gewalt könne es nötig machen, „alle Waffen" dagegen einzusetzen.

Welthungerhilfe: „Ernährung sichern aus eigener Kraft" heißt das Motto der „Woche der Welthungerhilfe", die Bundespräsident Richard von Weizsäcker eröffnet hat. Die Hilfe soll sich künftig stärker darauf konzentrieren, Nahrungsmittel in der Dritten Welt vor Ort zu produzieren.

Menschenwürde: Die „Herstellung" menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken und „Leihmutterschaften" darf es nicht geben: Ministerpräsident Vogel mahnt in einem WELT-Beitrag, sich schützend vor menschliches Leben zu stellen. (S. 4)

Frei: Der sowjetische Bürgerrechtlicher Jurij Orlow und seine Frau Irina sind am Sonntag aus der UdSSR in die USA geflogen. Die Freilassung des 61 Jahre alten Physikers war in der vergangenen Woche zwischen Washington und Moskau vereinbart worden.

WIRTSCHAFT

Verschuldung: Staatliche Kreditaufnahme ist nur zu vertreten, wenn infolge einer Rezession Mindereinnahmen ausgeglichen oder Mehrausgaben abgedeckt werden müssen. Dies ist das Fazit einer Untersuchung zur „Staatsverschuldung in der Bundesrepublik", die der Bund der Steuerzahler in Bonn vorgelegt hat. (S. 11)

WELT-Report: Innovationsschübe der Informations- und Kommunikationstechnik brauchen für die Betriebspraxis einen Orientierungsrahmen. So hoffen die Kunden beispielsweise auf flexiblere Tarife sowie verbesserten Service bei den zahlreichen Diensten der Bundespost. WELT-Report Telekommunikation (S. I bis IV).

KULTUR

Kleist: „Der zerbrochene Krug" einfach ins Berlinische verlegt – geht das? In der „Tribüne" passiert es, ohne daß der Jux angetastet wird. Nur die Schauspieler sprechen jetzt sozusagen bequemer. Das Stück wirkt näher, gemütlicher, etwas harmloser. (S. 17)

Symposium: Die offene deutsche Frage mit ihrer europäischen Dimension und Komplexität war Dreh- und Angelpunkt der Debatte um nationale Identität, Geschichtsbewußtsein, historisches Eigengewicht. Symposium der Schleyer-Stiftung (S. 17)

SPORT

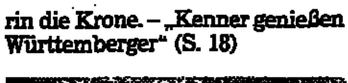
Tennis: Das deutsche Team gewann das Spiel um den Klassenerhalt der Ersten Division im Daviscup gegen Ekuador mit 5:0. Eric Jelen siegte gestern gegen Raul Viver mit 6:4, 6:3. Den Schlußpunkt setzte Boris Becker mit 7:5, 8:2 gegen Andres Gomez. (S. 16)

Schach: Nach zwei unverständlichen Fehlern von Anatolij Karpow gewann Weltmeister Garri Kasparow die 22. Partie um die Weltmeisterschaft. Er benötigt aus den beiden letzten Partien nur noch einen halben Punkt, um seinen Titel zu verteidigen. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Markenpiraten: Auf Mallorca für wenig Geld einen schmucken Lederkoffer eines Münchner Nobelherstellers kaufen zu können – wer hätte nicht seine Freude daran. Doch meist handelt es sich nur um Produkte geschickter Fälscher. Plagiate im Wert von mehreren 100 000 Mark hat eine deutsche Detektei zusammen mit der spanischen Polizei kassiert. (S. 18)

Weinkönigin: Die 19 Jahre alte Studentin für Weinbau und Kellerwirtschaft Helga Drauz (Foto) aus Heilbronn ist zur neuen deutschen Weinkönigin gewählt worden. Im zweiten Wahlgang gewann die forsche Württembergerin die Krone. – „Kenner genießen Württemberger" (S. 18)





Am 27. Oktober sollen die Waffen ruhen

Ein Appell des Papstes zum „Gebetstag für den Frieden" / Johannes Paul II. in Taizé

DW. Taizé/Lyon

Papst Johannes Paul II. hat die Jugend der Welt aufgerufen, die Kirchen zu erneuern. Am zweiten Tag seines Frankreich-Aufenthaltes sagte der Papst gestern bei einem Besuch der ökumenischen Brüdergemeinschaft in Taizé, die Kirchen brauchten die Begeisterung, den Mut, die Talente und die Leidenschaft der jungen Menschen für Versöhnung, um das Evangelium in die Welt zu tragen und damit die Welt zu erneuern.

In der Versöhnungs-Kirche der von dem Schweizer Roger Schultz gegründeten Gemeinschaft ermahnte der Papst die Jugend jedoch auch, sich Christus eng anzuschließen und über seine Worte nachzudenken.

Nur so könnten sie den notwendigen inneren Frieden und einen scharfen Blick für den „Skandal" finden, der darin liege, daß die christlichen Kirchen und Gemeinschaften „noch immer nicht voll in der Wahrheit des Glaubens und der Liebe versöhnt" seien, so Johannes Paul II. Der Papst würdigte den Einsatz der Brüder von Taizé für die Einheit der Christen.

Am ersten Tag seines Frankreich-Besuchs hatte der Papst die Konfliktparteien in aller Welt für wenigstens einen Tag zum Waffenstillstand aufgerufen und damit ein Signal weit über die katholische Kirche hinaus gesetzt. In Lyon sagte Johannes Paul II., am 27. Oktober, an einem von ihm ausgerufenen Tag des Gebets für den Frieden, sollten die Waffen schweigen. Sein Appell richte sich auch an die, die sich terroristischer Methoden bedienten. „Mögen sie rasch wieder zu menschlichen Gefühlen zurückkehren". Alle Kämpfenden sollten den Tag nutzen, um über ihre Motive nachzudenken. Für den 27. Oktober hat der Papst zu einem Treffen von Repräsentanten aller Konfessionen und Religionen im italienischen Wallfahrtsort Assisi eingeladen.

SEITE 18:
Ars und sein Heiliger

Der Sprecher des Vatikans, Navarro, teilte mit, daß in Staaten, die diplomatische Beziehungen zum Vatikan unterhielten, der jeweiligen Nuntius Gespräche mit den Regierungen über eine eintägige Waffenruhe führen werde.

Außerdem sollten Bischöfe Kontakt zu Guerrilla-Gruppen aufnehmen. Doch wolle die Kirche sich grundsätzlich nicht an Friedensverhandlungen beteiligen, berichtete Navarro.

Am Samstag nachmittag hatte der Papst den Lyoner Arbeiterseelsorger Antoine Chevrier selig gesprochen. Im Geiste Chevriers rief Johannes Paul II. die reichen Länder auf, zum Nächsten ihrer armen Brudervölker zu werden. Diese bäten nicht um Almosen, sondern um die Beachtung ihrer Probleme, um Gerechtigkeit in den Handelsbeziehungen und Investitionen, um großzügige Solidarität in Notsituationen, um langfristige Hilfe für ihre Entwicklung und vor allem um Achtung vor ihrer Würde auch in der Armut.

Bartoszewski zitiert Weizsäcker

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Der polnische Historiker und Publizist Wladyslaw Bartoszewski hat den ihm verliehenen Friedenspreis des deutschen Buchhandels sozusagen stellvertretend für sein Volk bekommen. In der Frankfurter Paulskirche nannte er den Preis auch eine „Anerkennung des Weges aller meiner Landsleute, die mit großer Opferbereitschaft, in stillem Widerstand und dabei mit weit größerem Realitätssinn, als man ihn oft den Polen zuschreibt, ihre Stimme zur Verteidigung der ethischen und sozialen Grundwerte erheben". Mehrfach zitierte der Preisträger aus der Gedenkrede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985.

In seiner Laudatio für Bartoszewski, der Auschwitz, aber auch die Verfolgung durch das kommunistische Regime der Nachkriegszeit überlebte und gleichwohl seit vielen Jahren unermüdlich für die deutsch-polnische Aussöhnung eintritt, sagte der bayerische Kultusminister und Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hans Maier, über den Preisträger: „Was diesem Mann seit 1939 widerfahren ist, was er erlebt und überlebt hat, das ist schier unglaubhaft." Im Grunde sei es „wider alle Vernunft, daß ein so Gepeinigter, Verfolgter seinen Widersachern nicht mit Haß und Verachtung heimzahlt, sondern ihnen mit Überlegenheit, Offenheit, Neugier, ja mit Versöhnlichkeit, mit freiem und großmütigem Lachen begegnet."

SEITE 2:
Ein Pole zur Vertreibung
SEITE 5:
Bartoszewskis Rede

Bartoszewski, fügte Maier hinzu, sei ein keineswegs bequemer Mann. Er liebe den Streit und trage ihn aus: „Gängige Meinungen reizen ihn zum Widerspruch. Im Kreis der allzu schwerelos Friedensbewegten wirkt er in seinem harten Realismus manchmal wie ein steinerner Gast. Für ihn zählt nicht der gute Wille, sondern das Tun des Guten."

Das Gespräch zwischen Polen und Deutschen sei in den vergangenen Jahrzehnten wiederaufgenommen worden. Auch wenn die deutsche Politik „jener mutigen Selbstbehauptung von Solidarnosc und den Opfern des Kriegsrechts einiges schuldig geblieben ist – in der deutschen Bevölkerung, und zwar in breiten Kreisen, ist doch etwas in Bewegung geraten. Man spürte, daß in Polen auch unsere Sache – die Sache der Freiheit, der Menschenrechte – verhandelt wurde."

Der Völkermord der Nationalsozialisten an Juden und Polen, betonte Maier, sei „ein Unrecht, über das nie Gras wachsen wird." Aber Männer wie Bartoszewski zeigten mit ihrer Gestalt und ihrem Werk „verschüttete Möglichkeiten eines deutsch-polnischen Gesprächs." Ihm gebühre staunender, ungläubiger, bewundernder Respekt: „Man ruft so oft nach Vorbildern. Er ist eins."

Kampagne gegen „Privatisierung"

DW. Köln

Unter dem Motto „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen" haben der DGB-Vorsitzende Ernst Breit und die Vorsitzenden der Postgewerkschaft (DPG) und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) am Wochenende in Köln eine gemeinsame Kampagne gegen die Bundesregierung gestartet. Die Gewerkschaften argumentieren, daß sie eine Privatisierung der Bundespost befürchten. Das würde zu einem Wegfall von 30 bis 50 Prozent der Arbeitsplätze führen, sagte die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies.

Postminister Christian Schwarz-Schilling hatte sich bereits in der vergangenen Woche gegen diese „Verunsicherungskampagne" zur Wehr gesetzt. Keiner der im Bundestag vertretenen Parteien habe einen Antrag auf Privatisierung gestellt. Schwarz-Schilling stellte klar, daß „überhaupt nicht beabsichtigt ist, das Netzmonopol der Bundespost aufzugeben".

Niedrigere Wahlbeteiligung?

DW. Hannover

Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen zeichnete sich gestern nachmittag eine etwas niedrigere Wahlbeteiligung ab als vor fünf Jahren. Bei strahlend schönem Wetter gaben bis drei Uhr 46 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme für die Neuwahl der Kreistage sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente ab. Bei den Kommunalwahlen 1981, als eine Wahlbeteiligung von insgesamt 76,2 Prozent registriert wurde, waren es um diese Tageszeit 48 Prozent gewesen, bei der Landtagswahl im Juni dieses Jahres 53 Prozent. Mit landesweiten Endergebnissen wird erst für heute morgen gerechnet.

Während die CDU ihre 1981 sowohl in den Kreisen als auch in den Gemeinden im Landesdurchschnitt errungene absolute Mehrheit verteidigen will, hat sich die SPD zum Ziel gesetzt, möglichst viele der damals verlorenen Rathäuser zurückzuerobern.

Seite 4: Ausgeglichene Lager

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein Pole zur Vertreibung

Von Joachim Neander

Wenn Deutsche in deutschen Angelegenheiten Ausländer zitieren (sie tun das offenbar mit größerem Eifer als andere Völker), dann verleihen sie ihnen gern den Titel „unverdächtige Zeugen". Gegenüber einem Mann wie dem polnischen Friedenspreisträger Wladyslaw Bartoszewski wäre dieses „unverdächtig" *eine Beleidigung. Hier ist eine Gestalt,* die durch das moralische Gewicht des Erlebten, ihres Erduldens, Redens und Handelns weit über jede vordergründig-innenpolitische Tagesverwertung hinausragt. Um so genauer sollte die deutsche Öffentlichkeit hinhören.

In drei wichtigen Fragen hat Bartoszewski deutsches Denken und Argumentieren neu anzuregen versucht. Er hat an die fast dreißig Jahre alte Feststellung von Karl Jaspers erinnert, nach der Frieden ohne Freiheit und Freiheit ohne Wahrheit unmöglich sei. Auch ein „durch Angst aller Beteiligten für den Augenblick bestehender Friede" sei kein wirklicher Friede.

Er hat weiter die eigentlich sehr naheliegende Frage gestellt, ob es nicht eines der wichtigsten Ziele einer „aufrichtig idealistischen", in den europäischen Organisationen der Friedensbewegung tätigen Jugend sein müßte, dem „düsteren, verbrecherischen Treiben" der Terroristen entgegenzutreten.

Und er hat schließlich zum Thema Vertreibung Formulierungen gefunden, die scheinbar blockierte Gleise der Verständigung neu öffnen. Die Vertriebenen – Deutsche wie Polen – seien Opfer des vom Dritten Reich verursachten Krieges, sagte er. Die völlige Aussöhnung von Völkern jedoch sei psychologisch und gesellschaftlich viel zu schwierig, als daß man sie allein durch öffentliche Erklärungen und Verträge von Politikern bewerkstelligen könnte. Menschen ihre Heimat zu nehmen sei, hüben wie drüben, „nie eine gute Tat, sondern immer eine böse Tat, selbst wenn man keinen anderen Ausweg aus einer bestimmten historischen und politischen Lage sieht".

Dies ist eine sehr weise Antwort, Bestätigung *und* Ergänzung zu den bemerkenswerten Formulierungen, die schon der Bundespräsident in seiner Gedenkrede zu diesem Thema gefunden hatte.

Haie und kleine Picker

Von Eberhard Nitschke

Achtung: „Privatisierungshaie" und „Rosinenpicker" sind unterwegs, und die Mitarbeiter der Deutschen Bundespost haben sich in Köln bei dem, was man gern „machtvolle Demonstration" nennt, zum Kampf gegen diese gefährlichen Tiere entschlossen.

Nein, es waren nicht die 500 000, die das bundesweite Unternehmen in Betrieb halten. Es waren wenige tausend, die postwendend das glaubten, was ihnen die Deutsche Postgewerkschaft erzählte. Nach deren Behauptung hat Postminister Christian Schwarz-Schilling vor, den angeblichen Empfehlungen einer 1985 eingesetzten „Regierungskommission Fernmeldewesen" folgend, beste Stücke seines Markenartikelimperiums in die Zähne gutzahlender privater Interessenten zu schieben.

Nun hat Schwarz-Schilling zwar im April 1986 gesagt: „Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, das Post-, Postbank- oder Fernmeldwesen zu privatisieren." Aber an solchen Kleinigkeiten darf man nicht kleben, wenn es gegen „Haie" und „Picker" geht. Eine *„Kampagne" steht bevor, Motto: „Rettet die Post,* rettet das Fernmeldewesen!" Schließlich haben wir Wahlkampf, und die Gewerkschaften müssen sich als Anti-Privatisierer profilieren – vornean die Truppe des alten Postgewerkschaftlers Ernst Breit, der eben hochnotpeinlich zu einer Privatisierungs-Affäre einvernommen wurde.

Da lohnt es sich schon für den Postminister, an die 500 000 lieben Mitarbeiter ebenso viele Briefe mit nachdrücklichem Dementi zu schicken. Die 400 000 Mark Porto, die das bei der freien Wirtschaft kosten würde, sind gut angelegtes Geld. Ein Sprecher des Postministerium auf Anfrage der WELT: „Die Postgewerkschaft hat einen Popanz aufgebaut."

Solche Phänomene können beachtliche Lebensdauer haben. Sie zappeln schon deswegen so anschaulich-schaurig, weil der Minister tatsächlich gesagt hat, Breitbandverkabelung und direktstrahlende Satelliten gehörten nicht zum Kernbereich der Post. Bei dieser Sachlage bedient sich die Postgewerkschaft jetzt in Beantwortung des Ministerbriefes des „Flugblatts". Vielleicht in Erinnerung daran, daß Deutschlands erste Flugpost, inklusive der Flugmarke, eine private Sache war.

Wenn Bobby wiederkehrt

Von Leonid Hoerschelmann

Bobby Ewing, der Gut- und Schönling aus „Dallas", soll also an seinen alten Platz zurückkehren. Zwar ist er damals vor unser aller Augen den Verkehrs(helden)tod gestorben. Aber dies und alles, was uns „Dallas" seitdem serviert hat, soll jetzt bloß ein Traum gewesen sein, aus dem wir gefälligst aufzuwachen haben.

Die Gründe für diese unternehmerische Entscheidung aus der Trivialitätenbranche tragen eher Zufallscharakter. Die Leute vor dem Schirm haben's so gewollt, weil ihnen das übriggebliebene männliche Personal vermutlich entweder nicht schön, nicht reich, nicht edel oder nicht nett genug erschien. Und hinterm Schirm hat der bereits ausgestiegene Mime der Kunstfigur Bobby E. angesichts verdoppelter Gage plötzlich auch nichts mehr dagegen.

Aber was läßt sich daraus lernen? Erstens: Die Möglichkeiten des Fernsehens sind erheblich größer, als man dachte. Zweitens: Die Ansicht, der Zuschauer verlange vom Medium Fernsehen, es müsse ganz besonders realitätsträchtig daherkommen, ist ein Ammenmärchen. Drittens: Das Publikum nimmt Konfektions- und Endlosprodukte wie „Dallas" oder „Denver" viel weniger ernst und tragisch als die düstere Schar seiner Kritiker.

Daß es in der Wirklichkeit ganz anders zugeht, das wissen die Leute auch ohne ständige Belehrung. Das gilt sogar für die Mythen dieser wirklichen Welt. Es gibt einen anderen Bobby namens Fischer. Der war als unumstritten bester Schachspieler der Welt fast eine Legende. Vor zwölf Jahren gab er Titel, Geld und Ruhm preis und tauchte unter. Seitdem geistert seine Rückkehr durch die verschiedensten Gerüchte.

Aber niemals könnte Bobby F. so einfach wiederauferstehen wie Bobby E. Er, das geheimnisvolle, geistig umnachtete Genie, müßte dann gegen seine Nachfolger antreten. Er könnte verlieren, den eigenen Mythos zerstören. Enttäuschung oder gar Zorn schlügen ihm entgegen. Bobby E. hat es leichter. Er muß nur die durch seinen zum Traum erklärten Tod ausgebliebene Entscheidung zwischen zwei Frauen nachholen. Er jedenfalls wird es überleben, solange die Gage reicht.



Noch ein Paket, in Moskau überreicht BENSON/THE ARIZONA REPUBLIC

Die Ölspur von Genf

Von Hans Baumann

Die Welt schaut gespannt nach Genf. Dort treffen heute die zuständigen Minister der dreizehn Ölförderländer zusammen, die sich vor sechsundzwanzig Jahren zur Interessengemeinschaft der Erdöl fördernden Länder zusammengeschlossen haben, zur Opec, die zu Unrecht Kartell genannt wird.

Ziel dieser Konferenz ist der Versuch, die am 15. August nach sechswöchigem harten Ringen erzielte Übereinkunft zu verstetigen, auch künftig die Förderung von Rohöl gedrosselt zu halten, um die Hektik aus dem Welt-Ölmarkt zu nehmen und die Ölpreise zu stabilisieren.

Die Ölspur von Genf ist bisher eine Fährte der Vernunft. Von einem Tiefstpunkt um acht Dollar für Nordseeöl aus dem Feld Brent ist bis heute der Ölpreis je Faß (159 Liter) diszipliniert auf 14 bis 15 Dollar aufgebaut worden. Der Opec ist es gelungen, die Förderung bei rund 17 Millionen Faß pro Tag zu stabilisieren. Da der Ölbedarf der Welt aber steigt, ist es denkbar, daß die Opec zum Winter bis zu 20 Millionen Faß liefern kann, um diesen Bedarf zu decken.

An diesem Punkt kann es in Genf wieder zu Auseinandersetzungen kommen. Geduld war noch nie die Stärke der Mehrzahl der Opec-Länder. Folglich wird die Forderung laut werden, die Förderquote von 16,7 Millionen Faß vom 15. August im Vorgriff auf den anziehenden Ölbedarf zu erhöhen.

Das Argument liegt auf der Hand: Wer an dem zunehmenden Bedarf partizipieren will, der muß beizeiten Marktanteile an sich ziehen. Da die Opec aber nur noch zu gut fünfzig Prozent zur Welt-Ölversorgung beiträgt, werden die nicht zur Opec gehörenden Ölländer solche Bemühungen zu vereiteln suchen. Ergebnis: Die Preise geraten erneut unter Druck.

Doch die Opec sollte aus jüngster Vergangenheit gelernt haben und taktisch behutsam am Markt operieren. Schließlich verkaufte sie schon im ersten Halbjahr 1986 zwanzig Prozent mehr Öl, doch sie erlöste dafür rund ein Drittel weniger, weil die Preise unter dem Druck der Mengen verfielen.

Eine andere Front könnte sich in *Genf aufbauen, die die Beibehaltung* der bisherigen Förderquote fordert. Sie wird das bessere Argument haben: Selbst auf die Gefahr, daß bei anziehender Nachfrage der Opec-Lieferanteil relativ zurückgeht, könnte eine gedrosselte Förderung die Verbraucher weltweit bewegen, ihre hohen Bestände abzubauen, die in den Monaten der Tiefstpreise für Öl aufgebaut wurden.

Gelänge ein solcher Plan, was bei Preisen für Öl in der Größenordnung von heute durchaus denkbar ist, so begäben sich die Verbraucher ihrer strategischen Reserve, mit der sie nach Abbau der gegenwärtigen Überschüsse am Welt-Ölmarkt Preiserhöhungstendenzen parieren könnten.

Welchen Weg die Opec von Genf aus auch gehen mag, das Resultat wird in jedem Fall weitgehende Einigkeit darüber sein, daß die eingeleitete Stabilisierung des Ölmarktes fortgeführt werden muß.

Nie hat die freie Welt auf ein solches Ergebnis so spektakulär gesetzt wie diesmal. In Washington wurde von den Gläubigern des hochverschuldeten Öllandes Mexiko – das nicht zur Opec gehört – ein Kreditpaket von zwölf Milliarden Dollar geschnürt. Wer soviel Geld auf den Schuldenberg von 98 Milliarden legt, muß sicher sein, daß Mexiko sich dieser Bürde mit steigenden und stabil bleibenden Ölpreisen entledigen wird – womit schließlich sonst?

Auch ein anderes Ölland, das nicht Mitglied der Opec ist, signalisiert Kooperationsbereitschaft: Ägypten. Es hat vor Genf verkündet, daß es seinen Ölpreis stabil halten wird – trotz der gegenwärtigen Ölschwemme. Und der Ölminister von Saudi-Arabien, der Opec-Vordenker Scheich Yamani, hat sich auf einer geheimen Mission in Oslo sagen lassen müssen, daß Norwegen nur dann eine moderate Ölpolitik betreiben werde, wenn die Opec geschlossen Kurs auf Stabilisierung des Ölmarktes halte.


Vom Markt diszipliniert: Opec-Vordenker Yamani FOTO: AP

Alle diese Beispiele lassen sich bilanzieren zu dem Ergebnis, daß *die Macht der Opec gebrochen ist,* daß ihr von außen (vom Markt!) die Kalkulierbarkeit ihrer Handlungen aufgezwungen worden ist. Die Instrumente des Preis- und Mengendiktats, die die Opec sogar als Waffen im Kampf gegen Israel einzusetzen suchte, sind ihr aus der Hand geschlagen worden. In Genf kann sie erneut beweisen, daß sie diese disziplinarische Lektion beherzigt hat.

Natürlich ist die Opec nach wie vor dank ihrer erheblichen Reserven an Öl eine bedeutende Macht im internationalen Öl-Poker. Mit dem entscheidenden Unterschied allerdings, daß nun auch die Ölhabenichtse mit Trümpfen am Spieltisch sitzen. Sie haben nicht nur Öl gespart, eigene Quellen gesucht und gefunden, den Weltgashahn bis zum Anschlag aufgedreht und die Atomkraft gegen alle kurzsichtigen Widerstände entwickelt. Sie sind auch dabei, mit Milliardeninvestitionen die Kohle zu einem sauberen Brennstoff zu machen und sie so ökologisch vom Makel der *Menschenfeindlichkeit* zu befreien. Das Öl der Opec ist nur noch eine von mehreren Energien.

Noch ein Signal kann von Genf zukunftweisend ausgehen: besonnenes, den Gesetzen von Angebot und Nachfrage gehorchendes Verhalten. Es wird dazu beitragen, jene Stimmen in unserem Lande zu ersticken, die den einzigen freien Teil unseres Energiemarktes, eben den des Öls, auch noch an die Kette von Steuern und Dirigismen legen möchten. Es sind die Verwaltungswirtschaftler, die nie begreifen werden, daß der Markt ein viel feineres – und auch grausameres – Instrument ist als Eingriffe von Funktionären, die den Markt durch Ideologien ersetzen möchten. Sie sollten sich bei der Opec umhören. Die *kann bestätigen, daß es der Markt* war, die Freiheit letztendlich, die ihre Karawane absattelte.

IM GESPRÄCH Edward J. Perkins

Er bleibt dabei

Von Fritz Wirth

Am Freitag suchte Jesse Jackson, der demokratische Spezialist für die Nebeneingänge in der Weltpolitik, Edward Perkins in seinem Büro des State Departments auf und beschwor ihn: „Tu es nicht!" Aus dem Kongreß kamen scheinbar mitfühlende Warnungen: „Dies ist ein Job für Verlierer, laß die Finger davon!" In den Wochen zuvor hatten zwei geachtete Männer den gleichen Job abgelehnt – dennoch blieb die Antwort von Edward Perkins die gleiche: „Ich habe dem Präsidenten ‚Ja' gesagt, ich bleibe dabei."

So wird Edward Perkins als Nachfolger von Herman Nickel der nächste Botschafter Washingtons in Pretoria sein, wenn der Senat seine Zustimmung gibt (was allgemein erwartet wird). Das Besondere daran: Edward Perkins wird der erste farbige US-Botschafter in Südafrika sein.

Das ist ein Signal. Edward Perkins ist ein lebendiger und immerwährender amerikanischer Einspruch gegen die Apartheid. Zugleich sollte seine Ernennung das Klima zwischen Kongreß und Administration entspannen und dem Sanktionsveto des Präsidenten mehr Gewicht geben. Diese Kalkulation ging nicht auf.

Perkins hat sich von den Manövern um seine Ernennung nicht beirren lassen. „Ich gehe nach Südafrika, um dort die Politik meiner Regierung zu vertreten. Und ein Bestandteil dieser Politik sind die Sanktionen, die in der letzten Woche im Kongreß Gesetz wurden." Der Satz beschreibt die Welten, die ihn vom Bürgerrechtler Jackson trennen. *Er ist kein Ideologe,* sondern ein Diplomat. Er glaubt an Lösungen durch Dialog, nicht an Konfrontationen.

Edward Joseph Perkins, 58 Jahre alt, ist ein freundlicher Mann von riesenhaftem Wuchs, dessen diplomatische *Konzilianz* täuscht. Hinter seinen sanften Umgangsformen verbirgt sich ein harter Kern. In Oregon, wo er aufwuchs, war er ein respektabler Football-Spieler; seine Militärzeit im amerikanischen Marine Corps machte ihn noch widerstandsfähiger.


Glaubt an Dialog statt Konfrontation: neuer Südafrika-Botschafter Perkins (rechts, im Gespräch mit Jesse Jackson) FOTO: DPA

Nach seiner Dienstzeit in Korea erwarb er an der Universität von Südkalifornien seinen Doktortitel und trat ins State Department ein, das ihn an die Botschaften in Iran, nach Japan, Thailand und Ghana entsandte. Von 1983 bis 1985 leitete er die Westafrika-Abteilung im amerikanischen Außenministerium, Mitte 1985 ging er als Botschafter nach Liberia.

Seine Kollegen bezeichnen ihn als einen der fähigsten US-Diplomaten, ruhig, nervenstark und souverän in Krisensituationen. Er spricht drei Fremdsprachen – Thai, Französisch und Japanisch – und ist ein erstklassiger Administrator. Auf diesem Gebiet hat er promoviert.

Perkins kommt am Wendepunkt der amerikanischen Südafrikapolitik vom „konstruktiven Engagement" zur harten Sanktionspolitik nach Pretoria. Seine Gesprächspartner in Pretoria sind gut beraten, diesen neuen Mann nicht zu unterschätzen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Fuldaer Zeitung

Sie notiert zu Barzel:

Damals waren Zeitungen, Funk und Fernsehen voll von Vorverurteilungen. Heute ist die Angelegenheit *nur noch einen Einspalter* wert, und viele werden überhaupt keine Notiz davon nehmen. Über die Fernschreiber lief eine Meldung von genau 20 Zeilen: Das Ermittlungsverfahren der Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen Rainer Barzel wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung wurde eingestellt.

Badische Zeitung

Das Freiburger Blatt gibt in der Asylfrage zu bedenken:

Daß die Innenminister der SPD-regierten Länder bei der Abschiebepraxis von abgelehnten Asylbewerbern dem Drängen der Union nachgegeben haben, hat eine doppelte Ursache: Zum einen liegt hier tatsächlich ein Problembereich vor, weil die Zahl derer erheblich ist, die kein Asyl erhalten haben und dennoch in der Bundesrepublik geblieben sind. Zum anderen sieht sich auch die SPD in Wahlkampfzeiten jenem populistischen Stimmungsdruck gegenüber, der zunehmend die Asyldebatte bestimmt. Doch es wäre fatal, wenn Entscheidungen über Menschen und Menschlichkeit von einem solchen Druck diktiert würden.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie spürt einen Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt:

Was ins Gewicht fällt, ist der kräftige *Zuwachs der Beschäftigten, mit* anderen Worten: die tatsächlich neu und zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze. Sie belaufen sich mittlerweile auf über eine Viertelmillion, und sie sind das wahre Signal, daß der Trend auf dem Arbeitsmarkt nach oben weist.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie schreibt zum Honecker-Besuch in Moskau:

Selten zuvor ist ein Besuch Erich Honeckers in Moskau von so geringem direkten Informationswert gewesen wie diesmal ... Nur die üblichen Floskeln von Herzlichkeit und Freundschaft und die Demonstration deutscher Einheit im sozialistischen Geiste durch das gemeinsame Auftreten vom DDR-Staatsratsvorsitzenden, vom bundesdeutschen DKP-Chef und vom Berliner SED-Vorsitzenden bei der Einweihung des Thälmann-Denkmals. *Was dabei allerdings* auffiel, war das besonders intensive Drängen eines sehr selbstbewußten Honecker auf konkrete Ergebnisse beim Gipfel in Reykjavik.

THE OBSERVER

Die Londoner Zeitung kommentiert zum Labour-Parteitag:

Vielleicht war es nur Pech, daß gerade zu dem Zeitpunkt, wo die Partei die einseitige Abrüstung beschloß, Zeichen auftauchten, daß der von der Linken so sehr verspottete multilaterale Weg Ergebnisse zu liefern versprach. Das Treffen zwischen Präsident Reagan und Gorbatschow in dieser Woche in Reykjavik wird vielleicht noch kein Abkommen über die Abschaffung der Mittelstreckenwaffen aus Europa bringen. Aber die Tatsache, daß so ein Abkommen jetzt *diskutiert wird, nimmt der moralischen* Entrüstung den Wind aus den Labour-Segeln.

In der Medienpolitik nur ein „Sowohl-Als-auch"

Hintergründe der Unions-Haltung beim Hamburger Kompromiß / Von Gernot Facius

Lothar Späth, der „Einfädler" des Medienkompromisses von Hamburg, spricht von einem „wesentlichen Schritt nach vorn", sieht aber die Ministerpräsidenten „nicht über den Berg".

Denn gegen das Herzstück im „Rahmenpapier" – zwei der vier auf den künftigen Fernsatelliten TV-SAT zur Verfügung stehenden Kanäle an die ARD und das ZDF zu vergeben und die anderen beiden Kanäle privaten Veranstaltern zu überlassen – hat Holger Börner wie erwartet seinen Widerstand angemeldet. Kernsatz der hessischen Protokollnotiz: „Die Achtung vor dem Bundesverfassungsgericht sollte es verbieten, seine Entscheidung zu präjudizieren."

Börner, dessen grüner Koalitionspartner in Wiesbaden privaten Rundfunk radikal ablehnt, sofern er sich nicht „alternativ" geriert, hofft, daß die Karlsruher Verfassungsrichter seine Blockadepolitik rechtlich untermauern – sprich den ungeliebten Privatfunk mit Pluralitätsverpflichtungen befrachten – werden. Am 4. November will Karlsruhe den Spruch verkünden. Vorher schaltet Börner weiter auf Verweigerung.

Und doch bahnt sich eine Wende in der sozialdemokratischen Medienpolitik an. Börners SPD-Kollegen, auch Johannes Rau, tragen nämlich die Absicht mit, bundesweit eine „gleichgewichtige Aufteilung" der Frequenzen vorzunehmen. Denn nur durch eine solche „Gleichgewichtigkeit" kann der Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern gefördert werden. Ob sich der Hesse nach Karlsruhe und nach der Bundestagswahl dieser „Wende" anschließt? Sein Parteifreund Glotz hat ihm kürzlich kräftig die Leviten gelesen: „Ohne die CDU kriegt man keine Gebührenerhöhung und keine vernünftige Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Systems."

Denn das Ja der SPD zu dem Hamburger „Rahmen" ist auch deshalb möglich geworden, weil die Unionsländer eine zusätzliche Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks versprochen haben. Hinter der Bereitschaftserklärung, die öffentlich-rechtlichen und vor allem die kleineren Anstalten „finanziell abzusichern", steckt das stillschweigende Einverständnis zu einer Gebührenerhöhung.

Kein Wunder, daß ARD und ZDF den Hamburger „Rahmen" enthusiastisch begrüßen. Man achte auf die Semantik: Lothar Späth sprach von einer „Gegenleistung" an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dem eine „Garantie" für seine Entwicklungschancen gegeben werde. Den Privaten werden allenfalls Chancen für eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen eröffnet. Die bisherigen Monopolisten können ihre Satellitenprogramme unter technisch besseren Voraussetzungen und mit politischer Duldung ausdehnen.

Der Zuschauer, der seit Jahrzehnten auf die ihm versprochene „Verbreiterung" der Meinungsvielfalt im Äther wartet, hat auf kurze Frist noch nichts von der „Einigung" im Norden. Er kann nur weiter hoffen. Wenn etwa Staatssekretär Schreckenberger vom Kanzleramt und der Geschäftsführer von SAT 1, Jürgen Doetz, fast übereinstimmend meinen, die Rahmeneinigung dürfe nicht zu einer „unnötig langen" Verzögerung der Entscheidungen über die Nutzungen der Frequenzen führen, so äußern sie eine realistische Befürchtung. Vor allem: Was wird jetzt mit den Teilstaatsverträgen, der langen umkämpften Nord- und Südschiene?

Der Freistaat Bayern hat, vertreten durch den Staatskanzleichef Edmund Stoiber, das Hamburger Ergebnis als Resultat der „beharrlichen Medienpolitik der bayerischen Staatsregierung" gewürdigt. Stoiber sieht sogar eine „Bestätigung der Richtigkeit dieser Politik". Warum? München hat, kommt es tatsächlich zur Einigung, seine alte Forderung durchgesetzt, der „Landeszentrale für neue Medien" Anteile an der Rundfunkgebühr zuzugestehen. Aber noch mehr: Die bayerische Staatsregierung und die CSU möchten nicht, daß am Rundfunk in „öffentlich-rechtlicher Trägerschaft und öffentlicher Verantwortung" allzu fest gerüttelt wird. Stoiber war es, der kürzlich in einem Antwortbrief an den bisherigen Vorsitzenden des medienpolitischen Koordinierungsausschusses der CDU/CSU, Werner Remmers (Hannover), einräumte: „Die bayerische Staatsregierung und die CSU haben in den letzten Jahren nicht allein auf den Privatfunk gesetzt, sondern wollten auch den Bestand und die Fortentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleisten."

Der CSU-Mann pflichtete dem CDU-Mann bei, daß „die Medienpolitik der Marktöffnung zugunsten privater Veranstalter bei den eigenen Anhängern leider keine sehr breite Mehrheit findet". Dies sei einer der Gründe, „warum die CSU seit langem den ‚Sowohl-Als-auch-Standpunkt' vertritt". Stoiber weiter: „Deshalb habe ich mich ja gegen eine rein marktwirtschaftliche Richtung in der Medienpolitik ausgesprochen und für eine qualitätsorientierte Linie." Man wird in einigen Monaten sehen, welchen Erfolg ein „Sowohl-Als-auch-Standpunkt" haben kann.



In der Diaspora ein Tempel für die Kunst

Ungewöhnlich ist der Standort: Emden. Ungewöhnlich ist der Initiator und Sammler: Henry Nannen. Ungewöhnlich ist die Idee einer Kindermalschule. So war es nicht verwunderlich, daß zur Eröffnung der Emdener Kunsthalle auch der Bundespräsident zu Gast war.

Von MARIANA HANSTEIN

Es ist der kleinste Museums-Neubau der Republik und er liegt weitab im ostfriesischen Emden, doch hat er genügend Wirbel verursacht, um Presse und Kunstinteressenten so neugierig zu machen, daß sie in Scharen zur Eröffnung erschienen.

Die Emdener Kunsthalle ist nicht nur insofern etwas Besonderes, weil sie sich in jener als amusisch geltenden Region, sozusagen in der kulturellen Provinz befindet, sondern vor allem, weil sie sowohl von der Sammlung als auch vom Gebäude her das Produkt eines einzigen bekannten Mannes ist. Henri Nannen hat sie ersonnen und ganz nach seinem Gusto realisiert, und sie ist – das muß gleich gesagt werden – keine kleine Nebengabe an die Geburtsstadt, sondern die Schenkung des gesamten Vermögens und Lebenswerks zugleich.

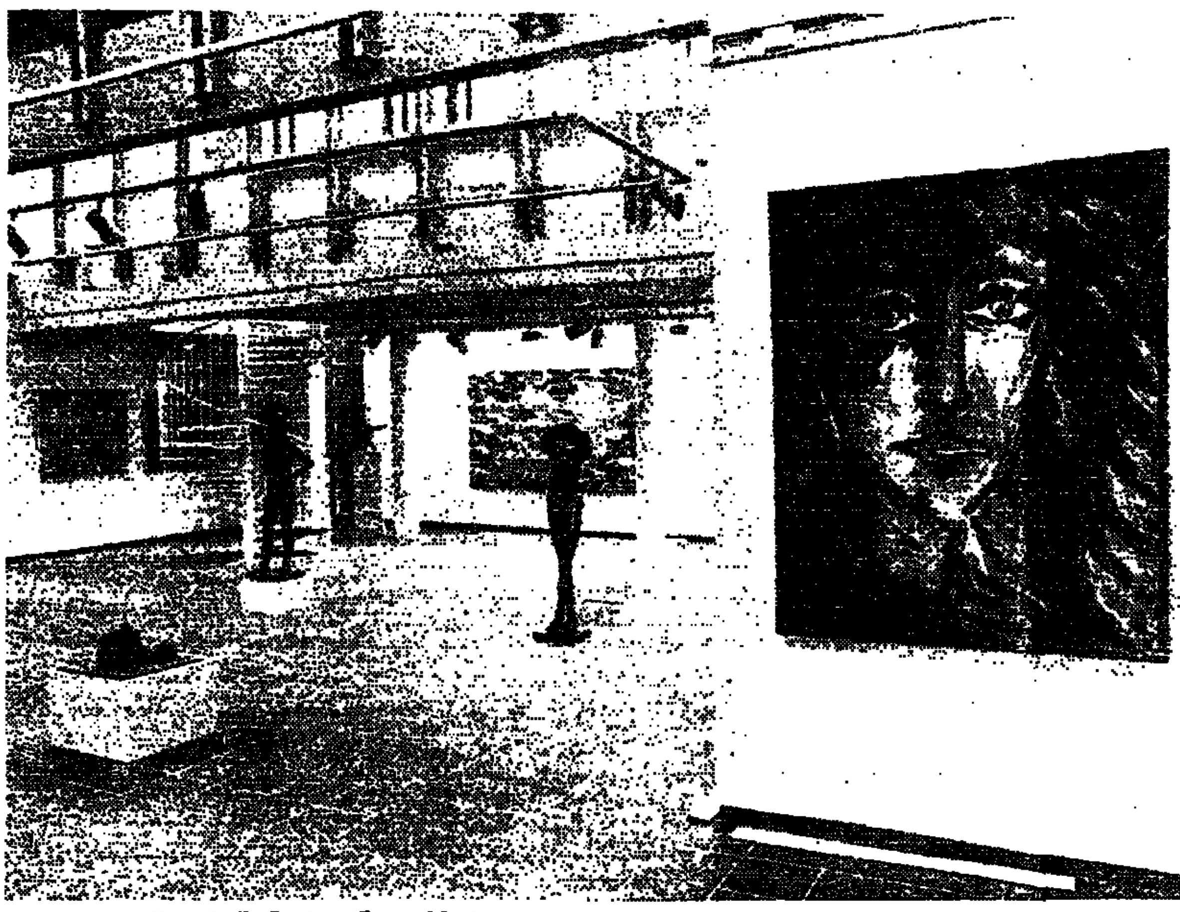
Alles begann mit seinem Abschied vom „Stern" nach 33 Jahren im Dezember 1983, dem ein kurzes Intermezzo als Kunsthändler folgte. Die Liebe zur Kunst des deutschen Expressionismus hatte der ehemalige Student der Kunstgeschichte schon seit langem. Das erste Bild war ein Geschenk von Gabriele Münter, das war in Murnau in den vierziger Jahren. Als der wirtschaftliche Erfolg es ermöglichte, kaufte Nannen, was ihm gefiel, Gemälde, Zeichnungen, Graphiken und Skulpturen. Die Angewohnheit, nur seinem persönlichen Geschmack und Interesse zu folgen und dokumentarische Zwänge zu mißachten, hat Henri Nannen auch noch in den letzten Jahren beibehalten, als das Museums-Projekt konkrete Gestalt annahm.

Und so liegt sicher auch der größte Reiz der Sammlung in der naiven Frische und der Entdeckerfreude, die den passionierten Stifter und Anstifter auszeichnet. Das eher instinktive als systematisch geplante Entstehen ist aber auch ebenso typisch für das Projekt selbst, und so häufen sich die Geschichten und Histörchen, die Nannen mit Pathos und Humor zu erzählen weiß.

Bettelzüge bei den Künstler-Witwen

Allein die sogenannten Bettelzüge, die er unternahm, als die eigenen Mittel nicht ganz ausreichten, können Bände füllen. Sie fangen an bei Leihgaben von Künstlerwitwen – hier erhielt Nannen zum Beispiel einige bedeutende Skulpturen –, und sie enden bei den Fliesen für Küche und Toiletten, die ihm ein Hersteller stiftete.

Auch das Land Niedersachsen hat sich in die friesische Museums-Euphorie mitreißen lassen: 430 000 Mark flossen aus Mitteln der Wirtschaftsförderung dem Museumsneubau zu und 400 000 Mark aus dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Insgesamt kostete der Bau etwa 6,5 Millionen Mark. Da Nannens Vermögen inzwischen erschöpft ist und andererseits auch Betriebs- und Folgekosten zu bedenken sind, hat er den Bettelstab noch nicht aus der Hand gegeben und jüngst auch noch einen Verein zur Förderung der Kunsthalle initiiert. Gedeckt sind die jährlichen Kosten von 400 000 DM zwar bislang noch nicht, doch kann er für die Zukunft mit Zuversicht auch auf Unterstützung von seiten der Stadt Emden rechnen. Zudem hofft der unermüdliche Macher, der, wenn es notwendig ist, selbst auf die Leiter klettert, auch auf die Hilfe von vorwiegend jungen Menschen, die unentgeltlich aus Engagement verschiedenste Tätigkeiten verrichten könnten.



Kunsthalle Emden: Eine erfrischende Begegnung mit der Kunst des 20. Jahrhunderts
FOTO: PETER MEYER/FORUM

Dennoch ist die Entstehung dieses Museums allein aus dem Willen und der Passion eines Amateurs alles andere als unprofessionell. Das Haus steht, die Sammlung hängt, und Bundespräsident Richard von Weizsäcker erwies ihm die Köln kürzlich versagte Ehre. Und der Präsident bezeichnete den Bau als „Ausdruck alten friesischen Gemeinsinnes". Kunst sei kein Luxus und kein Zeitvertreib, sie drücke vielmehr das Lebens- und Zeitgefühl aus und fordere den Betrachter gerade dann zur Toleranz auf, wenn er ein Werk nicht begreife. Deshalb sei auch, so Weizsäcker, die Verbindung von dem Ausstellungsbau mit einer Kindermalschule „ein glücklicher Gedanke".

Die Kunsthalle liegt ruhig an einer bewaldeten Kanalbiegung und doch im Herzen der Stadt. Der Architekt Friedrich Spengelin aus Hannover entwarf einen zurückhaltenden und unprätentiösen Klinkerbau aus verschiedenen versetzten Baukörpern, die, abschirmend und sich öffnend zugleich, eher an skandinavische oder holländische Vorbilder erinnern. Schon der Eingang ist funktionaler Verteilerpunkt und kein Prachtraum. Von hier aus führt eine Treppe hinauf in die eigentlichen Ausstellungsräume, rechts ist die Cafeteria mit einem Tiffany-Fenster aus Nannens ehemaliger Hamburger Wohnung und links die Museumsverwaltung. Von hier aus überblickt man zugleich auch den Skulpturenhof, in dem eine monumentale Plastik, eine überlebensgroße weibliche Figur von Gerhard Marcks, herausragt.

Neben den Gemälden ist Nannens Skulpturensammlung vor allem deshalb von Interesse, weil hier die von den Museen der Bundesrepublik eher stiefmütterlich behandelte deutsche figurative Skulptur mit hervorragenden Arbeiten von Barlach, Kolbe, Kasper, Marcks, Blumenthal und Stadler sowie dem jüngeren Kölner Peter Grossbach vertreten ist. Im oberen Geschoß klärt sich das etwas enge Bild in eine fließende Raumlandschaft von zwei großen Sälen mit Oberlicht und kleineren Kabinetten. Gehängt wurde hauptsächlich nach optischen Gesichtspunkten, wobei immer wieder Beziehungen zwischen Gemälden, Zeichnungen und Graphiken hergestellt werden.

Den emporsteigenden Besucher empfangen zunächst zwei Bilder von Max Beckmann, „Quappi im grünen Kleid" und eine prachtvolle italienische Landschaft aus den dreißiger Jahren. Manch vertrauter Künstler ist gleich rechts daneben zu sehen, etwa Kokoschka, Otto Mueller und Emil Nolde, während man zur linken Seite hin Nannens umfassendes Kontingent von Bildern aus der Neuen Sachlichkeit erblickt. Die unorthodoxe Gegenüberstellung von Bekanntem und Gesichertem mit weniger Bekanntem ist typisch für Nannens Sammlung – und wenn auch sein Instinkt nicht immer glücklich war, so gibt es doch in der neuen Konstellation auch interessante Entdeckungen, die dieses Vorgehen rechtfertigen.

Magischer Realismus und Blauer Reiter

Eine davon ist der Maler Hans Ludwig Katz, der 1934 nach Südafrika emigrierte und in Deutschland völlig vergessen wurde. Fünf faszinierende Bilder dieses Künstlers besitzt die neue Kunsthalle. Sie erinnern zum Teil an den magischen Realismus eines Christian Schad, aber ebenso auch an die sinnbildhaften Anspielungen eines Beckmann. Das gewiß tragfähigste Fundament des neuen Museums ist die Sammlung expressionistischer Kunst mit hervorragenden Beispielen der Brücke-Gruppe und des Blauen Reiters sowie kapitalen Bildern der großen Einzelgänger Nolde und Rohlfs.

Nannen, das wird beim Rundgang durch die Sammlung deutlich, ist ein Mann der starken Gesten, dem Farben und Gefühle offensichtlich mehr bedeuten als komplizierte kunsttheoretische Konzepte. Und so wie er als „Stern"-Macher intuitiv immer wußte, was seine Leser wollten, so scheint er auch aus dem Bauch zu wissen, was Kunst ist. Daß diese intuitive Sicht auch Gefahren birgt, merkt man spätestens bei den Ankäufen zeitgenössischer Kunst. Diese ist zweifellos die schwächste „Abteilung" seines Hauses, weil wirkliche Maßstäbe fehlen. Mit einem angeblichen Stilpluralismus unserer Zeit ist dies nicht zu rechtfertigen. So bleiben einzelne „wilde" Bilder von Salomé oder Middendorf, mit denen man den expressiven Faden hätte weiterspinnen können, ebenso wirkungslos wie die wenigen Arbeiten des Informel oder einzelner norddeutscher Künstler. Und der alte Satz, weniger wäre mehr gewesen, drängt sich einem auf.

Hier gibt es genug Möglichkeiten für den jungen Leiter des Hauses, Thorsten Rodiek, durch Wechselausstellungen Nannens Geschenk wirkungsvoll zu ergänzen. Es hängt letztendlich auch von seinem Geschick ab, was aus der neuen Kunsthalle werden wird: ein Haus der Begegnung mit Neuer Kunst, ein lebendiges Kunstzentrum also, oder ein Provinzmuseum.

Auf die Frage, ob er Dank verdiene für sein Museum, meint Nannen, keine Opfer gebracht und selber mehr gewonnen als gegeben zu haben. Er werde in Kürze 73 und mitnehmen könne er nichts. Mit einem Haus auf den Bahamas etwa wüßte er zudem weniger anzufangen, als wenn er am Sonnabend über den Emdener Wochenmarkt gehe.



Zur Einweihung ein Bild des achtjährigen Mal-Schülers Sebastian: Der Bundespräsident bedankt sich, und der „Vater" der Kunsthalle, Henry Nannen, freut sich
FOTO: PETER MEYER/AP

Auch die Naturfreunde werden zu einer Landplage

Ausgerechnet die Nationalparks, in denen Pflanze und Tier besonderen Schutz und Ruhe finden sollen, werden von einer Flut von Erholungssuchenden überschwemmt. Gibt es einen gangbaren Weg, sie zu bremsen? Ist die Rückkehr zur „Ur-Natur" oder die Pflege der „Kultur-Natur" der richtige Weg?

Von DANKWART GURATZSCH

„Der Tourist – und gerade der deutsche – will ein sauberes Land sehen, und dies bedeutet letztendlich auch Erhaltung der Natur." Die beherzte Dame, die dieses Votum auf der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin vortrug, konnte kaum ahnen, in wie viele Fettnäpfchen sie damit trat: bei den Naturschützern, bei den Anhängern der „unberührten Natur", bei den „Abenteuertouristen".

Sie machen eine immer größer werdende Gemeinde aus – aber darin liegt das Paradox: Nicht nur die Scharen der Naherholer, Reisegesellschaften, Sportler, Jäger und Angler fallen wie Heuschreckenschwärme über die Natur her – auch die Naturfreunde selbst werden zu einer Landplage.

Schlimm sind die Auswirkungen gerade in jenen Gebieten, in denen Natur und Landschaft – und damit hochempfindliche Biotope und Arten – geschützt werden sollen: Naturparke, wo der Tourismus erklärtermaßen im Vordergrund steht, Naturschutzgebiete und Nationalparke, wo die Schutzziele Priorität haben.

Unter dem Druck eines rasend voranschreitenden Biotop- und Artensterbens sind diese Schutzgebiete in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet worden – aber finden die bedrohten und in „roten Listen" verzeichneten Arten in diesen Refugien wirklich eine Überlebenschance?

Die Natur kann im dichtbesiedelten Europa nun einmal unter keine luftdicht abschließende Käseglocke gesetzt werden: Luftverschmutzung, Abwässer, Verkehrslärm von Luft und Straße dringen in die Schutzzonen ein und verfolgen die verängstigte und bedrohte Kreatur bis in ihre Rückzugsreviere.

Zu diesen Umwelteinflüssen kommt der Tourismus, der gerade in den Schutzgebieten Hochkonjunktur hat. Prominentestes Beispiel: der mit 16 Jahren älteste deutsche Nationalpark Bayerischer Wald. Von 200 000 auf 1,2 bis 1,5 Millionen schnellten hier die Besucherzahlen in nur 14 Jahren empor. Den Anliegergemeinden regnet es einen Geldsegen von jährlich 20 bis 25 Millionen Mark in die Kassen. Das Nachsehen hat die Natur.

Das Auerhuhn ist auch im Naturpark verschwunden

Trittschäden auf Gipfeln und an Ufern, Erosionswunden in der Landschaft, von Beeren und Pilzen geplünderte Waldstücke, Pflanzenschäden durch starke Zunahme des Autoverkehrs sowie durch Lärm, Abgase und Salz gehören zu den Hinterlassenschaften der Naturfreunde, die es magnetisch in das grüne Elysium zieht.

Schon ist das Auerhuhn in weiten Teilen des Parks verschwunden – man möchte es für böswillige Verleumdung halten, wenn es nicht eben erst, bei einer Fachtagung vor internationalem Publikum, vom Nationalpark selbst bekanntgegeben worden wäre.

Naturschutz und Tourismus – lieben sie sich buchstäblich „zu Tode"? Die Wissenschaftler, die die „Verlobung" der beiden unterschiedlichen Branchen eingefädelt hatten, sind alarmiert. Eine Konferenz jagt die andere. 1985, im April, trafen sie sich im Peak-Nationalpark, im Oktober 1985 dann gleich zweimal bei der Föderation der Natur- und Nationalparke Europas und beim Deutschen Fremdenverkehrsverband, im März 1986 auf der Tourismus-Börse und im September ebenfalls zweimal: bei der Internationalen Alpenschutzkommission (CIPRA) in Frankreich und nur eine Woche später im Bayerischen Wald. Die fieberhafte Aktivität ist Symptom einer Ratlosigkeit.

So widersinnig es nämlich klingt: Naturschutz und Fremdenverkehr sind aufeinander angewiesen. Die Landschaft stellt, wie es auf der Tourismus-Börse schnoddrig hieß, nun einmal „das wichtigste Kapital" einer Tourismusregion dar – wird sie zerstört, bleiben auch die Urlauber weg.

Andererseits aber bringen die neugierigen Touristen das nötige Geld in die Region, mit dem die aufwendigen Schutzprogramme sowie Ausgleichszahlungen an die „Naturnutzer" finanziert werden können – an jene Bauern und Forstleute, die auf die Bewirtschaftung in den Schutzzonen zugunsten der Nationalparkidee verzichten. Und vor allem: Nur die Fremden, beileibe nicht die Einheimischen, haben volles Verständnis für die Ziele der Naturschützer und helfen die Nationalparke gegen alle Widerstände „tragen".

Die Einheimischen wollen keine „Indianer" werden

Es kam bei der CIPRA-Tagung hoch oben in den Bergen südlich vom Montblanc heraus. Da trug der Direktor des Geographischen Instituts München, Professor Günther Heinritz, die Ergebnisse einer Meinungsumfrage vor, die er unter den Anliegern des Nationalparks Bayerischer Wald veranstaltet hatte. Ergebnis: Zwei Drittel bis 77 Prozent der Anwohner lehnen den Nationalpark ab. An den Stammtischen kursieren Gerüchte, die Nationalparkverwaltung setze giftige Schlangen aus, um die Einheimischen aus dem Wald zu vertreiben.

Woraus nährt sich diese Aversion? Aus einem ganz anderen Naturverständnis, als es die Nationalpark-Professoren in ihren Schutzgehegen kultivieren. Die Leute vom Land mit ihrem ursprünglichen, durch Überlieferung, harte Arbeit an der Natur und mühsamen Broterwerb geprägten Naturbegriff sehen im Wildwuchs der Reservate nur „unschöne", unaufgeräumte, von Ungeziefer wimmelnde Natur. Sie fühlen sich verdrängt, ausgeschlossen (in bestimmten Zonen gibt es regelrechte Betretungsverbote) und zu „Indianern" abgestempelt, die das anreisende städtische Publikum wie eine seltene Tierart begafft.

Nur die Franzosen auf der Alpenkonferenz verzogen bei diesem Vortrag die Mienen zu einem ironischen Grinsen. Akzeptanzprobleme? Gewiß, die habe es anfangs auch in der Vanoise, dem ersten Nationalpark Frankreichs, gegeben. Aber der „Fremdkörper" sei nun angewachsen. Und damit war François Letourneux, der Naturschutzreferent im französischen Umweltministerium, bei seinem ganz anderen „Nationalpark"-Begriff:

Im alten Europa mit seiner ehrwürdigen Geschichte, so argumentierte er spitz, und die ganze französische Naturschützergemeinde nickte, da sei es „illusorisch", die „wilde Landschaft" zurückholen zu wollen. Ein wildes Tier, das lange in Gefangenschaft gelebt habe, finde sich in der Wildnis nicht mehr zurecht. Der Mensch habe seinen Platz in der Natur, so, wie er diese als Kulturlandschaft geformt habe. Das solle auch für Nationalparke gelten. Sie müßten an der Entwicklung der Region teilhaben – sonst könnten sie leicht zu „Dinosauriern des Umweltschutzes" werden.

Das sagte er in Les Arcs, am Rande des Nationalparks Vanoise, 1800 Meter über dem Meer, und die Naturschützer aus halb Europa, die der Einladung der CIPRA gefolgt waren, brauchten nur vor die Türe zu treten, um seine Vision leibhaftig vor Augen zu sehen. Riesige Bettenburgen für Touristen, Golfplätze auf der Alm, an deren Umzäunung sich Kuhherden die Nasen rieben, Tennisanlagen und ein wahres Spinnennetz von Seilbahnen bis auf die höchsten Gipfel vermittelten das Zerrbild einer zurechtfrisierten, halbwegs abgewohnten Natur.

Zur Einebnung von Skipisten sind in diesem absonderlichsten von allen Schutzrevieren breite Schneisen in die Bergmassive gesprengt worden, über deren Geröllhalden sich niemals wieder die Vegetationsdecke schließen wird. Was Wunder, daß das scheue Birkhuhn, das in dieser noch vor einer Generation urwüchsigen Landschaft seine angestammte Heimat hat, mehr und mehr verschwindet.

Natur und Kunst, sie scheinen sich zu fliehen – aus dem Ringen um die „echte", „unverfälschte", die „wahre" Natur wird immer mehr die Konkurrenz unterschiedlicher Bilder von Natur. Welche Natur wollen wir? Die „saubere" oder die „wilde", die dienliche oder die störrische? Die Entscheidungsfrage trennte in allen Diskussionen fein säuberlich Romanen und Germanen. Den Franzosen mit ihrem Idealbild der „Kulturnatur" setzten die Sprecher der deutschsprachigen Länder mit verhaltenem Trotz ihr Traumbild der „Urnatur" entgegen. Den Grundkonflikt zwischen Nutzung und Schutz der Natur lösten sie beide nicht.

Fachleute erwarten, daß sich der Druck auf die Landschaft noch erheblich verstärkt. Der Flächenverbrauch geht unvermindert weiter: 120 Hektar Land fallen trotz öffentlicher Maßhalteappelle Tag für Tag in der Bundesrepublik der Asphalt- und Betonwalze anheim. Und: „Die frei verfügbare Zeit und die Bedeutung der Freizeit werden noch wachsen", prognostiziert das bayerische Umweltministerium.

Die Allianz der Nutzer und Schützer zerbricht

Auf der anderen Seite beginnt die Allianz der Naturschützer und „Naturnutzer" zu zerbrechen – wie die Trennung des Deutschen Naturschutzringes vom Deutschen Jagdverband, vom Verband Deutscher Sportfischer und vom Deutschen Fischereiverband in diesen Tagen zeigt. Das kann zu einer folgenschweren Schwächung für den Naturschutzgedanken führen.

In Berlin, Les Arcs und zuletzt in Grafenau im Bayerischen Wald wurde demgegenüber das „gemeinsame Interesse" von Naturschutz und Tourismus beschworen. „Sanfter Tourismus", das neue Zauberwort für die Ehe von Fremdenverkehr und Naturerhaltung, ist dennoch in den meisten Regionen noch eine Leerformel.

Doch während man im Allgäu und im Schwarzwald quer durch die Wiesentäler Langlaufloipen aus Schneezement baut, atmet mindestens das Ostrachtal, so war auf der Tourismus-Börse zu hören, auf: Die Karawane ist weitergezogen, der Skizirkus hat sich in die Schweiz, nach Österreich und Frankreich verlagert, die Übernachtungszahlen sanken um 200 000, und die Gäste sind „überaltert".

Mit ihren Ansprüchen auf Ruhe und Naturbelassenheit wie mit ihren Wünschen nach Wandern und Spazierengehen entsprächen sie, so der Bayreuther Professor Jörg Maier, „weitestgehend dem Typus des naturnahen Idealtouristen", wenngleich „hinsichtlich der Umwelt- und Naturproblematik weder spezifisches Wissen noch Engagement bei dieser Urlaubergeneration vorhanden" sei. Aber allen Ernstes: Sieht so der „sanfte Tourist" der Zukunft aus?

Verweigerer, die Waffen tragen, werden überprüft

DW. Bonn

Kriegsdienstverweigerer, von denen bekannt wird, daß sie – etwa als „Aufbauhelfer" in Nicaragua – Waffen getragen haben, müssen sich nochmals einem Prüfungsausschuß stellen. Wie der Bundesbeauftragte für Zivildienst, Peter Hintze, in einem Interview der „Kölnischen/Bonner Rundschau" berichtete, ist es auch möglich, daß den Verweigerern ihre Anerkennung entzogen wird. Die Bundesregierung werde notfalls eine höchstrichterliche Entscheidung herbeiführen. Die neuen Prüfungsverfahren müssen nach Darstellung von Hintze im Interesse der Glaubwürdigkeit aller Kriegsdienstverweigerer eingeleitet werden. Sie richteten sich nicht speziell gegen „Aufbauhelfer" in Nicaragua, sondern beträfen alle Verweigerer, *die erkennen ließen*, daß sie die Gewaltlosigkeit nicht mehr anerkennten. Die politische Richtung spiele dabei keine Rolle.

Bislang wurden nach Hintzes Angaben drei Verfahren eingeleitet. Sie beträfen anerkannte Kriegsdienstverweigerer, die sich offen dazu bekannt hätten, in Nicaragua als „Aufbauhelfer" Waffen getragen zu haben.

Münchner „Baulöwe" belastet den verhafteten Ex-Staatssekretär

Schackow weist Vorwürfe zurück / Verdacht der Vorteilsnahme und Bestechlichkeit

DIETER DOSE, Berlin

Berlins Finanzsenator Günter Rexrodt (FDP) wird heute seinen bereits im Juli in den einstweiligen Ruhestand versetzten *Staatssekretär* Günter Schackow (CDU) auffordern, seine im Auftrag des Senats wahrgenommenen Aufsichtsratsposten niederzulegen. Der 60jährige Schackow ist unter dem Verdacht der Vorteilsnahme, Untreue und Bestechlichkeit verhaftet worden. „Ich gehe davon aus, daß Schackow dieser Aufforderung nachkommt", sagt Rexrodt.

Schackow, seit 40 Jahren im *Staatsdienst* und *im Ruf* eines untadeligen Beamten, war bereits im Sommer wegen seiner privaten Kontakte zu dem Münchener „Baulöwen" Bernd Bertram (43), einem 1972 in die Bundesrepuplik gekommenen ehemaligen Offizier der „DDR"-Volksarmee, ins Zwielicht geraten. Bertram war wegen des dringenden Verdachtes verhaftet worden, als „Baubetreuer" für ein Bauvorhaben (700 Wohnungen) der landeseigenen Baugesellschaft „Stadt und Land" Provisionen in Millionenhöhe kassiert zu haben. Die Rede ist von Beträgen zwischen sieben und zwölf Millionen Mark, die in den Baukosten enthalten waren. Schackow, damals Aufsichtsratsvorsitzender von „Stadt und Land" soll davon gewußt haben.

Durch ein Geständnis des in Haft befindlichen Bertram ist Schackow, ranghöchster in die Berliner Bau- und Korruptionsaffäre verwickelter Beamter, so belastet worden, daß seine Festnahme erfolgte. Ihm wird vorgeworfen, von Bertram mit Schmuck im Werte von 10 000 Mark und dem Nutzungsrecht für ein gemeinsames Ferienhaus in Österreich (Wert 400 000 Mark) „geschmiert" worden zu sein. Der ehemalige Staatssekretär hat die privaten Kontakte zu Bertram *nicht geleugnet. Für das Ferienhaus* will er die Hälfte des Preises, 200 000 Mark, beigesteuert haben.

Die Ermitthungsbehörde wirft Schackow außerdem vor, für ein geplantes, aber nicht realisiertes Bauvorhaben von Bertram drei Millionen Mark verlangt zu haben. Im Zusammenhang mit der Bertram-Affäre befindet sich u.a. auch der ehemalige „Stadt und Land"-Direktor Adolf Blasek in Haft. Der frühere SPD-Abgeordnete hat gestanden, von Bertram 220 000 Mark kassiert zu haben.

Schackow bestreitet alle Vorwürfe. Seine Verhaftung schlug im Rathaus Schöneberg wie eine Bombe ein, denn bisher war man im Senat, wie Rexrodt als sein früherer Dienstvorgesetzter betont, davon ausgegangen, daß ihm disziplinarrechtlich nichts anzuhängen sei. Entsprechende Auskünfte hätte man auch von der Staatsanwaltschaft bekommen. Schackow beteuerte stets, Bertram keine Vorteile verschafft zu haben.

Seine Verabschiedung erfolgte in „allen Ehren". *Die Aufsichtsratsposten* sollte er bis Ende des Jahres behalten. Die Versetzung in den Ruhestand erfolgte wegen der privaten Kontakte zu dem Münchener Bauunternehmer.

Es geht „um Nuancen"

Zum Parteitag betonen Kohl und Strauß die Gemeinsamkeiten

lor./DW. Bonn

Am Vorabend zum Mainzer CDU-Bundesparteitag haben Bundeskanz*ler Helmut Kohl und der CSU-Vorsit*zende Franz Josef Strauß deutlich gemacht, daß es in der Diskussion um ein gemeinsames Wahlprogramm allenfalls „um Nuancen" geht. CDU und CSU stimmten in „entscheidenden Grundfragen der Politik voll überein", versicherte Kohl in einem Gespräch mit der Mainzer „Allgemeinen Zeitung". Diese Einigkeit in den Prinzipien sei ihre Stärke. Klar sei *aber auch: „CDU und CSU sind ei*genständige Parteien mit eigenem Profil". Nuancen in Detailfragen seien deshalb normal.

Im „Spiegel" sagte der CSU-Vorsit*zende Franz Josef Strauß, die Unter*schiede zur CDU lägen „nicht im Grundsätzlichen, sondern in der Griffigkeit der Formulierungen, in den Konturen und im Profil". Strauß bestätigte, daß er nach den Landtagswahlen zu weiteren Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Kohl über ein gemeinsames Parteiprogramm der Schwesterparteien zur Verfügung stehe. Die CSU sei nicht nur eine selbständige Partei mit „bundesweitem Anspruch", sondern sie habe auch eigene Programmaussagen.

*Kohl hatte der „Allgemeinen Zei*tung" versichert, er würde es begrüßen, wenn CDU und CSU, wie in den letzten Bundestagswahlkämpfen, mit einem gemeinsamen Wahlprogramm antreten würden, „denn damit würde der Rahmen der Auseinandersetzungen für die Wähler deutlicher abgesteckt, um die es bei der Richtungsentscheidung am 25. Januar 1987 geht". CDU-Generalsekretär Heiner *Geißler erklärte, bei der Bundestags*wahl 1987 gehe es nicht um eine „Weichenstellung zwischen rechts und links, sondern zwischen vorwärts und rückwärts".

Die 780 Delegierten des morgen in Mainz beginnenden zweitägigen CDU-Bundesparteitages, auf dem auch Strauß sprechen wird, wollen ein „Zukunftsmanifest" verabschieden. Darin bekennt sich die Union zum technologischen Fortschritt. Ferner soll die erforderliche Satzungsänderung zum Zusammenschluß der CDU-Verbände Rheinland und Westfalen beschlossen werden.

VdH fordert die Gleichstellung aller Mütter

gü, Stuttgart

Als „geradezu makaber" empfindet der Verband der Heimkehrer (VdH) den Stufenplan der Bundesregierung zur Einbeziehung älterer „Trümmerfrauen" in die gesetzliche Regelung über die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der gesetzlichen Rentenversicherung. Stattdessen forderten die 800 Delegierten des VdH-Verbandstages am Wochenende in Fellbach den Gesetzgeber auf, „noch *in dieser Legislaturperiode" für eine* Gleichstellung aller Mütter der Kriegsgeneration zu sorgen. Die Mehrkosten sollten von der Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden.

Zum Abschluß des Verbandstages wurde der Präsident des Europäischen Parlaments, Straßburgs langjähriger Oberbürgermeister Pierre Pflimlin, mit der „Großen Europamedaille" des VdH ausgezeichnet. Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) würdigte dabei die Verdienste des Heimerkehrerverbands um die europäische Integration.

Unterdessen ist für den VdH das Ende der eigenen Existenz als Zentralverband der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen absehbar. Zwar gehören ihm bundesweit noch 240 000 Mitglieder an. Ihr Durchschnittsalter liegt jedoch inzwischen bei 72 Jahren. „Wir sind ein Generationsverband und somit an den Lebenskreis dieser Kriegsheimkehrer gebunden", hatte VdH-Präsident Werner Kießling festgestellt. Deshalb gelte es, in den nächsten zehn Jahren einen Rechtsnachfolger für das „beträchtliche Vermögen" des Verbands zu finden.

Politik für das Leben – Wir brauchen die Kraft zur Weichenstellung

Von BERNHARD VOGEL

Politik für das Leben ist Politik für eine menschenwürdige Zukunft. Sie ist lebensbejahend. Sie leugnet nicht Unvollkommenheit und Bedrängnis, aber sie hat den Mut, immer wieder dagegen anzugehen. Wir haben in unserer Generation viel erreicht.

Aber wir wissen, daß viele drängende *Lebensfragen immer noch* und immer neu zu lösen sind. Es bleibt eine Anklage, daß es Hunger und Armut gibt in der Welt, Verzweiflung, Gewalt untereinander und zwischen Staaten. Es gibt unheilbare Krankheiten, Flucht aus dem Leben, Zwang und Unfreiheit aller Art, Egoismus im Um*gang mit anderen* Menschen und mit den natürlichen Lebensgrundlagen. Hier bleiben große Aufgaben für unsere Gesellschaft, für jeden einzelnen, natürlich auch für die Politik – im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Dies alles lasse ich nicht außer acht, wenn ich sage: Politik für das Leben verlangt in den kommenden Jahren zusätzlich und zentral die Auseinandersetzung mit jenen Grenzbereichen, die das menschliche Leben unmittelbar berühren – vom Lebensbeginn bis zum Lebensende. Wir müssen die Kraft zur Weichenstellung finden: damit die Bedrängnis für Leben und menschliche Würde nicht weiter wächst, sondern damit uns die wissenschaftliche, ethische und gesellschaftliche Bewältigung dieser Grundfragen auf dem Weg in eine menschenwürdige Zukunft weiterbringt.



Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) SVEN SIMON

Es ist ermutigend, mit welcher Eindringlichkeit und ruhigen Sachlichkeit derzeit eine breite Diskussion zur Fortpflanzungsmedizin geführt wird. Im Mittelpunkt stehen medizinisch-naturwissenschaftliche und ethische Probleme. Aber auch von Regierungen und Parlamenten werden Antworten verlangt. *Richtig* ist, daß in derart sensiblen Grenzbereichen besonders hohe Anforderungen an Einfühlungsvermögen, gesetzestechnische Präzision und politische Gesamtschau des Gesetzgebers gestellt werden. Vielleicht wird man auf Anhieb eine allseits zufriedenstellende, allen Verästelungen gerechte Regelung nicht erreichen. Aber dennoch ist es notwendig, auch als *Gesetzgeber* alsbald Zeichen zu setzen. Rechtsetzung im parlamentarischen Verfassungsstaat ist immer auch „Normsetzung", Konkretisierung des grundgesetzlichen Wertrahmens – und der Verpflichtung aller Staatsorgane, sich schützend und helfend vor das menschliche Leben zu stellen. Eine „Herstellung" menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken, eine Vermittlung von „Leihmüttern" darf es nicht geben!

Der Bundesjustizminister hat den Vorentwurf eines Embryonen-*Schutzgesetzes vorgestellt, mit ei*nem Schwerpunkt im Strafrecht; darüber wird zur Zeit beraten. Doch wir müssen darüber hinaus dem staatlichen Schutzauftrag durch eine breite Palette differenzierter Maßnahmen gerecht werden. Hier kommt dem Gesundheitsrecht besondere Bedeutung zu.

Ärztliche Standesrichtlinien können Wesentliches leisten. Wo aber Verbote oder zusätzliche Anforderungen an Einrichtung und Personal die ärztliche Berufs- und Forschungsfreiheit einschränken, da werden Gesetze erforderlich, und zwar nach Landesrecht. Diese von Rheinland-Pfalz von Anfang an verfolgte Linie ist durch die Beratungen des 56. Deutschen Juristentages und die jüngsten Beschlüsse der Justizministerkonferenz in Mainz bestätigt worden. Die Landesregierung wird daher in den nächsten Wochen allen Ländern einen Musterentwurf für ein entsprechendes Gesetz zuleiten; dem Föderalismus würde kein guter Dienst erwiesen, wenn in dieser Frage von Land zu Land unterschiedliche Vorschriften gelten sollten. Der Diskussionsentwurf soll Ende Oktober in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe beim Bundesjustizminister mitberaten werden.

Rechtzeitige Grundsatzentscheidungen sind auch im Bereich der Gentechnologie erforderlich. So enthält der Vorentwurf des Bundes völlig zu Recht etwa das Verbot des Klonens (das heißt der gezielten Erzeugung genetisch identischer Menschen) oder der Züchtung von Mischwesen aus Mensch und Tier.

Aber diesseits solcher Alpträume einer Menschenzüchtung darf nicht übersehen werden, daß der Schwerpunkt moderner Gentechnologie immer noch in der Pflanzen- und Tierzucht liegt und daß in eine ver*antwortungsbewußte Anwendung* große Hoffnungen gesetzt werden: im Kampf gegen unheilbare Krankheiten, gegen Welthunger, auch gegen Umweltverschmutzung. Der für Ende 1986 in Aussicht gestellte Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Chancen und Risiken der Gentechnologie" wird – so hoffe ich –, eine wichtige Entscheidungshilfe bringen. Im Anschluß daran wird die rheinland-*pfälzische* „Kommission Bioethik" erneut zusammentreten, um spezifischen Handlungsbedarf auf Länderebene herauszuarbeiten.

Wie ernst wir das Ja zum Leben nehmen, wird sich schließlich daran zeigen, was in Zukunft Staat und Gesellschaft für die ungeborenen Kinder *(und ihre Mütter)* einzusetzen bereit sind. Es gehört zu den wichtigen Erfahrungen des vergangenen Jahres, daß es gegen mancherlei Widerstände möglich war, eine bundesweite Diskussion über ein lange verschwiegenes Thema wieder zu öffnen. Vor Jahresfrist haben wir mit einem Gesetzesantrag zum besseren Schutz des ungeborenen Lebens einen Stein ins Wasser geworfen. Er hat Wellen geschlagen, zusammen mit wichtigen Anstößen außerhalb des parlamentarischen Raumes. Eine neue Nachdenklichkeit ist in Gang gekommen, die sich nicht aufhalten läßt. Es geht dieser neuen Nachdenklichkeit vor allem um Schutz und Hilfe; aber es geht auch darum, den Auftrag des Grundgesetzes nicht auszuhöhlen: daß nämlich alle Verfassungsorgane gehalten sind, der Schutz- und Hilfspflicht für alles menschliche Leben gerecht zu werden.

Immer mehr Menschen spüren, daß unsere Generation vor Entscheidungen gestellt ist, die ein geschärftes Gewissen für den Wert allen menschlichen Lebens voraussetzen – vom Beginn bis zum Lebensende. *Aber der Weg hat gerade erst begon*nen. Wir müssen weiter dafür arbeiten, daß er in eine menschenwürdige Zukunft führt.

Momper will SPD in Berlin führen

D.D. Berlin

Der Fraktionsvorsitzende der Berliner Sozialdemokraten, Walter Momper, ist bereit, neuer Landesvorsitzender der SPD und Nachfolger des aus gesundheitlichen Gründen verzichtenden Jürgen Egert zu werden. Momper erklärte seine Bereitschaft, nachdem fünf von zwölf SPD-Kreisen gefordert haben, daß er neuer Parteichef und zugleich auch Spitzenkandidat für die Wahlen 1989 werden soll.

Noch Anfang der Woche nach Egerts Rücktrittsankündigung (WELT v. 30.9.) hatte Momper erklärt, *daß er für das Amt des Parteichefs* nicht zur Verfügung steht. Inzwischen jedoch mehren sich die Stimmen in der Partei, die dafür plädieren, am 22. November auf dem Parteitag nicht nur den Landesvorsitzenden zu wählen, sondern auch den Spitzenkandidaten zu nominieren. Es wird angenommen, daß die anderen als Egert-Nachfolger genannten Kandidaten wie der ehemalige Bausena*tor Harry Ristock auf eine Kandida*tur verzichten, wenn Momper sich zur Wahl stellt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Ausgeglichene Lager

Kommunalwahl in Niedersachsen / Schwierige Auszählung

MICHAEL JACH, Hannover

Über das erwartete Hauptmerkmal der Kommunalwahl in Niedersachsen herrschte gestern abend bei Schließung der Wahllokale Übereinstimmung zwischen den Parteien in der Landeshauptstadt: Der vor einem Vierteljahr mit der Landtagswahl eingetretene Beinahe-Ausgleich im Kräfteverhältnis der beiden großen politischen „Lager" mit ihren blaugelb oder grün getönten Grenzen setze sich fort in den *Kreis*-, Stadt- und Gemeindeparlamenten. Die CDU hatte sich dem Traum von einer Wiederholung ihres 50-Prozent-Sieges bei der Kommunalwahl 1981, errungen dank der Agonie der weiland sozialliberalen Bonner Koalition, gar nicht erst hingegeben.

Folgerichtig weisen die Sozialdemokraten nach der damaligen 36-Prozent-Deklassierung jede rückeroberte Position im Land, von Enttäuschungen im Einzelfall unbeeinträchtigt, als Bestätigung ihres bei der Land*tagswahl demonstrierten* Wiedererstarkens vor. Fest gerechnet hatten sie mit dem Wiedergewinn absoluter Mehrheiten etwa in den kreisfreien Städten Hannover, Braunschweig, Salzgitter, Wilhelmshaven, während die CDU Osnabrück, *Oldenburg* oder Delmenhorst – allerdings wie gehabt mit Hilfe der FDP – hoffte halten zu können. Entsprechend war auch auf Kreisebene das Ende der SPD-„Dürreperiode" mit nur vier von 38 Landräten absehbar.

Nach einem außerordentlich müden Wahlkampf zur Halbzeit zwischen Landtags- und Bundestagswahl, der zur Schonung von Parteikräften und Publikumsnerven weithin den lokalen Themen und Personen überlassen blieb, sind übergreifende politische Faktoren des Wahlresultats kaum auszumachen. Verschiedentlich blitzte das Asylantenpro*blem im Wahlkampf auf, wurde aller*dings speziell von SPD-Kandidaten vorzugsweise gemieden – im Wissen um die Kluft zwischen SPD-offizieller Duldungspolitik und den Meinungen sozialdemokratischer Wählerschichten. Landespolitisch suchte die SPD Punkte zu sammeln mit Attakken gegen die Absicht der Albrecht-Regierung, angesichts akuter Haushaltsnöte die mittelfristig geplanten Steigerungen der Finanzzuweisungen an die Gemeinden zurückzuschneiden. Eine Thematik indes von eingestanden begrenzter Breitenwirksamkeit.

Die Wahlbeteiligung (1981: 76,2 Prozent) entwickelte sich über den Sonntag entsprechend verhalten. Je zu wählendem Kreistag, Gemeinde- und Ortsrat hatte jeder Wähler drei Stimmen zu vergeben, die er nach Belieben auf die Listenkandidaten einer oder mehrerer Parteien verteilen (panaschieren) oder bündeln (kumulieren) konnte. Folge des komplizierten Verfahrens: Bis in den frühen Montagmorgen wird ausgezählt.

Für Volksgruppenrecht in deutschen Ostgebieten

Verteidigungsminister Wörner appelliert an junge Generation / Tagung der Schlesischen Jugend

INGO URBAN, Köln

Wer in Deutschland „ein guter Europäer sein will, der muß zunächst ein guter Deutscher sein". Dies forderte Bundesverteidigungsminister *Manfred Wörner (CDU)* in seinem Grundsatzreferat zum Thema „Jugend und deutsche Frage" auf dem deutschlandpolitischen Kongreß der Schlesischen Jugend am Wochenende in Köln.

Mit Nachdruck rief er die Jugend dazu auf, sich für die Verwirklichung der Menschenrechte aller Deutschen, für die Herstellung eines Volksgruppenrechtes der noch heute in den deutschen Ostgebieten *lebenden* Landsleuten und „für die Volkssouveränität des ganzen deutschen Volkes" einzusetzen.

Die Besinnung auf Volk und Vaterland entspreche der Natur und dem Bedürfnis des Menschen und sei kein Widerspruch zur europäischen Einigung. Die Schlesische Jugend erfülle eine wichtige politische Aufgabe mit ihrem Bemühen, den Deutschen im Westen des Vaterlandes die Augen *für die Dringlichkeit der Überwin*dung der deutschen Teilung zu öffnen, so Wörner.

„Eine aussichtslose Zukunft hat es nie gegeben, es sei denn, man hat den *Weltuntergangsbildern einzelner* Gruppen in der Gesellschaft Glauben geschenkt", sagte Patrick Adenauer. Der 25jährige Enkel des ersten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland, der in Köln sein politisches Debüt gab, versicherte, zu Pessimismus und Angst gebe es keinen Anlaß.

Die Schlesische Jugend, vor 35 Jahren als ein Zusammenschluß der „Jugend aus Schlesien" entstanden, hat sich zu einem Verband der „Jugend für Schlesien" entwickelt. Der Jugendverband machte auf dem Kongreß deutlich, daß er in der Kontinuität einer 800jährigen deutschen Geschichte in Schlesien steht und diese *nicht einfach an der Garderobe* des Zeitgeistes abgeben will. Die Schirmherrschaft der Veranstaltung hatte der Bundesminister des Inneren, Friedrich Zimmermann (CSU), übernommen.

Angesichts der deutschlandpolitischen Diskussion der vergangenen Monate erklärte der Bundesvorsitzende der Schlesischen Jugend, Hartmut Koschyk, daß Politiker, „für die die deutsche Frage nicht mehr offen ist, besser auch nicht mehr an anderer Stelle von ‚Zukunftschancen der jungen Generation' sprechen sollten."

Vom Präsidenten des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn, Detlef Kühn (FDP), wurde auf der Tagung zur Problematik des Geschichts- und Nationalbewußtseins kritisch angemerkt: „Wer unfähig ist, die eigene Geschichte als Wert zu empfinden, wem die Geschichte seines eigenen Volkes wie eine Art nationales Vorstrafenregister nahegebracht wird, der hat weder Gestaltungs- noch Überzeugungskraft. Er steht seiner eigenen Existenz beziehungslos gegenüber."

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß kein Volk auf Dauer ohne Schaden ohne positives Bekenntnis zur eigenen Nation und zum eigenen Vaterland auskomme. „Vaterlandsliebe und Nationalbewußtsein gehören zu den wesentlichen Existenzgrundlagen eines jeden Volkes und eines jeden Staates."

Warschau bietet keinen Titel von Bartoszewski an

DW. Frankfurt

An den Ständen des offiziellen polnischen Verlagswesens auf der Frankfurter Buchmesse war weder ein Titel noch ein Foto von Wladislaw Bartoszewski, dem polnischen Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels zu finden.

Eine Angestellte der regimetreuen Verlage, die gestern darauf angesprochen wurde, gab zur Auskunft, daß von Bartoszewski in Polen keine Neuerscheinungen publiziert worden seien und man auch folglich nichts auszustellen habe. Kommentierend fügte sie hinzu, Bartoszewski sei schließlich doch zu weit gegangen, denn er wolle den Deutschen polnisches Land schenken.

Der offizielle polnische Stand bietet Reden von General Jaruzelski aus dem Jahre 1984 für 11,50 Mark und aus dem Jahre 1985 für 16 Mark an. Die Predigten des verstorbenen polnischen Primas Kardinal Wyszynski werden ebenfalls angeboten, kosten jedoch 33,50 Mark beziehungsweise 56 Mark. Die Bücher unterscheiden sich kaum im Umfang und sind von gleich schlechter Druckqualität.

Katholiken senden Prag Protestadresse

dpa, Regensburg

„Wir schweigen nicht zu einer auch für kommunistische Länder beispiellosen umfassenden Einschüchterungs-, Einmischungs- und Zermürbungskampagne der staatlichen Behörden in der CSSR gegenüber der katholischen Kirche und den anderen kirchlichen und religiösen Gemeinschaften." Dies ist ein Kernsatz in der gestern verabschiedeten „Regensburger Adresse" von Führungsgremien der katholischen Laien Bayerns und Österreichs.

Es sei an der Zeit, daß die Regierung der CSSR gegenüber ihren deutschen und österreichischen Nachbarn die Glaubwürdigkeit ihres Friedenswillens unter Beweis stelle und dazu die Mißachtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die massive Unterdrückung der Kirche beende, heißt es. Die „Regensburger Adresse" soll den Botschaftern der CSSR in Bonn und Wien sowie den Außenministern Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland überreicht werden.

„Kein Frieden ohne Freiheit"

Die WELT veröffentlicht die wichtigsten Passagen der Rede, die der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Wladyslaw Bartoszewski, gestern in der Frankfurter Paulskirche gehalten hat, im Wortlaut.

Nie wurde in Europa so viel wie heute vom Frieden gesprochen, von der Notwendigkeit des Friedens, von der Verteidigung des Friedens, von der Friedensliebe. Manchmal drängt sich die Angst auf, daß in der Flut von Äußerungen und Deklarationen, Beschwörungen und Parolen zu dem Thema der wahre – also der tiefere – Sinn des eigentlichen Begriffes verloren geht ...

Ich gehöre der Generation an, die noch im Schatten der Erfahrungen des Ersten Weltkriegs erzogen und in früher Jugend von der die menschliche Vorstellung übersteigenden Bewährungsprobe des Zweiten Weltkriegs gezeichnet wurde. Aber ich gehöre auch dem Volke an, das nach ungewöhnlich hart erlittener Unfreiheit im 19. Jahrhundert und nach einem kurzen Augenblick des Atemholens seit 1939 in seiner Existenz bedroht ist.

Darum wohl hat die Sache des Friedens für mich ein besonderes Gewicht. Aber aus demselben Grund ist sie für mich auch untrennbar von der Sache der Freiheit des einzelnen Menschen und verschiedener Gruppen, von Glaubensfreiheit und Weltanschauungsfreiheit, von der Freiheit in der Wahl des Ortes und der Form des Lebens, der Wahl des politischen und wirtschaftlichen Systems, von der Freiheit des Wortes und vom Freisein von Angst.

Beste Kulturtraditionen

Solange diese Existenzbedingungen der Menschen nicht erfüllt sind, so lange sie nicht einmal auf unserem alten europäischen Subkontinent erfüllt sind, der sich auf die Tradition von so vielen Generationen von Menschen beruft, die aus gemeinsamen Quellen der Kultur und Zivilisation schöpften, so lange werden wir die Fundamente eines dauernden Friedens nicht sichern ...

Zu den Parolen des 18. Jahrhunderts – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – hat sich die sehr realistisch verstandene Parole der sozialen Gerechtigkeit gesellt, also einer Ordnung, die die Anerkennung der Rechte der arbeitenden Menschen und die Sicherung von würdigen Lebensumständen garantiert. Aber gleichzeitig war doch dieses seinem Ende entgegengehende 20. Jahrhundert ein Jahrhundert schrecklicher Verbrechen am Menschen im Namen wahnsinniger Ideen ...

Eine unbestrittene und glückliche Tatsache ist, daß wir in Europa – wiewohl leider nicht in der ganzen Welt – seit mehr als vierzig Jahren das Phänomen Krieg zwischen einzelnen Staaten nicht kennen. Ich würde jedoch zögern, die Situation in einigen Ländern Europas, in denen die besonders brutale Erscheinung des organisierten Terrors stets aufs neue blutige Opfer in der Bevölkerung hinterläßt, mit dem schönen Wort Frieden zu bezeichnen.

Es könnte scheinen, daß diesem düsteren, verbrecherischen Treiben entgegenzutreten, eines der wichtigsten Ziele der aufrichtig idealistischen Jugend sein müßte, die in verschiedenen europäischen Organisationen der Friedensbewegung wirkt ...

Die polnische Intelligenz, seit vielen Generationen in enger Verbindung mit den besten Kulturtraditionen Europas erzogen, voller Hochachtung für die Errungenschaften des abendländischen Geistes – auch des deutschen – stellte sich in den Jahren des Zweiten Weltkriegs oftmals die Frage, wie es überhaupt zu dem hatte kommen können ...

Uns erreichten Nachrichten von mutigen Protesten mancher katholischer und evangelischer Priester, sowie von der Gruppe um die Geschwister Scholl und, in der letzten Kriegsphase, auch von der Bewegung des 20. Juli gegen das nationalsozialistische System. Doch wir horchten vergeblich auf wenigstens einen einzigen eindeutigen Satz zur Verteidigung der geschlagenen und unterjochten Völker, wie auch des polnischen Volkes.

Das deutsche Volk hat wahrlich einen gewaltigen Preis für den von Deutschen hervorgerufenen Krieg bezahlt: Menschenopfer, territoriale Verluste sowie die Teilung. ... Trotz allem, was unverändert in meiner Erinnerung geblieben ist – der Erinnerung eines Polen mit Erfahrungen und Kenntnissen aus den Jahren des Krieges und der Okkupation – hat meine jetzt mehr als zwanzigjährige Erfahrung in Kontakten mit Deutschen es mir ermöglicht, aufs neue an den Menschen in diesem Land zu glauben, an seine Fähigkeit und Bereitschaft, Gutes zu tun.

Ich habe nicht die Absicht, hier die sogenannten heiklen Probleme zu umgehen. Ich verstehe vollkommen, daß dazu für viele Deutsche das Problem der Oder-Neiße-Gebiete gehört. Die heutige Besiedelung dieses Territoriums durch rund elf Millionen Polen muß man als unmittelbare Folge des vom Dritten Reich verursachten Zweiten Weltkriegs erachten ...

Flüchtlinge, Heimatvertriebene, Umsiedler, Spätaussiedler – sie alle gehören zu den Opfern des Krieges ebenso wie jene Polen, die infolge des Zweiten Weltkrieges ihre eigentliche Heimat in Lemberg, Wilna oder anderswo im europäischen Osten verloren haben. ... Die Polen, die aus dem Osten Polens nach Niederschlesien oder Hinterpommern kamen, haben in den ersten Monaten nach dem Krieg gewiß mehr die Tragik ihres eigenen Schicksals empfunden als Freude über den Sieg.

Im Geiste der Nächstenliebe

Wenn mir – dem damals kaum 19jährigen Polen aus Warschau, der im Winter 1940 vor Kälte, Hunger und Angst zitternd auf dem Appellhofplatz von Auschwitz gesichts- und namenslos als „Schutzhäftling Pole Nr. 4427" stand – jemand gesagt hätte, daß ich im Verlauf eines einzigen Lebens den Wandel der überwiegenden Mehrheit der Deutschen zu einer Gesellschaft, die sich von humanitären Regeln leiten läßt und in einem rechtmäßigen europäischen Staat der parlamentarischen Demokratie lebt, erleben werde, so hätte ich das wahrscheinlich als optimistische Träumerei eines Utopisten angesehen ...

In der Entscheidung der Jury ... sehe ich eine mittelbare Anerkennung des Weges aller meiner Landsleute – und es sind ihrer viele Millionen –, die mit großer Opferbereitschaft, in stillem Widerstand und dabei mit weit größerem Realitätssinn, als man ihn oft den Polen zuschreibt, ihre Stimme zur Verteidigung der ethischen und sozialen Grundsätze erheben ...

Im Verlauf der letzten paar Jahre haben sehr viele Menschen guten Willens in Deutschland im Geiste der Nächstenliebe und der Solidarität dem polnischen Volk Hilfe geleistet. Die volle psychologische Bedeutung dieser Tatsache wird sich vielleicht in der Zukunft als noch wichtiger erweisen als ihre unzweifelhafte materielle Bedeutung. ... Auf jeden Fall rechnen die Polen auf das Verständnis und die Solidarität des deutschen Volkes, die ein wichtiger Faktor beim Bau von Brücken zwischen unseren Völkern werden können."

Archipow – Moskaus Asienexperte tritt ab

Opfer der Verjüngungskampagne Gorbatschows?

AP, Moskau

Einer der vier Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetunion, Iwan Archipow, hat nach einer Meldung der Moskauer Nachrichtenagentur TASS aus gesundheitlichen Gründen sein Amt niedergelegt. Das Präsidium des Obersten Sowjet habe den 79jährigen „im Zusammenhang mit seinem Rücktritt aus Gesundheitsgründen seiner Pflichten entbunden", schrieb TASS.

Archipow, der als Experte für asiatische Angelegenheiten gilt, war in den fünfziger Jahren vier Jahre lang Wirtschaftsberater der sowjetischen Botschaft in Peking. Im Jahre 1974 war er zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt worden, 1984 dann zum Ersten stellvertretenden Regierungschef.

Im vergangenen Jahr war Archipow Mitvorsitzender der als Folge der sowjetisch-chinesischen Normalisierungsbemühungen gebildeten sowjetisch-chinesischen Wirtschaftskommission geworden. Nach Erkenntnissen westlicher Diplomaten in Moskau wurde dieses Amt jedoch inzwischen vom Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten, Nikolai Talysin, übernommen.

Talysin, der schon seit längerem mit chinesisch-sowjetischen Wirtschaftsfragen befaßt ist, war es auch, der im vergangenen Monat einen Besuch in Peking machte. Der Umstand, daß Talysin Politbürokandidat ist, ließ nach Ansicht von Beobachtern auf eine Aufwertung der chinesisch-sowjetischen Kontakte schließen.

Von Archipow ist seit längerer Zeit bekannt, daß er unter gesundheitlichen Schwierigkeiten leidet. Er war zehn Jahre lang Mitglied des KPdSU-Zentralkomitees. Die TASS-Meldung enthielt keine Angaben darüber, ob er dem ZK weiter angehören wird.

Der Russe Archipow gehört altersmäßig noch der Breschnew-Generation an. Seine Ablösung dürfte deshalb auch im Rahmen der von Gorbatschow angestrebten Verjüngung der sowjetischen Führungsspitze zu sehen sein, wobei es fast schon zur Moskauer Routineübung gehört, daß in jeder Woche eine Schlüsselposition des Partei-, Staats- oder Wirtschaftsapparates neu besetzt wird. In rund 19 Monaten sind mehr als drei Dutzend Minister und 50 Parteisekretäre ausgewechselt worden.

Gefahr für Uganda

AP, Kampala

Unter dem Vorwurf subversiver Betätigung sind am Wochenende im ostafrikanischen Staat Uganda mehrere Politiker, darunter sechs der insgesamt acht Vorstandsvorsitzenden der „Uganda Freedom Movement" (UFM) und ein leitender Zeitungsredakteur verhaftet worden.

Radio Uganda berichtete, bei den Verhafteten handele es sich unter anderen um den früheren Vizepräsidenten Paulo Muwanga, um den Energieminister Andrew Kayiira und den Umweltminister David Livingstone Lwanga sowie um Anthony Ssekwenyama, Chefredakteur der Zeitung „The Citizen" der Demokratischen Partei, und um Francis Bwegye, den Generalsekretär der UFM.

Den Verhafteten wird von der ugandischen Regierung vorgeworfen, die Anwerbung von Soldaten aus der Vereinigten Befreiungsarmee für den Kampf gegen die Regierung und die Verbindung zu regierungsfeindlichen Einheiten betrieben zu haben.

Die UFM ist eine der sechs politischen Organisationen, die die derzeitige Regierung Ugandas stellen. Sie gilt als deutlich pro-westlich. In der Endphase des letzten ugandischen Bürgerkriegs hatte der militärische Flügel der UFM entscheidend zum schnellen Sieg Musevenis beigetragen.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte äußerte in einer ersten Stellungnahme die Befürchtung, daß der nach dem Ende des ugandischen Bürgerkriegs unternommene Versuch, eine Regierung auf möglichst breiter politischer und ethnischer Basis zu bilden, mit dem Vorgehen Musevenis gegen die UFM gescheitert sei. Die Gefahr künftiger bewaffneter Auseinandersetzungen in dem schwergeprüften Uganda sei damit wieder nähergerückt.

Kirchen in der UdSSR „regeneriert"

epd, Bad Segeberg

Als insgesamt negativ hat der Leiter der kirchlichen Menschenrechtsorganisation „Glaube in der 2. Welt", Eugen Voss, die Bilanz der sowjetischen Religionspolitik bezeichnet. Bei der Tagung „Gelebter Glaube im Alltag der Sowjetunion", die gestern in Bad Segeberg zu Ende ging, sagte der Schweizer Theologe, die Religion sei in der Sowjetunion nicht verschwunden, sondern habe sich durch das Leiden unter staatlichem Druck regeneriert. Es sei in der Sowjetunion zwar gelungen, die Religionsgemeinschaften auf ein Minimum zurückzudrängen, die atheistische Propaganda sei jedoch insgesamt „kontraproduktiv" geworden.

Voss, der als Kenner der kirchlichen Situation in den sozialistischen Ländern gilt, sieht keine Anzeichen für eine Liberalisierung der sowjetischen Religionspolitik. Er warnte davor, im Westen Tatsachen über die Situation der Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion zu unterschlagen. „Dann haben wir es mit einer Sowjetisierung der öffentlichen Meinung zu tun, mit einem Sieg der sowjetischen Propaganda."

Nach Angaben von Voss, der auch Mitglied der Schweizer KSZE-Delegation ist, findet die Religionsfreiheit bei den Expertentreffen und Folgekonferenzen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wachsende Bedeutung. Gerade in den westlichen und neutralen Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte habe die Religionsfreiheit, die insbesondere durch den Vatikan auf die Tagesordnung gesetzt wurde, „engagierte Fürsprecher".



China erlaubt Besuch von US-Nuklearschiffen

Sowjetische Bedrohung zwingt Peking zum Umdenken

JOCHEN HEHN, **Hongkong**

Erstmals seit 37 Jahren stattet die US-Marine einem chinesischen Hafen wieder einen Flottenbesuch ab. Noch in diesem Monat werden vier Schiffe der US-Pazifikflotte in Tsingtao, der Hauptstadt der ehemaligen deutschen Kolonie Kiaotschou, einlaufen. Der Freundschaftsbesuch, der schon im Mai letzten Jahres in Shanghai stattfinden sollte, aber wegen eines Disputs über die – möglicherweise nukleare – Bewaffnung des US-Zerstörers von China kurzfristig abgesagt worden war, wird in Washington wie in Peking als großer Schritt zu einer engeren militärischen Zusammenarbeit angesehen.

Die Ankündigung des Besuchs durch den chinesischen Verteidigungsminister Zhang Aiping zeigt, daß Peking seine Vorbehalte zurückgestellt hat. Washington verweist auf die zunehmende militärische Präsenz der Sowjets im pazifischen Raum. Diese verbiete es schon aus Erwägungen der militärischen Sicherheit und Strategie, die Stationierung atomarer Waffen auf Schiffen der US-Flotte zu bestätigen. Diese Argumentation hat die chinesische Führung offenbar überzeugt.

Die Gründe für den Gesinnungswandel liegen auf der Hand. Sie dürften auch bei dem Besuch von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger, der morgen in Peking eintrifft, für Gesprächsstoff sorgen. Die Einladung an die US-Marine ist gewissermaßen Pekings Antwort auf die zahlreichen Manöver der sowjetischen Pazifikflotte entlang der gesamten chinesischen Küste. Sowjet-Kriegsschiffe operieren nicht nur von den Marine-Stützpunkten Da Nang und Cam Ranh in Vietnam sowie von Kompong Som in Kambodscha aus; sondern können seit dem 13. August auch den nordkoreanischen Hafen Wonsan (am Japanischen Meer) und – nach Informationen japanischer Militärkreise – jetzt sogar den nordkoreanischen Hafen Nampo anlaufen, der am Gelben Meer und damit in unmittelbarer Reichweite der chinesischen Ostküste und damit auch der Hafenstadt Tsingtao liegt.

China blickt mit Sorge nicht nur auf die sowjetische Pazifikflotte entlang seiner Küsten, sondern auch nach Korea, das sich immer enger der Sowjetunion zuwendet. Die Öffnung Chinas nach außen, die Teilnahme Chinas an den Asienspielen in Südkorea und die engere militärische Zusammenarbeit mit den USA haben auf der anderen Seite in Nordkorea eine deutliche Verstimmung ausgelöst, die auch vom chinesischen Staatspräsidenten Li Xiannian, der seit Freitag in Nordkorea weilt, nur schwerlich ausgeräumt werden kann.

Ein Teil der Gespräche Weinbergers mit seinem Amtskollegen Zhang wird auch die Lieferung amerikanischer Defensiv-Waffen an die chinesische Volksbefreiungsarmee betreffen. Spektakulärste Vereinbarung war bisher der Verkauf hochmoderner amerikanischer Elektronik für 50 F-8-Abfangjäger der chinesischen Luftwaffe – ein Geschäft in Höhe von 550 Millionen US-Dollar, das nur noch vom Koordinierungs-Ausschuß für die Ost-West-Handelspolitik (Cocom) abgesegnet werden muß. Über die Lieferung amerikanischer U-Boot-Abfang-Torpedos an die chinesische Marine wird derzeit noch verhandelt.

Zu den Themen, die Washington und Peking gegenwärtig mehr trennen als verbinden, gehören die amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan und das SDI-Projekt von Präsident Reagan, das Peking entschieden ablehnt. Weinberger legt auf seiner China-Reise einen kurzen Abstecher nach Hongkong ein. Anschließend besucht er noch Indien und Pakistan bevor er zur NATO-Tagung nach London fliegt.

‚Zentrum des Terrors ist Teheran'

WELT-Gespräch mit dem iranischen Oppositionsführer Bachtiar / Überlebenszeit des Regimes

JÜRGEN LIMINSKI, **Paris**

Ein Stoßgebet erfreut sich unter den iranischen Revolutionären immer größerer Beliebtheit: „Gott erhalte uns Khomeini bis zur Wiederkehr des Mahdi", des Weltendes sozusagen, denn solange Khomeini lebt, haben die Revolutionäre relativ wenig zu befürchten. In manchen Moscheen sollen, so berichten Exilperser höhnisch, die Mullahs schon einen Schritt weiter sein und beten: „Mahdi, Mahdi komm schneller". Shapur Bachtiar, Führer und Hoffnungsträger der persischen Opposition, hält nichts von solchen Berichten. Für ihn ist der Ayatollah kein Gegenstand des Scherzes. Er nennt ihn „Monsieur Khomeini". Seine Einschätzung des Regimes aber läßt an Deutlichkeit nichts übrig. „Es besteht kein Zweifel," sagt er der WELT in seiner scharf bewachten Residenz im Pariser Vorort Suresnes, „dieses Regime gründet auf Terror. Es ist unfähig zum Dialog. Herr Khomeini glaubt, daß er das Recht hat, der Welt seine Meinung aufzuzwingen. Der schiitische Integrismus, so wie er ihn interpretiert, zeichnet sich durch absolute Intoleranz aus. Toleranz aber ist die erste Tugend des zivilisierten Menschen."

Bachtiar steht in Kontakt mit Teilen der iranischen Geistlichkeit. „Nicht alle denken wie Herr Khomeini". Viele warteten auf das Ende des Regimes, das sie nicht für konform mit der Lehre des Propheten hielten. Er sei Laizist, respektiere aber die Religion. Sie gehöre in den Privatbereich des Menschen und „deshalb bin ich für die Trennung von Kirche und Staat". Von den rund 150.000 Mullahs habe der überwiegende Teil begriffen, daß dieses Regime seinem Ende zuneige. Die Zeit der Umorientierung habe begonnen. Man sehe auch, das der „Terrorexport letztendlich für das Land nicht rentabel ist". Der Westen solle sich auch keinen Illusionen über Wesen und Aktionen dieses Regimes hingeben. Terror habe es zwar schon vor der Revolution in Iran gegeben, aber, so der mittlerweile in Paris, London und Washington als Alternative zu Khomeini anerkannte Politiker, „nie in dieser religiös motivierten Absolutheit, nie in diesem Ausmaß". Bachtiar: „Das Zentrum des internationalen Terrorismus heute ist in Teheran".

Aufgrund der täglich in seinem Lagezentrum eintreffenden Informationen glaubt der überzeugte Sozialdemokrat, der sein Leben lang gegen die Diktaturen in Persien kämpfte und dafür auch Kerkerjahre in Kauf nahm, nicht an einen Sieg der iranischen Streitkräfte im Golfkrieg. Die Motivation sei gering, die Ausrüstung der vielfach Zwangsrekrutierten Truppen denkbar schlecht. Es fehlten die Mittel. Das Land sei „kriegsmüde und ausgeblutet", für einen Verteidigungskrieg hätten sich noch viele Perser mobilisieren lassen, für den geplanten Angriffskrieg nicht mehr.



Zuversichtlich: Shapur Bachtiar FOTO: LOCHON/STUDIO X

Der 71jährige Führer des stolzen Bachtiari-Volkes aus dem Zagros-Gebirge ist zu einer Zusammenarbeit mit dem Sohn des verstorbenen Schah, dessen letzter Premierminister er war, bereit und zwar im Sinne einer konstitutionellen Monarchie etwa nach dem Vorbild Spaniens oder Großbritanniens. Nach Ansicht unabhängiger Beobachter könnten Bachtiar und seine Nationale Widerstandsbewegung (MRNI) in wenigen Tagen mehrere hunderttausend Menschen in den großen Städten mobilisieren. Das hat sie in der Tat mit einer passiven Demonstration im vergangenen Jahr bewiesen. Damals gingen in Teheran mehr als eine Million zum vorgegebenen Zeitpunkt auf die Straße „spazieren". Jetzt sei die Lage noch günstiger, da die Misere die Risikobereitschaft der Menschen erhöhe.

Im Verfassungsbogen des neuen Iran werde Platz sein für alle demokratischen und die Menschenrechte respektierenden Parteien. Weder die prosowjetische Tudeh-Partei noch andere Gruppieren würden a priori verboten. Den publizistisch im Westen sehr aktiven Volksmudschahedin gibt er keine Chance. „Sie haben mit dem totalitären Regime der Revolutionäre zusammengearbeitet, Herr Radschawi rühmt sich, mit eigenen Händen Regimegegener getötet zu haben. Solche Leute sind nicht glaubwürdig. Vom Regime und den Regimegegnern verworfen, finanziell abhängig von Bagdad – wie sollen sie noch Unterstützung im Volk finden?"

Die Überlebenszeit des gegenwärtigen Regimes würde von drei Faktoren bestimmt: Die „rasante wirtschaftliche Talfahrt, der Krieg mit Irak, die internationale Isolierung". Der Zusammenbruch der geplanten Offensive gegen Irak werde die Entwicklung beschleunigen, die Schließung von immer mehr Fabriken wegen Ersatzteil- und Rohstoffmangels werde in den nächsten Monaten die Zahl der Arbeitslosen um wenigstens eine Million erhöhen und eine „aggressive Anti-Khomeini-Stimmung erzeugen." Außer auf die „Nomenklatura der Revolutionäre" (Beamte, Mullahs und Revolutionswächter) könne das Regime sich heute nur noch auf aufgehetzte Kinder und Jugendliche sowie auf einen Teil des Basars wirklich verlassen.

„NATO-Abwehr gegen C-Waffen untauglich"

Führender Experte weist auf gravierende Mängel hin

C. GRAF BROCKDORFF, **Mons**

Die Vorkehrungen der NATO-Streitkräfte zum Schutz vor Angriffen mit chemischen Waffen werden von Professor Aubin Heyndrickx, Chef des toxikologischen Instituts der Universität Gent, als teilweise „total unrealistisch" bezeichnet. In einem Vortrag im obersten militärischen NATO-Hauptquartier SHAPE sagte der belgische Toxikologe, nahezu alles, was zum Schutz der Truppe vor chemischen Waffen getan werde, sei der Bedrohung nicht gewachsen.

International wird Heyndrickx als führender Experte der westlichen Welt auf dem Gebiet chemischer Waffen angesehen. Er untermauerte seine Äußerungen mit einem Video-Film von der Behandlung iranischer Soldaten an seiner Klinik. Die Soldaten waren nach seinen Angaben von irakischen chemischen Kampfstoffen verletzt wurden. Die Bilder waren so, daß ein Teil der Zuschauer die Augen schließen mußte. Für NATO-Offiziere vernichtend war Heyndrickx' Kritik, daß praktisch alle von den NATO-Nationen verwendeten Gasmasken wenig taugten. Für Heyndrickx bieten nur die Gasmasken der israelischen und chinesischen Streitkräfte einigermaßen Schutz. In Peking hielt er Vorlesungen vor chinesischen Militärs. Die indische Regierung berief Heyndrickx nach dem Gasunglück nach Bhopal. An der Front in Iran untersuchte er chemische Kampfmittel.

Moderne NATO-Sensoren zur Ermittlung chemischer Kampfstoffe beurteilte der Professor mitleidsvoll. Sie seien meist untauglich. Im Westen sei vorgesehen, durch Kampfstoffe verletzte Soldaten mit dem Krankenwagen abzutransportieren. Heyndrickx: „Dabei werden sie weiter kontaminiert. Nur der Warschauer Pakt macht es richtig. Er benutzt gasdichte Fahrzeuge." Massiv kritisierte Heyndrickx die Absicht von NATO-Militärs, Nervengas mit Atropin zu mildern. „Was Sie vorhaben, ist sinnlos", sagte er den Militärs. „Sie müssen wenigstens die vorgesehene Dosis erhöhen."

Das Universitätsinstitut in Gent hat nach seinen Angaben ermittelt, daß der Irak in der ersten Phase des chemischen Krieges gegen Iran Gasmischungen benutzte, in denen sich "Gelber Regen", eine biochemische Substanz aus den Stoffwechselprodukten eines Mikropilzes, befunden habe. Diese Waffe stamme eindeutig aus der Sowjetunion. Der Irak benutze heute chemische Waffen aus zu 80 Prozent reinem Senfgas, Zyanidgas und dem Nervenwirkstoff Tabun. UNO-Pläne, den Gaskrieg mit dem „Gelben Regen" zu untersuchen, seien am Veto der Sowjetunion gescheitert. Heyndrickx: „Gelben Regen erkennt man an den schwarz gefärbten Toten. Drei Tage danach werden die Leichen krebsrot."

Österreichische und deutsche Wissenschaftler teilten diese Analysen. In vielen europäischen Ländern, besonders in Schweden und den Niederlanden, würden Wissenschaftler mit Erkenntnissen über den Einsatz chemischer Waffen im Nahostkrieg von den Regierungen unter Druck gesetzt, um zu schweigen. In Schweden sei es Klinik-Schwestern verboten worden, ihre Beobachtungen mit Gaskriegpatienten aus dem Iran zu berichten. Aus Sorge vor politischer Aufmerksamkeit habe man solche Patienten in das abgeschiedenere Uppsala verlegt.

Heyndrickx' Zuhörer zeigten sich vom Filmvortrag erschüttert. Militärs verwiesen auf das erdrückende Potential der Sowjetunion an chemischen Waffen. Es bestand Einigkeit, daß eine begrenzte Vergeltungsfähigkeit mit chemischen Waffen bestehen müsse, um die Anwendung derart grauenerregender Mittel verhindern zu können. (SAD)

Alfonsin plant schon zweite Amtszeit

Vorbereitungen für Verfassungsänderung / Reise nach Moskau und Havana / Popularitätsverlust

WERNER THOMAS, **Buenos Aires**

Wenn der Präsident die Gretchenfrage hört, lächelt er süffisant und erteilt stets die gleiche diplomatische Antwort: „Ich möchte nicht der Kandidat sein." Längst haben Kommentatoren bemerkt, daß er nie kategorisch erklärt: „Ich werde nicht der Kandidat sein." Das bedeutet für die Argentinier, daß Raul Alfonsin (59) eine weitere Amtszeit wünscht.

Die Verlängerung der Alfonsin-Ära gehört in diesen milden Frühlingstagen zu den meistdiskutierten Themen in der argentinischen Hauptstadt, obgleich der Führer der linksliberalen „Radikalen Bürgerunion" (UCR) nicht einmal die Hälfte seiner sechsjährigen Präsidentschaft absolviert hat. Der Kongreß muß aber bald eine Verfassungsänderung beschließen, damit Alfonsin erneut kandidieren kann. Legislative Vorbereitungen laufen schon.

Keine Alternative

Nicht ganz drei Jahre nach seinem Einzug in den rosafarbenen Präsidentenpalast „Casa Rosada" (Dezember 1983) spielt Raul Alfonsin bereits eine historische Rolle. Er gilt als einer der charismatischsten, geschicktesten und populärsten Politiker in der Geschichte Argentiniens. Er hat der oft von Turbulenzen geschüttelten Nation eine Periode der Stabilität beschert. Niemand befürchtet heute einen Militärputsch. Der politische Terror existiert nur noch in der Erinnerung, zur Zeit findet wieder ein Menschenrechtsprozeß gegen frühere Militärs statt. „Es gibt keine Alternative zu Alfonsin", schreibt die Zeitung „Clarin", und so sehen das selbst Vertreter der oppositionellen Peronisten. Die UCR braucht im Parlament peronistische Stimmen für eine Verfassungsänderung, weil sie keine Zweidrittelmehrheit besitzt. Sie dürfte die fehlenden Stimmen bekommen.

Seit Perón hat kein anderer Mann die argentinische Politik souveräner dominiert wie dieser schrullige, schnauzbärtige Rechtsanwalt. Er verschafft dem Land auch internationales Profil. In der zweiten Oktoberhälfte besucht Alfonsin als erster argentinischer Präsident die Sowjetunion, den größten Handelspartner Argentiniens. Auf dem Weg nach Moskau erfolgt eine Zwischenlandung in Havana zu einem Treffen mit Fidel Castro. Die Reise wird Aufsehen erregen.

Aus Regierungskreisen in Buenos Aires verlautet, daß nicht nur wirtschaftliche Aspekte im Mittelpunkt der Gespräche in Havana und Moskau stehen. Alfonsin wolle auch die Themen Mittelamerika und Chile anschneiden, zwei Krisenherde, die ihn besonders besorgen. Da er auch den Falklandstreit mit England friedlich lösen will, empfahl ihn der Londoner „Economist" als Friedensnobelpreisträger.

Die internationale Anerkennung konnte freilich nicht den Popularitätsschwund auffangen. Die letzten Meinungsumfragen ergaben, daß nur noch knapp 50 Prozent der Argentinier seine Amtsführung schätzen. Der Peronist Carlos Meném, Gouverneur des Staates La Rioja, ist heute gar der populärste Politiker. Schuld an dieser Entwicklung trägt das schmerzliche wirtschaftliche Stabilisierungsprogramm „Plan Austral", das lediglich 48 Prozent der Bevölkerung unterstützen. Vor einem Jahr betrug die Zustimmung 74 Prozent.

„1000 Jahre Demokratie"

Alfonsin läßt sich weder von Demoskopen einschüchtern noch von den peronistischen Gewerkschaften, die den Kampf gegen seinen Wirtschaftskurs eskalieren und diese Woche einen Generalstreik organisieren wollen. Er gelobt, durchzuhalten und baut auf die vorsichtig eingeleiteten Strukturreformen. Er hat die missionarische Vision von einem prosperierenden Argentinien mit demokratischen Verhältnissen – „1000 Jahre Demokratie", wie er bei seiner Amtsübernahme verkündete.

Selbst der gegenwärtig schärfste peronistische Rivale, Carlos Meném, zweifelt nicht daran, daß der Kongreß eine Verfassungsänderung billigt und Raul Alfonsin den Weg für eine weitere Kandidatur ebnet. Der Gouverneur, mit seinen buschigen grauen Koteletten und seinem schulterlangen Haar die auffallendste Figur der politischen Bühne Argentiniens, sieht sich aber nicht nur als Gegenkandidaten, sondern auch als Wahlsieger: „Ich bin der nächste Präsident", sagt er ganz nach peronistischer Manier.

Israels letzter „Jecke" tritt zurück

EPHRAIM LAHAV, **Jerusalem**

Der Mann, der sein Häuflein von nur vier Knesset-Abgeordneten so geschickt ausnutzte, daß er damit 1984 den größten Beitrag zur Schaffung der „Nationalen Einheitsregierung" leistete, Religionsminister Yosef Burg, langjähriger Landesvorsitzender der National-Religiösen Partei und Israels „Elder Statesman", gibt jetzt mit 77 Jahren seinen Ministersessel, aber nicht sein Knesset-Mandat auf.

Doch mit Burgs Rücktritt geht eine Ära in der Politik Israels zu Ende. Er war der letzte „Jecke" (ein aus Deutschland stammender Jude) in der israelischen Regierung. Streng religiös, aber nie fanatisch, jüdisch-national gesinnt, aber nie chauvinistisch, weltlich gebildet (Doktor der Philosophie) wie auch geistlich (Absolvent des Berliner Rabbinerseminars) – im Verlaufe seiner langen Karriere hat Burg Angebote, Oberrabbiner von Israel oder von Großbritannien zu werden abgelehnt, weil er die Politik „wichtiger" fand.

Eine Entscheidungsfindung, die ihm schwerer als andere fiel, ereignete sich vor 34 Jahren, als Ben Gurion die Knesset um Ermächtigung bat, mit der Regierung Adenauer Verhandlungen über Reparationen aufzunehmen. „Die ganze Nacht vor der Abstimmung saß ich vor meinem Bücherschrank zu Hause, blätterte im Talmud. Andererseits war es mir klar, daß das Geld meine Mutter, die in Theresienstadt umgekommen war, nicht wiederauferstehen lassen könne; auch nicht die sechs Millionen. Schließlich nahm ich die Schriften von Descartes, um mich seiner Ratio zu behelfen. Am nächsten Tag stimmte ich für den Antrag. Ich glaube, das war eine richtige Entscheidung..."



Vernunft und Gefühl: Yosef Burg FOTO: DPA

Auch zum neuen Deutschland waren Burgs Emotionen stets gepaart mit Vernunft. Am 50. Jahrestag der „Machtergreifung" sagte Burg: „... es war ein Tag, an dem die Sonne der Aufklärung, der Gleichberechtigung, die zur Zeit Moses Mendelssohns aufgeleuchtet hatte, unterging... Der Feuerschein von Auschwitz leuchtet, er ist unvergeßlich und unerträglich. Aber wir müssen Brükken der Verständigung in die Zukunft bauen. Man muß aus der Vergangenheit lernen, sonst ist man verurteilt sie wieder zu erleben".

Yosef Burgs Abgang wird das politische Gleichgewicht in der Regierung umstoßen. In seiner Anschauung über die besetzten Gebiete war Burg nicht weit von Peres entfernt: Sie gehören uns, aber das heißt nicht, daß wir von unserem Recht Gebrauch machen müssen. Im Laufe der Jahre rückte Burg – anscheinend unter dem Druck seiner Partei – ein wenig davon ab. Er war weiterhin gegen die Annektierung der Gebiete, trat aber mehr für die Autonomie als Lösung ein. Doch bei kritischen Abstimmungen schlug sich Burg meist auf die Seite der Arbeiterpartei. Dies ermöglichte es Peres, statt der im Koalitionsvertrag versprochenen sechs neuen Siedlungen in den letzten zwei Jahren nur zwei zu errichten.

Unter Burgs Nachfolger Sebulun Hammer wird das anders werden. Er ist schon aus zwei Regierungen ausgetreten weil sie ihm in der Siedlungsfrage zu gemäßigt schienen. Hier ist Konfliktstoff für die Koalition verborgen, die in zehn Tagen zudem einen neuen Premier, Yitzhak Shamir, hat. (SAD)



Bewunderung für deutsche Autos und Manager: Lee Iacocca

„Ich bin ein verdammt schlechter Verlierer"

Das Gespräch dauerte 45 Minuten. Als es endete, war aus dem Präsidenten der Fordwerke der schlichte Bürger Lee Iacocca geworden, reich, aber arbeitslos. Henry Ford hatte ihn gefeuert. „Einfach so", sagt Iacocca, 61 Jahre alt, Sohn italienischer Eltern. Was er in jener düstersten Stunde seines Lebens am 13. Juli 1978 nicht wußte und nicht ahnte: Es war der Beginn zu etwas Großem. Aus dem ehemaligen Auto-Manager wurde ein Bestseller-Autor, wurde eine Legende, wurde „Mr. Success" und „Mr. America", ein Mann, den sich Millionen Amerikaner als nächsten Präsidenten wünschen. „In diesem Lande", sagt Lee Iacocca, „hat jeder Mensch zwei Leben." Das Interview führte Fritz Wirth in Detroit.

„Präsident der USA? Wie soll ich noch nein sagen?"

WELT: Werden Sie der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein?

Iacocca: Nein.

WELT: Es gibt heute etwa ein Dutzend Kandidaten, die gern Präsident werden möchten und dennoch im Augenblick „nein" sagen. Warum soll das „Nein" Lee Iacoccas glaubwürdiger sein als das dieser zwölf Männer?

Iacocca: Ich habe der Presse nun seit einem Jahr gesagt: Es gibt 15 bis 20 erklärte Kandidaten, die für ihr Leben gern Präsident sein möchten. Ich sage deshalb den Journalisten: Sprecht mit diesen Leuten. Denn wenn jemand solch eine große Sehnsucht nach diesem Amt hat, wird er wahrscheinlich einen guten Präsidenten abgeben. Ich habe diese Sehnsucht nicht. Ich habe jetzt jahrelang mit Politikern zu tun gehabt. Es ist eine andere Welt, fast eine Scheinwelt, in der man tief im Inneren bestimmte Gefühle für eine Sache entwickelt und öffentlich oft etwas anderes sagen muß. Ich will nicht sagen, daß es eine Heuchel-Welt ist, doch es wäre ein Leben, mit dem ich schwer fertig werden würde. Ich weiß inzwischen nicht mehr, auf welch verschiedene Weisen ich noch „nein" sagen soll. Doch ich habe aufgehört, es mit dem Hinweis zu begründen, daß ich kein Politiker bin, weil es spontan die Reaktion auslöst: „Genau deshalb sind Sie der richtige Mann."

WELT: Sie haben die Frage nach einer möglichen Präsidentschaft einmal mit der Feststellung beantwortet: „Es gibt für mich keine neuen Gipfel mehr." Sind Sie müde geworden?

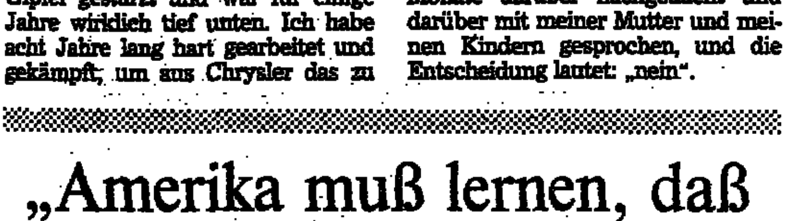
Iacocca: Nein, nicht in physischem Sinne müde. Vielleicht geistig ein wenig ermattet. Ich bin nicht mehr 30, als mir ein 16- oder 18-Stundentag nichts ausmachte. Ich schone mich etwas mehr, denn ich muß auf meine Gesundheit achten. Ich habe mich vom Lehrling zum Präsidenten bei Ford hochgearbeitet. Ich wurde vom Gipfel gestürzt und war für einige Jahre wirklich tief unten. Ich habe acht Jahre lang hart gearbeitet und gekämpft, um aus Chrysler das zu machen, was es heute ist und zwar mit der Hilfe anderer Leute. So was kann man nicht sehr oft wiederholen, wenn man in den Sechzigern ist. Ich halte deshalb nicht mehr nach neuen Gipfeln Ausschau.

WELT: Das amerikanische Budgetdefizit wird in diesem Jahr wahrscheinlich ein Rekordhoch von 230 Milliarden Dollar erreichen …

Iacocca: Ein Skandal.

WELT: Sie selbst haben einmal gefordert, daß die Wirtschaftspolitik dieses Landes in die Hände von 20 Topmanagern aus der Industrie gelegt werden sollte. Warum also nicht in dieser Situation Lee Iacocca als nächster amerikanischer Präsident, der Mann, der einst Chrysler aus tiefen Schulden herausführte und rettete?

Iacocca: Ich bin immer noch der Meinung, daß man etwas für seine Regierung tun soll. Man soll sie nicht nur kritisieren, sondern fragen: Was kann ich tun, die Dinge zu ändern!? Man braucht jedoch dazu nicht gleich Präsident zu sein. Ich habe oft gesagt, daß ich bereit bin, in einer oder anderer Form zu dienen. Sehen Sie, als vor einigen Jahren unter Carter das Defizit 48 Milliarden Dollar erreichte, sagte man, dies sei das Ende der Welt. Heute geht es auf 230 Milliarden zu und der Mann auf der Straße will nichts davon wissen. Es ist nicht sehr populär, dieses Defizit zu kritisieren. Jeder hat heute ein so gutes Leben in den USA und kauft wie verrückt. Wir produzieren nicht viel, doch wir verbrauchen 'ne Menge. Da ist also vieles zu tun. Wir müssen hier wieder ein Gleichgewicht finden und das heißt, wir müssen die Einkünfte des Staates erhöhen, beispielsweise durch Verbrauchersteuern, durch Einfuhrsteuern und ähnlichem. Und wenn man solche Vorschläge macht, provoziert man leicht die Antwort: Wenn Du so feste Überzeugungen hast, ist der beste Weg, sie in die Tat umzusetzen, Präsident zu werden. Glauben Sie mir: Ich habe im letzten Jahr viele Monate darüber nachgedacht und darüber mit meiner Mutter und meinen Kindern gesprochen, und die Entscheidung lautet: „nein".



„Amerika muß lernen, daß die faulen Zeiten vorbei sind"

WELT: Sie wurden kürzlich mit der Feststellung zitiert: Ich weiß ums Verrecken nicht, was Ronald Reagans Überzeugungen sind. Was sind Ihre Überzeugungen?

Iacocca: Zunächst einmal: Ich glaube, daß ich das so niemals gesagt habe. Was ich oft über diese Administration gesagt habe, und zwar nicht über Ronald Reagan persönlich, denn ich mag ihn, ist: Die „Reaganomics" sind ein Fehlschlag. Wir kaufen und verbrauchen wie verrückt und laden uns damit Schulden für die nächsten 200 Jahre auf. Ich glaube, das muß sich ändern. Die amerikanische Öffentlichkeit muß wieder zur Vernunft kommen und einsehen, daß die guten Zeiten und das bequeme Leben vorbei sind, daß wieder hart gearbeitet werden muß und wir wieder beginnen, die Schulden zu begleichen, sowohl im Geschäft wie im eigenen Haushalt.

WELT: Bei der Vorbereitung dieses Interviews begegneten wir einigen Beschreibungen und Attributen zu Ihrer Person, die oft widersprüchlich waren. Können Sie uns helfen, herauszufinden, wer der wahre Lee Iacocca ist?

Iacocca: Sehen Sie, so ist das mit Ihrem Beruf. Viele Journalisten, die über mich schreiben, haben mich niemals getroffen. Und so picken sie Attribute von beiden Seiten heraus. Und wenn ich deren Berichte über mich dann lese, weiß ich selbst nicht, ob ich nun Dr. Jekyll oder Mr. Hide bin. Doch es gibt nur einen Lee Iacocca, nicht wahr?

WELT: Können wir dennoch einige dieser Attribute durchgehen? Zum Beispiel: Sie sind habgierig.

Iacocca: Bin ich nicht. In meiner Jugend waren wir Materialisten, die eine Menge Geld machen wollten. Doch nun, da ich den Geldgipfel erklommen habe und wohlhabend bin und nicht weiß, was ich damit machen soll, wünsche ich mir, es weniger eilig gehabt zu haben. Dennoch, ich glaube nicht, daß ich habgierig bin.

WELT: Wir fanden das Wort in Ihrem Buch, und Sie sagten es über sich selbst.

Iacocca: Es gab mal so eine Zeit, wahrscheinlich in der Depression. Ich bin während der Depression groß geworden, als wir nichts hatten. Ich wollte damals reich werden, doch das ist lange vorbei. Heute mache ich mir Sorgen darüber, ob meine philanthropischen Bemühungen an die richtige Adresse gehen.

WELT: Sie sind egozentrisch.

Iacocca: Ich glaube, ohne ein starkes Ego wird man es niemals zu etwas bringen im Leben. Ich glaube nicht, daß ich jemals in meinem Leben auf Leute wartete, die mir mein Ego bestätigten. Mein Ego bedurfte niemals der Massage.

WELT: Sie sind ein Genie.

Iacocca: Oh nein, nein, nein. Nehmen Sie mich auf die Rolle? Ich bin kein geborenes Genie. Ich habe hart gearbeitet und ich hatte Glück. Ich habe 17 Jahre lang eine gute Erziehung genossen: gute Colleges und gute Professoren. Doch dann ging ich vor Ort und habe gearbeitet. Nein, nicht gearbeitet – geschuftet.

WELT: Sie sind rücksichtslos.

Iacocca: Nein, niemals. Ich habe mir gerade in der letzten Woche darüber Gedanken gemacht, denn in diesen Tagen beendete ich mein 40. Jahr in der Auto-Industrie. Ich bin in dieser Industrie an die Spitze von zwei großen Gesellschaften vorgestoßen. Ich habe mich selbst gefragt, kann man wirklich rücksichtslos sein und es dennoch so weit bringen? Man kann es nicht, wenn man über Leichen geht. Denn die Leute werden rebellieren und aufhören zu arbeiten. Wenn ich heute auf meine acht Jahre bei Chrysler zurückschaue: möglich, daß es hier und da Unzufriedenheit gibt, doch insgesamt herrscht hier eine großartige Moral. Und das ist nicht mit Rücksichtslosigkeit zu schaffen.

WELT: Sie sind der ehrlichste Mann in Amerika.

Iacocca: Wieder so ein Mythos. Doch wenn Sie Offenheit meinen: Ich spiele niemals mit verdeckten Karten. Manchmal kann man gewisse Dinge nicht öffentlich preisgeben, doch ich kann niemals lügen. Ich bin so von Kind an erzogen worden. Ja, ich kann wohl sagen: Ich habe niemals zum eigenen Vorteil gelogen oder etwas erfunden.

WELT: Und schließlich das letzte dieser ihnen zugeschriebenen Attribute: Sie sind ein schlechter Verlierer, der sich für nichts entschuldigt.

Iacocca: Ja, ich glaube, ich bin ein verdammt schlechter Verlierer. Wenn man jung ist und verliert, kann man auf zwei verschiedene Arten reagieren: Man kann schmollen und seine Wunden lecken und man kann – und das ist verdammt schwer – zu sich selbst sagen: Moment mal, ich werde von den Toten zurückkommen. Mich kriegen sie nicht unter, ich bin unverwüstlich. Wenn ich durch eine solche Phase gehe, bin ich ein schlechter Verlierer. Und ich komme gerne aus Krisen zurück.

WELT: Der 13. Juli 1978, der Tag, an dem Sie von Henry Ford gefeuert wurden, wie sieht er heute in Ihrer Erinnerung aus?

Iacocca: Verblaßt und verschwommen. Es ist alles vorbei. Ich denke nicht mehr darüber nach. Es ist heute nichts mehr als eine Episode in meinem Leben. Es hat keinen Sinn, darüber weitere Energien zu vergeuden oder auch nur darüber nachzudenken. Und ich tu's nicht, ehrlich nicht.

WELT: Sie haben einige ziemlich harte Sachen über Henry Ford gesagt. Sie nannten ihn einen Trinker, einen Despoten und einen Diktator. Tut Ihnen das heute leid?

Iacocca: Kaum. Ich habe dieses Buch geschrieben, meine intimsten Gedanken enthüllt und dargestellt, was ich durchgemacht habe und ich glaube, das hat das Buch so erfolgreich gemacht. Es war offen und ehrlich. Ich bin zu weit gegangen, denn was aus dem Buch gestrichen wurde, war vielleicht dreimal so lang und dreimal so ätzend. Doch was das Buch selbst angeht: Auf die drei bis vier Millionen Exemplare, die verkauft wurden, erhielt ich rund 60 000 Briefe, von denen weltweit höchstens ein Dutzend negativ waren. Ich glaube deshalb, ich würde alles heute noch einmal genau so schreiben. Wieso sollte ich gegen den Erfolg ankämpfen?

WELT: Möchten Sie Henry Ford noch einmal wiederbegegnen?

Iacocca: Ich weiß nicht. Es ist sein Problem. Bei mir ist keine Verbitterung mehr. Er hat getan, was er für richtig hielt. Nach meiner Meinung tat er es bösartig und ich habe das in meinem Buch angedeutet. Ich habe ihn seither einmal wiedergetroffen und er rannte davon und das war das letzte, was ich von ihm gesehen habe. Dieses Kapitel meines Lebens ist geschlossen.

WELT: Sie haben Ihre Entlassung durch Henry Ford „in höchstem Maße unfair" genannt. Dann gingen Sie zu Chrysler und entließen dort 33 ihrer 35 Vizepräsidenten. Was ist der Unterschied?

Iacocca: Ein riesengroßer Unterschied. Die Chrysler-Leute lebten unter einem System, das praktisch nichts zustandebrachte. Der Platz war völlig bankrott. Ich weiß bis heute noch nicht, warum sie nicht wirklich bankrott gegangen sind. Und diese 33 Leute – sie wurden übrigens über einen Zeitraum von drei Jahren entlassen – wurden von mir nicht absichtlich gefeuert, sie waren vielmehr ohne ihr Verschulden mit Aufgaben betraut, denen sie nicht gewachsen waren, denn es war Teil der Firmen-Philosophie bei Chrysler, daß alle Talente austauschbar seien. Sie fragen, wie sich dies mit Ford vergleichen läßt? Bei Ford machten wir über eine Milliarde. Wir hatten Erfolg, die Moral war gut. Beide Situationen sind also nicht vergleichbar. Außerdem haben wir in den 33 Fällen nicht versucht, diese Männer und ihre Familien zu zerstören. Wir haben vielmehr ihre Pensionen erhöht. Sie können jeden dieser 33 heute selbst befragen. Ich sehe sie immer noch von Zeit zu Zeit, und wir sprechen miteinander. Sie haben einen schrecklichen Preis zahlen müssen, doch ich bin überzeugt, daß über die Hälfte von ihnen Opfer eines schlechten Systems waren, für das sie nichts konnten.

WELT: Was sind Sie wirklich: ein Ingenieur, ein Manager oder ein Verkäufer?

Iacocca: Ich weiß nicht. Ich hoffe, daß man, wenn ich sterben werde, sagen wird: Er war ein Führer, er war jemand, der Menschen motivieren konnte. Denn darauf kommt's allen an. Professionelle Manager sind Dutzendware, Verkäufer gibt's in diesem Lande millionenfach. Doch um Ihre Frage ernsthaft zu beantworten: Ich mag fabrizierte Produkte, doch nur als etwas, was den Leuten Spaß macht. Und außerdem, wenn einem eine Arbeit wirklich Spaß macht, wird man automatisch erstklassig. Man muß dazu nicht ein Genie sein, wie Sie vermuten.

WELT: Was halten Sie von deutschen Autos und deutschen Managern?

Iacocca: Ich hatte für beide stets größte Bewunderung. Und ich sage das nicht, weil ich mit Ihnen spreche. Ich habe viele Jahre bei Ford in Köln verbracht. Was die Technologie und das Management dieser Technologie angeht, so glaube ich, gibt es nichts Vergleichbares in der Welt – und das seit vielen, vielen Jahren. Es zeigt sich in den Produkten. Volkswagen hatte einige Probleme, doch war sie im Grunde stets eine erstklassige Firma, so erstklassig, daß wir versuchten, mit ihr zusammenzugehen. Natürlich hatte ich viele Gespräche mit Mercedes und BMW. Es sind zwei Unternehmen, denen die Japaner und wir nachzueifern versuchen. Sie müssen also schon einiges richtig machen. Ob es sich also um Massenproduktionen oder Luxuswagen handelt – deutsche Wagen zählen zu den besten in der Welt. Einige sind vielleicht etwas teuer, doch das gehört hier nicht zur Sache. Sie sind sehr gute Automobile. Nichts als Hochachtung also. Ich selbst habe eine Menge gelernt, als wir den Fiesta in Europa herausbrachten. Ich handelte damals ziemlich ungeschickt und schickte alle deutschen Manager nach Spanien. In typischer deutscher Manier gingen sie zunächst zur Berlitz-Schule, um Spanisch zu lernen. Ohne sie hätten wir es jedoch niemals schaffen können, innerhalb von 1000 Tagen diese Fabrik und dieses Auto auf die Beine zu stellen. Für mich ist die Sache klar: Wenn du große Dinge planst und ein großes Projekt gut durchgeführt sehen möchtest – hol' dir deutsche Techniker und Manager und du bekommst erstklassige Arbeit.

WELT: Man nennt Sie den „Vater des Ford-Mustang". Für welches gegenwärtige deutsche Auto würden Sie gern die Vaterschaft beanspruchen?

Iacocca: Oh, da gibt's 'ne Menge schöner Wagen. Ich würde vielleicht etwas wie den neuen Porsche wählen. Doch da ist noch Mercedes und deren Wagen sind ohnehin eine Klasse für sich.

WELT: Haben Sie irgendwelche besonderen Interessen am deutschen Markt? Ich erinnere mich: Im Jahre 1978 hatten Sie eine Idee und einen Traum namens „Global Motors". Der Plan war, ein Konsortium von Autofirmen aus Europa, Japan und den USA zu bilden, um die Vorherrschaft von „General Motors" zu brechen. Sie dachten damals an Volkswagen, Mitsubishi und Chrysler. Ist der Traum tot?

Iacocca: Er muß nicht tot sein, doch ich glaube, er ist es wohl. Am Ausgangspunkt stand die Erkenntnis, daß die Welt immer kleiner wurde. Man konnte beispielsweise einen deutschen Wagen nicht mehr allein in Deutschland bauen, man ging nach Italien und in andere EG-Länder. Um in dieser Situation stark genug zu sein, drängte sich, wenn nicht gerade eine Fusion so doch ein Zusammenschluß von erheblicher Größenordnung auf, beispielsweise mit VW in Europa, Chrysler in den USA und Nissan in Japan. Als ich jedoch zu Chrysler kam, fand ich Mitsubishi und Peugeot vor. Und das war nicht unbedingt meine Idee von industrieller Kraft und Macht, die ich vor Augen hatte. Und von welcher Kraft sprechen wir hier? Wir Amerikaner hätten den größten Markt der Welt und unser Händlersystem in einen solchen Zusammenschluß eingebracht, die Deutschen die Technologie und die Japaner die kostensparende Basis des Fernen Ostens. Das alles würde sich zu einem phantastischen Unternehmen vereinen. Und dennoch glaube ich nicht, daß es klappen würde, und zwar aus einem Grunde: weil jeder zu nationalistisch ist.

WELT: Sie sind in der Vergangenheit überaus kritisch gegenüber japanischen Auto-Importen in die USA gewesen und haben eine Importsteuer für japanische Autos gefordert. Nur für japanische oder auch für deutsche und französische Autos?

Iacocca: Nun kommen wir in den Bereich des Handels. Ich halte zu diesem Thema viele Reden und ich bin es leid, ein Protektionist genannt zu werden. Mich interessiert zunächst nur, was meine Regierung und nicht was andere tun. Japan und Deutschland handeln, wie jede gute Nation, zunächst in eigenem Interesse. Amerika ist vom Wege abgekommen. Die Hälfte unserer Schulden ist wahrscheinlich in fremden Händen. Ich denke, daß es Zeit ist, zur Vernunft zu kommen und zu sagen: Wir müssen, unabhängig von Wechselkurs-Fluktuationen und dem Auf und Ab der Zinsraten, unsere Handelsbilanz ausgleichen, sonst wird es unfair. Und der Grund, warum ich mich auf die Japaner konzentriere: Sie haben keinen offenen Markt. Sie sind eine geschlossene Gesellschaft. Und so lange das so ist, konzentriere ich mich zunächst auf Japan und erst dann auf Deutschland, Frankreich und Italien.

WELT: Sie haben einmal gesagt: Laßt uns dafür sorgen, daß Amerika wieder etwas bedeutet. Was sollte Amerika bedeuten?

Iacocca: Amerikaner sollten sich wieder an die Arbeit machen. Wir können uns nicht damit begnügen, Papier hin und herzuschieben und eine Dienstleistungsgesellschaft zu werden wie England. Das würde uns zu einer zweitrangigen Nation machen. Wir müssen uns auf Dinge konzentrieren, die Jobs schaffen. Wir brauchen eine industrielle Basis, und nicht eine finanzielle Basis, die fremde Industrien unterstützt. Sehen Sie, die letzte Nation, die gegenüber dem Rest der Welt ein derartiges Handelsübergewicht hatte wie es heute Japan besitzt, war die USA. Und was glauben Sie, wann das war? 1946 und 1947.

„Ein Skandal – diese Defizite in Handel und Budget"

WELT: Sie haben einst einen Marshallplan für Amerika vorgeschlagen, um die USA in gleicher Weise wieder aufzubauen wie es mit Europa nach dem Zweiten Weltkrieg geschah. Ist der Zustand des Landes so schlimm?

Iacocca: Um einige Industriezweige und um die Landwirtschaft steht es wirklich schlecht. Mit Stahl geht es abwärts, Öl ist in Gefahr, Werkzeugmaschienen sind ohne Markt, die Auto-Industrie ist schweren Attacken ausgesetzt. Man fragt sich, wer ist der Nächste? Ich glaube, Regierung, Industrie und Gewerkschaften müssen sich zusammensetzen. Mir ist das Ergebnis solcher Gespräche klar: Wir müssen versuchen, wettbewerbsfähig zu sein und effektiver zu werden.

WELT: Um zum Schluß auf unsere Anfangsfrage zurückzukommen. Ich akzeptiere Ihre Entscheidung, nicht für das Amt des Präsidenten zu kandidieren …

Iacocca: Man merkt, daß Sie in Washington leben. Ihr kommt dort immer wieder auf diese eine Frage zurück.

WELT: Gut, Sie wollen es nicht werden. Was aber wäre, wenn Sie hier und heute amerikanischer Präsident wären. Was wäre Ihre erste Aktion und Ihre erste Entscheidung?

Iacocca: Meine erste Aktion würde sehr hart sein. Ich würde mich des Doppel-Skandals unserer Zeit, des Budgets- und des Handelsdefizits, annehmen. Ich würde sie zu einem überparteilichen, nationalen Problem erklären und es würde wieder sein wie im Zweiten Weltkrieg: Wir müßten alle unsere Differenzen begraben. Und da ich aus der Industrie komme, würde ich einen Fünfjahresplan vorlegen und sagen: Wir fangen morgen damit an.

Zugleich jedoch muß ich betonen, daß es bei allen diesen Entscheidungen noch etwas Wichtigeres gibt: Ich glaube an die Vorzüge des ununterbrochenen Dialogs. Ich weiß, daß es kaum zu verwirklichen ist, doch mein Stil würde es sein, mindestens vier Gipfeltreffen pro Jahr zu haben, denn die Auseinandersetzung mit der nuklearen Bedrohung in dieser Welt muß absolute Priorität haben. Und man kann solche Dinge nicht lösen, indem man sagt „Wir sprechen nicht mit diesen Leuten, sie sind böse".

WELT: Ich fürchte, Sie werden noch beträchtliche Schwierigkeiten haben, bei ihrem „Nein" zur Präsidentschaft zu bleiben.

Iacocca: Nein, werde ich nicht. Ich werde lediglich ernste Schwierigkeiten haben, unter den 15, die sich im Augenblick bewerben, den richtigen herauszufinden. Ich denke, ich werde ihnen die gleichen Fragen stellen, die Sie mir heute stellten, um zu sehen, wo sie stehen und ob sie die richtigen Prioritäten setzen. Am Ende wird der Bursche meine Stimme bekommen, der den klarsten Kopf hat.

WELT: Schönen Dank, Mr. Iacocca.

Iacocca: O. K.



Bis zu 500 Briefe täglich: Das Arbeitszimmer von Lee Iacocca – hier im Gespräch mit WELT-Korrespondent Fritz Wirth (l) – gleicht einer Mischung aus Privatmuseum und Büro FOTOS: BOB TRINGALI

Eine nationale Figur, eine Institution

Das zweite Leben des Lee Iacocca begann beim Ford-Konkurrenten Chrysler. Er verdingte sich dort zu einem Jahresgehalt von einem Dollar, um den praktisch bankrotten Konzern aus der Krise zu führen. Iacocca machte 1979 bei den Banken über eine Milliarde Dollar locker. 1983 erzielte Chrysler zum ersten Mal wieder einen Profit von 925 Millionen Dollar. Am 13. Juli 1983, genau fünf Jahre nach dem Tag, an dem er von Henry Ford gefeuert worden war, zahlte Iacocca vorzeitig die Bankschulden zurück.

Es war seine triumphalste Stunde seit seiner Demütigung durch Henry Ford. Seither nennt man ihn den „Mann mit dem goldenen Arm". Was immer er anfaßte, verwandelte der unwiderstehliche Iacocca in Erfolge. Im gleichen Jahr beauftragte man ihn mit der Restaurierung der Freiheitsstatue. Iacocca machte dazu eine viertel Milliarde Dollar an Spenden locker. Seither ist er mehr als nur ein Auto-Manager. Er wurde zu einer nationalen Figur, zu einer Institution. Er erhält täglich bis zu 500 Briefe von amerikanischen Bürgern.

Der für ihn erstaunlichste Erfolg ist seine Autobiographie. Sie wurde zum meistgelesenen amerikanischen Buch der Nachkriegszeit. „Ich habe niemals geglaubt, daß es in Amerika ein großes Buch werden würde", sagte er in einer Plauderei vor Beginn dieses Interviews. „In Detroit und in New York vielleicht. Dann aber wurde es nicht nur in allen 50 amerikanischen Staaten ein Hit, sondern weltweit. Können Sie mir sagen, wo der Appeal dieses Buches für Menschen in Pakistan und Israel liegt", fragt er. „Ich weiß bis heute keine Antwort." Die Tatsache, daß auch das chinesische Staatsoberhaupt sein Buch gelesen hat, hält er für „das Letzte an Ironie".

„Das Buch war für ihn eine Katharsis", sagt seine Tochter Kathy. „Es befreite ihn vom Druck, den seine Demütigung durch Ford hinterließ." Die Einkünfte der nahezu vier Millionen verkauften Exemplare fließen der Diabetes-Forschung zu. Iacoccas Frau Mary starb 1983 an Diabetes.

Sein Arbeitszimmer im „Highland Park" von Detroit ist eine Mischung aus Büro und Privatmuseum. Der Blick des Besuchers fällt als erstes auf eine Bronzebüste Iacoccas. An den Wänden Fotos, Karikaturen, Gemälde, Urkunden. Das größte Bild im Raum: ein Gemälde der Freiheitsstatue. Ein gutes Dutzend Bilder steht noch unausgepackt in einer Ecke des Arbeitszimmers, das modern ist, aber lange nicht so pompös wie sein Arbeitspalast bei Ford.

Er begrüßt den Besucher, den er zuvor noch niemals sah, mit dem Vornamen, zündet eine Montecristo-Zigarre an und bläst graue, süßliche Ballons in den Raum. Seine Stimme ist laut, fest und schnell. Er beginnt Sätze, von denen er nicht weiß, wie sie enden werden. Manche finden in der Tat kein Ende. Es ist das erste Interview, das er einer europäischen Zeitung gab. wth.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 71

Entwicklung der Städte

„Zustand der deutschen Städte ist zufriedenstellend"; WELT vom 24. September

Bruno Weinberger beantwortet nach 25 Jahren Tätigkeit für den Deutschen Städtetag die selbstgestellte Frage, was man bewirkt hat, und ob man mit gutem Gewissen aussteigen kann: „Ich glaube, der Zustand der deutschen Städte ist zufriedenstellend."

Er mag recht haben aus der beengten Sicht, die sein Beitrag erkennen läßt, das heißt: Beschränkung auf den sozial-ökonomischen und damit gleichzeitig kameralistischen Bereich. Jedoch: die von Weinberger gelobte Nachkriegsentwicklung der deutschen Städte wurde mit schrecklichen Opfern von Natur und Landschaft erkauft, und diese Opfer sind nicht wiedergutzumachen!

Der Städtebau, samt dem Stadtstraßenbau, trägt den Hauptteil des Verlustes an freier Landschaft zur Größe von rund 60 000 Hektar pro Jahr in einer bisher ungebrochenen Folge. Dies wird auch nicht kompensiert durch die anerkennenswert erfolgreiche Grünpolitik der Städte, weil deren Resultate mit Vorrang für Repräsentation und Erholung nützlich waren, aber für die unreglementierte Natur nur wenig brachten.

Spätestens seit 1970 war das Läuten der Alarmglocken hörbar, aber es wurde überhört. Trotz ständiger Forderungen des Naturschutzes blieb die Umweltverträglichkeitsprüfung der Bauleitpläne (und des Städtebaus insgesamt) auf – rühmenswerte! – Ausnahmen beschränkt, verschlossen sich die Städte der Einsicht, daß ihr Wirken zu Eingriffen in Natur und Landschaft im Sinne der Naturschutzgesetzgebung Anlaß ist, und daß hier Untersagung, Minderung, Ausgleich und Ersatz zu fordern sind.

Auch hat der Städtetag nichts dazu beigetragen, den Bundesbauminister und den Bundestag auf die Mängel im Entwurf für ein Baugesetzbuch hinzuweisen, wenn es um die Umweltverträglichkeit geht.

Der Deutsche Städtetag hat hier einen enormen Nachholbedarf, den er erst einmal erfüllen möge, bevor der Zustand der deutschen Städte „zufriedenstellend" genannt wird.

Dipl.-Ing. K. Reschke,
Landschaftsarchitekt,
Münster

Einseitige Darstellung

„Die Spur des Greifen führte nach Berlin": Geistige WELT vom 20. September

Laqueur hätte als Rezensent die Pflicht gehabt, nicht nur ein bloßes Inhaltsverzeichnis des Kramish-Buches aufzustellen, sondern die Fehler, Unvollkommenheiten in der Darstellung, historische Fälschungen und offensichtliche Verleumdungen richtigzustellen.

Autor Kramish (oder Rezensent Laqueur?) gibt sich selbst der Lächerlichkeit preis, wenn er von Rosbauds Berater- und Gutachtertätigkeit bei den „Leitern der Göringschen Vierteljahrespläne" spricht.

Die Verleumdungen Kramishs gegen Werner Heisenberg sind geradezu infam. Hier hätte der Rezensent Laqueur zu einer ausgreifenden Replik ansetzen müssen, indem er Heisenberg selbst sprechen lassen konnte: „Der Teil und das Ganze", Kap. 15 „Der Weg zum neuen Anfang, 1941–1945", Seite 235 ff.

Auch sollte Laqueur als gewissenhafter Rezensent wissen, daß der „berühmte Besuch" von Heisenberg bei Niels Bohr nicht 1942, sondern 1941 stattgefunden hat.

Eine weitere Lüge Kramishs: „... der sich (gemeint ist Heisenberg) jüdischen Kollegen gegenüber in ihrem Unglück wenig schön verhalten hatte". Ich zitiere Elisabeth *Heisenberg aus ihrem Buch „Das politische Leben eines Unpolitischen"* (Piper), Seite 119, auszugsweise: „Schon in Leipzig hatte Heisenberg ja versucht, so gut wie möglich für seine *gefährdeten Mitarbeiter zu sorgen* und für sie Stellungen im Ausland zu finden. Damals nahm er auch Dr. Gora aus Warschau auf ... und half ihm weiter. In Berlin waren es vor allem die beiden Professoren Gans und Rausch von Traubenberg, für die er sich einsetzte und die er rettete. Auch für den Franzosen Cavailles und den Belgier Cosyns setzte er sich ein ..."

Waldemar Wackermann VDI,
Halstenbek/Holstein

Gitter in Windhuk

„Auch SPD-Politiker rufen nach Hilfe für Namibia"; WELT vom 1. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie erfreulich, daß ein überparteilicher Gesprächskreis von Bundestagsabgeordneten die Aufforderung des Obmanns der CDU/CSU im Auswärtigen Ausschuß, des Abgeordneten Schwarz, Südwestafrika in den nächsten vier Jahren eine Entwicklungshilfe von 100 Millionen Mark zu gewähren, aufgegriffen hat.

Die FDP-Abgeordneten, die diese Anregung der CDU/CSU aufgegriffen haben, wären allerdings gut beraten, wenn sie zunächst einmal Herrn Genscher veranlassen würden, das Stahlgitter vom deutschen Konsulat in Windhuk zu entfernen und das Konsulat wieder zu öffnen. Angesichts der vielen Deutschen, die heute noch in Südwestafrika und besonders in Windhuk leben, dürfte es wohl langsam an der Zeit sein, diesen Fehler wieder gutzumachen.

Mit freundlichen Grüßen
Albrecht v. Kalm,
Bonn 1

„Gemeinnutz"?

„Alte Heimatgefühle"; WELT vom 2. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Neue Heimat ist pleite. Der DGB ist haftbar. Seine Konzerngesellschaften müßten zur Kasse gebeten werden. Das aber würde die finanzielle Kampfkraft von DGB und SPD schmälern.

Also sucht und findet man einen Privatmann, der an dem Konkurs verdient und ihn macht. Der sogenannte „Durchgriff" der Gläubigerbanken greift nicht, denn vorerst ist ja noch gar nichts passiert.

Die Genossen in Hessen und NRW kaufen noch vor Jahresende und zu Lasten des Steuerzahlers die dortigen Wohnungen. Strahlend tilgt der Privatmann „seine" Schuldenrate 1986 bei den Banken, allerdings unter veränderten Bedingungen für den verbleibenden Schuldenberg. Unter dem Motto des „Spatz in der Hand" akzeptieren die Banken. Bremen, Hamburg und das Saarland machen Schulden und kaufen die dortigen NH-Wohnungen, der Bund und die übrigen Länder tun als ob, und dann ist der Ofen aus.

Ohne die Brötchen des Privatmannes zu gefährden, erfolgt der größte Konkurs der Nachkriegszeit. Die Banken bleiben auf den restlichen Wohnungen und miesen Grundstükken sitzen, die sie nun verscherbeln müssen, so gut es geht.

Dann aber ruft der DGB auf die Barrikaden, prangert die kapitalistische Machtkonzentration der Banken auf dem Immobilienmarkt an und die üble Ausbeutung der armen Mieter, denen doch der Segen der Gemeinnützigkeit fest versprochen war ...

Mit besten Grüßen
H.-W. Frhr. v. Bischoffshausen,
Wentorf

Wort des Tages

„Innenpolitik ist die Kunst, verschiedene Meinungen unter einen Hut zu bringen, der kein Helm ist."

Hans Henny Jahn, deutscher Autor und Orgelbauer (1894–1959)

Nicht klein

„Am Polarkreis soll das Eis schmelzen"; WELT vom 2. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

obwohl im großen und ganzen zutreffend geschildert, könnte ich mir trotzdem vorstellen, daß Isländer, die diesen Artikel zu Gesicht bekommen, damit nicht so ganz zufrieden sein werden, wenn es da zum Beispiel heißt: „Aber der Mann aus dem Weißen Haus gab der ‚kleinen, wilden und einsamen Insel im großen Ozean' ... den Vorzug." Immerhin ist Island *mit 103 000 qkm die zweitgrößte* Insel im Atlantik und so groß wie ganz Süddeutschland.

„Wild"? Seit einsetzendem Touristenstrom zu Beginn der 60er Jahre *sind zahlreiche Brücken über die reißenden* Ströme des Hochlandes geschlagen worden, so daß man während der kurzen Reisesaison Juli/August mit etwas Glück bequem mit normalem Wagen das Hochland durchqueren kann. Als wild könnte man die 28 tätigen Vulkane bezeichnen, bei denen man nie genau weiß, wann sie wieder ausbrechen und *dann die zahlreichen Gletscher*, von denen der größte, Vatnajökull, mit seinen 8400 qkm so groß ist wie alle anderen Gletscher Europas zusammen.

Mit freundlichen Grüßen
Franz-Karl Freiherr von Linden,
Waldsee/Pfalz

Personen

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Johannes Nittinger**, bis 1971 Leiter der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung, feiert morgen seinen 80. Geburtstag. Der Jubilar, der auch nach seiner Pensionierung der Geodäsie verbunden geblieben ist, widmet sich als Geschäftsführer der Beratungsgruppe für Internationale Entwicklung im Vermessungswesen. Im Rahmen dieser internationalen Zusammenarbeit setzt er sich besonders für die Aus- und Fortbildung junger Geodäten sowie der Projektrealisierung in Ländern der Dritten Welt ein.

WAHL

Dr. **Winfried Florian** (60), Staatssekretär im Bundespostministerium, ist in seinem Amt als Präsident des Bonifatiuswerks der Deutschen Katholiken bestätigt worden. Florian, der dem Diasporahilfswerk seit 1971 vorsteht, wurde im Kloster Nütschau von den Delegierten der 57. Generalversammlung des Bonifatiuswerks für weitere sechs Jahre gewählt.

THEATER

Die Nachfolge **Rolf Liebermanns** an der Hamburgischen Staatsoper ist perfekt. Der neue Intendant **Peter Ruzicka**, der sein Amt am 1. August 1988 antritt, und **Gerd Albrecht** als künftiger Generalmusikdirektor unterzeichneten ihre Verträge. Ruzicka wird zunächst in der Spielzeit 88/89 zweiter Geschäftsführer neben Staatsoperndirektor **Rolf Mares**, bis dieser Mitte 1989 ausscheidet. Von August 1989 an führen Ruzicka und Albrecht die Geschäfte der Oper gemeinsam. Bereits vorher wird Albrecht als Generalmusikdirektor der Staatsoper und als künstlerischer Leiter der Philharmonie arbeiten.



Peter Ruzicka

DIPLOMATIE

Französischer Honorarkonsul in Nürnberg wird Dr. **Georg Bayer**. Er wird für die Konsularbezirke Ober-, Unter- und Mittelfranken des Landes Bayern zuständig sein. Neuer Generalkonsul Italiens in Frankfurt am Main wird **Gianfranco Facco Bonetti**. Sein Konsularbezirk umfaßt die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz.

VERANSTALTUNG

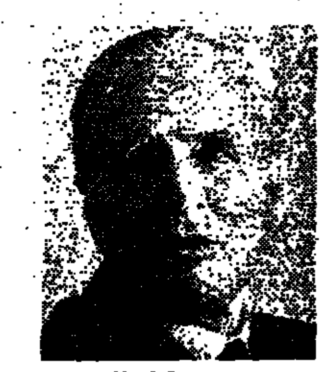
Hubertus Prinz zu Löwenstein soll in einer Autorenlesung geehrt werden. Am 13. Oktober, seinem 80. Geburtstag, gedenkt der Freie Deutsche Autorenverband des vor zwei Jahren verstorbenen Prinzen, der jahrelang auch Präsident eben dieses Verbandes war. Im Bonner Kulturforum des Bonn-Centers wird sein langjähriger Freund Dr. **Volkmar von Zühlsdorff** aus zwei Werken lesen. Es handelt sich um den posthum erschienenen Roman „Alabanda oder Der Jüngling in Griechenland", die Geschichte König Ottos, des Sohnes Ludwigs I. von Bayern, und um den noch nicht veröffentlichten Roman „Der Streiter Christi Johannes Weber". In dem unveröffentlichten Werk des Prinzen Löwenstein geht es um den Lebensweg eines Freundespaares vom Kaiserreich bis zur Hitlerzeit. Der Bonner Veranstaltung angeschlossen haben sich die Deutsch-Italienischen Gesellschaften unter dem Vorsitz von Dr. **Paul Heinz Henke** und das Kulturamt der Stadt.

EHRUNGEN

Den mit 10 000 Mark dotierten Hauptpreis des „Kulturpreises Schlesien" wird in diesem Jahr die in München lebende Schriftstellerin **Dagmar Braun** erhalten. Den Sonderpreis, der mit 5000 Mark dotiert ist, erhält der Maler **Oswald Malura** aus München; die beiden Stipendien dieses Jahres, die ebenfalls mit 5000 Mark dotiert sind, gehen an den Maler und Grafiker **Volker Lerche** (München-Nymphenburg) und den Bildhauer **Herbert Volz** (Ulm). Die Preise werden am 29. November im Landesfunkhaus Niedersachsen des NDR durch Niedersachsens Minister für Bundesangelegenheiten **Heinrich Jürgens** übergeben. Mit diesem Preis, den die niedersächsische Landesregierung 1977 gestiftet hat, will man die Verbundenheit des Landes Niedersachsen zu den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Schlesiern würdigen. Der Preis wird jährlich an Künstler vergeben, die Schlesier sind oder deren auszuzeichnendes Werk wesentliche Bezüge zu Schlesien aufweist.

*

Die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) hat den früheren Bundespräsidenten **Karl Carstens** mit der von ihr selten vorgenommenen Verleihung der Ehrenmitgliedschaft geehrt. Carstens, ausgebildeter Rettungsschwimmer und Hochseesegler, hatte während seiner Amtszeit als erstes Staatsoberhaupt die Schirmherrschaft über die DLRG übernommen. In der 73jährigen DLRG-Geschichte wurden von Rettungsschwimmern, Tauchern und Einsatzbooten der Organisation mehr als 276 000 Menschen vor dem Ertrinken bewahrt.



Karl Carstens

*

Anläßlich des 81. Geburtstages des früheren bayerischen Ministerpräsidenten **Alfons Goppel** wurde dem Nachbarland Baden-Württemberg eine ungewöhnliche Ehrung zuteil. Ministerpräsident **Lothar Späth** nahm in München die Alfons-Goppel-Medaille in Gold in Empfang, die seinem Land auf Vorschlag der gleichnamigen Stiftung vom Bayerischen Landeskomitee verliehen worden war. Die Medaille wird künftig jeweils zum Geburtstag ihres Namensgebers und Ehrenpräsidenten der Stiftung für besondere Verdienste im Kampf gegen Hunger und Armut in Ländern der Dritten Welt vergeben.

In tiefer Trauer, Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem geliebten Mann, unserem guten Vater, Schwiegervater und Großvater

Walter Grund

Staatssekretär a. D.

* 15. Januar 1907 in Schlesien † 2. Oktober 1986 in Bonn

Träger des Großen Verdienstkreuzes
mit Stern und Schulterband
sowie weiterer Auszeichnungen

Sein Leben war geprägt durch den Einsatz in seinem Beruf und die Fürsorge für seine Familie.

Johanna Grund geb. Nowack
Roswita Thode geb. Grund
und Gerhard Thode
Helga Grund
Rüdiger und Krista Grund geb. Maas
Ulrike, Matthias, Björn und Bettina

Die Exequien werden gehalten am Mittwoch, dem 8. Oktober 1986, um 10.00 Uhr in der Pfarrkirche Christ-König, Bonn-Holzlar. Anschließend findet die Beisetzung auf dem Friedhof Beuel, Platanenweg, statt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 8, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Erkenntnisse der Entwicklungshelfer bei Weizsäcker

Kredite besser an Frauen

Ist die beste Entwicklungshilfe für Länder der Dritten Welt überhaupt keine Entwicklungshilfe? Über 100 Milliarden Mark fließen jedes Jahr aus den Budgets der reichen Länder in die immer leeren Kassen der armen; Kritik vor allem an der Art der Transfers ist weltweit hörbar. Anläßlich der „Woche der Welthungerhilfe" läßt der NDR Bundespräsident von Weizsäcker mit Entwicklungshelfern diskutieren.

Die Teilnehmer wurden von den Entwicklungshilfe-Organisationen benannt; Bedingung war, daß sie über praktische Erfahrungen in Übersee verfügen. Es stand wohl von vornherein fest, daß die Eingangsfrage, ob man die Entwicklungshilfe einstellen solle, verneint wird.

Nur Irrtümer und Mißerfolge? – ARD, 21.15 Uhr

Dennoch spielten in den Vorbesprechungen Brigitte Erlers Buch „Tödliche Hilfe" mit dem Fazit, ohne diese Finanzspritzen ginge es der Dritten Welt besser, eine Rolle. So wie auch der Bericht des „Club of Rome", in dem festgestellt wird, daß mit den Milliarden auf die Bedürfnisse der Armen nicht Rücksicht genommen werde, sondern vielfach auf Großprojekte, an denen die Industrie der Geberländer Interesse habe.

Der Bundespräsident, der sich als Bundestagsabgeordneter mit Problemen der Entwicklungsländer beschäftigt hat und im höchsten Staatsamt bisher vier von ihnen besuchte, setzt sich (die Sendung wurde vor ein paar Tagen aufgezeichnet) mit den Helfern in Berlin in der alten Villa Borsig an einen Tisch, in dem Haus, das der „Stiftung für Internationale Entwicklung" gehört. Einen Tag zuvor hat man alle übrigen Teilnehmer dorthin zusammengerufen, um zu diskutieren, welche Themen besprochen werden sollten. Der Präsident trifft nicht auf Heißsporne, sondern auf Ärzte, Handwerker, Lehrerinnen, Ernährungswissenschaftler und Landwirte – der älteste von ihnen 45.

Die Verbesserung der Entwicklungshilfe, so ein Diskussionspunkt, soll nicht durch Programme zwischen Regierung und Regierung, sondern durch Hilfe vor Ort erfolgen. Großprojekte haben dabei ihren Platz, denn es herrscht Einigkeit, daß Straßenbau und Industrialisierung in einem gewissen Rahmen notwendig sind. Daneben aber: Unterstützung – direkt – mit Kleinkrediten. Man hat übrigens dabei die Erfahrung gemacht, daß Frauen das Geld meist sinnvoll verwenden, während Männer in Entwicklungsländern solche Gelder gern in Transistorgeräten oder ähnlichem anlegen.

Eine weitere Frage der Sendung: Warum müssen die Erfahrungen der zurückgekehrten Helfer häufig nach Ablauf der Verträge brachliegen? Zum Problem Geburtenkontrolle ist man, aus Zeitmangel heißt es, in der Diskussion nicht mehr gekommen.

EBERHARD NITSCHKE



Julia (Giulietta Masina, links) ist die Frau eines reichen Managers, sie lebt in Luxus und Langeweile. Bis sie die Tatsache aufschreckt, daß ihr Mann eine Geliebte hat. So begibt sie sich auf die Suche nach Möglichkeiten, seine Liebe zurückzugewinnen; dabei vermischen sich Realität und Phantasie – **Julia und die Geister**, ein Fellini-Film in der ARD um 23 Uhr FOTO: RÖHNERT

Dokumentar-Experiment über eine Schlacht 1746

Geschundene Darsteller

Ihre Gesichter sind ausgemergelt, die Augen halb zugekniffen, das Haar hängt wirr. Ringe liegen unter ihren Augen. Hunger, Durst, Müdigkeit – seit Tagen schleppen sich die Schotten im April 1746 durch das Moor-Gelände bei Inverness. Sie wollen die Wiederherstellung eines selbständigen Schottlands unter einem katholischen schottischen König. Dafür wollen sie kämpfen – in der Schlacht von Culloden, die den Schotten in grauenvoller Erinnerung ist. Gegen die englischen Elite-Regimenter haben die schlecht bewaffneten Soldaten der Hochland-Clans unter Charles Stuart, dem Sohn des Thronprätendenten, keine Chance.

Culloden – West III um 22.45 Uhr

Er übersieht den erbärmlichen Zustand seiner *4000 Mann, die es mit 9000* hervorragend ausgerüsteten Engländern aufnehmen müssen. Die Warnungen vor dem für ihn ungünstigen Kampffeld schlägt der Schotten-Führer in die Luft. Auf einen Schuß der Rebellen kommen zwanzig der Engländer. Nach einer Stunde ist die Schlacht entschieden. Die fliehenden Schotten werden gnadenlos verfolgt; die Engländer machen auch Frauen und Kinder nieder.

Peter Watkins widersprach mit seinem Film der Verklärung der Schlacht. Er nennt ihn eine „dokumentarische Rekonstruktion", bei der keine Profis mitgewirkt haben. Vielleicht ist der Film deshalb so realistisch, weil die meisten der Darsteller Nachkommen derer sind, die bei Culloden fielen. Auf dem Schlachtfeld berichten sie das Leid ihrer Vergangenheit. Ein historisch kostümierter Chronist erläutert das Schlachtgeschehen. Mit diesem Kunstgriff hat Watkins 1964 eine der ersten gelungenen Mischformen zwischen Fernsehspiel und Dokumentation geschaffen.

Kritiker sagen hingegen, der Preis für diesen Realismus sei zu hoch. Die Schauspieler-Gewerkschaft warf dem Filmemacher zudem vor, er habe mit den Laien „Schindluder" getrieben; sie so lange gescheucht, bis sie das jämmerliche Bild boten, das die Rolle forderte.

CHRISTIAN GEYER

Stolte (ZDF) nach Wiederwahl: Ausbau von 3SAT

„Nie wieder so liquide"

Nach seiner Wiederwahl für weitere fünf Jahre präsentierte sich ZDF-Intendant Professor Dieter Stolte in Stuttgart wieder einmal in seiner Paraderolle: Als professionellster und diplomatischster deutscher Medienmachthaber.

Wo einige ARD-Gewaltige die politische Öffentlichkeit mit plump-konkreten Gebührenforderungen strapazieren bzw. nach einem internen Intendantenbeschluß neuerdings in dieser Sache ihre Gremienvorsitzenden ins Gefecht schicken, übt der ZDF-Mann sich in Zurückhaltung: „Wir werden nie wieder so liquide sein, wie wir es einmal waren, schon deshalb, weil unsere Aufgaben inzwischen immens gewachsen sind. Die Gebührenerhöhungen werden nie wieder die früher gewohnte Dynamik haben. Aber das teilen wir schließlich mit vielen anderen in der Gesellschaft. Da muß auch an eine Ausgabenbegrenzung gedacht werden."

Natürlich weiß Stolte gut, wie man öffentlich-rechtlich für eine Gebührenerhöhung kämpft. „Zur gegebenen Zeit wird man sicherlich um Groschen streiten müssen. Bis zum 31. Dezember 1988 kommen wir hin, dann rutschen wir ins Defizit", rechnet er vor. Sogleich fügt er jedoch hinzu: „Es kann doch wirklich niemand erwarten, daß die Ministerpräsidenten jetzt schon ein Datum und eine Summe für eine Gebührenerhöhung nennen."

Noch deutlicher unterscheidet sich Stolte in einem grundsätzlichen Punkt von manchen seiner ARD-Kollegen oder einigen Landespolitikern. Er sagt: „Ich habe schon immer die Ansicht vertreten: Was wir brauchen, ist nicht eine staatliche Bestands- und Entwicklungsgarantie, sondern eine Funktionsgarantie." Die sieht er freilich nach der Einigung der Ministerpräsidenten über ein Rahmenpapier gewährleistet. Was er in einem nächtlichen Vorgespräch mit dem baden-württembergischen Regierungschef Lothar Späth als Vorstellungen des ZDF eingebracht habe, finde er in der Vereinbarung der Ministerpräsidenten „in vollem Umfang wieder".

Kernstück dieser Absicherung ist für Stolte die rechtliche Basis für ein zweites ZDF-Programm, zu dem 3SAT ausgebaut werden soll. Zwar heißt es gerüchteweise, die Österreicher wollten aus diesem deutsch-österreichisch-schweizerischen Projekt aussteigen. Aber Stolte ist entschlossen, bis zum Ende seiner Amtszeit 1992 das 3SAT-Programm zu 25 Prozent aus Neuproduktionen, vor allem live, zu füttern. 75 Prozent sollen Wiederholungen aus dem „ersten" ZDF-Programm sein.

Auch für die Intendanten der ARD, unter denen einige von einem Stolte-Wahlergebnis (58 Ja-Stimmen gegen zweimal Nein und drei Enthaltungen) nur träumen können, hält der ZDF-Professor einen Bonbon bereit. „In Zukunft", deutete er der WELT gegenüber an, „sollten wir vielleicht doch stärker als ein öffentlich-rechtliches Lager auftreten. Das heißt: Wenn der eine im Programm gerade seine Haubitzen abschießt, sollte der andere es eine Zeitlang vielleicht mit Schrotflinten bewenden lassen." Für die schwierigen Verhandlungen über eine Programmkoordination zwischen ARD und ZDF deutet sich damit vor allem für die Unterhaltung die Möglichkeit von längerfristigen Zyklen anstelle der bisherigen Wochenregelungen an.

JOACHIM NEANDER

ARD

ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 ARD-Ratgeber
10.00 heute
10.03 Arsène Lupin, der Millionendieb
Französischer Spielfilm (1957)
Regie: Jacques Becker
11.45 Umschau
12.10 Na, sowas!
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 Unglaublich – aber auch wahr?
Reportagen zu Legenden
Haben wir schon einmal gelebt? Kennen wir aus früheren Leben andere historische Epochen? Sind wir wiedergeboren? Antworten versucht die Sendung in Reportagen und Gesprächen zu finden.
17.15 Thomas & Seiler (7)
Das goldige Ende
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Kir Royal
Aus dem Leben eines Münchner Klatsch-Reporters
3. Das Volk sieht nichts
Von Helmut Dietl
Für 300 Millionen Mark soll am Starnberger See ein Jet-Set-Dorado errichtet werden. Drahtzieher ist Konsul Dürkheimer, der in Schwierigkeiten gerät, als er das Gelände nicht zusammenhängend erwerben kann. Baby Schimmerlos soll nun als Strohmann das fehlende Grundstück kaufen und einem ehrgeizigen Abgeordneten bei seinem Karriere-Streben behilflich sein.
21.15 Nur Irrtümer und Mißerfolge?
Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Gespräch mit Entwicklungshelfern
22.30 Tagesthemen
23.00 Julia und die Geister
Dt.-ital.-franz. Spielfilm (1956)
Mit Giulietta Masina, Mario Pisu
Regie: Federico Fellini
1.20 Tagesschau
1.25 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Mietrecht
Öfter mal was Neues
16.35 Tips für Aktive
Mit Tieren leben: Pferde (1).
Wenn's passiert ist: Erste Hilfe bei Unfällen im Straßenverkehr
17.00 heute / Aus den Ländern
Anschl.: heute-Schlagzeilen
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Paola
17.50 Agentin mit Herz
Nachtfalter
19.00 heute
19.30 Weil's solche Liebe nicht tagtäglich gibt
Fernsehspiel nach S. de Beauvoir
Mit Christine Ostermayer, Peter Striebeck. Regie: Frank Guthke
21.12 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.15 WISO
Themen: Ausbildungsverbund – drei Betriebe, eine Lehrstelle. Autokennzeichen-Verkauf – Behörden begünstigen Beutelschneider. Bauer Arnold Meßling. Rechtsschutzversicherungen. Wenn der Kollege trinkt
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
Anschl.: Politbarometer
22.10 Hauptsache Hauptschule?
Bericht von Simone Emmelius und Barbara Trottnow
20 Prozent aller Schüler besuchen eine *Hauptschule; zu Beginn der* sechziger Jahre waren es noch 70 Prozent.
22.40 Die stillen Stars
William Fowler, Physik-Nobelpreisträger von 1983
besucht von Frank Elstner
23.10 It's Countrytime mit Freddy Quinn
23.55 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße (44)
Erpressung
20.45 Kopf um Kopf
Spiel mit Wissenschaft
21.45 Jeder kann für sich was tun
Überernährung
22.15 Ein Leben auf dem Lande
Als Aushilfe auf dem Bauernhof
22.45 Culloden
Fernsehfilm von Peter Watkins
23.55 Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Schach-WM '86
19.00 Schränke im Historismus
19.15 Dr. Sherlock Holmes
Wissenschaftliche Kriminalistik
20.00 Tagesschau
20.15 Das Montagsthema
Lokaltermin Neue Heimat Bremen
21.00 Markt der Ideen
Schöner Schein und seine Folgen
22.00 Das Auge
Französischer Spielfilm (1982/83)
23.55 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Programmvorschau
18.33 Welt der Flüsse – Flüsse der Welt
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Horizonte
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
Das Geheimnis der Herzogin
22.30 India Cabaret

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.34 Fury
19.00 Abendschau/Regional
19.26 Das Sandmännchen
19.30 Formel Eins
20.15 Abenteuer Wissenschaft
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Wachsen oder Weichen
Ernte nach Tschernobyl
21.45 Der Patriarch aus Offenburg
Zum Tode Franz Burdas
22.15 Fernsehmemoiren
Franz Burda blickt zurück
23.15 New Jazz Meeting Baden-Baden
englisch-polnischer Arbeitskreis
0.00 Nachrichten

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
Kulturzeit
18.45 Rundschau
19.05 Live aus dem Alabama
Jugendprogramm
20.45 A wie Arnika, B wie Baldrian
Die Natur als Apotheke
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Schloß Herrenchiemsee
22.50 Magnum
Eine mehr als unglückliche Ehe
23.35 Rundschau





SAT 1

15.00 Drei Mädchen und drei Jungen
Verrenkungen
Anschließend: Betty Bopp
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Raumschiff Enterprise
Kurs auf den Marcus 12
Anschl.: Rund um die Welt
18.00 Cowboys, Sheriffs, Banditen
Zwischen Bürgern und Banditen
Anschließend: Goldies
18.30 APF blick
18.45 Extrablatt
Themen: Rock Hudson. Claudia Cardinale
19.45 In schlechter Gesellschaft
Amerikanischer Spielfilm (1972)
Mit Jeff Bridges, Barry Brown, John Savage, Jim Davis
Regie: Robert Benton
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künste, Sport, Quiz und Wetter
22.15 WM – Wirtschaftsmagazin
Themen: IWF-Tagung. Interview mit Barber B. Conable (Weltbank). „Wirtschaftswoche". Traumschiff „Sea Cloud" auf Erfolgskurs. Börse international
22.45 Mannix
Als wäre nichts geschehen
23.30 APF blick



1 PLUS

19.00 Hobbythek
Rund um die Nudel
19.45 Nähen leicht gemacht
20.00 Tagesschau
20.15 Stahlnetz
E 605
Mit W. Völz, Heinz Engelmann
Regie: Jürgen Roland
21.50 Mittwochs in Düsseldorf
23.20 Im Gespräch: Peter Beauvais
Mit Dietrich Mack
23.50 Nachrichten



3sat

18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Na, sowas!
Mit Thomas Gottschalk – Kim Wilde, Knut Kiesewetter
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Rocky
Amerikanischer Spielfilm (1976)
Mit Sylvester Stallone, Talia Shire
Regie: John A. Avildsen
23.40 Kennwort: Kino
23.50 Nachrichten



RTL plus

18.15 Augenclip/Regional 7
18.35 Hallo RTL
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
Gekidnappt
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der Teufel auf Rädern
Amerikanischer Spielfilm (1977)
Mit James Brolin, Katherine Lloyd
Regie: Elliot Silverstein
22.05 RTL-Spiel
22.10 Popeye
22.15 Kronen, Könner, Kavaliere
Heute: Graf Lennart Bernadotte
22.30 Bonnfetti
Talkrunde aus Bonn mit Geert Müller-Gerbes
0.00 Wetter/Horoskop/Betthupferl
0.15 Wallstreet Final

Vom DGB sechs „Prüfsteine" zur Bundestagswahl

rtr/DW. Bonn

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat es gestern als sein Recht bezeichnet, auch im Wahlkampf Kritik an der Regierungspolitik zu üben. Es wurden Einzelheiten über die „Wahlprüfsteine" bekannt, die der DGB am Mittwoch vorlegen will und in dem seine Forderungen an die Parteien formuliert sind, die zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987 antreten.

Die „Bild"-Zeitung berichtete vorab, daß der DGB insgesamt sechs „Prüfsteine" vorlegen wolle. In dem von der *Zeitung verbreiteten* Text heißt es in einem Vorwort: „Der Sozialabbau, die Beschneidung der Arbeitnehmerrechte, die Umverteilung zugunsten der Reichen, die Aushöhlung des Streikrechts – mit all diesen Maßnahmen hat die konservativ-liberale Bundesregierung den Sozialstaat nachhaltig getroffen." Geblieben sei aber die Massenarbeitslosigkeit. Es gebe eine immer stärkere Spaltung der Gesellschaft in arm und reich, oben und unten. In den Prüfsteinen des DGB werden massive Initiativen zum Abbau der Arbeitslosigkeit unter anderem durch ein mit 50 Milliarden Mark ausgestattetes Investitionsprogramm gefordert. Dafür soll auf die zweite Stufe der Steuerreform verzichtet und eine Ergänzungsabgabe von Besserverdienenden erhoben werden.

„Schiesser muß Karten aufdecken"

Schneider signalisiert Hilfe / Bangemann sagt Mietern Unterstützung beim Kauf der Wohnungen zu

dpa, Hamburg

In der Auseinandersetzung um den Verkauf des Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat konzentriert sich das Interesse jetzt immer mehr auf die Offenlegung der beiden Kaufverträge zwischen der Gewerkschaftsholding BGAG und dem Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser.

Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) verlangte gestern, wenn er voraussichtlich in den nächsten Tagen mit Schiesser zusammentreffe, müsse dieser „die Karten auf den Tisch legen", die Bücher öffnen und die Konzernbilanz vorlegen. DGB-Chef Ernst Breit hatte am Freitag betont, die vertraglichen Abmachungen würden erst offengelegt, wenn die Gespräche mit den Gläubigerbanken abgeschlossen seien. Der an den Brotfabrikanten für den symbolischen Preis von einer Mark verkaufte Konzern ist mit 17 Milliarden Mark verschuldet.

„Keine Steuergelder"

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) unterstrich die Bereitschaft der Bundesregierung, die Mieter der Neuen Heimat beim Kauf ihrer bisherigen Mietwohnungen finanziell zu unterstützen. Auf einer Parteiveranstaltung im niederbayerischen Vilshofen sagte Bangemann am Samstag nach Angaben der bayerischen FDP, die Bundesregierung werde den Mietern helfen, Eigentümer ihrer Wohnungen zu werden. Sie sei aber nicht bereit, „für den DGB oder Herrn Schiesser Steuergelder einzusetzen, damit diese dann die Wohnungen zur Finanzierung des angeschlagenen Konzerns an Dritte veräußern".

Bauminister Schneider sagte in einem Interview des in Köln erscheinenden „Express", der neue Eigentümer müsse einen schlüssigen Plan vorlegen, um den Konkurs abzuwenden. Der *Minister nannte folgende* Hauptforderungen der Bundesregierung: „Herr Schiesser muß erst seine Banken vom Konzept überzeugen, dann die Bundesländer, die für etwa sechs Milliarden Mark Kredite eine Bürgschaft übernommen haben. Wenn er das geschafft hat, ist auch die Bundesregierung zur Rettung der Gesellschaft bereit. Denn schließlich hat der Bund für 50 Prozent der Kredite gegenüber den Ländern eine Rückbürgschaft übernommen." Schneider machte deutlich, daß die Bundesregierung „keinen Pfennig Bargeld" zuschießen werde. Aber „wir werden dann über eine Verlängerung der Bürgschaften verhandeln". Schiesser solle „seine Chance haben".

DGB-Chef Breit warf der Bundesregierung am Samstag wieder vor, auf einen Konkurs der Neuen Heimat hingearbeitet zu haben.

Bei einer Veranstaltung der Postgewerkschaft in Köln hielt er der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen vor, ständig „Querfeuer geschossen" und auf dem Rücken der Neuen Heimat und ihrer Mieter Wahlkampf betrieben zu haben.

Breit spricht von Tribunal

„Die Neue Heimat sollte in den Konkurs geredet werden", sagte Breit. Die *Koalitions*vertreter hätten geplant, über Monate hinweg die Neue Heimat und die Gewerkschaften vor ihr Tribunal zu zerren und öffentlich vorzuführen.

Nach Ansicht von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat sich der DGB durch die Neue-Heimat-Affäre moralisch selber erledigt. Im Südwestfunk sagte er gestern, dies gelte vor allem für den Anspruch, ein soziales Gewissen zu sein. Daß die Verantwortlichen für die Neue Heimat auch an der Spitze der Einzelgewerkschaften stehen, bezeichnete Geißler als *den größten sozialpolitischen* Skandal der Nachkriegszeit: „Diese Leute können weder mit Geld noch mit Menschen umgehen. Das ist das eigentliche Desaster des DGB."

Labour liegt drei Punkte vor Konservativen

AP, London

Die britische Labour-Partei liegt nach einer neuen Meinungsumfrage in der Gunst der Wähler weiter vorn. Ihr Abstand zur regierenden Konservativen Partei beträgt in dem vom Harris-Institut am Donnerstag und Freitag vorgenommenen und von der Wochenzeitung „Observer" veröffentlichten *Ergebnis einer Umfrage unter* 1025 Erwachsenen drei Prozent. 41 Prozent der Befragten gaben der sozialistischen Labour-Partei, 38 Prozent den Konservativen und 20 Prozent dem Bündnis von Sozialdemokraten und Liberalen den Vorzug.

Daß der Vorsprung der Labour-Partei, die seit Jahresanfang bereits in Führung liegt, nicht größer ausfiel, führen Beobachter auf eine mögliche Nachwirkung des Parteitages in der vergangenen Woche im Seebad Blackpool zurück, auf dem sich die Oppositionspartei auf eine einseitige Abrüstung bei Atomwaffen festlegte. Auf die Frage, welcher Partei sie am ehesten zutrauten, in der Verteidigung, bei Atomwaffen und der Abrüstung die richtige Entscheidung zu treffen, nannten 38 Prozent die Konservativen, 30 Prozent die Sozialisten und 12 Prozent das liberal-sozialdemokratische Bündnis.

War das Massaker von Istanbul ein Racheakt?

Ankara bemühte sich um bessere Beziehungen zu Israel

E. ANTONAROS, Istanbul

Der Anschlag auf die Istanbuler Synagoge „Neve Shalom" am 6. September, bei dem 21 betende Juden ermordet wurden, war offensichtlich ein Racheakt von radikalen Arabern gegen die in letzter Zeit deutlich verbesserten Beziehungen zwischen der Türkei und Israel. In dieser Einschätzung sind sich türkische, amerikanische und israelische Experten einig, die das dürftige Beweismaterial auswerten.

Die türkische Regierung hatte fast unmittelbar vor dem Anschlag beschlossen, ihre Beziehungen zu Israel aufzuwerten und zum erstenmal seit vielen Jahren mit dem Sicherheitsexperten *Ekrem Guvendiren, der im* türkischen Außenministerium den Rang eines Botschafters hat, einen führenden Diplomaten zum Leiter ihrer Mission in Tel Aviv ernannt.

Die neuen Missionsleiter heißen zwar protokollarisch weiterhin „Geschäftsträger", aber sie ersetzen die jungen Sekretäre, die die beiden Vertretungen seit Anfang der 80er Jahre *geleitet haben. Ankaras Schritt machte* eine Entscheidung des damaligen Außenministers Ilter Türkmen rückgängig, der sich eine aktivere Unterstützung arabischer Länder durch die Herabstufung der Beziehungen zu Israel versprochen hatte. Diese Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht.

Libysche Waffen

Von türkischer Seite wird zwar die Bedeutung dieser Annäherung absichtlich heruntergespielt, um die Araber nicht zu provozieren. Westliche Beobachter berichteten aber, es habe auch Gesprächskontakte mit dem israelischen Industrieminister Ariel Sharon gegeben, als er vor einigen Wochen angeblich inkognito zur Hochzeit seiner Lieblingsnichte nach Istanbul reiste.

Die Überzeugung, daß der Anschlag ein Racheakt war, wird durch weitere Indizien gestützt. Die türkischen Behörden sind davon überzeugt, daß die Terrororganisation von Abu Nidal das Massaker mit libyschen Waffen und logistischer Unterstützung durch türkische Helfershelfer verübt hat. Ferner sind sich die Behörden sicher, daß „mindestens fünf Personen" an der Endphase des Anschlags beteiligt waren. Obwohl beim Attentat nur zwei Terroristen getötet wurden, hatten Augenzeugen berichtet, drei weitere Personen seien unmittelbar nach Beginn der Schießerei davongerannt.

Fünf Araber – unter ihnen die zwei toten Terroristen – hatten bereits 14 Tage vor dem *Anschlag eine* recht armselige Wohnung in einem Stadtteil von Istanbul gemietet. Der israelische Geheimdienst Mossad identifizierte einen der toten Terroristen – *das Gesicht des anderen war durch* die Sprengstoffexplosionen bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet worden – als einen ihnen bereits bekannten Angehörigen der Abu-Nidal-Gruppe.

Türsteher erschossen

Die Waffen der Terroristen wurden mit größter Wahrscheinlichkeit in libyschem Diplomatengepäck in die Türkei gebracht. Sowohl die Handtaschen als auch die Maschinengewehre mit den ausgefeilten Seriennummern und die sowjetischen Handgranaten, die beim Attentat benutzt wurden, sind identisch mit der Ausrüstung zweier libyscher Terroristen, die bei der Vorbereitung eines Anschlags auf einen amerikanischen Offiziersklub in Ankara verhaftet worden waren.

Als Waffenbeschaffer wurde der damalige Botschafter Libyens, Abdul Malik, enttarnt, der inzwischen die Türkei verlassen hat. Auch sein Nachfolger, der bisherige Generalkonsul in Istanbul, soll enge Beziehungen zu Terroristen unterhalten.

Anders als bisher angenommen wurden die beiden Terroristen allerdings nicht in die Synagoge hineingelassen, sondern erschossen kaltblütig den Türsteher, als er versuchte, ihnen das Fotografieren zu verbieten.

Es ist jedoch ein Glücksfall, daß die Mörder über ein wichtiges Detail offensichtlich nicht informiert waren: Eine Hochzeit mit knapp 1000 Gästen, bei der sie eigentlich ihr Blutbad anrichten sollten, war kurzfristig um einige Tage verschoben worden. Die Terroristen waren nämlich für eine viel größere Aktion ausgerüstet. Nachdem sie fast alle anwesenden Juden niedergemetzelt hatten, wurden sieben unbenutzte Sprenggranaten am Tatort gefunden.

Auschwitz-Film lag in Moskauer Archiv

AP, Starnberg

Zeitgenössisches Filmmaterial über die Befreiung von Auschwitz soll im Ersten Deutschen Fernsehen am 16. November ausgestrahlt werden. Das bislang als verschollen gemeldete Material wurde nach Angaben von ARD-Programmdirektor Dietrich Schwarzkopf erst vor kurzem in einem Moskauer Archiv wiederentdeckt. Schwarzkopf gab in Starnberg einen Überblick über die Planungen des ersten Deutschen Fernsehens in den nächsten Monaten. Als Sondersendungen zur Bundestagswahl gibt es unter anderem eine Diskussionsrunde mit den Generalsekretären der Parteien, eine Sendung mit den Parteivorsitzenden und drei Hearings über Außenpolitik sowie Arbeitsmarkt und Wirtschaft.

„Israel hat bis zu 200 Atomwaffen"

dpa, London

Israel ist nach einem Bericht der Londoner „Sunday Times" zur sechsgrößten Atommacht aufgestiegen und verfügt angeblich über ein Arsenal von bis zu 200 Atomwaffen. Der Bericht stützt sich auf Aussagen des 31jährigen israelischen Atomtechnikers Mordechai Vanunu, der zehn Jahre lang in Israels Atomfabrik Machon 2 gearbeitet hat.

Das Blatt ließ die Aussagen Vanunus und rund 60 Fotos, die der Israeli heimlich in dem unterirdischen Werk in der Negev-Wüste aufgenommen *hatte, von führenden Atomwissen*schaftlern angeblich überprüfen. Die Zeitung kommt zu dem Schluß, daß Israel seit 20 Jahren Atomsprengköpfe produziere. Das Plutonium stamme aus dem *israelischen* Atomforschungszentrum Dimona.

„Wer nicht wählt, wird gequält"

AP, Berlin

Ein Gericht in Gera hat nach Angaben Westberliner Kirchenkreise einen Elektriker aus Jena wegen „öffentlicher Herabwürdigung der staatlichen Ordnung" zu einer Haftstrafe von zwei Jahren verurteilt.

Dem 22jährigen Andreas Richter sei vorgeworfen worden, in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni dieses Jahres, zwei Tage vor der „DDR"-Volkskammerwahl, auf die Fassade eines viergeschossigen Hauses in der Jenaer Innenstadt mit Farbe den Spruch „Wer die Wahl hat, hat die Qual, wer nicht wählt, wird gequält" gepinselt zu haben, hieß es aus Kirchenkreisen. Insgesamt wurden im Zusammenhang mit der Aktion des Elektrikers rund 20 Personen vom Staatssicherheitsdienst in Jena kurzfristig festgenommen.

„Grüne" Frauen gegen 218-Klage

dpa, Köln

Die von der Feministin und Herausgeberin der Zeitschrift „Emma", Alice Schwarzer, zum Prüfstein für die Bundestagswahl erhobene Forderung, vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Abtreibungsparagraphen 218 zu klagen, wird von den Frauen der Partei der Grünen abgelehnt.

In der Stellungnahme der Grünen Frauen heißt es: „Der Gang zum Bundesverfassungsgericht könnte zu diesem Zeitpunkt nur mit einer Niederlage enden. Dieser Gang würde implizieren, daß wir die Rechtsprechung des Gerichts auch als oberste Instanz anerkennen." Auf einem internationalen Kongreß „Frauen und Ökologie" erklärten Vertreter der Grünen, für eine solche Klage müsse ein „breiter Konsens" hergestellt werden.

Iraner schleuste Asylanten ein

AP, Stockholm

Die schwedische Polizei hat nach einer Meldung der Zeitung „Svenska Dagbladet" den Iraner Amir Heidari unter dem Verdacht festgenommen, beim Einschleusen iranischer Asylsuchender nach Schweden Einwanderungsgesetze verletzt zu haben. Die Zeitung schrieb, Heidari sei am Freitag abend auf dem Stockholmer Flughafen verhaftet worden, als er das Land habe verlassen wollen. Heidari leite eine Organisation, die iranische Asylanten in großem Maßstab nach Schweden einschleuse.

„Svenska Dagbladet" hatte berichtet, Heidari habe eingeräumt, daß er Reisen von Asylsuchenden organisiere, aber den Verdacht zurückgewiesen, er könnte dabei Gesetze verletzen. Jetzt hieß es, der Polizei sei bekannt, daß der Iraner ein Hamburger Hotel als Zwischenstation für Asylsuchende benutze.

Über mangelnde Beschäftigung können die 11 000 Heizölhändler in der Bundesrepublik nicht klagen. Aufgrund der günstigen Preise wurden bereits im ersten Halbjahr 25 Millionen Tonnen Heizöl verkauft. Das sind 45 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Der Trend hält nach Ansicht des Handels an. FOTO: AP

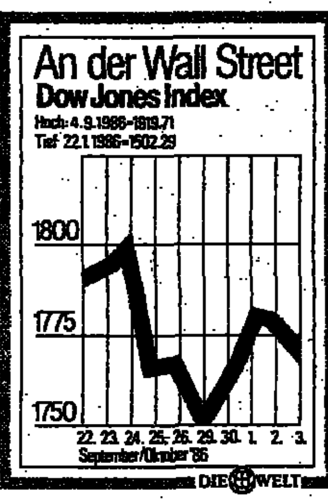
MÄRKTE & POLITIK

Opec: Die Fachminister der 13 Mitgliedstaaten wollen von heute an in Genf ihre beim letzten Treffen im August eingeleitete Produktions- und Preispolitik weiter festigen.

Autos: Die japanischen Anbieter planen, spätestens im Frühjahr 1987 mit einer Reihe großvolumiger Modelle (2,2 bis 3 Liter) auf dem deutschen Markt vertreten zu sein. Sie sollen je nach Ausstattung zwischen 28 000 DM und 65 000 DM kosten.

Bleifrei: Im vergangenen Monat ist an den knapp 1400 Esso-Stationen, die diesen Kraftstoff anbieten, der Bleifrei-Anteil auf 19,3 Prozent gestiegen, während es im August erst 17,7 Prozent und Anfang dieses Jahres erst knapp zwölf Prozent gewesen waren.

FÜR DEN ANLEGER



Gold: Für die weitere Entwicklung des Preises wird nach Ansicht der Degussa die wirtschaftliche Situation in den USA und der Dollarkurs den Ausschlag geben. Am 22. September hatte der Druck auf die amerikanische Währung den Goldpreis bereits auf 442,75 Dollar je Feinunze getrieben, den höchsten Stand seit Mai 1983. Am Freitag waren in London 436,90 Dollar je Unze notiert worden.

Finanzmärkte: Bei Gesprächen zwischen Vertretern der Bundesrepublik Deutschland und Japans über eine Öffnung ihrer Finanzmärkte für Banken des jeweils anderen Landes sind in Tokio Fortschritte erzielt worden.

Italien: Immer mehr Arbeitnehmer werden Aktionäre. (S. 12)

Rentenmarkt: Molltöne herrschen vor. Viele Profis sitzen auf hohen Beständen. (S. 12)

WELTWIRTSCHAFT

Energie: Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand eröffnete in Cannes die dreizehnte Weltenergie-Konferenz mit rund 5000 Teilnehmern.

US-Budget: Der Senat in Washington hat den Haushalt für das kommende Jahr mit einem Rekordvolumen von 558 Mrd. Dollar gebilligt.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Hirschmann: Der Antennenbauer steigert im Geschäftsjahr 1985/86 den Umsatz um 8,4 Prozent auf 400 Mill. DM. (S. 13)

CCC: Das Handelsunternehmen Coutinho, Caro und Co. AG hat Anschluß an die guten Vorjahre gefunden. (S. 13)

Orgatechnik: Die Büromöbel-Branche geht mit Optimismus zu der Kölner Messe, die am 16. Oktober beginnt. (S. 13)

NAMEN





Agrar: Der Deutsche Bauernverband hält es für dringend notwendig, daß die Agrarpolitik geändert wird. Präsident Constantin Freiherr Heereman (Foto links) appellierte an die Bundesregierung, eine, wie er sagte, „neue Ausrichtung" der internationalen Agrarpolitik auf dem nächsten Weltwirtschaftsgipfel zur Sprache zu bringen.

Esch-Prozeß: Heute will das Gericht von dem saudiarabischen Scheich Saleh A Kamel vor allem erfahren, warum er im Jahr 1982 Aktien des Baumaschinenkonzerns im Wert von knapp 200 Mill. DM kaufte. (S. 12)

Flugpreise: Die Europäische Gemeinschaft ist nach den Worten des britischen Verkehrsministers John Moore (Foto rechts) einer Einigung über die Aufhebung der bestehenden Wettbewerbsbeschränkungen im Luftverkehr nahegerückt. Davon wird eine Senkung der Flugpreise erwartet.

WER SAGT'S DENN?

Der Weltmarkt findet in unserer Zeit auch zu Hause statt, und der Größte zu Hause ist auf dem Weltmarkt immer nur einer unter vielen, oft sogar nur ein Zwerg.

Hermann J. Abs

Der Staat sollte sich bei normaler Konjunktur nicht verschulden

Untersuchung des Bundes der Steuerzahler – Ergänzung der Verfassung empfohlen

HEINZ HECK, Bonn

Staatliche Kreditaufnahme ist nur zu vertreten, wenn infolge einer Rezession Mindereinnahmen ausgeglichen oder Mehrausgaben abgedeckt werden müssen. Das ist das Fazit einer Untersuchung zur „Staatsverschuldung in der Bundesrepublik", die das Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler in Bonn vorgelegt hat.

Die Autoren von Arnim und Weinberg plädieren dafür, daß Bund und Länder sich in konjunkturellen Normalsituationen mit ausgelastetem Produktionspotential nicht zusätzlich verschulden dürfen. Das gelte erst recht in Phasen konjunktureller Überhitzung: Steuermehreinnahmen sollten dann in einer Konjunkturausgleichsrücklage stillgelegt werden.

Diese Folgerungen ergäben sich bereits aus Artikel 109 Abs. 2 Grundgesetz („Bund und Länder haben bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen"). Doch die Auslegung dieser Vorschrift habe in der Vergangenheit stets zu Streitigkeiten geführt.

Die Verfasser empfehlen daher zur Klarstellung eine Ergänzung des Grundgesetzes. Unabhängige Gremien wie die Deutsche Bundesbank und die Fünf Weisen sollten in die Ermittlung darüber eingeschaltet werden, ob Normal- oder Überauslastung des Produktionspotentials vorliege und welchen Umfang konjunkturbedingte Mehreinnahmen und Minderausgaben hätten.

Staatsverschuldung habe in der Vergangenheit häufig als Instrument gedient, den Staatsanteil am Sozialprodukt – gleichsam am Widerstand der Steuerzahler vorbei – zu erhöhen. Lasse die Rechtsordnung das zu, so versetze sie die Regierung in die Lage, zum Beispiel wahlwirksame Ausgaben zu finanzieren, scheinbar ohne den Bürger belasten zu müssen.

Diese Wirkungsweise der Staatsverschuldung verführe Politiker dazu, um kurzfristiger Erfolge willen die Zukunft mit Rückzahlungsverpflichtungen zu belasten. In der Bundesrepublik seien heute schon große finanzielle Zusatzbelastungen für die Zukunft erkennbar, etwa die zunehmende Last der Altersversorgung, die sich aus der Änderung der Alterszusammensetzung der Bevölkerung ergebe.

Der Grundsatz der gerechten zeitlichen Lastverteilung könne auch nicht als Argument für eine Kreditfinanzierung von Investitionen herhalten. In einer stetig wachsenden Volkswirtschaft werde keine Generation gegenüber früheren oder späteren begünstigt oder benachteiligt, wenn jede ihre Investitionen jeweils unmittelbar mit Steuern finanziere. Ziehe man auch volkswirtschaftliche Desinvestitionen, etwa durch Umweltzerstörung und Ressourcenabbau, ins Kalkül, so sei die gerechte zeitliche Lastverteilung eher ein Argument gegen Staatsverschuldung.

Staatliche Kreditfinanzierung sei auch kostspieliger als die durch Steuern. Sie enge wegen der Zinslast den Spielraum künftiger Regierungen ein und könne eine unerwünschte Umverteilung zugunsten der Bezieher höherer Einkommen bewirken. „Vor allem aber dämpft Staatsverschuldung tendenziell das Wirtschaftswachstum." Steuerzahlerpräsident Feit erinnert in der Einleitung daran, daß die von der Erhöhung des Staatsanteils in den 70er Jahren erhoffte Erhöhung der Investitionsquote nicht nur nicht eingetreten sei, sondern daß im Gegenteil sogar die Konsumquote zugenommen habe.

Konfusion verursacht wilde Kurs-Ausschläge

Wall Street wartet auf klare Konjunktur- und Zinssignale

H.-A. SIEBERT, Washington

Noch immer herrscht an den US-Aktienmärkten die totale Konfusion, weil niemand weiß, in welche Richtung Konjunktur und Zinsen marschieren. Die Prognosen widersprechen sich, und die Kurse reagieren darauf mit wilden Ausschlägen.

So war es in der vergangenen Woche, als das Zinspatt zwischen den USA auf der einen und Deutschland und Japan auf der anderen Seite ein Stimmungstief erzeugte, das sich noch verstärkte, als wichtige Orientierungsdaten wie der Index der führenden Indikatoren und die Beschäftigung ins Minus rutschten. Dagegen standen gute Nachrichten wie zum Beispiel das im August um 26 Prozent gesunkene US-Außenhandelsdefizit.

Typische Situation am Freitag: Nach Börsenbeginn schoß der Dow-Jones-Industrie-Index, der 30 erstklassige Wachstumswerte umfaßt, um 18 Punkte in die Höhe. Bis zum Schlußgong fiel er dann um 7,03 auf 1774,18 Punkte. Eigentlicher Auslöser war die von 6,8 auf sieben Prozent gestiegene Arbeitslosenrate im September. Ähnlich erging es dem Nyse-Index und dem Standard & Poor's 500, die um 0,08 auf 134,31 und um 0,21 auf 233,71 Punkte nachgaben.

Es fragt sich jedoch, wie ernst das Tagesgeschäft überhaupt noch zu nehmen ist. Denn zum dritten Mal hintereinander legten alle drei Barometer im Wochenverlauf zu: der „Dow" um 4,49, der Nyse-Index um 0,87 und der S & P 500 um 1,48 Punkte. Daraus läßt sich ein Minimum an Optimismus ablesen, und an der Wall Street spekuliert man in der Tat zumindest auf einen Zwischenspurt. Anstöße gehen auch, wie es heißt, vom Programmhandel aus, der seine Sold-Positionen durch Aktienkäufe ausgleichen muß.

Was die Börse bremst, ist mit Sicherheit das neue amerikanische Steuerrecht, nachdem künftig der Kapitalgewinn nicht mehr mit 20, sondern wie das übrige Einkommen mit 28 Prozent zu versteuern ist. Viele Anleger lösen in diesen Wochen ihre Portefeuilles auf, um die Differenz einzustreichen. Hinzu kommt, daß zur Zeit die Gewinnlage der Unternehmen höchst unübersichtlich ist und deshalb viele Investoren Wartestellung beziehen.

Aber positiv wertet die Börse, daß eine knappere Geldversorgung in den USA noch nicht festzustellen ist. Mit dem Ausscheiden des „Fed"-Gouverneurs Emmet Rice zum Jahresende verliert Paul Volcker überdies einen weiteren Mitstreiter im Kampf gegen die Inflation. An der Wall Street spricht man deshalb bereits über eine fünfte Diskontsenkung in diesem Jahr. Die Fortsetzung der Hausse wäre zweifellos garantiert, wenn sich diese Gerüchte verdichten.

Verstärkt hat sich der Rückzug der IBM-Aktie, die am Freitag um 2⅛ auf 130⅜ Dollar sackte. Aufkaufversuche durch Carl Icahn verteuerten USX Corp. um weitere 1½ auf 26⅛ Dollar.

AUF EIN WORT





„Wirtschaftsverbände bilden ein Gegengewicht zu der bürokratie-immanenten Tendenz zu Fehlentscheidungen. Verbandsbeiträge sind daher politische Kosten, sind Investitionen in unternehmerischen Rahmenbedingungen."

Horst Prießnitz, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes kunststoffverarbeitenden Industrie e. V. (GKV), Frankfurt. FOTO: DIE WELT

Patient soll den Doktor überprüfen

Erste Modelle wurden jetzt vorgestellt – Aus der Ärzteschaft kommt heftige Kritik

THOMAS LINKE, Berlin

Deutschlands niedergelassene Mediziner gerieten in den letzten Monaten wegen einiger schwarzer Schafe in Verruf. Honorarabrechnungen nicht erbrachter Leistungen wurden aus vielen Regionen gemeldet. Die deutsche Ärzteschaft wehrte sich gegen eine „ungeheuerliche Diffamierungskampagne" und „Anwürfe aus Norbert Blüms Ministerium".

Doch die Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) – die Selbstverwaltungsorgane rechnen die ärztlichen Leistungen mit den Krankenkassen ab –, machten sich zusammen mit den Krankenkassen auch daran, Kontrollinstrumente zu installieren. Ein Auftrag aus dem Düsseldorfer Arbeitsministerium gab ihnen bis zum Jahresende Zeit.

Nun präsentierte der Vorsitzende der KV Nordrhein, Rolf Thier, vor Journalisten erste Modelle: Der Patient soll seinen Doktor in Zukunft stärker überwachen. Den Vorwurf der Bespitzelung müßten die Ärztefunktionäre hinnehmen. Doch zum Schutz der ehrlichen Kollegen bleibe nichts anderes übrig, erklärte Thier. Außerdem sei der Ruf der Öffentlichkeit nach Kontrollen doch sehr laut geworden.

„Zuerst wurde auch daran gedacht, jedem Patienten ein Duplikat seines Krankenscheins zuzuschicken mit der Bitte um Überprüfung", erklärte Thier. Doch das haben die Kassen aus Kostengründen abgelehnt. Ebenso unpraktikabel ein anderer Vorschlag: Der Patient sollte noch beim Arzt seinen Schein quittieren. Der Druck auf den Heilungssuchenden wäre viel zu groß und das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient würde arg leiden.

So sieht das Düsseldorfer Modell lediglich nachträgliche Stichproben vor. Den genauen Prozentsatz der untersuchten Krankenscheine wollte der Ärztefunktionär aber nicht nennen. NRW-Gesundheitsminister Hermann Heinemann (SPD) hatte zehn Prozent vorgeschlagen, die Kassen hielten schon fünf Prozent für ausreichend.

Diese Stichproben werden von der Krankenkasse aus dem Medizinerlatein in eine auch für den Normalpatienten verständliche Sprache übersetzt und ihm zugesandt. Freiwillig kann er dann abgerechnete Leistung und tatsächliche Behandlung vergleichen und etwaige Unstimmigkeiten seiner Kasse melden. Das alles soll noch im Quartal der Behandlung über die Bühne gehen, denn welche Gedächtnislücken bei Patienten auftreten, wird im Augenblick bei den laufenden Verfahren immer wieder deutlich.

Nach dem Versuch an Rhein und Ruhr soll die Kontrolle auf die ganze Republik ausgeweitet werden. Im Bonner Arbeitsministerium – das politisch für das Funktionieren des Gesundheitssystems verantwortlich ist – soll sich bereits eine Kommission mit der Frage der Abrechnungskontrolle beschäftigen, hieß es in Berlin.

In der Ärzteschaft stößt die Überwachung jedoch auch auf massive Kritik. So befürchtete auf derselben Veranstaltung der Erste Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Siegfried Häußler, einen großen Papierkrieg, der nichts bringe: „Das Vertrauen zwischen Arzt und Patient ist nicht durch Kontrolle zu ersetzen."

Utopischer Vorschlag

tl. – Der Vorschlag hat schon etwas Utopisches an sich: Die Kassenärztliche Bundesvereinigung will einen Bundeszuschuß für die Krankenversicherung der Rentner. Das Problem ist in der Tat riesengroß, denn in diesem Bereich greift – im Gegensatz zu den Ärzten und der Pharmaindustrie – keine Maßnahme der Kostendämpfung.

Durch eine immer höhere Lebenserwartung ist der Anteil der Rentner an der Zahl der Kassenmitglieder immer weiter gestiegen. Und gerade die älteren Mitglieder brauchen überdurchschnittlich viel ärztliche Hilfe und Arzneimittel. Dafür kann ihr Beitrag – obwohl in den letzten Jahren sukzessive erhöht – einfach nicht ausreichen. Schon bezahlt die Solidargemeinschaft aller Versicherten fast sechzig Prozent der Leistungen für die älteren Mitbürger.

Da scheint es nur logisch, daß die Belastungen auf breitere Schultern gestellt werden –, sprich den Steuerzahler. Insofern ist der Vorschlag nur folgerichtig. Utopisch erscheint jedoch die Realisierbarkeit. In Bonn zielen die Überlegungen nämlich genau in die andere Richtung. Beispiel Pflege: Da sollen den Kassen gerade zusätzliche Ausgaben auferlegt werden, die vorher die öffentliche Hand – genauer die Kommunen über die Sozialhilfe – getragen haben. In dieser Großwetterlage nach einem Bundeszuschuß zu rufen, ist schon mutig. Es scheint, als sei es der Mut der Verzweiflung über die mit herkömmlichen Mitteln nicht mehr zu lösende Kostenproblematik im deutschen Gesundheitswesen.

Stillegen?

HH – Konjunkturbedingte Mehreinnahmen stillzulegen, wie es der Bund der Steuerzahler fordert, mag sehr theoretisch – im Sinne von praxisfern – klingen. Schließlich müssen der Bund und die meisten Länder erst einmal von ihrer hohen Nettokreditaufnahme herunter. Wenn das erreicht ist, gilt es, den Schuldenberg in Höhe dreistelliger Milliarden abzutragen, also eine Aufgabe für Jahrzehnte. Dennoch sind solche Forderungen gerade in Wahlzeiten am Platze; erinnern sie doch die Politiker daran, daß nicht jede zusätzlich eingenommene Mark (Verteilungs-)Freude aufkommen lassen darf. Vielmehr verdient Haushaltsdisziplin einen weit höheren Rang, als man ihn ihr bis vor einigen Jahren zugebilligt hat.

Ohne Kraft

Von KAREN SÖHLER

Beharrlich verweilen die meisten Rohstoffpreise im Tal. Es fehlt die Kraft, um neue Höhen zu erklimmen. Auch im vergangenen Monat gab es keine bemerkenswerten Nachfrage- oder Angebotsverschiebungen. Manche Kurssteigerung, wie die beim Kupfer, beruhte lediglich auf währungspolitischen Einflüssen. Der Verfall des englischen Pfund hinterließ seine Spuren. So ist auch zu erklären, daß der englische Reuter-Index im September von 1461,07 auf 1544,04 Punkte stieg. Der nach den amerikanischen Notierungen berechnete Moody's-Index hingegen zeigte kaum Bewegung; der Wert am Monatsende lag mit 904 Punkten nur 4,01 Punkte über dem am Monatsanfang.

Die Rohstoffpreise verharrten im September auf überwiegend niedrigem Niveau. Währungspolitische Einflüsse verursachten Verschiebungen.

Worauf richtete sich bei dieser (Nicht)-Entwicklung das Interesse? Nun – die Blicke der Händler waren in den letzten Wochen unter anderem auf die Kaffeeanbaugebiete gerichtet. Qualität und Quantität der laufenden Ernte forderten ihre Aufmerksamkeit. Weltweit wird der Ertrag mit gut bewertet, auch wenn Brasiliens Plantagen diesmal erheblich weniger exportfähige Ware abwarfen als in der vergangenen Saison. Doch das war nach den Dürreschäden im vergangenen Jahr vorauszusehen. Diesen Ausfall nahm der Markt längst vorweg.

Seit den Höhenflügen Anfang dieses Jahres, als in London nahezu 3000 Pfund für eine Tonne Kaffee bezahlt werden mußten, fiel der Preis im Juli auf unter 1600 Pfund. Seitdem hat er sich wieder erholt. Im letzten Septemberdrittel stieg der Tonnenpreis kurzfristig sogar über 2500 Pfund, fiel dann aber wieder leicht zurück.

Das Brokerhaus Hornblower Fischer & Co. schließt sich der Meinung New Yorker Experten an, die glauben, daß die Kaffeepreise in den kommenden Wochen das jetzige Niveau beibehalten werden. Die geringere Ausbeute in Brasilien gleichen Anbieter aus. So haben Indonesien und Kolumbien ihre Produktion gesteigert.

Nach wie vor muß keine Rücksicht auf Exportquoten genommen werden. Diese Ausfuhrschranken waren Anfang des Jahres auf Grund der Preisexplosion abgeschafft worden. Nun haben die dem Kaffeeabkommen angehörenden Produzenten und Verbraucherländer beschlossen, Quoten noch nicht wieder einzuführen. Damit sei das Weltmarktangebot dem Verbrauch recht gut angepaßt, meinen Händler. Hinzu kommt, daß Vorräte abgebaut werden. Die Kaffeeverarbeiter sind im Augenblick also weniger auf Neukäufe angewiesen. Ohne außergewöhnliche Ereignisse wären leicht fallende Preise sogar denkbar.

Eine andere Tendenz zeigt sich beim Silber, das im September zumindest Interesse weckte. Der Preis überschritt vorübergehend 600 Cent je Unze. Ende September lag er allerdings mit 552 Cent nur noch 31,50 Cent über dem Wert vom Monatsanfang. Dennoch ist zu erwarten, daß dieses Edelmetall nachholt, was es bislang versäumt hat. Während Gold und Platin eine Hausse erlebten, hatte Silber das Nachsehen.

Es ist eben genug Silber vorhanden, und der industrielle Bedarf entwickelt sich seit Jahren höchst unbefriedigend. Der kommerzielle Verbrauch liegt mindestens drei Prozent unter der jährlichen primären Sekundärproduktion. Dieser laufende Überschuß muß also von privaten Käufern aufgenommen werden, in deren Händen sich ohnehin schon viele Millionen Unzen befinden.

An diesen fundamentalen Daten hat sich nichts geändert. Daß die Amerikaner Silberminen geschlossen haben, verknappt das Angebot nicht merkbar. Der Preis ist trotzdem gestiegen, weil Spekulanten – wie üblich – erst mit Zeitverzögerung auf das weniger wertvolle Edelmetall stoßen. Inflationsangst und andere Gefühle, die zunächst den Griff nach Gold und Platin verstärkten, lenkte jetzt die Blicke der Investoren auf Silber. Mancher Anleger ist bei Gold und Platin ausgestiegen mit der Überlegung, daß Kursgewinne bei dem noch niedrig bewerteten weißglänzenden Metall inzwischen leichter zu erzielen wären.

Experten in New York meinen, der Preisauftrieb habe seinen Höhepunkt noch nicht erreicht. Nach einer weiteren Abschwächung – etwa bis 560 Cent – werde der Silberwert sich wieder zu neuen Höhen aufraffen. Bei dieser Annahme spielt sicher eine Rolle, daß die Käufer aus dem Mittleren Osten zugenommen haben. So stockt Indien offenbar seine Silbervorräte auf. Pakistan und einige arabische Staaten verdicken ebenfalls ihre Polster. Vermutlich treibt die Unsicherheit an den Devisenmärkten diese Länder dazu, weniger Fremdwährung und dafür mehr Silber anzuhäufen.

Rohstofftabelle auf S. 12



Kombinate erhalten mehr Verantwortung

DIETER FUCHS, Berlin

Der wichtigste Wirtschaftspolitiker der „DDR", Politbüromitglied Günter Mittag, hat jetzt eine erneute Reform der volkswirtschaftlichen Leitungs- und Planungsmethoden bekanntgegeben. Allerdings spricht er nicht von „Reform", sondern von „Vervollkommnung".

Vor allem geht es darum, die Verantwortung der rund 220 Kombinate zu vergrößern, in denen die Masse der Industriebetriebe zusammengefaßt ist. Diese Kombinate hatte Honecker als „Rückgrat" der sozialistischen Planwirtschaft bezeichnet.

Sie sollen künftig auch die wichtigsten der bisherigen Zulieferungen selbst herstellen. Das gilt insbesondere für mikroelektronische Baugruppen und Software.

Mittag, der als Sekretär des SED-Zentralkomitees für die Wirtschaft zuständig ist, nannte die weitere Ausgestaltung der Kombinate als nunmehr wichtigsten Schritt zur Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Dazu gehört auch, daß die Kombinate mehr Verantwortung für ihre Investitionstätigkeit erhalten sollen. Dem dient „ein eigenverantwortlich zu verwendender Investitionsfonds", der geschaffen werden soll.

Außerdem will man die notwendige Verbesserung der Investitionstätigkeit mit Hilfe einer Intensivierung der Kredit- und Zinspolitik erreichen. Andere Maßnahmen sollen die Kombinate anregen, ihre Produktion schneller zu erneuern und die Kosten zu senken.

Freilich will die SED-Führung nicht nur die Verantwortung der Kombinate stärken, sondern auch „die zentrale staatliche Leitung und Planung". Mithin bleibt es bei der zu Stalins Zeiten im Gebiet der heutigen „DDR" eingeführten Methode des „demokratischen Zentralismus".

Ihn beschreibt Günter Mittag jetzt als „dialektische Wechselwirkung zwischen gesellschaftlich verbindlicher, staatlich exakt formulierter Zielstellung und der massenhaften Initiative zu ihrer Verwirklichung".

Immer mehr Arbeitnehmer werden Aktionäre

Die italienischen Gewerkschaften standen der direkten Mitarbeiterbeteiligung lange Zeit ablehnend gegenüber

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Auch bei Italiens Unternehmen kommt langsam die Praxis in Gang, Belegschaftsmitgliedern zu Vorzugspreisen Aktien der Gesellschaft anzubieten. Letztes bisheriges Beispiel ist das des Turiner Fiat-Konzerns, von dessen inländischen Firmenangehörigen jetzt die Hälfte alle 22,5 Millionen Sparaktien gezeichnet hat, die auf Grund eines HV-Beschlusses vom 3. Juni zum Preis von 5000 Lire (1000 Lire nominal und 4000 Lire Aufpreis) angeboten worden waren.

Trotz des Artikels 47 der italienischen Verfassung, der die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Großunternehmen der Wirtschaft ausdrücklich vorsieht, hat die Praxis, Firmenangehörigen Aktien anzubieten, in Italien lange Zeit gebraucht, um sich durchzusetzen. Das hat vor allem zwei Gründe. Einesteils ist das Aktiensparen als verbreitete Anlageform in das Bewußtsein des „kleinen Mannes" in Italien erst richtig gedrungen, seitdem die Geschehnisse an Börse und Kapitalmarkt auch von den Medien intensiv aufgegriffen und kommentiert werden. Zum anderen verhinderte und bremste die bis weit in die siebziger Jahre hinein in einem großen Teil der Arbeitnehmerschaft vorherrschende „Linkskultur" eine positive, zum Konsens bereite Beziehung des Angestellten oder Arbeiters zu seinem Betrieb und zu dessen Management. Die Gewerkschaften standen dem Phänomen der direkten Beteiligung der Firmenangehörigen am Kapital des Unternehmens während der ganzen Zeit der „Kulturrevolution" der späten sechziger und frühen siebziger Jahre dezidiert ablehnend gegenüber. Erst jetzt beginnen sie sich dem Trend zum Aktiensparen, wenn auch widerwillig, anzupassen.

Diesen Trend hat Cesare Annibaldi, der Chef der Stabsabteilung Image und Kommunikation des Fiat-Konzerns, in einem Interview mit der Mailänder Wirtschaftszeitung „Il Sole-24 ore" vor kurzem dadurch umrissen, daß „wir heute nicht mehr mit dem Arbeiter als Waffe zu tun haben, sondern mit einem Mitarbeiter, der im wahrsten Sinne des Wortes ‚mitarbeiten' will und die wirtschaftliche Bedeutung einer Aktienbeteiligung mit allen ihren finanziellen Auswirkungen erfaßt hat".

Diesem neuen Bewußtsein auf der Seite der Arbeitnehmer steht ein ähnlicher Wandel auf der Seite der Unternehmer und der Kontrollaktionäre gegenüber, die den Sinn der Publikumsgesellschaft und die Bedeutung des Aktienmarktes für die Finanzierung der Unternehmen anders begreifen als noch vor wenigen Jahren. So wie die Masse der Arbeitnehmer gelernt hat, vom Postsparbuch oder vom Bankkonto auf moderne Formen des Sparens wie Rentenwerte, Fondstitel und Aktien umzusteigen, so haben auch die großen Gründerfamilien und das Management der großen Gesellschaften begriffen, daß es nicht der erste Schritt zur Sozialisierung ist, wenn den Firmenangehörigen Aktien angeboten werden.

Die erste italienische Gesellschaft, die ihren Angestellten und Arbeitern schon vor ca. 40 Jahren (1947) eigene Aktien anbot, war das Chemieunternehmen Montecatini (heute Montedison). Richtig in Gang gekommen ist die Beteiligung der Firmenangehörigen am Kapital ihrer Unternehmen indessen erst in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, in denen die gestiegenen Aktienkurse und die hohen Börsengewinne immer mehr Kleinsparer auch aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen den Gang an den Aktienmarkt antreten ließen. Das erwies sich in seiner vollen Deutlichkeit im Frühjahr dieses Jahres, als der von der Münchner Allianz AG übernommene zweitgrößte italienische Versicherungskonzern RAS in Mailand den Führungskräften Aktien zur Zeichnung anbot. Die Folge davon waren Proteste und Streikandrohungen der übrigen Angestellten, die von diesem Angebot nicht ausgeschlossen werden wollten.

Entschieden den Weg der Einbeziehung der Arbeitnehmer in den Kreis der Aktionäre zu gehen begonnen hat auch der Informatik-Konzern Olivetti. Ein erstes Angebot erfolgte in diesem Falle anläßlich der Kapitalaufstockung des Jahres 1984, ein zweites wird im Dezember dieses Jahres folgen.

Immer mehr setzt sich auch in den Kreisen der Firmen, die sich zum Börsenhandel anmelden bzw. Vorbereitungen zur Börsennotiz treffen, die Tendenz durch, ihren Angestellten und Arbeitern bei dieser Gelegenheit einen „Treuebonus" in Form eigener Aktien zu gewähren. Das tat beispielsweise Italiens und der Welt größter Strickwarenkonzern Benetton, der aus Anlaß der Publikumsplazierung eines Teils des Kapitals vor kurzem an der Emission von 3,24 Mill. Stammaktien auch die 1200 Firmenangehörigen nebst Kunden und Lieferanten beteiligte.

Inzwischen sind es bereits 36 Operationen von 23 Unternehmen, die das Angebot eigener Aktien an Arbeitnehmer betreffen. Ihr Emissionsvolumen hat einen Wert von insgesamt 65 Mrd. Lire: nicht viel, aber ein sichtbarer Anfang.

Ohne Kraft

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende September 1986	Ende August 1986	Hoch 1986	Tief 1986
Kupfer	L	£/t	934,25	896,75	1027,25	864,50
Zink	L	£/t	615,00	573,50	615,00	402,25
Erdöl/Brent	R	$/bbl	14,05	14,40	26,45	8,07
Blei	L	£/t	278,62	270,50	293,00	236,25
Aluminium	L	£/t	833,75	774,00	853,50	721,50
Nickel	L	£/t	2572,50	2560,00	3052,50	2452,50
Gold	L	$/Unze	421,20	386,00	442,75	326,00
Silber	L	cts/Unze	552,00	517,00	621,00	485,30
Platin	L	£/Unze	375,15	419,30	446,20	234,10
Weizen	C	Cts/bu	265,25	258,37	370,00	242,75
Mais	C	Cts/bu	176,75	154,12	258,75	149,37
Kakao[1]	NY	$/t	2010,50	2049,00	2305,50	1667,50
Kaffee[1]	L	£/t	2394,00	2217,50	2955,00	1592,50
Zucker	NY	cts/lb	5,03	4,51	9,38	4,51
Sojaöl	C	Cts/lb	15,28	13,56	21,62	13,07
Baumwolle[2]	NY	Cts/lb	46,05	35,27	69,70	29,87
Schweißwolle	S	Cts/kg	630,00	615,00	685,00	585,00
Kautschuk	L	p/kg	68,00	60,50	68,00	52,50
Indices:						
Moody's (31.12.31=100) New York			912,4	898,4	982,00	898,4
Reuter's (31. 9.31=100) London			1544,4	1461,1	1863,4	1411,4

[1] Zweite Abladung L = London R = Rotterdam C = Chicago S = Sydney NY = New York
[2] A-Index-Preis

Zusammengestellt von der Commerzbank AG

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: Promitex-Heimtextilien Handels AG; **Bad Berleburg:** Nachl. d. Bernhard Josef Struck, Bad Laasphe; **Berlin-Charlottenburg:** Nachl. d. Hans Günther Goerisch; **Braunschweig:** GSS Gesellschaft f. Städtebauplanung u. Sanierung, Bauträgerges. u. Baubetreuung mbH; **Burgdorf:** HBS Bauelemente GmbH; **Dortmund:** Automaten Filipovic GmbH; **Hannover:** Ernst Sundermann Holzgroßhandlung KG; Nachl. d. Helga Gödeke, Hannover-Kleefeld; **Herborn:** Nachl. d. Heinrich Jakob Blum, Sinn-Fleisbach; **Lüneburg:** A.F.G. Agrarfinanzierungs-Vermittlungsges. mbH; **Mosbach:** Gastro Discotheken Betriebs GmbH; **Neustadt:** Nachl. d. Bernd Schneemann; **Niebüll:** EFA Vermögensverwaltungs- und Beteiligungsges. mbH, Tinnum/Sylt; **Remscheid:** Elisabeth Golla, Solingen; Alexander Goljar, Automatenstickerei; **Stuttgart:** Beton Express GmbH, Bohren – Sägen – Pressen, Leonberg; **Wittlich:** J. Gerhard GmbH, Maring-Noviand.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Mainz: Wein- und Sektkellerei Jakob Gerhardt GmbH & Co. Niersteiner Schloßkellereien, Nierstein 1.

Vergleich beantragt: Schwäbisch Hall: BBZ Bedachungs GmbH, Öhringen.

Vor Beteiligung an IBH gewarnt?

adh. Frankfurt

Klarheit über die Frage, warum der saudi-arabische Scheich Saleh A. Kamel mit insgesamt rund 200 Mill. DM bei der 1983 in Konkurs gegangenen IBH-Holding einstieg, erhofft sich die Staatsanwaltschaft im Prozess vor der 10. Koblenzer Kammer von der heutige beginnenden Zeugenaussage des Scheichs. Insgesamt sind für die aufwendige Vernehmung fünf Verhandlungstage angesetzt. Die Anklage wirft Horst Dieter Esch, Gründer und ehemaliger Vorstandsvorsitzender des Baumaschinenkonzerns, vor, den Scheich betrogen zu haben.

Das Bild des Scheichs, der gleichzeitig in Zivilprozessen unabhängig vom Koblenzer Strafverfahren gegen Esch auf Schadensersatz klagt, weil er sich betrogen fühlt, blieb in den bisherigen acht Verhandlungstagen gegen Esch merkwürdig zwiespältig. So ist er offensichtlich ein gewiefter Geschäftsmann, der ein weltumspannendes Imperium von Geschäftsinteressen mit Hilfe ausgesuchter Berater geschickt (und geldbringend) steuert, dem aber Risikofreude und sogar Blauäugigkeit nicht fremd scheint.

So heißt es in einer mehrfach zitierten Untersuchung der renommierten Wirtschaftsprüfer Coopers und Lybrand, die Wert darauf legen, kein Gutachten, sondern eine erste Untersuchung der Verhältnisse bei der IBH für den Scheich vor dessen Beteiligung 1982 angefertigt zu haben, ausdrücklich: „Eine Beteiligung ist nicht ohne Risiko". Der Scheich war damals gleichwohl eine Beteiligung eingegangen.

Antwerpens Hafen steuert Rekord an

dpa/VWD, Antwerpen

Der Hafen der belgischen Stadt Antwerpen liegt derzeit voll im günstigen Wind. Schätzungen für 1986 stimmen Stadtväter und Hafenverwaltung optimistisch. Es wird ein Rekordjahr mit 90 (1985: 86) Mill. Tonnen Güterumschlag erwartet. Darüber hinaus will Antwerpen – zweitgrößter Hafen Europas nach Rotterdam und vor Hamburg – in den kommenden Jahren seine Kapazität weiter ausbauen. Spätestens Ende 1987 soll die größte Schleuse der Welt in Betrieb genommen werden. Mit 500 Meter Länge und 13,5 Meter Höhe ist die Berendtrecht-Schleuse ein gigantisches Bauwerk, das die Kapazität des Hafens um 40 Prozent steigern wird. Sie ermöglicht es zukünftig auch Superschiffen von über 100 000 Tonnen, die Hafenbecken zu erreichen.

Der Anschluß an das Hinterland klappt gut. Durch die beschlossene Einrichtung eines Büros der Deutschen Bundesbahn wird dies nach Ansicht der Hafenverwaltung noch besser. Einen Wermutstropfen mußte Antwerpen allerdings im laufenden Jahr schlucken: Der Stückgutverkehr hat – wie auch in anderen Häfen – erheblich nachgelassen, vor allem bei Stahl und Eisen. Hierbei spiele die restriktive Stahlhandelspolitik der USA eine wesentliche Rolle. Daß 1986 dennoch ein Rekordjahr werde, liege vor allem an der starken Steigerung im Seetransport von Mineralöl. Hier gab es in den ersten sieben Monaten 1986 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Zunahme von 424 Prozent.

Kritik an Bonner Steuerpolitik

Gemeinden fürchten Aushöhlung der Gewerbesteuer

HANS KRUMP, Bonn

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sieht die Gewerbesteuer als Eckpfeiler der kommunalen Einnahmen durch die Steuerpolitik der jetzigen und vergangenen Bundesregierung „erheblich ausgehöhlt". Der Präsident der kommunalen Spitzenorganisation, der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Gottfried Bernrath, führte in einem Gespräch mit der WELT unter anderem die verstärkten Abschreibungsmöglichkeiten für Schulden, Dauerzinsen und umweltfördernde Investitionen an.

Dies hätte zu der „grotesken Situation" geführt, daß einerseits die „zweifellos zu bestätigende Verbesserung des Steuereingangs zur Konsolidierung kommunaler Haushalte beigetragen" habe, andererseits aber Städte und Gemeinden mit hohen industriellen Investitionen, gerade im Umweltbereich, erhebliche Steuerrückgänge zu verzeichnen hätten. Dies resultiere daraus, daß „hohe Abschreibungssätze möglich sind und auf diese Weise die Erträge sinken. Die Gewerbesteuer wird ja heute in erster Linie aus dem Ertrag und nur noch unbedeutend aus dem Kapital finanziert."

Neues System gefordert

Bernrath, zugleich Bürgermeister im niederrheinischen Grevenbroich, forderte in dem Gespräch eine Erneuerung des kommunalen Steuersystems. Dabei müsse es Ziel der Städte und Gemeinden sein, eine Steuer zu erhalten „ähnlich der Gewerbesteuer, für die die Kommunen eigene Hebesätze haben". Allerdings sollte eine solche Einnahmequelle weniger konjunkturanfällig sein als die bisherige ertragsabhängige Gewerbesteuer. Der Präsident des Städte- und Gemeindebundes, dem 8000 kreisangehörige Kommunen mit insgesamt 31 Millionen Einwohnern angehören, sieht bei der Durchsetzung „zumindest bei der FDP Schwierigkeiten".

Als mögliche Alternative befürwortete Bernrath eine Steuer, die „sich bemißt nach der Wertschöpfung der Steuerpflichtigen". Eine solche Wertschöpfungssteuer wäre weniger konjunkturabhängig, sie würde die Selbstverwaltung der Gemeinden stärken und bezöge nicht nur die „herkömmlichen Steuerzahler" ein, sondern auch Verwaltungen, öffentliche Betriebe und freie Berufe, die zum Teil von der Gewerbesteuer befreit sind.

Sorge um Fortbestand

Trotz der Versicherung von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), die Gewerbesteuer bliebe erhalten, äußerte sich der Gemeindebund-Präsident „sehr besorgt". „Einmal, weil diese Einnahmequelle mit der jetzigen Ergiebigkeit überhaupt nicht fortbestehen kann. Zum anderen, weil ich nicht sicher bin, ob das die FDP auf Dauer mitmacht. Der Kanzler sagt: Gewerbesteuergarantie. Aber er begrenzt sie immer auf eine Wahlperiode. Bisher hat er das nur für die eine, für die laufende Wahlperiode zugesagt."

Bernrath kritisierte auch die Pläne im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen, die Grunderwerbssteuer „für sich zu kassieren". Dies würde gerade in den Gemeinden mit lebhafter industrieller Tätigkeit zu einem erheblichen Einnahmeverlust führen. „Die Kommunen brauchen die Grunderwerbssteuer auch wieder für die Refinanzierung zugunsten ihrer Infrastruktur. Ich hoffe, daß Nordrhein-Westfalen davon noch abrückt und sich eine andere Lösung finden läßt."

Molltöne am Rentenmarkt

Ein großer Teil der Profis sitzt auf hohen Beständen

Die auf die anfängliche Schwäche zur Wochenmitte folgende Kurserholung entpuppte sich als Strohfeuer. Das bekam auch die neue Bundesanleihe zu spüren, deren Konditionen unter dem Eindruck der Marktbesserung festgelegt wurden und damit am Freitag schon nicht mehr marktgerecht waren; weil sie nun nicht leicht zu plazieren sein wird, wurde die Anleihe eine Mark unter dem Emissionskurs angeboten. Es war übrigens schon häufiger zu beobachten, daß die Kurse kurz vor einer Bundesanleihe-Konsortialsitzung hochgezogen wurden. Die Prognosen für diese Woche sind auf Moll gestimmt, es sei denn, die Zinssenkungsspekulation in den USA kommt wieder auf Touren. Da ein großer Teil der Profis auf hohen Beständen sitzt, lastet latenter Abgabedruck auf dem Markt. (cd.)

Emissionen	3.10. 86	26.9. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,45	5,43	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,88	5,87	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,59	5,53	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	5,95	5,90	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,59	5,54	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,20	5,13	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,28	6,22	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,60	5,54	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,44	6,45	6,82	7,20	8,08











„High-Tech aus Unterfranken"

Neues Werk der Mannesmann-Enkelin Indramat

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Dem Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß war es als Beispiel fruchtbarer Regionalförderung die Reise an den Main wert. Dem Vorstandsvorsitzenden der Düsseldorfer Mannesmann AG, Werner H. Dieter, bei und mit der blühenden Konzerntochter Mannesmann Rexroth GmbH großgeworden, war es willkommener Anlaß, an diesem Paradefall von „High-Tech aus Unterfranken" zu demonstrieren, daß sich „die Welt nicht für unser Lohnniveau und unsere Urlaubswünsche interessiert", sondern konkurrenzfähige Produkte höchster technischer Perfektion honoriert.

Die Festredner feierten mit der Rexroth-Tochter Indramat GmbH die Vollendung eines Werksneubaus, der mit 90 Mill. DM Aufwand die bislang größte Einzelinvestition der gesamten, in diesem Jahr an 2 Mrd. DM Weltumsatz heranrückenden Rexroth-Gruppe ist. Auf einer Produktionsfläche von 12 500 Quadratmetern soll nun die Fertigung neugeordnet und Raum für weiteres Wachstum geboten werden. Die in jüngster Vergangenheit rasant auf 750 vergrößerte Indramat-Mitarbeiterzahl in Lohr könne jetzt auf etwa 1150 weiter wachsen.

Reizvoll auch für die Festredner der Blick zurück, der erst die wahre Dimension dieses Aufstiegs enthüllt: Nur eine Handvoll Leute beschäftigte die 1958 in Neuwied von Jung-Unternehmern gegründete „Gesellschaft zur Industrie-Rationalisierung und Automatisierung (Indramat)" mit der Herstellung einfacher hydraulischer Regelsysteme, als die in der Hydraulik-Technik schon zum Höhenflug ansetzende Rexroth-Gruppe die Firma kaufte und den Tüftlern aus Neuwied eine Bastelecke in Lohr einräumte.

Nach diversen Neuentwicklungen für Servoantriebe kam 1978 der große Wurf mit der „Weltneuheit" des elektronisch gesteuerten, wartungsfreien Drehstrom-Servomotors. Diese exakt regelbare Antriebseinheit setzte sich zunächst in Transferstraßen und schließlich im gesamten Produktionsmaschinenbau durch. Und Indramat blieb bis heute mit diesem Produktprogramm weltweit Marktführer, gibt seinen Europa-Marktanteil bei elektronischen Servoantrieben für numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen mit 25 Prozent an.

Beflügelt vom Servomotor kommt der Umsatz 1986 auf etwa 170 Mill. DM und soll im nächsten Jahr die 200-Mill.-DM-Schwelle schaffen. Rund 55 Prozent des Geschäfts stammt aus dem Export, bei dem der Nordamerika-Markt noch vor Westeuropa rangiert. – Was beim Festakt in Lohr vornehm verschwiegen wurde: Dieses „High-Tech-Produkt" wäre eigentlich den Weltkonzernen der Elektroindustrie auf den Leib geschrieben. Aber entwickelt haben es die Tüftler aus Unterfranken.

Die Schwierigkeiten überwunden

Handelshaus Coutinho, Caro geht unter neuem Eigentümer besseren Zeiten entgegen

JAN BRECH, Hamburg

Die Coutinho, Caro & Co. AG (CCC), Hamburg, die vor zwei Jahren von dem US-Konzern McDermott übernommen worden ist, hat 1985/86 (31. März) das seit langem beste Ergebnis erzielt. So schließt CCC für das Berichtsjahr mit einem Jahresüberschuß von 14,4 Mill. DM. Von 1,04 Mrd. DM Umsatz hat CCC damit 1,4 Prozent verdient, eine Rendite, die das traditionsreiche Handelshaus seit vielen Jahren nicht mehr erreicht hat.

Die günstige Entwicklung wird bei CCC mit höheren Anlageinvestitionen und gesteigertem Verbrauch in vielen Käufer- und Abnehmerländern begründet. Dabei haben die beiden großen Bereiche internationaler Handel sowie Bauten und Anlagen gleich gut abgeschnitten. Einbußen, die der Handel mit Massenstahl im zweiten Geschäftsjahr erlitt, glichen gute Abschlüsse im Handel mit NE-Erzeugnissen, Papier- und Chemieprodukten aus. Auch die Schiffahrtsaktivität, die in der Corek Maritime GmbH, Hamburg, zusammengefaßt ist, brachte ein gutes Ergebnis.

Im Bereich Bauten und Anlagen bestimmte die Abrechnung einer Reihe großer Objekte das Ergebnis. In dieser Sparte hätte sich, wie es im Geschäftsbericht heißt, Straffung und Präzisierung des Konzepts bewährt. Das früher breit angelegte Geschäft ist auf den Entwurf und die Erstellung von schlüsselfertigen Anlagen und Bauten mit hoher eigener Wertschöpfung konzentriert worden.

Problemlos ist der Hochbaubereich dennoch nicht. Das Ergebnis im Berichtsjahr überdeckt abrechnungstechnisch einen nach wie vor ungenügenden Auftragseingang. Für dieses Jahr erwartet man bei CCC deshalb auch nur ein ausgeglichenes Ergebnis in dieser Sparte.

Zum Rohertrag von gut 80 Mill. DM im Berichtsjahr haben Handel und Hochbau annähernd im gleichen Umfang beigetragen. Das Bruttoergebnis aus dem ordentlichen Geschäft beträgt 11,3 Mill. DM, dazu kommen 9,1 Mill. DM außerordentlicher Erträge durch die Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen im Anlagengeschäft; der Jahresüberschuß vor Steuern erreicht damit 21,2 Mill. DM. Vom Nettogewinn verbleibt nach Verrechnung mit dem Verlustvortrag aus dem Rumpfgeschäftsjahr ein Bilanzgewinn von 11,7 Mill. DM.

Zum ersten Mal veröffentlicht CCC darüber hinaus Kennzahlen für den Konzern nach amerikanischen Richtlinien, die aufgrund unterschiedlicher Bewertungsvorschriften nicht mit denen früherer Jahre vergleichbar sind.

Danach erreicht das Stammhaus CCC einschließlich seiner in- und ausländischen Tochtergesellschaften einen Außenumsatz von 1,6 Mrd. DM. Der Rohertrag wird mit 125 Mill. DM, der Gewinn nach Steuern mit 20 Mill. DM angegeben. Die Eigenmittel betragen 111 Mill. DM, die Eigenkapitalquote 18 Prozent. Die eigenen Mittel der McDermott International Trading (Germany) GmbH, Hamburg, die das Kapital von CCC hält, werden mit 140 Mill. DM angegeben, davon sind 39 Mill. DM Stammkapital.

In dem guten Ergebnis des Berichtsjahres spiegelt sich, wie es heißt, die vereinbarte stärkere Zusammenarbeit zwischen der deutschen Gruppe und der US-Muttergesellschaft wider. Daß die Amerikaner nach anfänglichen Schwierigkeiten das Heft bei CCC fest in die Hand genommen haben, machen die personellen Veränderungen deutlich: von der früheren CCC-Geschäftsführung ist niemand mehr übrig.

Impulse durch neue Technik

Hirschmann vernachlässigt traditionelle Produkte nicht

nl. Stuttgart

Für die Hirschmann-Firmengruppe, Esslingen, die in der Antennentechnik zu den führenden Anbietern zählt, wirkt es sich positiv aus, daß das Unternehmen über die neuen Kommunikationstechniken hinaus keinesfalls die traditionellen Produktbereiche vernachlässigt hat. „Wären wir blauäugig in die neuen Medien hineingegangen, dann wäre vielleicht ein schwerer Schaden entstanden", meint geschäftsführender Gesellschafter Richard G. Hirschmann im Hinblick auf deren zögerliche Einführung und Akzeptanz. So steigerte die Firmengruppe im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) ihren Umsatz um 8,4 Prozent auf 398 (Vorjahr: 366) Mill. DM.

Die drei umsatzstärksten Säulen sind bei Hirschmann die Empfangssysteme im Auto, Steckverbinder und stationäre Empfangssysteme für terrestrische Hörfunk- und Fernsehübertragung sowie Satellitenempfang. Richtfunksysteme, Empfangsstellen für Kabelnetze der Bundespost und Satellitenempfangsanlagen für große Kabelnetze haben nach Angaben von Hirschmann im Bereich der neuen Kommunikationstechniken weiter an Bedeutung gewonnen. Auch die optische Übertragungstechnik, für die das Unternehmen seit 1979 Vorleistungen von insgesamt etwa 10 Mill. DM erbracht habe, bringe inzwischen „interessante" Umsätze.

Die Einführung des neuen C-Netzes, das über 200 000 mobile Telefonanschlüsse zuläßt, habe zu einer deutlichen Nachfragebelebung nach entsprechenden Autoantennen geführt. Erfreuliche Ansatzpunkte seien auch beim Satellitenempfang erkennbar. Verstärkt ausbauen will Hirschmann den Bereich der Steckverbindungen. Der Auslandsumsatz der Firmengruppe hat sich im Berichtsjahr um 11,4 Prozent auf 162 Mill. DM erhöht. Damit macht er nunmehr 41 (40) Prozent des konsolidierten Gruppenumsatzes aus.

Zur Ertragslage heißt es, der weiter zunehmende internationale Wettbewerb sowie die teilweise notwendigen Preisanpassungen hätten zu Einbußen geführt. Investiert wurden in der Gruppe, die über ausländische Produktionsstätten in den Ländern Österreich, Spanien und Südafrika verfügt und insgesamt unverändert etwa 3300 Mitarbeiter beschäftigt, 19 (21,5) Mill. DM.

Zweistellige Zuwachsraten

Büroindustrie geht mit Optimismus zur Kölner Orgatechnik

dpa/VWD, Köln

Die büro- und informationstechnische Industrie in der Bundesrepublik erwartet für 1986 zweistellige Zuwachsraten. Dies sagten Sprecher der Branche anläßlich der bevorstehenden Internationalen Büromesse Orgatechnik (16. bis 21. Oktober in Köln). Keine andere Industriegruppe in der Bundesrepublik expandiere derzeit so kräftig.

Nach Angaben der Fachgemeinschaft Büro- und Informationstechnik im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau zeichnete sich im 1. Halbjahr 1986 ein Zuwachs der deutschen Produktion von „deutlich über zehn Prozent" ab. Im Rekordjahr 1985 war die Produktion der deutschen büro- und informationstechnischen Industrie um mehr als 23 Prozent auf 18,7 Mrd. DM gestiegen. Die „überaus gute Branchenentwicklung" habe sich auch in der Zahl der Beschäftigten niedergeschlagen. Sie stieg seit Ende 1985 um 4200 auf den derzeitigen Höchststand von 93 541.

Die stark exportorientierte Branche befürchtet allerdings von der jüngsten Dollarentwicklung Ausfuhreinbußen. „Bei einem Kurs von zwei Mark für den Dollar ist die Schmerzgrenze erreicht", meinte ein Sprecher. Auswirkungen seien aber erst 1987 zu erwarten. Für 1986 rechnet die Fachgemeinschaft noch mit einem Exportzuwachs der Gesamtbranche von über 8,5 Prozent. Gegenüber Juni 1985 sei der Preisindex für die Produkte der Gesamtbranche um 3,2 gesunken, „was zu einer erneuten Verbesserung des Preis-Leistungs-Verhältnisses" geführt habe.

An der alle zwei Jahre stattfindenden Internationalen Büromesse „Orgatechnik" beteiligen sich in diesem Jahr rund 1800 Firmen aus 29 Ländern. Der Anteil der ausländischen Aussteller liegt bei einem knappen Drittel.

PERSONALIEN

Helmut Metge, Aufsichtsratsvorsitzender der Signal Lebensversicherung AG, Dortmund, vollendet am 7. Oktober 1986 sein 65. Lebensjahr.

Dr. **Bernd Rietdorf**, Flughafendirektor in Düsseldorf, ist in den „Board of Directors" des Airport Operators Council International (AOCI) des Internationalen Flughafenverbandes gewählt worden.

Willi Back wurde zum Vizepräsidenten des Verbands der Automobilindustrie (VDA) gewählt. Zum Ehrenmitglied wurde **Otto Kässbohrer** ernannt. Neu im Vorstand ist Dr. **Heinz Schmitz**.

Rechtsanwalt **Joachim Günther** ist nach Erreichen der Altersgrenze aus der Geschäftsführung der zur Melitta-Gruppe gehörenden Dannemann Cigarrenfabrik GmbH, Lübbecke, ausgeschieden. **Hans-Günther Hildl** leitet die Firma als alleiniger Geschäftsführer.

Heinz-Dieter Butte (47), wurde zum weiteren Vorstandsmitglied des Westfälischen Genossenschaftsverbandes (WGV), Münster, bestellt.

Eike Markau (51), bisher Alleingeschäftsführer bei einem führenden Süßstoff-Hersteller, wurde zum Geschäftsführer der Messe Frankfurt GmbH mit Wirkung vom 1. Januar 1987 berufen. Er wird Nachfolger von Dr. **Christian Barteit**, der aus gesundheitlichen Gründen ausscheidet.

Wilhelm Bald (53), Leiter des Vertriebes Nachrichtentechnik der Ruhr-Zweigniederlassung Dortmund/Essen der Siemens AG verläßt das Unternehmen auf eigenen Wunsch, um sich selbständig zu machen.

Klaus J. Busch (34), seit 1979 stellvertretender Leiter der Lufthansa-Pressestelle, leitet ab 1. Januar 1987 die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Frankfurter Pressebüro der Deutschen Fiat GmbH, Heilbronn.

Gerhard Meckler (50), bisher bei Kühne & Nagel, hat zum 1. Oktober den Vorsitz der Geschäftsführung der Thyssenkonzern-Verkehrsgruppe Haeger & Schmidt GmbH, Duisburg, übernommen. Amtsvorgänger **Helmuth Simon** ist in den Ruhestand getreten.

Artur Perr, Vorsitzender des Stahlbauvereins Bayern und geschäftsführender Gesellschafter der Stahlbau Gebr. Perr Betriebs KG, Ingolstadt, wurde am 3. Oktober 70 Jahre.

Einbrüche am US-Arbeitsmarkt

Sbt. Washington

Zu einem plötzlichen Einbruch kam es im September am US-Arbeitsmarkt. Verloren gingen 265 000 Jobs, so daß die Zahl der Arbeitslosen erstmals wieder 8,3 Mill. überstieg. Gegenüber August verringerte sich die Gesamtbeschäftigung von 110,2 auf 109,9 Mill. – etwa 46 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Amerikas Arbeitslosenquote erhöhte sich von 6,8 auf sieben Prozent (ohne Militär) und liegt nun über der deutschen. Nach Kalkulationen der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer müssen der US-Rate etwa 1,5 Prozent zugeschlagen werden, da sie durch Befragung von 60 000 Haushalten ermittelt wird und deshalb viele Unsicherheitsmerkmale enthält.

Ein Warnsignal ist die im August und im September stark gedrosselte Zunahme der bisher stets explodierten Zahl der Dienstleistungsjobs. Noch verschlimmert hat sich jedoch die Situation im verarbeitenden Gewerbe, das im vergangenen Monat 38 000 Beschäftigte freisetzte. In den ersten neun Monaten dieses Jahres betrug das Minus 200 000 Jobs.

Heizöl um die Hälfte billiger

Brennstoffhandel erwartet „recht ordentliche Bilanz"

VWD, Essen

Mit einem Absatz von etwa 39 Mill. bis 40 Mill. Tonnen leichtem Heizöl rechnet der Gesamtverband des Deutschen Brennstoffhandels e. V. 1986. Die Steigerungsrate von sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr beruhe weitgehend auf dem Bestandsaufbau bei den Verbrauchern, wurde in Essen erklärt. Beim schweren Heizöl betrug der Mehrabsatz in den ersten sieben Monaten 8,3 Prozent. Bis zum Jahresende soll sich hier ein Absatzplus von zehn Prozent ergeben. Bei festen Brennstoffen werde der Absatz 1986 unter der Vorjahreszahl liegen. 1985 hatte der deutsche Brennstoffhandel in 11 000 Betriebsstätten im Heizöl- und 8600 Betriebsstätten im Kohlehandel seinen Absatz witterungsbedingt um sechs Prozent gesteigert.

Nach Angaben der Verbandsvorstände sparten die Heizöl-Verbraucher durch den Sturz der Ölpreise 1986 rund 13,2 Mrd. DM trotz der Aufstockung ihrer Tankbestände. Daraus errechne sich eine Effektiversparnis von 14,4 Mrd. DM bzw. knapp 50 Prozent der letztjährigen Ölheizungskosten. Der Verbraucherpreis fiel von Januar 1986 bis zum 15. August 1986 um 66,1 Prozent. Gegenwärtig liegt er bei 15 Dollar je Barrel (159 Liter). Deshalb wurden im ersten Halbjahr 1986 mit 25,044 Mill. Tonnen fast 45 Prozent mehr Heizöl abgesetzt als im Vorjahreszeitraum.

Der Umsatz des Brennstoffhandels wird 1986 nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden des Verbandes, Rudolf Kaiser, durch die schlechteren Heizölpreise nur noch etwa 34 Mrd. DM (ohne Mwst.) erreichen. Im Vorjahr war er um 10,7 Prozent auf 54,8 Mrd. DM gestiegen. Da beim Verkauf mit festen Margen gearbeitet wird, wirke sich die nunmehr geringere Kapitalbindung für den mittelständischen Handel eher günstig aus. Als der Ölpreis nach oben ging, war dieser liquiditätsmäßig starken Belastungen ausgesetzt. Die Branche habe ein gutes erstes Halbjahr hinter sich und erwarte „eine recht ordentliche Bilanz", sagte Kaiser. Neueinstellungen seien jedoch im Moment nicht möglich. Auch bestünden gegenwärtig Überlegungen, Tankwagen „einzumotten".

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Normales Wachstum

München (VWD) – Im Geschäftsjahr 1986/87 (1. Oktober) will der Unternehmensbereich Bauelemente der Siemens AG den Umsatz um rund 10 Prozent auf etwa 2,5 Mrd. DM steigern, einschließlich der Lieferungen an andere Bereiche des Unternehmens. Dieser Umsatzplan entspreche wieder einem normalen Wachstum. In den vergangenen Jahren hatte es zum Teil recht heftige Ausschläge gegeben, sagte Vertriebsleiter Klaus Ziegler. So sei dem Umsatzplus von 24 Prozent 1983/84 auf 2,1 Mrd. DM und einem nochmaligen Zuwachs von 10 Prozent 1984/85 auf 2,3 Mrd. DM im letzten Geschäftsjahr ein Minus von 4 Prozent gefolgt. Diese Abnahme sei hauptsächlich vor dem Hintergrund des Preisverfalls zu sehen, der das Geschäft mit den Produkten der Mikroelektronik kennzeichne.

Großes Vermögen

Frankfurt (VWD) – Das Fondsvermögen der dem BVI Bundesverband Deutscher Investmentgesellschaften angeschlossenen Grundstück-Investmentgesellschaften hat 10 Mrd. DM überschritten. Wie der BVI mitteilt, halten die neun offenen Immobilienfonds mit zusammen 9,4 Mrd. DM 93,5 Prozent des Vermögens. Sieben Spezial-Immobilienfonds verwalten die restlichen 625 Mill. DM.

Voith kauft zu

Stuttgart (nl) – Die Voith-Unternehmensgruppe, Heidenheim, verstärkt ihre Aktivitäten im Produktbereich Turbinenbau. Zu diesem Zweck übernahm Voith die Allis Chalmers Hydro Inc., York/USA, und führt diesen größten Hersteller von Wasserturbinen und Pumpenturbinen in den USA mit einem Jahresumsatz von etwa 80 Mill. Dollar und 590 Mitarbeitern als Voith Hydro Inc. weiter. Voith, dessen Gruppenumsatz im Geschäftsjahr 1984/85 um 30,6 Prozent auf 1,61 Milliarden DM anwuchs, ist in den USA bereits mit den Töchtern Voith Inc. und Voith-Morden Inc., Appleton, auf dem Gebiet des Papiermaschinenbaus und der Stofftechnik präsent.

Bosch-Kooperation in USA

Stuttgart (nl) – Die Robert Bosch Corp., Broadview, Illinois, amerikanische Regionalgesellschaft der Robert Bosch GmbH, Stuttgart, hat mit der Keeler Brass Comp., Kentwood (USA), einen Vertrag über die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft, der KB Lighting Inc., Kentwood, geschlossen. An dieser Firma, die Scheinwerfer nach Bosch-Lizenzen für die amerikanische Autoindustrie entwickeln und ab Mitte 1988 fertigen wird, ist Bosch mit 20 Prozent und Keeler Brass mit 80 Prozent beteiligt. In den nächsten sechs Jahren sollen dort über 40 Mill. DM investiert werden. Keeler Brass gehört zum britischen Babcock-Konzern.

Vorerst keine Fusion

Herford (hdt.) – Die geplante Fusion der drei Milchwerke Westfalen (Herford), Münsterland (Everswinkel) und Paderborn wird zumindest in naher Zukunft nicht stattfinden. Nachdem das Paderborner Unternehmen bereits sein Desinteresse bekundete, haben auch die beiden verbleibenden Gesprächspartner „vorerst eine Denkpause" eingelegt. Sie werden jedoch ihre bereits praktizierte Arbeitsteilung weiter verstärken. Die Notwendigkeit der Fusion bleibe bestehen, da die für Mitte 1987 erwartete weitere Rohstoff-Reduzierung auf EG-Ebene keine andere Wahl lasse.

Wochenschlußkurse

New York

	3.10.	26.9.
Adv. Micro Dev.	14,25	14,375
Aetna Life	56,875	57,875
Alcan Aluminium	31,375	31,5
Alcoa	34,625	34,75
Allied Signal	40	40,75
AMR Corp.	57,875	55,876
Amax	15,125	14,75
Am. Cyanamid	73,75	76
Am. Express	55,875	55,75
Am. Motors	3	3
Am. Tel. & Telegr.	22,5	23
Amoco Corp.	67	65,25
Asarco	14,75	14,5
Atlantic Richfield	57,375	57
Avon Products	34	33,25
Bally	16,25	15,25
Bk. of America	11,25	11
Bethlehem Steel	7,5	7,375
Black & Decker	16	16
Boeing	53,5	53,5
Brunswick	29	29,75
Burroughs	70,625	69
Caterpillar	37,25	38,75
CBS	123,125	125,5
Celanese	208,75	208
Chase Manhattan	36,625	36,625
Chrysler	36,875	36,75
Citicorp	49	50,5
Clorox	48,75	46,625
Coca-Cola	34,5	34
Colgate	38,25	36,875
Commodore	7,625	7,375
Comwth. Edison	31,625	32,125
[illegible]	30,875	35,125
Control Data	26,875	28,125
CPC Int.	80,125	80
Curtiss Wright	52,625	52,375
Deere	23,375	23,5
Delta Airlines	48,5	48,75
Digital Equipm.	92,25	87,625
Dow Chemical	54,75	52,875
Du Pont	79	79,5
Eastern Gas-Fuel	29,25	28,625
Eastman Kodak	55	54,125
Enron	45	47,625
Exxon	67,5	65,75
Firestone	24,375	24,5
Fluor	13	13
Ford	55,625	58,875
Foster Wheeler	11,5	11,5
Fruehauf	43,375	48,125
GAF Corp.	33,5	33,75
General Dynamics	72,25	72,375
General Electric	71,25	72,625

	3.10.	26.9.
General Instr.	20	19,125
General Motors	68,375	68,5
Gen. T. & E.	56	53,875
Global Nat. Res.	4,875	4,875
Goodrich	38,5	38,625
Goodyear Tire	33,75	32,5
Grace	46,875	46
Halliburton	21,875	21,875
Heinz	39,75	39,375
Hewlett Packard	38,375	37,75
Homestake	28,75	28,25
Honeywell	70,125	72,375
IBM	130,625	135,5
Int. Tel. & Tel.	49,125	48
Int. Paper	68	70,125
Jim Walter	43,625	44,875
Litton Industries	75,25	74
Lockheed Corp.	44,25	45,625
Loew's Corp.	62,25	61,875
Lone Star	29,875	29,5
Louisiana Land	27,625	27,5
LTV Corp.	2,25	2,25
Mc Dermott	20,625	20,5
Mc Donnel Doug.	84,875	84,875
Merck & Co.	99,875	99,375
Merrill Lynch	34	35,625
Mesa Petroleum	3,375	3,375
Minnesota M.	100,25	102,25
Mobil Oil	37,625	36,625
Monsanto	69,375	69,625
Morgan J.P.	83,625	85
Nat. Semiconductor	9,5	8,875
Navistar Int. Corp.	7	7,125
NCR	47,5	46,75
Newmont	61,875	60
Owens Ill.	40,5	41,8
PanAm World	5,875	5,5
Pfizer	57,75	58,25
Philip Morris	67	64,25
Phillips Petroleum	10,5	10
Pittston	11,5	11,25
Polaroid	64,5	61,75
Prime Computer	17,75	19,75
Procter & Gamble	68,75	66,375
Revlon	12	12,5
Reynolds Ind.	48,75	47,125
Rockwell Int.	39,75	38,5
Rorer Group	43,5	45,75
Salomon	38,875	38,625
Schlumberger	37,875	38,25
Sears, Roebuck	41,125	40,375
Singer	52,5	54,25
Stand. Oil Calif.	44,625	43,125
Storage Techn.	2,125	2,25
Tandy	33,5	31,625
Teledyne	312	317,75
Telex Corp.	88,875	87,125
Tesoro	8,25	8,25

	3.10.	26.9.
Texaco	35,875	33,625
Texas Instrum.	110,5	112,5
Tosco	2,875	3
Turner Broadcast.	16,5	17,125
Trans World Corp.	25,875	25,25
Transamerica	33,375	33,625
Travelers	43,75	43,75
UAL	58,25	56,75
Unocal Corp.	21,875	22,25
Union Carbide	20,875	20,875
Union Oil of Calif.	23,25	21,625
US Gypsum	41,125	42,75
USX Corp.	26,25	23,625
United Technologies	42,75	42,75
Walt Disney	40,625	39,375
Warner Comm.	22,25	21,875
Westinghouse El.	55,875	52,375
Weyerhaeuser	35,125	35
Whittaker	32,25	32,125
Woolworth	40	39,375
Wrigley	43,625	43,75
Xerox	51,625	52,375
Zenith Radio	20	20,5
Dow Jones Index	1774,18	1769,69
Stand. & Poor's	233,71	232,23

Toronto

	3.10.	26.9.
Abitibi-Price	23,75	24
Alcan Alu.	43,375	43,75
Bk. of Montreal	32,125	32
Bk. of Nova Scotia	15,25	15,375
Bell Cda Enterprises	37,25	37,5
[illegible] Oil	2,8	2,9
Bow Valley Ind.	11	11
Brenda Mines	9,13	–
Brunswick M & Sm.	13,5	13,75
Cdn. Imperial Bk.	18,5	18
Cdn. Pacific Ltd.	14,5	15,375
Cominco	13,5	13,625
Coseka Res.	0,9	0,81
Denison Mines	5,75	5,875
Dome Petroleum	0,96	1,04
Dofasco	33,625	32,625
Falconbridge Ltd.	19	18,75
Great Lakes Forest	26	–
Gulf Canada	13,875	13,75
Gulfstream Res.	48	–
Hiram Walker Res.	37,875	37,75
Hudson Bay Mng. Sp.	4,875	–
Husky Oil	9	8,875
Imperial Oil -A-	45	46,25
Inco	19,5	18,5
Inter City Gas Ltd.	14,375	14,25
Interprov. Pipeline	40,75	41
Kerr Addison	16,25	16,5
Lac Minerals	26,25	25,75
Moore Corp.	29	29,5
Noranda Mines	20,375	20,25
Norcen Energy Res.	14,5	14,375
Northgate Expl.	6,125	5,875
Northern Telecom.	40,125	38,25
Nova An Alberta 'A'	5,625	5,125
Nu West Group	0,33	0,33
Oakwood Petrol	2,35	–
Placer Development	32	31,5
Provigo Inc.	17,5	17,25
Ranger Oil	5,5	5,5
Revenue Properties	3	3
Rio Algom	21,375	21,25
Royal Bk. of Can.	32,25	32
Seagram	83,25	83
Shell Canada	22,875	22,5
Sherritt Gordon	6,25	6,375
Stelco -A-	21,25	21,625
TransCan. PipeLines	16,75	16,875
Verity Corp.	2,7	2,65
Westcoast Transm.	13,125	13
Index: TSE 300	2997,80	2981,90

Tokio

	4.10.	27.9.
Alps.	1800	1800
Bank of Tokyo	870	875
Banyu Pharma	957	910
Bridgestone Tire	665	701
Canon	956	958
Daikin Kogyo	608	600
Daiwa House	1590	1600
Daiwa Sec.	2020	2250
Eisai	1650	1500
Fuji Bank	1690	1710
Fuji Photo	2870	2950
Fuji Radio	2420	3490
Hitachi	1090	1080
Honda	1240	1320
Ikegai Iron	285	308
Isetan	1080	1160
Ito Yokado	3680	3780
Japan Air	9000	9220
Japan Met.	330	344
Japan Syn. Rubber	364	362
Jujo Paper	393	–
Kajima	1370	1450
Kansai Elec.P.	3270	3760
Kao Soap	1450	1450
Kawasaki H	213	223
Kawasaki S	245	270
Kirin Brewery	1380	1400
Komatsu	485	510
Kubota Iron	410	413
Kyocera	3720	3860
Makita El.	1150	1180
Marui	2600	2630
Matsushita El. Ind.	1740	1790
Matsushita El. Wks.	1610	1710
Minolta Camera	645	680
Mitsubishi Corp.	1280	1460
Mitsubishi El.	555	530
Mitsubishi Estate	2550	2750
Mitsubishi Heavy I.	580	620
Mitsui Co. Ltd	635	718
Mitsukoshi	1120	1120
Mitsumi El	–	1230
Nihon Cement	658	681
Nikko Sec.	1800	2000
Nippon Kokan	309	322
Nippon Oil	1270	1050
Nippon St.	199	221
Nippon Yusen	463	525
Nissan Motor	570	575
Nomura Sec.	3440	3550
Olympus	985	980
Penta-Ocean	740	766
Pioneer	1950	1970
Renown	746	760
Ricoh	825	786
Sankyo	1300	1340
Seiyu Stores	1100	1100
Sekisui Pref.	1520	1590
Sharp	915	958
Shiseido	1790	1880
Sony	3060	3150
Sumitomo Bank	2040	2200
Taisei Corp.	986	968
Taisho Marine	930	1050
Takeda Chem.	2170	2200
Teijin	702	694
Tokyo Elec.	990	1010
Tokyo Gas	1060	1130
Tokio Marine	1720	1920
Tokyo El. Power	7300	7980
Toray Ind.	645	615
Toshiba Elec.	755	807
Toto	1940	1820
Toyo Kogyo	365	380
Toyota Motor	1940	2090
Yamaichi	1750	1980
Yamanouchi	3020	3020
Yamaha	–	644
Yamazaki	1320	1300
Index	1465,67	1529,81

FUSSBALL / An der Spitze der Bundesliga entwickelt sich immer mehr ein Zweikampf: Nur Leverkusen kann noch die Bayern bedrängen

Der 9. Spieltag in der Statistik: Thomas Allofs schaffte einen Hattrick

							Heim		Auswärts	
1. München	9	6	3	0	21:9	15:3	14:6	9:1	7:3	6:2
2. Leverkusen	9	6	1	2	22:8	13:5	16:3	10:0	6:5	3:5
3. Stuttgart	9	4	4	1	19:8	12:6	13:2	8:2	6:6	4:4
4. Hamburg	9	5	2	2	17:9	12:6	10:2	8:0	7:7	4:6
5. Uerdingen	9	4	3	2	15:12	11:7	10:8	7:3	5:4	4:4
6. Bremen	9	4	3	2	16:15	11:7	7:4	6:2	9:11	5:5
7. Schalke	9	5	1	3	19:19	11:7	12:7	8:2	7:12	3:5
8. Dortmund	9	4	2	3	23:11	10:8	15:3	7:3	8:8	3:5
9. K'lautern	9	3	4	2	16:11	10:8	9:5	6:2	7:6	4:6
10. Frankfurt	9	2	5	2	13:11	9:9	10:4	6:2	3:7	3:7
11. Bochum	9	2	5	2	13:13	9:9	7:3	6:2	6:10	3:7
12. Mannheim	9	3	3	3	14:15	9:9	10:6	8:2	4:9	1:7
13. M'gladbach	9	1	4	4	10:16	6:12	4:7	3:5	6:9	3:7
14. Köln	9	2	2	5	10:7	6:12	4:4	4:4	6:13	2:8
15. Homburg	9	2	2	5	8:18	6:12	7:5	6:4	1:13	0:8
16. Berlin	9	1	3	5	9:25	5:13	7:12	4:6	2:13	1:7
17. Nürnberg	9	0	4	5	10:18	4:14	6:7	3:5	4:11	1:9
18. Düsseldorf	9	1	1	7	8:28	3:15	6:8	3:5	2:20	0:10

● Größer als im Vorjahr ist bisher das Interesse an der Bundesliga. Zu den Spielen des neunten Spieltages kamen erneut mehr als 200 000 Besucher, was in der Fußball-Bundesliga eine Art Schallmauer ist. Die Gesamtbesucherzahl erhöhte sich damit seit Saisonbeginn auf 1,87 Millionen – 50 000 mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Während Bayern München erneut den höchsten Zuschauerandrang (40 000) registrierte, nimmt in Berlin die Fußball-Begeisterung ab. Nur 12 200 Zuschauer sahen das 2:2 von Aufsteiger Blau-Weiß Berlin gegen Frankfurt.

● Norbert Wagner vom 1. FC Nürnberg ist der sechste Spieler, der in dieser Saison des Feldes verwiesen wurde. Er sah in der 86. Minute nach wiederholtem Foulspiel die rote Karte und ist nach nur neun Spieltagen bereits der zweite Nürnberger Spieler, der mit einem Platzverweis bestraft wurde. Der erste war Verteidiger Thomas Brunner. Da kann nur noch der 1. FC Kaiserslautern mithalten, der schon am achten Spieltag mit dem zweiten Platzverweis bedacht wurde, als Mittelstürmer Harald Kohr Rot sah. Kohr erhielt dafür eine vierwöchige Spielsperre.

● Nach vier Spielen ohne Torerfolg wurde Wolfram Wuttke (Kaiserslautern) als Spitzenreiter der Torschützenwertung gleich von drei Spielern eingeholt. Frank Mill (Dortmund) und Karl-Heinz Bührer (Mannheim) mit je einem Treffer sowie Herbert Waas (Leverkusen) mit zwei Toren erhöhten ihre Trefferzahl auf sechs. Erfolgreichster Stürmer aber war Thomas Allofs (Köln), dem ein Hattrick gelang, als er innerhalb von 23 Minuten drei Tore erzielte. Mit vier Toren ist Thomas Allofs jetzt erfolgreichster Kölner Stürmer, Bruder Klaus dagegen wartet noch auf sein erstes Saisontor.

Wuttkes Wutausbruch „Du scheißt dir doch vor dir selbst in die Hose" und das Verständnis eines Schiedsrichters für einen Profi

VON H. SCHIMMÖLLER

Was tun Sonntag morgen zwei, die am Samstag kurz nach 17 Uhr ein kleines Stückchen Bundesliga-Geschichte schrieben? Vielleicht ist „Bundesliga-Geschichte" zu hoch gegriffen, aber lebt diese Liga nicht gerade von den Alltäglichkeiten, von Banalitäten, von Dingen, die eigentlich schon morgen vergessen sind, aber heute alle bewegen? Also: Am Samstag um kurz nach 17 Uhr haben Schiedsrichter **Dieter Pauly** (44) und der Nationalspieler in spe, **Wolfram Wuttke** (24), die Nation bewegt. Pauly erkannte das Tor des Homburger Polen-Imports **Andrezej Buncol** (27) zum 1:1 gegen Kaiserslautern an, obgleich sein Linienrichter **Michael Prengel** (28) mit seiner Fahne Abseits angezeigt hatte. Und Wuttke, Spitzname „Schweinchen", hatte Prengel vor laufenden TV-Kameras angefaucht: „Du scheißt dir doch vor dir selbst in die Hose."

Pauly ging am Sonntagmorgen in Rheydt auf den Sportplatz, sah sich dort ein A-Jugend-Spiel an und hörte sich die Kommentare der Zuschauer („Da ist der Pauly, der gestern in Homburg den Mist gemacht hat") an – und gab ihnen recht: „Der Fehler lag ganz allein bei mir. Ich habe tatsächlich aus meiner Perspektive die entscheidende Situation als einen Preßschlag gewertet und deshalb weiterspielen lassen. Erst abends im Fernsehen habe ich gesehen, daß es kein Preßschlag war, daß der Homburger Spieler tatsächlich abseits stand."

Wuttke machte am Sonntagmorgen in Familie und stellte immer noch erregt fest: „Wie soll denn da ein Spieler ruhig bleiben, wenn er um Punkte und Geld regelrecht betrogen wird. Was dieses Schiedsrichter-Team sich da geleistet hat, war eine absolute Frechheit." Weil aber nicht Pauly, sondern Prengel Adressat aller Kaiserslauterer Beschimpfungen (Trainer **Hannes Bongartz** (35): „Feigheit vor dem Herrn hasse ich auf den Tod") und Handgreiflichkeiten (Homburgs Geschäftsführer **Gerd Schwikkert** (37): „Ich bin von meinem Tribünenplatz runtergelaufen, um mich zwischen den Linienrichter und Kaiserslauterns Co-Trainer **Ernst Diehl** zu stellen, damit es keinen Spielabbruch gibt"), sah sich DFB-Schiedsrichter-Obmann **Johannes Malka** (63) mal wieder in seiner These bestätigt, „daß die Profis die Regeln einfach nicht kennen. Der Linienrichter hätte noch eine halbe Stunde winken können, entscheiden tut eben der Schiedsrichter."

Ganz so einfach möchte Wolfram Wuttke die Sache nicht beendet sehen: „Wenn wir Profis einen Fehler machen, foul spielen, dann werden wir gesperrt. Wer so pfeift wie Pauly, der müßte auch vier Wochen aus dem Verkehr gezogen werden." Was Wuttke noch mehr als die Vorgänge der 85. Minute ärgerte, war ein Zitat Paulys aus der ersten Halbzeit: „Da ist er auf mich zugekommen und hat mich aufgefordert: 'Sagen Sie denen da hinten Bescheid, wenn es nicht 100prozentig abseits ist, pfeife ich nicht.' Wer so etwas sagt, kann vielleicht auf dem Dorf pfeifen, nicht aber in der Bundesliga."

Pauly will diesen Satz ganz anders gewertet wissen und auch gesagt haben: „Ich habe Herrn Wuttke nur erklärt, daß man es sich doch mit dem risikoreichen Spielen auf Abseits und dem ständigen Reklamieren in dieser Frage nur selbst schwer mache."

*

Was nun die im deutschen Fußball üblichen Spätfolgen (Chefankläger **Hans Kindermann** sieht alles) angeht, so sind sich die Beteiligten einig. Malka sieht zwar durchaus „Ansatzpunkte für Herrn Kindermann", weil ja auch wir unter Fernsehurteilen zu leiden haben – warum soll man da nicht einen Fernsehfilm auch mal als Beweis für uns verwenden?" Doch Pauly, der im Spielbericht die Tumulte zwar nicht vermerkte, „aber einen Zusatzbericht ohne jede Wertigkeit formulierte", mag Wuttkes Worte nicht auf die Goldwaage legen: „Man muß doch auch einem Spieler in der Hektik etwas zugestehen. Im übrigen halte ich das nicht für eine Beleidigung, eher für eine persönliche Feststellung."

Und auch Wolfram Wuttke will nicht glauben, noch belangt zu werden: „Ich habe erst ganz vernünftig argumentiert. Erst als der Linienrichter mir immer wieder zurief: 'Hauen Sie ab, hauen Sie endlich ab', bin ich aus der Haut gefahren." Das Eingeständnis eines Fehlers und das Verständnis für die Reaktionen eines Profis – es ist eigentlich eine passable Basis für ein weiteres Umgehen miteinander. Die Frage ist eben nur, ob der stets zwischen Selbstherrlichkeit und Resignation schwankende DFB-Staatsanwalt Hans Kindermann auch so viel Fingerspitzengefühl mitbringt.



*

Und noch ein Zwiegespräch gab es an diesem Sonntag, auch zwischen Profi und Schiedsrichter. Doch im Gegensatz zu Homburg, wo auch das Mikrophon mitlauschte, sind wir hier auf die Darstellungen der Beteiligten angewiesen. Beteiligt waren im Münchener Olympiastadion Bayern-Torwart **Jean-Marie Pfaff** (32) und Schiedsrichter **Bodo Kriegelstein** (38), die sich mehr als eine Minute lang Auge in Auge und Nase an Nase gegenüberstanden und die Meinung sagten. Nach übereinstimmender Darstellung ging es dabei um Grundsätzliches, weniger um Persönliches.

Pfaff hatte gerade einen Elfmeter des Bochumer **Michael Lameck** (37) abgewehrt und Kriegelstein auf Wiederholung entschieden, weil Pfaff sich zu früh bewegt hatte. Den folgenden Dialog bewertet Kriegelstein, den sie im Berliner Branchen-Jargon nur „Kartenstein" rufen, weil er es in einem Spiel auch schon mal problemlos auf acht bis zehn gelbe Karten bringt, so: „Der Herr Pfaff war ganz offensichtlich fassungslos, wie man einen Elfmeter wiederholen lassen kann, den er gehalten hat."

Für Pfaff stellt sich die Sache etwas anders dar: „Ich habe ihm versucht zu erklären, daß kein Torwart dieser Welt ruhig stehen bleibt, wenn der Elfmeterschütze anläuft. Das kann man gar nicht, da gibt es immer eine Reflexbewegung."

Nun sind Grundsatzdiskussionen im Fünfmeterraum noch nie sehr ergiebig gewesen und auch Pfaff mußte schließlich den zweiten (erfolgreichen) Versuch von Lameck zum 2:1 wegstecken. Aber auch auf lange Sicht wird Pfaff, der schon mal gerne als Missionar zwischen den Pfosten auftritt, kaum Erfolg haben. Denn zu Beginn der Saison wurden den Bundesliga-Schiedsrichtern einige Regeln ans Herz gelegt. Darunter auch die, bei Elfmetern ganz korrekt auf die Einhaltung der Vorschriften zu wachen. Das, sagt Kriegelstein, habe er getan, mehr nicht. Schon gar nicht das, was **Udo Lattek** (51) vermutete: „Der hat den Aufruf von Otto Rehhagel gehört, man müsse die Bayern irgendwie stoppen und hat es auf seine Art versucht."

Aber noch etwas war an diesem umstrittenen Elfmeter neu. Anlaß für den Pfiff von Kriegelstein war eine Aktion von Pfaff gewesen, der sich dem Bochumer **Jupp Nehl** (25) vor die Füße geworfen und zu Fall gebracht hatte. Kriegelstein: „Ich gebe zu, es sah schon etwas komisch aus, weil der Nehl erst später fiel. Aber gerade das hat mich auf Elfmeter entscheiden lassen."

*

Für Jean-Marie Pfaff indes war klar, daß da der Mann in Schwarz nach einem ganz neuen Motto entschieden hatte: „Wer keine Schwalbe deutlich sichtbar vortäuscht, muß gefoult worden sein."

Weil Pfaff sich aber sicher war, Nehl gar nicht berührt zu haben, machte er einen in der Bundesliga ebenfalls ganz neuen Versuch: Er wollte den vermeintlichen Sünder dazu bringen, dem Schiedsrichter gegenüber die Wahrheit zu sagen. Pfaff: „Mir gegenüber hat er zugegeben, einfach das Beste aus der Situation gemacht zu haben, weil der Ball weg gewesen sei." Was Nehl natürlich (?) bestreitet: „Er hat mich zweimal gefragt, und jedesmal hab' ich ihm gesagt, daß es ein Elfmeter war." So steht also Aussage gegen Aussage und nicht einmal Kriegelstein („Ich habe nur gesehen, daß die beiden miteinander sprachen, habe aber nichts gehört") kann als Zeuge herhalten.



Zehn Kölner Spieler (nur Harald Schumacher fehlt) strahlen nach dem 4:2 in Schalke um die Wette. FOTO: NORBERT SCHMIDT

Bayer 04 und der letzte Abschnitt eines langen Marsches nach oben

U. SCHRÖDER, Leverkusen

Aus der Ferne schaute Ribbeck aus wie ein College-Student. Rote Jacke, blaue Hose, breites Kreuz. Nur das er das rechte Bein nachzog, als er an der Linie entlangrannte, störte das jugendliche Bild. Fauchend und fuchtelnd stand er vor dem Linienrichter, schmale Lippen, schwellende Halsschlagader, Wut im blauen Auge.

Ribbecks Mannschaft führte 3:1, hatte das Spiel längst gewonnen, hatte eine zauberhafte Partie gespielt, aber die Galle des Trainers kochte immer noch. Früher war Kollege Otto Rehhagel in solchen Situationen als Tausendsassa an der Linie aufgetreten. Aber so ändern sich die Zeiten ... und die Menschen.

„Rehhagel sagt die Unwahrheit"

Verhältnismäßig still schaute Rehhagel nun dem Untergang seiner Truppe zu. So geht eine Wachablösung vor sich. Oder ein Rollentausch. „Wir spielen jetzt wie Werder Bremen vor drei oder vier Jahren", sagte Erich Ribbeck. Das war ein Kompliment. Oder eine Standortbestimmung. Oder ein Versprechen: Bayer Leverkusen hat den letzten Abschnitt eines langen Marsches nach oben begonnen.

Gegen Werder Bremen 4:1 gewonnen, nicht gegen irgend jemand. Das darf man sich als Orden ans bunte Hemd kleben. Denn Bremen bewies erneut die schier unversiegbare körperliche Kraft eines psychisch schwachen Teams. Ohne vier (Pezzey, Völler, Möhlmann, Neubarth) bot der unglückliche Vize-Meister in einem hochklassigen Spiel lange Zeit Gleichwertiges.

Doch Tempo, Rhythmus, Stil bestimmte Leverkusen. Das ist der neue Zauber in einer tristen Stadt, die nach Chemie aus dem Hals riecht und sogar im Herzen von Autobahnen zerfleddert ist: das süße Opium des Fußball. Und das Bayer-Kreuz lacht dazu.

Denn das Modell funktioniert immer besser, reibungsloser, erfolgreicher. Der Konzern gibt seinem Volke – mit bestem Vorsatz und in feinster Gesinnung – nicht nur das Brot, sondern auch die Spiele. Auf der neuen Tribüne brodelt und jubelt der Sektor der Fans. Auf den lange Zeit vergessenen aber immer noch tragfähigen Fundamenten verschütteter Traditionen (das Null-Vier im Namen steht für 1904) bietet die Millionen-Truppe, was der Mensch zum Feierabend gerne hätte. Ein bißchen Unterhaltung, ein bißchen Wir-Gefühl, ein bißchen Erfolgs-Ersatz.

Billig ist das natürlich nicht. Deshalb werfen sich die Trainer Ribbeck und Rehhagel ihre Geldsäcke an den Kopf. Mit soviel Millionen, sieben oder acht oder neun, sei das leicht, hatte Rehhagel getönt. „Rehhagel sagt die Unwahrheit", hatte Ribbeck gekontert. Nur zweieinhalb Millionen-Männer habe sein Team, sagte Ribbeck. Freilich, beide wissen, daß es nicht so sehr auf die Millionen, sondern nur darauf ankommt, was einer daraus macht.

Ob Ribbeck dem spentablen Konzern im Kreuz hat, der sich die Image-Werbung national und europaweit einiges kosten läßt, oder ob Rehhagel nur deshalb seinen Rudi Völler behalten durfte, weil der Klub ein gewinnorientiertes Konsortium von Geldgebern zusammentrommelte, ist am Ende dasselbe. Die Perspektiven und Ziele sind in Bremen und Leverkusen keine anderen als die in München. Mit einem Unterschied: An der Isar hat das Zirkus- und Millionen-Spiel schon mehr Tradition als auf dem flachen Bundeliga-Lande.

Doch Leverkusen setzt nun zum Sturm auf die bajuwarische Bastion an. Nicht mit Gebrüll, aber auf breiter Front. Nur zwei Punkte liegen zwischen den Klubs. Und Leverkusen hat: das beste Torverhältnis der Liga, eine Heimbilanz von 10:0 Punkten und 16:3 Toren, einen Stürmer, der an die Weltklasse heranreicht, nämlich Waas, wachsende Zuschauerzahlen (Tausend über dem notwendigen Schnitt). wachsendes Engagement des Publikums.

Libero Hörster, die Ruhe selbst, Torjäger Tscha unwiderstehlich, Rolff unermüdlich, Schreier der Zielstrebige und dieser unvermittelte und senkrecht gestartete Berliner Hausmann... Erich Ribbeck hat ein Team gebaut, das furios stürmen kann und gegen Bayern München den gefährlichen Vorteil des feurigen Aufsteigerherzens besitzt. Ein heißes Herz gegen die kalten Herzen der Renommierten, das alte Duell, in dem sich Borussia Mönchengladbach und Werder Bremen verbrauchten, erhält nun eine neue Auflage.

„Uns fehlt vor allem die Abgeklärtheit"

Die Leverkusener selbst sehen noch einen Unterschied zu den Bayern. Herbert Waas sagt: „Zunächst einmal spielen die Bayern cleverer. Sie lassen sich nicht aus ihrem Konzept bringen, auch wenn es einmal nicht so gut läuft. Uns fehlt diese Abgeklärtheit, vor allem bei Auswärtsspielen. Solange wir Spiele wie in Hamburg und Mönchengladbach verlieren, die wir eigentlich gar nicht verlieren dürften, können wir nicht von der Meisterschaft sprechen. Unser Ziel ist es, den Zuschauern guten Fußball zu bieten und uns im oberen Tabellendrittel festzusetzen. Alles weitere wird die Zeit zeigen."

Wie die Ribbeck-Truppe die Bremer hinwegfegte (Tore von Tscha, Schreier und zweimal Waas), das muß den Münchenern dennoch Angst machen. Ribbeck selber allerdings schwankt noch zwischen Angst und Anspruch. Der Waas gehöre nun in die Nationalelf, und wenn DFB-Kollege Köppel nur von Gründel, Wohlfarth und dem kleinen Rummenigge rede, sei das eine Unverschämtheit, sagte Ribbeck. Im übrigen aber müsse man am nächsten Samstag nach Bochum, und da sei ein Punkt schon das ganze Glück.

ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Dortmund – Düsseldorf	4:1	(2:1)
Homburg – K'lautern	1:1	(0:1)
Mannheim – M'gladbach	1:1	(1:0)
München – Bochum	3:2	(2:1)
Schalke – Köln	2:4	(2:1)
Stuttgart – Nürnberg	1:1	(0:1)
Uerdingen – Hamburg	1:0	(0:0)
Berlin – Frankfurt	2:2	(1:0)
Leverkusen – Bremen	4:1	(2:1)

DIE SPIELE

Dortmund – Düsseldorf 4:1 (2:1)

Dortmund: de Beer – Pagelsdorf – Kutowski, Hupe – Lusch, Helmer, Anderbrügge (79. Dickel), Raducanu, Zorc – Simmes (79. Storck), Mill. – **Düsseldorf:** Schmadtke – Fach – Weikl, Wojtowicz – Thomas, Kaiser, Jakobs (46. Kremers), Bockenfeld (79. Krümpelmann), Blättel – Demandt, Dusend. – **Schiedsrichter:** Jupe (Mühltal). – **Tore:** 1:0 Mill (17.), 1:1 Fach (31., Foulelfmeter), 2:1 Zorc (45.), 3:1 Zorc (76.), 4:1 Dickel (87.). – **Zuschauer:** 28 214. – **Gelbe Karten:** Pagelsdorf, Kremers.

Homburg – K'lautern 1:1 (0:1)

Homburg: Scherer – Wojcicki – Hentrich, Geschlecht, Frenken – Knoll, Dooley, Buncol, Beck – Schäfer, Freiler. – **K'lautern:** Ehrmann – Groh – Moser, Majewski, Hoos – Metz, Wuttke, Schupp (71. Roos) – Hartmann, Trunk, Allievi (76. Haun). – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 0:1 Trunk (34.), 1:1 Buncol (86.). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Dooley, Schäfer (3), Wuttke (2), Groh.

Stuttgart – Nürnberg 1:1 (0:1)

Stuttgart: Immel – Schröder – Schäfer, Buchwald – Hartmann (51. Merkle), Zietsch, A. Müller, Allgöwer, Sigurvinsson – Klinsmann (75. Bunk), Pasic. – **Nürnberg:** Köpke – Reuter – Grahammer, Giske – T. Brunner, Wagner, Geyer, Philipkowski (74. Göttler), Lieberwirth – Andersen, Eckstein (60. Schwabl). – **Schiedsrichter:** Bruch (Bischmisheim). – **Tore:** 0:1 Andersen (19.), 1:1 Müller (75.). – **Zuschauer:** 29 000. – **Gelbe Karten:** Zietsch, Andersen (3). – **Rote Karte:** Wagner.

Berlin – Frankfurt 2:2 (1:0)

Berlin: Gehrke – Haller – Gerber, Schmidt – Hellmann (71. Clarke), Feilzer, Schüler, Bebensee (71. Riedle), Flad – Gaedke, Mattern. – **Frankfurt:** Gundelach – Berthold – Körbel, Kraaz – Müller, Binz (75. Möller), Kraus, Münn, Sievers – Sarroca (46. Mitchell), Smolarek. – **Schiedsrichter:** Broska (Gelsenkirchen). – **Tore:** 1:0 Feilzer (4.), 1:1 Smolarek (49.), 2:1 Mattern (82.), 2:2 Müller (85.). – **Zuschauer:** 12 267.

Mannheim – M'gladbach 1:1 (1:0)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Tsionanis, Dickgießer – Kohler, Schön, Gaudino (68. Eichenauer), Neun – Bührer, Klotz (58. Trieb), Walter. – **M'gladbach:** Kamps – Bruns – Winkhold, Borowka, Frontzeck – Krauss, Drehsen, Rahn, Bakalorz, Lienen – Thiele. – **Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Tore:** 1:0 Bührer (22.), 1:1 Lienen (51.). – **Zuschauer:** 16 000. – **Gelbe Karten:** Bührer (3), Drehsen (2).

Schalke – Köln 2:4 (2:1)

Schalke: Junghans – Hannes – Roth, Prus – Dierßen, Kleppinger, Opitz (46. Grabosch), Thon, Jakobs (46. Dietz) – Wegmann, Täuber. – **Köln:** Schumacher – Steiner – Prestin, Wollitz – Geils, Häßler, Olsen, Janßen (76. Lehnhoff), Engels (85. Hönerbach) – T. Allofs, A. Allofs. – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tore:** 1:0 Opitz (16.), 2:0 Wegmann (36.), 2:1 Wollitz (45.), 2:2 T. Allofs (53.), 2:3 T. Allofs (67.), 2:4 T. Allofs (76.). – **Gelbe Karten:** Hannes (2), Geils.

München – Bochum 3:2 (2:1)

München: Pfaff – Augenthaler – Flick, Pflügler – Nachtweih, Dorfner (78. Mathy), Matthäus, Rummenigge, Willmer – Wohlfarth, Kögl. – **Bochum:** Zumdick – Kempe – Reekers, Kree – Woelk, Lameck, Benatelli, Wielert (46. Knäbel), Schulz – Leifeld, Nehl (67. Schick). – **Schiedsrichter:** Kriegelstein (Berlin). – **Tore:** 1:0 Rummenigge (23.), 2:0 Pflügler (24.), 2:1 Lameck (42., Foulelfmeter), 3:1 Wohlfarth (60.), 3:2 Schultz (87.). – **Zuschauer:** 40 000. – **Gelbe Karten:** Augenthaler (3), Matthäus (3), Pflügler (2), Leifeld (2).

Uerdingen – Hamburg 1:0 (0:0)

Uerdingen: Vollack – Herget – Dämgen, Thommessen – Bommer (86. van de Loo), W. Funkel, Edvaldsson, F. Funkel (76. Wöhrlin), Buttgereit – Witeczek, Kuntz. – **Hamburg:** Stein – Jakobs – Beiersdorfer (73. Balzis), Plessers – Kaltz, Hinz (84. Schmöller), Jusufi, von Heesen, Homp – Gründel, Okonski. – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tor:** 1:0 Kuntz (54.). – **Zuschauer:** 17 000. – **Gelbe Karten:** Thommessen (2), Jakobs (3), Homp, Plessers, Jusufi, von Heesen.

Leverkusen – Bremen 4:1 (2:1)

Leverkusen: Vollborn – Hörster – Hausmann, Reinhardt – Hinterberger, Götz, Rolff, Schreier, Drews – Waas, Tscha. – **Bremen:** Burdenski – Sauer – Ruländer, Otten – Wolter (78. Hanses), Hermann, Schaaf, Votava, Meier – Ordenewitz, Burgsmüller. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 1:0 Tscha (32.), 2:0 Schreier (37.), 2:1 Ordenewitz (44.), 3:1 Waas (63., Foulelfmeter), 4:1 Waas (72.). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Drews, Burgsmüller, Ruländer.

VORSCHAU

Freitag, 10. 10., 20.00 Uhr:

Spiel	
K'lautern – Uerdingen	(5:1)
Bremen – Mannheim	(2:2)
Hamburg – Stuttgart	(2:0)
Samstag, 11. 10., 15.30 Uhr:	
Nürnberg – Schalke	(3:1)
Köln – Dortmund	(2:0)
Düsseldorf – Berlin	(–:–)
Frankfurt – München	(2:2)
Bochum – Leverkusen	(1:1)
M'gladbach – Homburg	(–:–)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

GALOPP / Von Oleander bis Abary – die Chronik deutscher Starter beim Prix de l'Arc de Triomphe

Als Star Appeal die Favoriten schlug, fragte Theo Grieper: „Bin ich denn jetzt ein großer Trainer?"

GÖNTZSCHE/SIEMEN, Paris

Dreizehnmal sind deutsche Pferde im größten Galopprennen der Welt, dem Prix de l'Arc de Triomphe, in Paris-Longchamp angetreten. Gestern lief als einer der Mitfavoriten Acatenango aus dem Gestüt Fährhof mit Jockey Steve Cauthen. Das Ergebnis des Rennens stand bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht fest. Die WELT informiert Sie ausführlich über das bisherige Abschneiden aller deutschen Arc-Starter seit 1928.

1928 Oleander (5.)

Es hat unzählige Rennpferde vor und nach Oleander in Deutschland gegeben, aber unter Turf-Historikern gilt er als das beste deutsche Rennpferd aller Zeiten. Sein Abschneiden im Arc von 1928 und 1929 trägt sicher dazu bei, auch wenn das Pariser Rennen damals noch nicht so stark besetzt war. In Deutschland ohne Konkurrenz (21 Starts – 19 Siege), blieb für den Schlenderhaner nur das Ausland, um sich weiter zu profilieren. 1928 war Oleander der einzige ausländische Starter in Paris. Angesichts seiner Siegesserie in Deutschland ging der Hengst als dritter Favorit (45:10) ins Rennen, wurde aber am Start von dem nervösen Bubbles behindert und verlor zahlreiche Längen. Und in der Zielgeraden schien er von allen Konkurrenten am besten zu gehen, als sich plötzlich eine Lücke schloß, durch die Jockey Lajos Varga stoßen wollte. Oleander zog zwar noch kräftig an, aber es reichte nur noch zu Platz fünf. Zudem kam er mit einer starken Verletzung aus dem Rennen zurück.

1929 Oleander (3.)

Ein Jahr später sollte alles besser werden. Statt dessen kam es fast noch schlimmer. Diesmal saß Joe Childs im Sattel, aber schon 800 Meter vor dem Ziel schickte er Oleander, diesmal sogar als zweiter Favorit am Start, an die Spitze. Das war zu früh, auf den letzten Metern mußte Oleander Ortello und Kantar vorbeilassen. Das war Oleanders letzter Start.

1937 Sturmvogel (5.)

Wieder einmal waren es Schlenderhan und Trainer George Arnull, die das große Ziel vor Augen hatten. Unter Jockey A. Rabbe verkaufte sich Sturmvogel, der anfangs ganz vorne mitgaloppierte, zwar gut, eine ernste Siegchance hatte er jedoch nicht und wurde viereinhalb Längen hinter der Siegerin Fünfter.

1968 Luciano (12.)

Man hätte sich nach so langer Zeit keinen besseren Kandidaten als Luciano wünschen können. Turmhoch stand der in England gezogene, als Fohlen von Sven von Mitzlaff für Albert Marcour gekaufte Hengst in Deutschland über den Gegnern. Nie passierte ein deutsches Pferd vor Luciano das Ziel. Aber es hatte sich in der internationalen Vollblutzucht einiges verändert, und deutsche Sonderklasse bedeutete nur noch zweite Wahl. Trotzdem ging Luciano mit Ron Hutchinson im Sattel als fünfter Favorit in den Arc von 1968. Aber Hoffnung blieb nur bis zur Geraden.

1973 Star Appeal (13.)

Ohne die Unternehmungslust von Waldemar Zeitelhack wäre der deutschen Vollblutzucht so mancher Triumph versagt geblieben. Auch der Start von Star Appeal in diesem Arc schien aussichtslos, aber zwei Jahre später gelang der große Wurf. Der dreijährige Star Appeal war sicher noch kein Pferd für Paris. Er lief als Dreizehnter im Feld der 27 Starter nur mit.

1975 Star Appeal (1.)

Die Zuschauer auf der Bahn rieben sich verwundert die Augen, die Fachleute fragten sich: Wie ist so etwas möglich? Ein Nobody aus Deutschland, in seiner Heimat kaum als erste Klasse anerkannt, geht im Prix de l'Arc de Triomphe auf und davon. In phantastischem Stil kurvte Jockey Greville Starkey in der Zielgeraden von einer Spur zur anderen, fand eine Lücke und gewann mit drei Längen Vorsprung. Die größte Totosensation in der Geschichte des Rennens war perfekt und Trainer Theo Grieper fragte ungläubig: „Bin ich denn jetzt ein großer Trainer?"

1977 Vivi (14.)

Träume wie mit Star Appeal werden nicht jeden Tag Wirklichkeit, und so ging das Gastspiel von Isolde Wilhelms fünfjähriger Stute Vivi auch daneben. Sie fiel im Rennen nie auf.

1978 Lido (10.)

Ernst konnte man den ehemaligen deutschen Derby-Dritten sicher nicht nehmen, der kurz zuvor in schwedischen Besitz gewechselt war und zum letzten Mal für Trainer Charlie Seifferts Rechnung lief. Lido fiel im Rennen zu keinem Zeitpunkt auf und endete im Mittelfeld.

1979 Pawiment (9.)

Der neunte Platz bei 22 Startern darf nicht überbewertet werden: Pawiment hatte nie einen Moment. Er hielt allerdings gut mit, was seine Möglichkeiten ein Jahr später (Siege im Preis von Europa und Coppa d'Oro di Milano) andeutete.

1980 Nebos (5.)

Was wäre gewesen, wenn Lutz Mäder mit Nebos in der Zielgeraden nicht zweimal der Weg versperrt gewesen wäre? Wenn Nebos eine bessere Ausgangsposition für seinen Speed gehabt hätte? 18 Pferde hätte er auf den letzten 500 Metern überholen müssen, 14 waren es im Ziel. Was, wenn das Geläuf etwas weicher gewesen wäre? Ein Sieg war möglich, aber auch so wurde es eine der größten Leistungen eines deutschen Vollblüters auf internationalem Parkett.

1983 Orofino (15.)

Der Auftritt, den der dreifache „Galopper des Jahres" bot, entsprach kaum seinem wahren Können. Der 15. Platz war aber angesichts der Umstände nicht schlecht. Erstens lag Orofino trotz seiner schlechten Plazierung nur sieben Längen hinter dem Sieger. Zweitens hatte Jockey Peter Alafi einen schwarzen Tag, als er sich aus guter Ausgangsposition in eine schlechte Lage drängen ließ.

1984 Abary (17.)

Mit dem Franzosen Maurice Philipperon startete der vierjährige Fährhofer Abary ohne große Chancen. Besitzer Jacobs setzte den Start gegen Trainer Heinz Jentzsch durch, doch Abary landete nur auf dem 17. Platz unter 22 Startern.

SPORT-NACHRICHTEN

Littbarski spielt wieder

Paris (sid) – Der deutsche Nationalspieler Pierre Littbarski ist nach zwei Spielen ohne Einsatzvon der Tribüne auf das Spielfeld zurückgekehrt. Beim Punktspiel seines Vereins Racing Paris gegen Stade Brest (2:2) spielte Littbarski über die gesamte Spielzeit.

Moser immer schneller

Mailand (dpa) – Nur eine Woche nach seinem Stundenweltrekord auf Meereshöhe hat der italienische Rad-Profi Francesco Moser in Mailand eine neue Bestmarke aufgestellt: In 60 Minuten fuhr Moser 49,801 km und verbesserte damit den Rekord um 1,258 km.

Hansi Müller vom Platz

Innsbruck (sid) – Der ehemalige deutsche Fußball-Nationalspieler Hansi Müller wurde in der österreichischen Meisterschaft beim Punktspiel FC Tirol gegen Austria Wien wegen Meckerns vom Platz gestellt.

Claesen wechselt

London (sid) – Der Transfer des belgischen Fußball-Nationalspielers Nico Claesen von Standard Lüttich zu Tottenham Hotspurs ist perfekt. Beide Klubs einigten sich auf eine Ablösesumme von umgerechnet 1,8 Millionen Mark.

Ausscheiden wurde teuer

Rom (dpa) – Das Ausscheiden von drei italienischen Vereinen gleich in der ersten Runde des Fußball-Europapokals wurde für die staatliche italienische Fernsehanstalt RAI teuer. Diese hatte AS Rom bereits 4,9, SSC Neapel und AC Florenz je 3,5 Millionen Mark für die Übertragungsrechte überwiesen.

Morgen Wiederholung

Düsseldorf (sid) – Das letzte Wiederholungsspiel der ersten Hauptrunde im Vereinspokal des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) zwischen Alemania Aachen und Werder Bremen wird morgen um 20 Uhr ausgetragen.

Mouton: Rallye-Meisterin

Damp (sid) – Michèle Mouton aus Frankreich und ihr britischer Beifahrer Terry Harryman stehen bereits vor dem letzten Lauf als internationale deutsche Rallye-Meister fest. Auf einem Werks-Peugeot 205 Turbo gewann das Team die Rallye Baltic und führt in der Gesamtwertung uneinholbar.

Shriver gegen Navratilova

New Orleans (dpa) – Martina Navratilova und ihre langjährige Doppelpartnerin Pam Shriver (beide USA) haben sich für das mit 150 000 Dollar dotierte Tennis-Turnier von New Orleans qualifiziert. Navratilova setzte sich im Halbfinale mit 6:3, 4:6, 6:3, gegen Znia Garrison (USA) durch, Pam Shriver besiegte Gabriela Sabatini (Argentinien) mit 7:6, 6:3.

UdSSR im Finale

Paris (sid) – Titelverteidiger UdSSR und Olympiasieger USA bestreiten bei der Volleyball-Weltmeisterschaft in Paris das Finale. Beide Teams gewannen ihre Halbfinalspiele mit 3:0. Die Sowjetunion siegte mit 15:8, 5:12, 15:13 gegen Bulgarien. Die USA setzte sich mit 15:5, 15:9, 15:3 gegen Brasilien durch.

MOTORSPORT

Formel 1 von 1989 an ohne Turbos

dpa/sid, München

Die Formel 1 blickt in eine neue Zukunft. Der Automobilsport-Weltverband FISA hat auf seiner Jahres-Hauptversammlung in Paris die Motoren-Leistung von Fahrzeugen der Formel 1, der Rallye- und der Prototypen-Weltmeisterschaft drastisch reduziert. Die wohl spektakulärste Entscheidung betrifft aber die Formel-1-Weltmeisterschaft.

Von 1989 an sind ausschließlich Saugmotoren erlaubt. Schon 1987 sollen bei den Turbos die Motorleistungen von bis zu 1300 PS erstmals durch ein Ventil zur Begrenzung des Ladedrucks reduziert werden. Der maximal zulässige Ladedruck beträgt dann 4,0 Bar. Das Benzinlimit von 195 Litern bleibt. Doch 1988 wird es den Turbotriebwerken noch schwerer gemacht. 2,4 Bar Ladedruck und eine Tankkapazität von nur 150 Litern stempeln den Saugmotor in zwei Jahren bereits zum Favoriten.

Der Sauger feiert schon in der nächsten Saison mit einem erweiterten Hubraum von 3,5 Liter und maximal zwölf Zylindern eine Renaissance. Weitere Zugeständnisse sind: kein Benzinlimit und ein Gewichtsvorteil von 40 kg. Nach Einschätzung von Jean-Marie Balestre, dem Präsidenten des Internationalen Automobil-Sportverbandes (FISA), haben die herkömmlichen Triebwerke spätestens von 1988 an eine reelle Chance auf den WM-Titel. Der Münchner Christian Danner, einziger deutscher Formel-1-Fahrer, meint sogar: „Bei 2,5 Bar sind die Turbos hoffnungslos unterlegen."

„Die Formel 1 *ist* in den letzten Jahren immer mehr zum Wettkampf der Motorenhersteller und Computer geworden. In Zukunft soll wieder der Fahrer mehr zählen", erklärte Balestre. Die finanzschwachen Teams werden es mit Freude registrieren. Bei den Motorenherstellern ist die Meinung jedoch geteilt. Ferrari begrüßt die neuen Regeln. Honda hingegen fühlt sich um jahrelange Entwicklungsarbeit betrogen.

Patrick Head, Konstrukteur von Williams-Honda, sagte: „Ein Politikum – die kleinen Teams haben Balestre unter Druck gesetzt. Sie wünschen sich die glorreichen Saugmotorzeiten zurück. Doch die Formel 1 fährt heute auf einem anderen Niveau. Die Rückkehr zu den Saugern ist ein Rückschritt."

Danner lobt das neue Reglement: „Das ist gut für den Sport, weil auch das gefährliche Qualifikationstraining durch die Ladedruckbegrenzung aus der Welt geschafft wird." Der Münchener bezweifelt aber, daß die Turbo-Leistung bei vier Bar Ladedruck auf 650 bis 700 PS gesenkt werden kann, so wie es sich die Funktionäre der FISA erhoffen. Experten vermuten vielmehr, daß die besten Turbos im Rennen weiter mit 900 PS fahren.

In Paris wurde nicht nur über das Schicksal der Formel 1 entschieden. Die Rallye-WM wird in Zukunft mit seriennahen Gruppe-A-Autos ausgetragen. Auch die Gruppe C muß Federn lassen. Von 1987 an darf nur noch mit handelsüblichem Benzin gefahren werden, ein Jahr später ist wie in der Formel 1 ein flacher Unterboden vorgeschrieben.

MOTORSPORT

Nach Protest wurde Stuck Weltmeister

dpa, Fudschi

Der Längste ist auch wieder der Größte – nur wußte er es gestern nachmittag noch gar nicht. Am Fuße des Fudschijama, Japans heiligem Berg, verteidigten der 1,91 Meter große Grainauer Hans-Joachim Stuck und sein britischer Partner Derek Bell die Fahrer-Wertung in der Sportwagen-Weltmeisterschaft.

Doch als erst mehr als zwei Stunden nach Ende des 1000-Kilometer-Rennens die Porsche-Werkspiloten gekürt wurden, befand sich Stuck bereits auf dem Heimflug nach München. Ein Fehler in der Zeitnahme hätte ihn und Bell beinahe den Titel gekostet. Leidtragende des Mißgeschicks waren der Brite Derek Warwick und der Jaguar-Rennstall.

Helle Aufregung herrschte am Kurs in Fudschi, als das Freiburger Brun-Team mit Frank Jelinski aus Hannover und dessen schwedischer Partner Stanley Dickens gegen den zweiten Platz von Warwick und Eddie Cheever aus den USA erfolgreich Protest einlegten und die in der gleichen Runde gewerteten Jaguar-Fahrer auf den dritten Platz zurückgestuft wurden.

Das reichte Stuck und Bell, die mit großem Abstand hinter den italienischen Siegern Paolo Barilla/Piercarlo Ghinzani (Joest-Porsche) nur als 26. angekommen waren, mit 82 Punkten hauchdünn zum Weltmeister-Titel. Warwick erhielt zwölf Punkte und kam damit auf insgesamt 81 Punkte.

In dem ungemein spannenden Rennen vor 83 000 Zuschauern waren die Titelverteidiger Stuck und Bell vom Pech verfolgt. Zuerst verlor Stuck in der 33. von 226 Runden an vierter Stelle liegend ein Rad an seinem Porsche 962 C. Dann brach die Antriebswelle. Durch die Reparatur an der Box verlor das Duo 17 Runden. Dramatisch wurde das Finale, als Warwick ebenfalls mit Problemen an seinem Jaguar zu kämpfen hatte. Nach einem Radlagerschaden stieg der Formel-1-Pilot in das Ersatzauto um und schien zunächst mit Glück Platz zwei zu retten, was ihm 15 Punkte und den Titel eingebracht hätte.

Nach der Korrektur in der Zeitnahme verlor Jaguar mit 47 Punkten auch den Marken-Titel an das Brun-Team, das auf 52 Punkte kam. Die Joest-Crew belegte mit 48 Punkten Rang zwei. Das Porsche-Werk, im Vorjahr noch klarer Sieger vor den privaten Porsche-Teams, mußte sich mit Jaguar Platz drei teilen.

Ob Stuck auch im nächsten Jahr kontinuierlich für das Zuffenhausener Werk fährt, ist noch nicht geklärt, weil die Experimentierphase der Schwaben auf den Langstrecken wohl zu Ende geht. In diesem Jahr testete Porsche das halbautomatische PDK-Getriebe, und in Japan wurde erstmals das Anti-Blockier-System (ABS) im Wettkampf erprobt. „Bei mir ist das natürlich eine Frage der Auslastung. Rennen will ich fahren, bis ich 40 bin", sagte der 35jährige. Zuerst jedoch flog der lange Bayer so schnell wie möglich nach Hause, wo jetzt wohl nicht nur der letztlich überraschende Weltmeister-Titel gefeiert wird: Seine Frau erwartet in wenigen Tagen ein Baby.

2. Liga

Rückschlag für VfL Osnabrück

DW. Bonn

Einen Rückschlag erlitt der VfL Osnabrück in seinem Bemühen um die Verfolgung von Tabellenführer Hannover 96. Beim 0:5 in Wattenscheid erlitt Osnabrück die zweite Niederlage dieser Saison und fiel aufgrund des schlechteren Torverhältnisse gegenüber Aachen auf Platz drei zurück.

DIE ERGEBNISSE

Aachen – Karlsruhe	4:0	(0:0)
Wattenscheid – Osnabrück	5:0	(2:0)
Kassel – Oberhausen	0:2	(0:1)
St. Pauli – Ulm	0:0	
Freiburg – Saarbrücken	1:1	(0:1)
Braunschweig – Salmrohr	3:0	(2:0)
Darmstadt – Essen	4:0	(2:0)
Köln – Stuttgart	1:6	(0:2)
Aschaffenb. – Solingen	2:1	(1:0)
Bielefeld – Hannover	1:2	(0:0)

DIE TABELLE

1.Hannover	11	10	0	1	34:8	20:2
2.Aachen	11	7	2	2	16:7	16:6
3.Osnabrück	11	7	2	2	19:13	16:6
4.Darmstadt	11	5	4	2	15:7	14:8
5.Wattenscheid	11	4	6	1	20:13	14:8
6.Stuttgart	11	6	1	4	23:16	13:9
7.St. Pauli	11	4	4	3	18:12	12:10
8.Freiburg	11	5	2	4	15:14	12:10
9.Ulm	11	5	2	4	15:14	12:10
10.Karlsruhe	11	4	4	3	18:19	12:10
11.Saarbrücken	11	3	5	3	14:14	11:11
12.Braunschweig	11	3	4	4	15:11	10:12
13.Solingen	11	4	1	6	18:22	9:13
14.Oberhausen	11	4	1	6	17:21	9:13
15.Aschaffenb.	11	3	3	5	15:19	9:13
16.Köln	11	2	5	4	17:25	9:13
17.Bielefeld	11	1	6	4	11:15	8:14
18.Essen	11	1	4	6	18:23	6:16
19.Kassel	11	1	2	8	11:26	4:18
20.Salmrohr	11	1	2	8	12:30	4:18

DIE VORSCHAU

Freitag, 10. 10., 20 Uhr: Oberhausen – Köln, Osnabrück – Braunschweig. – **Samstag, 11. 10., 15 Uhr:** Ulm – Kassel, Stuttgart – Wattenscheid; **15.30 Uhr:** Solingen – Darmstadt, Essen – St. Pauli, Hannover – Aschaffenburg. – **Sonntag, 12. 10., 15 Uhr:** Saarbrücken – Aachen, Karlsruhe – Bielefeld, Salmrohr – Freiburg.

TENNIS / Nach drei Spielen war die Angst vor dem Abstieg im Daviscup gegen Ecuador gebannt: Euphorie ist unangebracht

Der langersehnte Wunsch nach einem Doppel hat sich erfüllt: Becker/Jelen

H.-J. POHMANN, Essen

Die Vorgabe, die der Deutsche Tennis-Bund (DTB) vor dem Abstiegsduell im Daviscup gegen Ecuador vorfand, war beruhigend. Tennishungrige Zuschauer in Essen, ein schöner Titel (Abstiegskampf) und ein harmloser Gegner.

Und als dann Boris Becker und Eric Jelen nach dem glatten Dreisatz-Sieg im schon vorentscheidenden Doppel gegen Andres Gomez und Raul Viver frühzeitig den Gesamterfolg sicherten, konnten die Offiziellen wieder einmal jubeln. Das Daviscup-Team des DTB ist auch im nächsten Jahr erstklassig. Was noch erfreulicher erscheint: In Essen präsentierten sich deutsche Tennis-Cracks, die bei ihrer Pflichtübung auf dem Platz eine selten erlebte Spielfreude zeigten.

Zum erstenmal traten Becker und Jelen gemeinsam bei dem Daviscup auf und wurden mit ihrer Vorstellung den Vorschußlorbeeren gerecht. Schon häufig lieferten unwissende DTB-Funktionäre in der Vergangenheit den Schnellschuß mit dem Daviscup-Doppel der Zukunft, hier in Essen ist dieses langersehnte Doppel anscheinend gefunden worden.

Dabei ist es zweitrangig festzustellen, daß die beiden Ecuadorianer fast lustlos ihre Partie herunterstocherten. Vor allem der Weltranglisten-Zweite im Doppel, Andres Gomez, war ständig bemüht, sich so wenig wie nur möglich zu bewegen und hoffentlich mit einem trockenen Hemd vom Platz zu kommen.

Was interessierte, war die schon vorhandene Harmonie im deutschen Doppel. Auf der Vorhandseite der 21jährige Jelen mit seinen abgeblockten, gefühlvollen Returns, die er im Vorwärtslaufen innerhalb des Feldes spielt. Dazu der Instinkt des Doppeltalents, im richtigen Moment aufzurücken und auch mal die häufig gefährdete Mitte des Platzes abzudekken.

Auf der Rückhandseite das Pendant des Boris Becker, dem Kopf der Paarung. Becker, ausgestattet mit dem Winner-Return, mit dem er in brenzligen Situationen, speziell bei Break-Bällen, für den direkten Punktgewinn sorgen kann. Und natürlich nicht zu vergessen der fast nicht zu durchbrechende Aufschlag, verbunden mit dem mittlerweile fast perfekten Flugball. Dazu versteht es Becker glänzend, seinen noch unerfahrenen Partner zu unterstützen und zu führen, eine Hilfestellung des Wimbledonsiegers, die auch in Zukunft die Ausgangsbasis für gemeinsame Erfolge sein muß.

Es hat ganz einfach Spaß gemacht, den beiden zuzuschauen. Sei es beim gemeinsamen Herumturnen am Netz, beim gegenseitigen Anfeuern mit *dem Aufeinanderklatschen der Hände* oder der ständigen gemeinsamen Absprache.

Trotz aller Freude aber heißt es klaren Kopf zu bewahren, so wie es auch der spät nach Essen angereiste Ion Tiriac andeutete. „Die deutsche Mannschaft hat jetzt mit dem Sieg Wasser getrunken, aber hoffentlich betrinken sie sich nicht daran. Es ging ja nur gegen Ecuador." So ist mit Eric Jelen, ohne Hilfe des DTB, urplötzlich ein vollwertiger Partner von Becker herangereift, mit dem der Verband in Ruhe planen kann. Und demzufolge von Abstieg in naher Zukunft nicht mehr zu reden sein braucht.

Wobei der DTB aber nicht in alte Fehler zurückfallen sollte und alle anderen Spieler des erweiterten Kaders schlicht vergißt. Denn schon im März könnte wieder jener Fall eintreten, daß die erste Runde im Daviscup erneut, wie in diesem Jahr in Mexiko, auf einem Sandplatz ausgetragen wird. Und auf diesem Belag hätte Jelen zwar im Doppel seinen Stammplatz sicher, im Einzel aber fehlen dem Trierer auf dem langsamen Belag noch Erfolgserlebnisse.

Jetzt heißt es für Becker und Jelen erst einmal Koffer packen. Denn schon am kommenden Montag starten beide gemeinsam beim Grand Prix Turnier in Tokio. Dabei fliegt der Wimbledon-Sieger bereits heute abend in Richtung Hongkong und Singapur, um dort Schaukämpfe zu bestreiten. Mit dabei Coach Günter Bosch und Manager Ion Tiriac, die sich insgeamt vier Wochen in Asien und Australien aufhalten werden. Heute nacht könnte es in der Maschine zu einem gemeinsamen, ungestörten Gespräch des Dreigestirns kommen. Denn obwohl immer wieder dementiert, hat sich die Stimmung und Arbeitsverteilung im Team Becker, Bosch und Tiriac geändert.

Fast unauffällig hat sich der 18jährige Boris vom lernbegierigen Schüler zu einem jungen Mann mit eigenem Willen entwickelt. War es früher selbstverständlich, daß Becker alle von Tiriac vorgetragenen Interviews und Fototermine, Vertragsentwürfe und Schaukämpfe bereitwillig erfüllte, möchte er heute vorher informiert werden.

Ein normaler Vorgang, zumal auch Becker an dem Punkt angelangt ist, an dem er erkennt, daß die Zahl derer, die sich am Ruhm des Wimbledonsiegers bereichern wollen, tagtäglich anwächst.

Dies gilt es auch für Tiriac zu erkennen, der im Frühjahr mit Becker einen neuen langjährigen Vertrag abgeschlossen hat. Vielleicht hat der schnauzbärtige Rumäne auch den ausgeprägten Willen seines Schützlings unterschätzt, der mit seiner Persönlichkeitsstruktur nicht mit der der früheren Schüler von Tiriac, Henri Leconte und Guillermo Vilas, zu vergleichen ist.

Leichtes Spiel zum Abschluß

Eric Jelen krönte sein glanzvolles Debüt im deutschen Daviscup-Team: Der 21jährige Trierer bezwang in der Essener Grugahalle nach seinem überraschenden Einzel-Sieg über Andres Gomez und dem Doppel-Erfolg mit Boris Becker gegen Gomez/Raul Viver mit 6:4, 6:3 auch Raul Viver und erhöhte das Ergebnis für die deutsche Mannschaft im Abstiegsspiel gegen Ecuador auf 4:0. Den Schlußpunkt setzte Boris Becker mit einem überlegenen 7:5, 6:2-Sieg über den resignierenden Andres Gomez zum 5:0.

Jelen, 33. der Weltrangliste, zeigte gegen den 25jährigen Linkshänder Viver vor 6500 Zuschauern glanzvolles Offensiv-Tennis. „Hallen-Tennis par excellence", sagte Kapitän Wilhelm Bungert. Nur einmal verlor Jelen in der lediglich 48 Minuten langen Partie den Faden und gab seinen Aufschlag ab. Ansonsten dominierte er mit seinem zugleich druckvollen und variablen Aufschlag nach Belieben und geriet nie in Schwierigkeiten.



Da kommt Freude auf: Eric Jelen (links) und Boris Becker bejubeln ihre eigene starke Vorstellung FOTO: SVEN SIMON

SCHACH-WM / Die Entscheidung scheint gefallen

Garri Kasparow nutzte zwei unauffällige Fehler

LUDEK PACHMANN, Bonn

Der Wettkampf um die Schach-Weltmeisterschaft in Leningrad ist praktisch entschieden. Garri Kasparow gewann gegen Anatolij Karpow die 22. Partie und führt mit 11,5:10,5 Punkten. Zur erfolgreichen Titelverteidigung reicht ihm ein Unentschieden in den zwei restlichen Partien. Karpows Eröffnungsvariante gab Kasparow die Chance, risikolos auf Gewinn zu spielen – er nutzte sie nach zwei unauffälligen Fehlern Karpows ausgezeichnet.

Die Notation (Weiß Kasparow, Damengambit): **1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sf3 d5, 4.Sc3 Le7, 5.Lg5 h6, 6.Lxf6 Lxf6, 7.e3 0-0, 8.Tc1 c6, 9.Ld3 Sd7, 10.0-0 dxc, 11.Lxc4 e5,**

In der 12. Partie hat Karpow mit 11. ... c5, 12.De2 a6, 13.Tfd1 cxd4, 14.Sxd4 De7, 15.Se4 Le5! das Spiel leicht ausgeglichen. Vielleicht wäre 14.exd4! Sb6, 15.Lb3 Sd5, 16.De4! günstiger für Weiß gewesen.

12.h3 exd, 13.exd Sb6,

Auch hier ist 13. ... c5 möglich, wie die 10. Partie bewiesen hat: 14.Lb3 cxd4, 15.Sd5 b6, 16.Sxd4 Lxd4, 17.Dxd4 Sc5, 18.Lc4 mit kleinem Vorteil für Weiß. Erstaunlich, daß Karpow mit seinem 13. Zug eine Fortsetzung wählt, die sich in zahlreichen Partien als schwierig für Schwarz erwies.

14.Lb3 Lf5,

Hier pflegte man mit Te8, 15.Te1 Lf5 fortzusetzen. Allerdings hat hier Weiß nach 16.Txe8+ Dxe8, 17.Dd2 Dd7, 18.Te1 Te8, 19.Txe8+ Dxe8, 20.Df4 oder 18. ... Dd6, 19.Se5 Sd5, 20.g4! etwas besseres Spiel.

15.Te1 a5!?,

Das ist meines Wissens neu, verbessert aber nicht die schwarze Position.

16.a3 Te8, 17.Txe8+ Dxe8, 18.Dd2 Sd7!?, 19.Df4 Lg6, 20.h4! ...

Mit der Drohung 21.g4! nebst 22.h5, was Schwarz in seinen Bewegungen sehr einengen würde.

20. ... Dd8, 21.Sa4 ...

Um den beabsichtigten Zug Sf8 mit 22.Sc5 beantworten zu können.

21. ... h5!?, 22.Te1 ...

Weniger gut wäre 22.d5 cxd5, 23.Lxd5 Sb6, 24.Lxb7 Tb8. Schwarz gewinnt den Bauern zurück.

22. ... b5, 23.Sc3 Db8, 24.De3 b4, 25.Se4! ...

Wahrscheinlich hat Karpow diesen Zug übersehen. Falls nun Lxe4, 26.Dxe4 bxa3, so folgt 27.Dxc6! axb2, 28.Dd5! mit Gewinn. Oder 26. ... Db7, 27.Sg5! Lxg5, 28.hxg5 drohend 29.g6!

25. ... bxa3, 26.Sxf6+ Sxf6, 27.bxa3 Sd5,

Falls De8, so folgt stark 28.Se5! Sd5, 29.Lxd5 cxd5, 30.Sxg6 Dxe3, 31.Txe3 fxg6, 32.Te6 usw.

28.Lxd5 cxd, 29.Se5 Dd8, 30.Df3! Ta6,

Natürlich nicht Dxh4?, 31.Sxg6 fxg6, 32.Dxd5+.

31.Tc1 Kh7, 32.Dh3! Tb6!,

Schwarz muß auf Gegenangriff spielen, weil sonst Weiß die Partie nach 33.Tc8 nebst 34.Sd7 und Sf8+ mit direktem Angriff entscheidet.

33.Tc8 Dd6, 34.Dg3! a4?,

Der erste der beiden erwähnten Fehler. Schwarz sollte De6 spielen, da nun Tb3 nur scheinbar droht.

35.Ta8 De6,

Nach Tb3? verliert Schwarz mit 36.Th8+! Kxh8, 37.Sxf7+ die Dame.

36.Txa4 Df5, 37.Ta7 Tb1+, 38.Kh2 Tc1,

Damit verliert Schwarz noch ein Tempo. Richtig wäre sofort Td1 oder Tb2, 39.f3 Td2!

39.Tb7! ...

Verhindert die Drohung 39. ... Db1 und bereitet die Entscheidung vor.

39. ... Tc2, 40.f3 Td2,

Hier wurde die Partie abgebrochen, und es schien, daß die Stellung noch haltbar für Schwarz sein könnte. Falls nämlich 41.Tb4, folgt sofort f6!, und der zweimalige Abtausch auf g6 führt nur zu einem Remis-Endspiel. Aber mit seinem Abgabezug findet Kasparow einen überzeugenden Weg zum Sieg:

41.Sd7! Txd4, 42.Sf8+ Kh6,

Oder: Kg8, 43.Tb8 usw.

43.Tb4! Tc4,

Falls 43. ... Txb4, so folgt 44.axb4 d4, 45.b5 d3, 46.b6 d2, 47.b7 d1D, 48.b8D Dc1, 49.Sxg6 Dxg6, 50.Dh8+ Dh7, 51.Dgxg7 matt. Ein ungewöhnliches Finale!

44.Txc4 dxc4, 45.Dd6! ...

Mit der Drohung 46.Dd2+ nebst matt.

45. ... c3, 46.Dd4 aufgegeben.

47.De3+ ist nicht abzuwehren.

ASIENSPIELE

Der Gastgeber Südkorea war der große Gewinner

sid, Seoul

Umfang und Art der Veranstaltungen bei den 10. Asienspielen, die gestern in Seoul zu Ende gingen, hatten zweifellos olympische Dimensionen. Schließlich waren sie auch als Generalprobe für die Olympischen Spiele 1988 gedacht. 4797 Athleten aus 27 Ländern nahmen an den 16 Tage dauernden Wettkämpfen teil, in denen insgesamt 269 Goldmedaillen vergeben wurden.

Großer Gewinner war in jeder Hinsicht Gastgeber Südkorea, das zum einen die Japaner von der Position der zweitgrößten asiatischen Sportnation verdrängte und zum andern alle im Hinblick auf die Olympischen Spiele notwendigen Aufgaben reibungslos abwickelte.

Selbst Befürchtungen, die Asienspiele könnten durch politische oder terroristische Aktionen beeinträchtigt werden, bestätigten sich nicht. Allein der Bombenanschlag auf dem Flughafen von Seoul unmittelbar vor Beginn der Asienspiele hinterließ ein Gefühl des Unbehagens. Während der Veranstaltungen hatten die Südkoreaner rund 50 000 Sicherheitskräfte aufgeboten.

Frei von unliebsamen Zwischenfällen erlebte Seoul ein Sportfest, aus dem die südkoreanischen Sportler als die großen Gewinner hervorgingen. In der Aufrechnung der Goldmedaillen lag zwar China mit 94 Siegen noch vor den Gastgebern mit 93, doch die Gesamtzahl aller Medaillen war mit 219 dieselbe.

HANDBALL

Meister Essen behielt in Kiel kühlen Kopf

dpa, Kiel

Bereits am vierten Spieltag hat Meisterschaftsfavorit TuSEM Essen die Führung in der Handball-Bundesliga erobert. Trotz der hektischen Atmosphäre in der mit 7000 Zuschauern ausverkauften Kieler Ostseehalle behielten die Spieler aus Essen kühlen Kopf und sind nach dem jüngsten 16:15-(5:6-)Erfolg als einzige Mannschaft noch ohne Punktverlust. Das hochklassige Spiel wurde weitgehend bestimmt von den Weltklasseleistungen der beiden Nationaltorhüter Stefan Hecker (Essen) und Michael Krieter, die in der Bundesliga nur noch von Andreas Thiel (Gummersbach) übertroffen werden. Auch Thiel war am Wochenende erneut der überragende Spieler seiner Mannschaft, die beim 24:18 (12:6) gegen den TuS Hofweier den ersten Heimsieg dieser Saison feierte.

Mit 4:4 Punkten hat sich Gummersbach nun ins Mittelfeld vorgeschoben, ist aber trotz eines kleinen Leistungsaufschwungs noch weit von seiner ehemaligen Bestform entfernt und in der momentanen Verfassung noch kein ernsthafter Gegner für den TuSEM.

Ebenfalls nicht in Bestform waren am Wochende der TV Großwallstadt und MTSV Schwabing, mit je 7:1 Punkten die stärksten Rivalen von Essen. Großwallstadt zeigte beim 18:18 bei Aufsteiger TuS Schutterwald die schwächste Saisonleistung. Auch der MTSV Schwabing hatte beim 25:25 in Lemgo viel Mühe.

ZAHLEN

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 7. Spieltag: Frankfurt – Riesa 1:1, Erfurt – Dresden 2:0, Bischofswerda – Brandenburg 0:1, Magdeburg – Jena 1:0, Dynamo Berlin – Lok Leipzig 0:1, Cottbus – Aue 0:2, Karl-Marx-Stadt – Union Berlin 2:1. – Tabellenspitze: 1. Lok Leipzig 11:3, 2. Dynamo Berlin 10:4, 3. Jena 9:5. – **Erste englische Division,** 9. Spieltag: Chelsea – Charlton 0:1, Coventry – Aston 0:1, Everton – Arsenal 0:1, Manchester City – Leicester City 1:2, Norwich – Queens Park 1:0, Nottingham – Manchester United 1:1, Sheffield – Oxford 6:1, Southampton – Newcastle 4:1, Tottenham – Luton 0:0, Watford – West Ham 2:2, Wimbledon – Liverpool 1:3. – Tabellenspitze: 1. Nottingham 20 Punkte, 2. Norwich 20, 3. Liverpool 17.

WASSERBALL

Europapokal der Pokalsieger, Vorrunden-Turnier in Innsbruck: Duisburg 98 – Ethnikos Athen 8:6, Racing Club Paris – TWV Innsbruck 16:12, Athen – Innsbruck 17:4, Duisburg – Paris 15:8, Athen – Paris 9:6, Duisburg – Innsbruck 20:7.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 2. Spieltag: Hagen – Langen 87:69, Charlottenburg – Leverkusen 59:90, Bayreuth – Göttingen 79:74, Gießen – Bamberg 78:67, Osnabrück – Ludwigsburg 72:95.

EISHOCKEY

Bundesliga, 5. Spieltag: Iserlohn – Rießersee 7:2, Kaufbeuren – Düsseldorf 3:3, Köln – Frankfurt 6:1, Mannheim – Landshut 5:0, Rosenheim – Schwenningen 4:2.

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 4. Spieltag: Hameln – Düsseldorf 18:27, Lemgo – Schwabing 25:25, Schutterwald – Großwallstadt 19:19, Gummersbach – Hofweier 24:18, Kiel – Essen 15:16, Dortmund – Weiche-Handewitt 22:19. – **Frauen,** 4. Spieltag: Lützellinden – Guts Muths Berlin 24:14, Oldenburg – Auerbach 19:17, Frankfurt – Engelskirchen 18:21, Nürnberg – Sindelfingen 13:12. – **Qualifikation** zur Europapokal-Hauptrunde, Rückspiele, Landesmeister Frauen: Leverkusen – Tongeren/Belgien 39:9.

HOCKEY

Weltmeisterschaft der Herren in London, Gruppe A: UdSSR – Holland 0:1, Argentinien – Pakistan 3:1, England – Neuseeland 3:1. – **Bundesliga,** Damen, Gruppe Nord: Mülheim – BW Köln 0:0, Raffelberg – Leverkusen 0:0, Klipper Hamburg – Krefeld 1:2, UHC Hamburg – Braunschweig 4:2. – Gruppe Süd: Hanau – Berlin 4:1, Eintr. Frankfurt – SC Frankfurt 3:2, Charlottenburg – Brandenburg 0:5, Stuttgarter Kickers – RW Stuttgart 1:0.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 5. Spieltag: Bad Hamm – Steinhagen 9:2, Grenzau – Saarbrücken 9:3, Hertha BSC – Altena 2:9.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Dachau – Ottobrunn 1:3, München – Paderborn 3:1. – **Damen:** Rüsselsheim – Oythe 3:1, Hannover – Münster 1:3, Feuerbach – Berlin 3:0, Darmstadt – Vilsbiburg 1:3.

TENNIS

Daviscup, 1. Division, Halbfinale: in Brisbane: Australien – USA 2:1. – McNamee – Gilbert 2:6, 6:3, 3:6, 6:0, 6:1, Cash – Mayotte 4:6, 6:1, 6:2, 6:2, Cash/Fitzgerald – Annacone/Flach 10:8, 6:1, 5:7, 11:13, 7:9. – In Prag: CSSR – Schweden 1:3. – Mecir – Carlsson 0:6, 2:6, 4:6, Srejber – Edberg 6:3, 4:6, 3:6, 6:4, 5:7, Mecir/Smid – Edberg/Jarryd 7:5, 6:2, 6:4, Srejber – Pernfors 7:5, 0:6, 0:6, 5:7. – „Playoff" um den Klassenerhalt in Essen: Deutschland – Ecuador 4:0. – Becker – Viver 6:4, 6:4, 10:8, Jelen – Gomez 6:4, 6:3, 7:9, 7:5, Jelen/Becker – Viver/Gomez 6:2, 6:4, 6:4, Jelen – Viver 6:4, 6:3.

BOXEN

Profikampftag in Berlin, EM im Halbschwer, zwölf Rdn.: Blanchard (Holland) PS – R. Rocchigiani (Bundesrepublik Deutschland). – DM im Halbschwer, zehn Rdn.: G. Rocchigianai PS – Jassmann (beide Bundesrepublik Deutschland).

RALLYE

Rallye Baltic, siebter von acht Läufen zur deutschen Meisterschaft, Stand nach der ersten von zwei Etappen: 1. Mouton/Harryman (Frankreich/England) Peugeot 205 Turbo 21:53 Min., 2. Petersen/Bockelmann (Bundesrepublik Deutschland) Opel Manta 1:00 Min. zur., 3. Kristiansen/Hildebrandt (Dänemark) Peugeot 205 Turbo 1:38, 4. Brusch/Schaller (Bundesrepublik Deutschland) Ford Sierra 1:45.

MOTOR

1000-Kilometer-Rennen in Fuji/Japan, neunter und letzter Lauf zur Prototypen-WM (Fahrer- und Marken-Wertung), 226 Runden = 1003,6 km: 1. Barilla/Ghinzani (Italien) Porsche 956 5:29:21,141 Std., 2. Jelinski/Dickens (Bundesrepublik Deutschland/Schweden) Porsche 962 225, 3. Warwick/Cheever/Schlesser (England/USA/Frankreich) Jaguar 225, 4. Weidler/Giacomelli (Bundesrepublik Deutschland/Italien) Porsche 962 224. – Endstand in der Fahrer-Wertung: 1. Stuck/Bell (Bundesrepublik Deutschland/England) 82 Punkte, 3. Warwick 81, 4. Jelinski 74, 5. Cheever 61. – Endstand im der Team-Wertung: 1. Brun-Motorsport 52, 2. Joest-Racing-Team, 3. Porsche-Werk (alle Bundesrepublik Deutschland) und Jaguar-Werk (England) je 47.

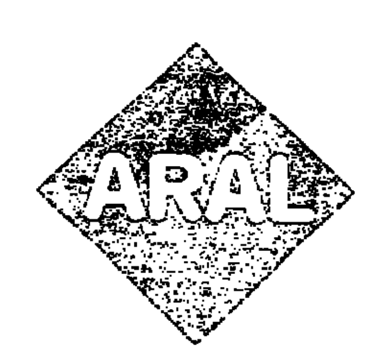
GALOPP

Rennen in Mülheim: 1. R.: 1. Saltano (A. Tylicki), 2. Ordensbruder, 3. Abu Simbel, Toto: 16/16, 46, —, ZW: 212, DW: 408, 2. R.: 1. Nordländer (S. Stokes), 2. Giardino, 3. Stolzer Athener, Toto: 28/17, 14, 22, ZW: 76, DW: 557, 3. R.: 1. Daytona Beach (S. Hielscher), 2. Audax, 3. Königin Aspia, Toto: 60/18, 13, 19, ZW: 224, DW: 1604, 4. R.: 1. Flara (R. Molenda), 2. Bollau, 3. Casiopenium, Toto: 32/14, 22, 30, ZW: 384, DW: 2916, 5. R.: 1. Nuas (D. Richardson), 2. Majorität, 3. Zirconia, Toto: 104/16, 11, 21, ZW: 196, DW: 2012, 6. R.: 1. Tramper (T. Lühnenschloß), 2. Tresco, 3. Sheraton, Toto: 52/14, 12, 22, ZW: 108, DW: 2272, 7. R.: 1. Chateau (M. Hofer), 2. Ilias, 3. Tassantus, Toto: 256/62, 30, 34, ZW: 2732, DW: 28 856, 8. R.: 1. Halins (G. Bocskai), 2. Imkermaid, 3. Good Girl, Toto: 16/11, 19, 15, ZW: 156, DW: 720, 9. R.: 1. Königsrose (P. Alafi), 2. Friedenskönig, 3. Großherzog, Toto: 24/15, 70, 20, ZW: 1000, DW: 3884, 10. R.: 1. Selke (P. Klenzler), 2. Casablanca, 3. Nino Ricci, Toto: 36/17, 15, 19, ZW: 248, DW: 1196, 11. R.: 1. Waldsee (M. Blasczyk), 2. Stephanus, 3. Fritzchen, Toto: 236/74, 30, 54, ZW: 1880, DW: 46 300.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 4, 9, 20, 21, 25, 35, Zusatzzahl: 49. – **Spiel 77:** 1 3 7 9 7 8 3. – **Toto,** Elferwette: 0, 0, 1, 1, 2, 0, 1, 0, 0, 0, 1. – **Glücksspirale,** Endziffern: 0, 08, 219, 6363, 03668, 719561. – Los-Nummer: 7819806, 1818569, 0980067. – Prämienziehung: 793703, 926223, 363221. (Ohne Gewähr).





Pankraz, die Recken und das Intrigenspiel

Deutschlands Unternehmensberater machen Fortschritte. Hüllten sie sich in ihren Kursen und Traktätchen noch vor kurzem gern in diffuse Andeutungen und neckische Euphemismen, so kommen sie neuerdings ganz ungeschminkt zur Sache. Gustav Adolf Pourroy beispielsweise nennt in einem soeben in der Züricher Edition Interfromm erschienenen Bändchen „Das Prinzip Intrige" eine „wichtige Form des Konfliktlösungsverhaltens in der Gesellschaft", ein „menschliches Kampfprinzip", das so alt sei wie die Menschheit selbst und angesichts der komplexer werdenden sozialen Beziehungen immer häufiger angewendet werde.

Sicherlich sei die Intrige, räumt Pourroy ein, moralisch anrüchig, ein taktischer Angriff aus der Dekkung heraus, zwar gewaltfrei, aber dennoch dazu angetan, dem Angegriffenen an Leib und Seele zu schaden. Aber, so fährt er mit reizendem Seufzer fort, „den Verlockungen von mehr Erfolg durch Listen widersteht der Mensch nur schwer. Was verbessert werden kann, ist deshalb weniger der Mensch als vielmehr die Situation, in die er gestellt wird". Diesem Ziel will Pourroys Essay dienen. Indem er mit minuziöser Genauigkeit die Strukturen der Intrige aufdeckt und detaillierte Abwehrstrategien gegen sie vorführt, hofft er, die Interessenkonflikte „offener" zu gestalten und auf diese Weise das System vor „überflüssigen Friktionen" zu schützen.

Drei Hauptmethoden der Intrige macht Pourroy aus und belegt sie mit bildkräftigen Namen: Da ist erstens die Methode „Billardstoß", zweitens die Methode „Achillesferse", drittens die Methode „Bypass". „Billardstoß" meint natürlich das genau berechnete Spiel über die Banden, den indirekten Angriff um einige Ecken herum. Die dazugehörigen Kampfmittel heißen Desinformation, gezielte Informationsverstärkung oder -abschwächung, „vertrauliche" Plazierung von Information, gewollte rhetorische Ausrutscher und Ähnliches.

Das typische Modell eines „Billardstoßes" ist das tapfere Schneiderlein, das auf dem Baum sitzt und die schlafenden Riesen abwechselnd mit Steinchen bewirft, um sie gegeneinander aufzuhetzen. Ein Meister des „Billardstoßes" (man ist nicht überrascht) war Talleyrand, der *etwa im „Moniteur" just in dem* Augenblick einen Bericht über die geglückte Phimose-Operation an dem Ehemann seiner Geliebten einrücken ließ, als diese eines Kindleins genesen war. Damit war der Ehemann hinterrücks der Lächerlichkeit preisgegeben, denn er konnte ja nun schwerlich der Vater sein.

Die Methode „Achillesferse" lebt davon, daß man das Opfer auf seinen eigenen Schwächen auflaufen läßt. Man zieht heimlich Stolperdrähte, man stellt Fallen auf, man weist als Vorgesetzter Aufgaben zu, von denen man schon vorher genau weiß, daß der Beauftragte an ihnen scheitern wird. Manchmal liegt die „Achillesferse" nicht beim Opfer selbst, sondern bei dem, der gegen das Opfer aufgehetzt werden soll. In Daphne du Mauriers Roman „Rebecca" ermuntert die intrigante Hauhälterin die neue Ehefrau des Schloßherrn, zum Hausball das Kleid der tragisch ums Leben gekommenen ersten Frau des Mannes anzuziehen, damit sich dieser entsetze und gegen seine neue Frau voreingenommen werde.

Die Methode „Bypass" schließlich ist ein *Komplott*, das gegen das Opfer geschmiedet wird, indem man es aus dem Informationsfluß des Systems möglichst ausgrenzt, die Informationen, die ihm vom „Rang" her eigentlich zustünden, an ihm vorbeileitet und es so immer mehr isoliert. Gegen diese moderne Art des Komplotts wirken die berühmten Theaterkomplotte à la „Othello" oder „Luise Millerin" geradezu rührend altmodisch, sind sie doch davon abhängig, daß zur rechten Zeit irgendwo ein kompromittierendes Tüchlein liegenbleibt oder ein Zettelchen „zufällig" aus der Hosentasche herausfällt – gewollte Informationsfehler, die man heutzutage viel eleganter und unaufwendiger per Computer erledigen kann.

Völlig zu Recht weist Pourroy darauf hin, daß man, wenn man die Intrigen schon nicht mitspielen will, sie doch zumindest *durchschauen* muß. Dummheit, arglose Blauäugigkeit, bewußte Uninteressiertheit sind immer tödlich. Die sogenannten „Recken", die sich nie oder *ganz selten* auf Intrigen einlassen und ihre *Konflikte* stattdessen unverdeckt austragen, müssen die gerade laufenden Komplotte und Billardstöße in der Firma gut kennen, um ihnen zuvorkommen und sie rechtzeitig zerfetzen zu können. Und auch sie brauchen dazu „Freunde" und Zuträger sowie „Panzerungen" ihrer Weichstellen. Das offene, gutgelaunte Einbekennen der eigenen Schwächen ist übrigens oft die beste Panzerung.

Bevorzugte Opfer von Intrigen sind Neuzugänge, die noch keinen hinreichenden Durchblick haben, Nachfolger von beliebten Chefs, Vizepräsidenten von Nachrichtendiensten, neue Pfarrer in Gemeinden usw. Überdurchschittlich gefährdet sind auch Feldmarschälle, Diplomaten, Niederlassungsleiter und Residenten fern der Zentralen. Ihre institutionelle Schwäche wird von den Intriganten sofort ausgenutzt, um sich auf ihre Kosten Vorteile zu verschaffen.

Aber nicht alle Intriganten sind Halunken. Die Intrige ist meistens eine Kampfform der Schwachen und wird manchmal auch von braven Leuten gegen einen wüsten Gewaltherrscher eingesetzt, um ihn lächerlich zu machen und seine Position langsam auszuhöhlen; sie ist dann sehr gefährlich für die Drahtzieher. Die große Politik besteht zum guten Teil aus Intrigen, und jeder Politiker von Rang muß die Regeln beherrschen. Bismarck spricht in seinen „Gedanken und Erinnerungen" ganz offen über seine großen Intrigen, etwa um die Emser Depesche oder gegen den Grafen Arnim.

Und dann gibt es noch die „geborenen Intriganten", die gar keine Vorteile für sich selbst herausschlagen wollen, sondern lediglich Freude am intriganten Spiel haben. Diese sind vielleicht die Glücklichsten. Wußte doch schon Schnitzlers „Anatol": „Wir spielen alle, wer es weiß, ist klug..."

Pankraz

Heiner Müllers Tick im „TiK": Bob Wilsons New Yorker „Hamletmaschine" nun auch in Hamburg

Ein Lamento über die verrottete Welt

Man hat die Schlagworte noch im Ohr, mit denen die neuen Staatstheater-Intendanten im vergangenen Herbst in die Hamburger Arena stiegen. Peter Zadeks Obsessionen vom Boulevard stießen da lautstark gegen Jürgen Flimms Klassiker-Träume, mit denen er tatsächlich das Thalia Theater aus den Grauzonen des Mittelmaßes der Nach-Gobert-Ära herauszureißen vermochte. Der „Hamlet", mit dem Flimm als Regisseur seine zweite Thalia-Spielzeit eröffnete, blieb freilich auf schmerzliche Weise im hochgesteckten Anspruch, das Drama der heutigen Mittvierziger zu sein, hängen.

Flimms Scheitern war umso betrüblicher, als so dem zweiten Hamlet-Projekt des Thalia, der „Hamletmaschine" des „DDR"-Dramatikers Heiner Müller, der Shakespeares sprachmächtiges Drama mit wüstem Zungenschlag zu konterkarieren trachtet, der große, strahlkräftige Bezugspunkt entzogen war. So blieb als Spannungsfaktor allein der als Wundermann der westlichen Theaterszene hochgejubelte, hierzulande mit multimedialen Spektakeln wie „Einstein on the Beach" oder „CIVIL-warS" bekanntgewordene Texaner Bob Wilson, der Müllers keineswegs mehr taufrisches Lamento über die Verrottetheit der Welt bereits mit Undergraduates in New York auf die Beine gestellt hatte und nun für die Hanseaten wieder aufbereitete.



Drei Damen, die gräßlich mit den Fingernägeln kratzen: Szene aus Heiner Müllers „Hamletmaschine" in Hamburg unter Bob Wilsons Regie FOTO: ELISABETH HENRICHS

Schwarz ausgehängt wie zum ewigen Trauermahle für Ophelia die Bühne des „TiK", des Thalia-Experimentier-Studios in der Hamburger Kunsthalle. Nur die linke Bühnenseite, die zur Mitte des Abends Schauplatz einer Video-Seance werden wird, ist mit weißer Leinwand bespannt. Auf einen schäbigen Bürodrehstuhl geklemmt: eine steinalte, gichtig verkrümmte Frau, aus deren eisgrauen Haaren immer wieder fahler Aschenstaub aufstiebt. Es ist Ophelia, die zum jäh einsetzenden Schlagholz-Klacken, das als Ostinato die gesamte Aufführung beherrscht, den Mund zu einem stummen Schrei verzerrt. Pathetischer Einstieg in ein von geradezu fanatischem Formwillen geprägtes Ritual, das sich an diesem Abend des Schleichschritts in fünf zähen Variationen wiederholen soll. Variationen, in deren wohlkalkuliertem Figuren-Spiel man – anfangs neugierig, später genervt – oft genug vergeblich nach Bedeutung sucht.

Hamlet ist ja noch auszumachen in dieser bizarren Rätselchoreographie, denn irgendwann beginnt ein Jüngling in schwarzer Motorrad-Tracht zum minimal-musicalischen Background-Geklimper die rüden Müllerschen Hamlet-Ergüsse von Vatermord, Hurerei und anderen Greueln zu intonieren. Auch muß der kohlpechrabenschwarz gefärbte Mann im Zylinder wohl der böse Bube Claudius sein.

Doch nur Bob Wilson kann wissen, ob auch der bronzierte Jüngling in Turner-Kluft, der aufgescheucht wie ein Huhn über die Bühne hüpft, ein Hamlet-Doppelgänger ist, ob die anderen Mannsfiguren und die drei Damen im Vierziger-Jahre-Look, die mit ihren rotlackierten Fingernägeln ein gräßliches Kratzgeräusch zu produzieren haben, Hofdamen sein sollen, Megären oder einfach nur Sekretärinnen, für die es hier allerdings nichts mehr zu schreiben gibt. Denn der unermüdlichste aller „DDR"-Literatur-Werktätigen hat ja bereits anno 1977 alles niedergelegt, was ihm an wirren Hamlet-Assoziationen eingefallen ist, Assoziationen, die er – wie er jetzt verriet – selber nicht versteht.

Ein zynisches Bekenntnis, das denn auch die Beliebigkeit und die oft hohle Bombastik der Metaphern und Begriffe erklärt, mit denen Müller in seiner „Hamletmaschine" um sich schlägt, vor allem in der aufgeblähten Revolutions-Szene, aber auch in der Groteske des „Scherzos", in der Hamlet zur Hure werden muß. Da nutzt es nicht viel, daß Wilson, der verbissene Exerzitienmeister, die Müllersche Horror-Suada in ein Formen-Spiel bannt, dessen strenge Bilder mehr als einmal zu fesseln vermögen, und eine Sprech-Polyphonie entwickelt hat, die in ihrem Raffinement alte Motetten-Kunst wiederauferstehen läßt.

So paradox das klingen mag, Wilsons Formalismus, sein oft bis in die Künstlichkeit und einen schalen Manierismus hochgetriebener Ästhetizismus, erstickt im Grunde Müllers in fünf kurzen Szenen krude ausgestoßenen Weltverachtungs-Schrei, die krampfhaft anarchischen Impulse seiner Hamlet-Adaption. So ist man denn auch niemals wirklich betroffen von dem in Zeitlupentempo vorgeführten Zerstörungs-Zeremoniell. Tiefgründigeren Witz entfaltet dieser Reigen der unseligen Geister nur einmal: Wenn zum frechen Videoclip mit Müllers absurden Regieanweisungen Schuberts Lied vom „Zwerg" erklingt, der seine Königin, bevor er sie ins Meer versenkt, mit der roten Seidenschnur erwürgt. Das war Wilsons Geschoss. Denn daß Müller sich als bösen Zwerg sehen wollte, wird man wohl kaum annehmen dürfen.

KLÄRE WARNECKE

„Wem gehört die deutsche Geschichte?" – Ein Symposion der Hanns M. Schleyer-Stiftung in Berlin

Das Wiedervereinigungs-Gebot ist unsere Stärke

Es war keineswegs eine Veranstaltung mit der „programmatischen Absicht und den verteilten Rollen nur einer Partei, über den bösen Störenfried Habermas Gericht zu halten", wie der Leiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Martin Broszat, in seinem Diskussionsbeitrag vermutete. Das von der „Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung" in Berlin veranstaltete Jahres-Symposium '86 hatte sein Thema „Wem gehört die deutsche Geschichte?" lange vor der von Jürgen Habermas vom Zaun gebrochenen Fehde gegen die deutschen Historiker festgelegt. Dennoch stand die Veranstaltung – „natürlich", möchte man sagen – zum Teil im Zeichen dieser Fehde.

Viele der angereisten Historiker wehrten sich vehement gegen „Frageverbote". Die Festschreibung eines in der Öffentlichkeit herrschenden Bildes vom Nationalsozialismus habe nichts mit freier Wissenschaft zu tun, vermerkte der Erlanger Historiker Horst Möller, der die derzeitige Kampagne gegen Hillgruber, Nolte und andere als ignorant und infam bezeichnete. Michael Stürmer schlug in die gleiche Kerbe: Von einer wissenschaftlichen Debatte könne nicht die Rede sein, vielmehr habe man es mit einer von Habermas ausgelösten „Diffamierungskampagne" zu tun.

Das Einführungsreferat zum Thema hielt der Bonner Historiker Klaus Hildebrand. Das provokativ klingende Thema dürfe auf gar keinen Fall kurzschlüssig beantwortet werden, meinte er, es solle dazu dienen, Zugänge zur immer wieder erörterten aktuellen „Deutschen Frage" zu eröffnen. Die offene Deutsche Frage mit ihrer europäischen Dimension und Komplexität wurde denn auch zum Dreh- und Angelpunkt einer hochkarätigen Debatte um nationale Identität, Geschichtsbewußtsein, historisches Eigengewicht und die Verantwortung vor der eigenen Geschichte.

Wem gehört die deutsche Geschichte? Jedenfalls nicht denjenigen, die sie abschaffen wollten und wollen, erklärte Stürmer. In den letzten zwanzig Jahren habe eine „dramatische Abschaffung von Geschichte" in der Bundesrepublik stattgefunden. Dies habe dazu geführt, daß zum Beispiel viele nicht mehr wüßten, was „Westbindung der Bundesrepublik Deutschland" eigentlich bedeute.

Stürmer warnte vor einer gezielt inszenierten „Mitteleuropa-Euphorie", die letzten Endes auf eine Lockerung jener die Freiheit verbürgenden Westbindung und damit auf einen verhängnisvollen deutschen Sonderweg zwischen den Blöcken hinauslaufe. Dessen ungeachtet stand während der ganzen Berliner Tagung, im Blick auf die geteilte Stadt und die geteilte Nation, die von Hildebrand formulierte Frage im Raum, ob eine Nation, die einmal die Stufe eines nationalen Staates und einer großen Macht durchlebt habe, ohne schwer kontrollierbare Folgen für sich und die Nachbarn auf einen Zustand zurückgeführt werden könne, der historisch gesehen davor liege.

Henry Kissinger wurde zitiert: „Wenn wir die kleine Bundesrepublik auf sich selbst beschränken, dann geben wir sie auf." Das ebenfalls zitierte Plädoyer eines französischen Diplomaten für ein gekräftigtes deutsches Nationalbewußtsein und für einen wirklich freien deutschen Nationalstaat lag auf der gleichen Linie. Der in der Präambel des Grundgesetzes verankerte Anspruch auf Wiedervereinigung ist, nach den Worten von Hildebrand, eine erstrangige Stärke der Bundesrepublik. Wenn dieser Anspruch aufgegeben werde, liefere man ihn der „DDR" aus.

Doch wird ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein, das die Voraussetzung für den Wiedervereinigungsanspruch ist, auch noch von der Bevölkerung der Bundesrepublik getragen? Andreas Hillgruber meldete hier Bedenken an. Zwar sei die überwiegende Mehrheit der Deutschen in der Bundesrepublik und in West-Berlin nach wie vor der Überzeugung, daß es immer noch eine „die Bundesrepublik, die DDR und Berlin umspannende" deutsche Nation gäbe. Doch seien auch Tendenzen eines „besonderen Bewußtseins der Deutschen in der Bundesrepublik gegenüber den Deutschen in der DDR" nicht zu übersehen. Mit einer Reduktion des Nationalbewußtseins der Westdeutschen auf die Bundesrepublik werde aber die deutsche Frage langfristig der „DDR" zur Entscheidung überlassen, meinte auch Hillgruber. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten könne dann in einer Moskau und Ost-Berlin günstig erscheinenden weltpolitischen Konstellation im marxistisch-leninistischen Sinne vorangetrieben werden.

Hillgruber warnte nachdrücklich vor einer solchen Entwicklung. Es sei notwendig, bei den europäischen Nachbarn die Einsicht zu fördern, daß eine Lösung der deutschen Frage im freiheitlichen Sinne auch ihre Sache sei, weil sie mit der Überwindung der Spaltung Europas identisch sei.

Die europäische Dimension der deutschen Frage und der deutschen Geschichte, die Stürmer bereits in seinem Referat anvisiert hatte, wurde von dem italienischen Botschafter in Bonn, Graf Ferraris, am Ende der Tagung noch einmal unterstrichen. Die deutsche Geschichte gehöre natürlich zunächst einmal den Deutschen selbst. Doch nicht nur ihnen allein, sondern auch den Europäern. Die deutsche Geschichte sei auch keineswegs ein Sonderweg zum Nationalsozialismus über den preußischen Militarismus gewesen, sondern eine vielfältige ud offene Geschichte.

Nicht ohne aktuellen Bezug warnte Ferraris vor einer permanenten Schuldzuweisung an die Deutschen. Die Frage, wie es zum Nationalsozialismus habe kommen können, sei nicht nur eine deutsche, sondern auch eine europäische Frage.

AXEL SCHÜTZSACK

Peter Glotz: Verachtet mir die Unterhaltung nicht!

Mit Kiplings Rolls Royce

BUCHMESSE

Nach Reinhard Spitzy kam SPD-Geschäftsführer Peter Glotz an den WELT-Stand auf der Frankfurter Buchmesse. In seinem Buch „Kampagne in Deutschland" spricht Glotz vom „Verlust der kulturellen Hegemonie der Linken", der schon weit vor 1982/83 begonnen habe und der der eigentliche Grund für den Marsch seiner Partei auf die Oppositionsbänke gewesen sei. Denn, so erläuterte er, „die Linke achtet die Massenkultur zu gering, ist manchmal zu ernst, manchmal zu verkniffen. Mehrheitsfähig wird sie nur, wenn sie die Unterhaltung wichtiger nimmt." Der SPD-Politiker wollte dies allerdings auf keinen Fall als ein Plädoyer für das private Fernsehen verstanden wissen.

In die Zeitgeschichte ging es mit dem Österreicher Reinhard Spitzy. Auf dem Umschlag seines Buches „So haben wir das Reich verspielt" steht der Autor als junger Mann direkt neben Adolf Hitler. Spitzy ist einer der wenigen noch Lebenden aus diesem Kreis, meint nicht ohne Ironie – und zugleich doch ernst: „Hitler wollte keinen Weltkrieg, er ist ihm passiert. Der ‚Führer' hat nicht damit gerechnet, daß die Engländer marschieren würden, wenn er Polen angriffe. Aber als es dann passiert war, konnte Hitler sich nicht mehr ans Radiomikrophon stellen und sagen: Es ist mir passiert!"

Ganz weit zurück in die Geschichte geht Philipp Vandenberg, der zu den seltenen deutschsprachigen Autoren zählt, die Historie in Romanform faszinierend aufzubereiten verstehen, mit seinem Buch „Der Pompejaner". Aber am WELT-Stand plauderte er lieber von seiner Rolls-Royce-Sammlung. Besonders stolz ist er auf die „Duchess", jenes literaturumwobene Gefährt, das Rudyard Kipling gehörte (und in dessen Werk eine Rolle spielt).

Auch Jürgen Thorwald kam, braungebrannt und in bester Form, in seiner Erscheinung ein rechtes Kontrastprogramm zum Titel seines neuen Buches „Im zerbrechlichen Haus der Seele". Bescheiden wies er, statt seine Arbeit über Macht und Ohnmacht der Gehirnchirurgie zu interpretieren, auf die Rezension in der Messe-Beilage der WELt hin, die ihm „nicht nur ein umfassendes medizinisches Wissen, sondern auch fundierte historische Erkenntnisse" bescheinigt, sondern auch die Fähigkeit, „die schwierige Materie der Neurochirurgie durch Einflechtung menschlicher Tragödien wie Komödien packend zu gestalten."

Mit diesem Urteil war Thorwald einverstanden, obwohl Schriftsteller in der Regel eher mit ihren Rezensenten unzufrieden sind. Zum Beispiel Rainer Barzel oder Jurek Becker oder Thomas Bernhard, wie es im Messe-Geflüster hieß. Alexandra Cordes dagegen („Die Lady" heißt ihr jüngster Roman) verzichtete auf die Kommentierung der Kommentare zu ihrem Buch. ALFRED STARKMANN

Die „Tribüne" spielt Heinrich von Kleists „Zerbrochenen Krug" auf berlinisch

Richter Adam kommt in Pampuschen

Wenn Kleists Helden berlinern: Klaus Sonnenschein als Dorfrichter Adam im „Zerbrochenen Krug" FOTO: FRANK ROLAND-BEENKEN

Kann man das denn machen? Ist das denn erlaubt? Eine Frau Sabine Thiesler – Schauspielerin, abgebrochene Germanistin, Romanverfasserin, Synchronsprecherin, Fernsehautorin, um nur einige ihrer Beschäftigungen zu nennen – ist auf den offenbar in der Luft liegenden Gedanken gekommen, Heinrich von Kleists klassische Dichterkomödie „Der zerbrochene Krug" schlankweg ins Berlinische zu verlegen.

Jetzt spielt die pralle Enthüllungskomödie nicht mehr im Niederländischen, sondern in Crossen bei Berlin in der Zeit des alten Fritzen. Kleists herrlich verschlungener Sprachfall ist, was den Vers angeht, durchaus beibehalten. Takt muß man der kühnen Bearbeiterin zugestehen. Aber sie hat zusätzlich profaniert. Sie läßt die Sprache in Pantoffeln gehen, wo Kleist sie immer wie auf dem heiklen Drahtseil laufen läßt.

Oft aber ist er auch angeheimelt. Er vernimmt einen ungewohnten Duktus. Er findet für das örtliche Ohr eine Art neuen, unvermuteten Pläsiers. Manches geht da sicher den sprachlichen Bach runter. Aber als Experiment, als Lokalversuch ist die kühne Sache gelungen. Die Leute sind sozusagen, wenn sie ihre eigene Sprache hören, eingeweihter. Sie spüren Stallwärme. Das macht ihnen Spaß.

Ich erinnere mich, einmal Moliéres „Geizigen" in Edinburgh direkt ins Schottische übertragen gehört zu haben. Das war (zumal beim „Geizigen" für Schotten) brüllend komisch. Es setzte der klassischen Komödie ein neues Sprachverständnis zu. Bei Kleist kriegt der alte Vorgang sicher keine neue Dimension. Aber eigentlich angetastet wird der Jux nicht. Nur die Schauspieler sprechen jetzt sozusagen bequemer. Vielmehr ist mit dem Sprachtransport nicht gewonnen. Er wirkt nur näher, gemütlicher, wirkt etwas harmloser.

In der Berliner „Tribüne", wo der Prinzipal, Klaus Sonnenschein, den Dorfrichter Adam spielt und den „Krug" gleich auch inszeniert hat, lachen die Leute vielmehr als bei Kleist direkt. Besonders aufdringlicher Wortwitz ist da nicht neu eingefügt. Insofern bleibt Kleist intakt. Aber eigentümlich: Er wird langsamer gespielt. Er kommt wirklich daher wie in sprachlichen Pampuschen. Er wird seiner klassischen Tiefe und Qualität weitgehend enthoben. Kleist-Kenner mögen das bedauern. Kleist-Neulinge werden angeheimelt, werden dem alten Stoff sozusagen angebiedert. Das wäre ja was, immerhin.

Die kleine experimentale Anbiederung geht mit einigen ganz eindrucksvollen Leistungen auf der Bühne erstaunlich widerstandslos durch, auch wenn manchmal Berliner Schauspieler sonderbarerweise gar nicht mehr recht deutlich „berlinern" können. Aber was verschlägt das? Die einen im Publikum genießen die popularische Transformation deutlich, die anderen staunen, was man mit unseren Altklassikern alles machen kann.

Hoffentlich greift solche sprachliche Umfertigung nicht um sich. Denn was stünde uns nächstens ins Haus? Etwa „Hamlet" auf bayerisch? Oder „Romeo und Julia" auf hessisch brabbelnd? Da allerdings müßte einen schaudern. Der Himmel verhüte!

FRIEDRICH LUFT

JOURNAL

Karajan sagt Tournee nach Amerika ab

dpa, **Berlin**

Herbert von Karajan, der an einer fiebrigen Virusinfektion leidet, hat jetzt auch seine Teilnahme an der Tournee der Berliner Philharmoniker in die USA und nach Japan aus gesundheitlichen Gründen abgesagt. Das Orchester will die Reisetermine vom 12. Oktober bis zum 1. November dennoch einhalten. Die Konzerte in New York, Chicago und Pasadena dirigiert James Levine, die in Boston und Tokio übernimmt Seiji Ozawa. Karajan hatte am Sonnabend gegen den Rat seiner Ärzte eine Aufführung von Beethovens neunter Symphonie in der Berliner Philharmonie dirigiert. Bereits das Wiederholungskonzert am Sonntag mußte er absagen.

Veit Loers wird neuer Ausstellungsleiter

dpa, **Kassel**

Der 44jährige Dr. Veit Loers, Leiter der Städtischen Galerie Regensburg, wird am 1. Januar 1987 erster Ausstellungsleiter des Museums Fridericianum/Kunsthalle in Kassel. Insgesamt lagen für diese Stelle 28 Bewerbungen vor. Im Museum Fridericianum/Kunsthalle sollen von 1988 an zwischen der alle fünf Jahre stattfindenden „documenta" regelmäßig Ausstellungen gezeigt werden. Die documenta 8 findet vom 12. Juni bis 20. September 1987 statt.

Wissende, Eingeweihte und Verschwiegene

DW. **Zürich**

Mit der Esoterik im Abendland beschäftigt sich eine Ausstellung der Zentralbibliothek Zürich. Unter dem Titel „Wissende, Eingeweihte und Verschwiegene" zeigt sie Bücher über Magier, Hexen, Teufelsbündler und Wahrsager, behandelt aber auch die Alchemie, die Theosophie und geheime Kulte von den antiken Mysterien bis zu Anthroposophen und Rosenkreuzern. Die Ausstellung ist im Predigerchor bis 22. November zu sehen. Der Katalog kostet 10 sfr.

Gomulkas Geburtshaus wurde Museum

rst. **Krosno**

In der polnischen Stadt Krosno, wo 1905 der frühere polnische KP-Chef Wladyslaw Gomulka geboren wurde, ist in seinem Geburtshaus ein Museum eröffnet worden. Während seine Jugendjahre in der österreich-ungarischen Monarchie, der Beitritt zur illegalen KP 1926 und die Zeit an der Lenin-Schule unweit Moskaus gut dokumentiert sind, werden die Verfolgungen in der Stalin-Ära sowie sein erzwungener Rücktritt 1970 nur lückenhaft dargestellt.

Ballett-Raritäten bei der Noverre-Gala

Reg. **Stuttgart**

Mit einer Gala feiert die Noverre-Gesellschaft am 14. November das 25jährige Jubiläum des Stuttgarter Balletts. Auf dem Programm stehen als ausgesprochene Raritäten die ersten Choreographien, die seinerzeit John Neumeier, William Forsythe, Uwe Scholz, Pierre Wyss und John Alleyne im Auftrag der Gesellschaft mit Mitgliedern des Stuttgarter Balletts erarbeitet haben.

Deutscher siegt beim Bergsteiger-Film-Festival

AFP, **Les Diablerets**

Für seinen Film über die Nordwand der Grandes Jorasses im Montblanc-Massiv ist der deutsche Regisseur Gerhard Baur bei dem 17. Festival des Bergsteigerfilms in Les Diablerets in der Schweiz mit dem ersten Preis ausgezeichnet worden. Fünf weitere Preise gingen in den verschiedenen Kategorien an zwei französische Beiträge – „Christophe" von Nicolas Philibert und „La conquete des abimes" von Alain Baptizet –, die französisch-schweizerische Koproduktion „Les inconnus du Mont Blanc" von Denis Ducroz und zwei schweizerische Filme: „Cumbre ou le sommet" von Fulvio Maraini und „Vous avez dit lynx?" von Michel Strobino.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Es ist sehr leicht, sich seitenweise ‚geistreich' zu mokieren, aber es ist sehr schwer, die eine Zeile zu schreiben ‚Der Mond ist aufgegangen'." Nicht ein Dichter, ein Bildhauer hat das notiert. Hans Wimmer erinnert mit seinen Sentenzen „Über die Bildhauerei" daran: „Die Einfachheit steht am Ende, nicht am Anfang, sie ist Resultat, nicht Programm." Es ist ein bemerkenswertes, bedenkenswertes Buch, weil es in einer Zeit, die vielfach die „Innovation" als höchste Tugend des Künstlers ansieht, an die Wurzeln der Kunst erinnert: „Originalität ist nicht etwas, das plötzlich vom Himmel fällt, sondern Fortführung der Tradition." P. D.

Hans Wimmer: „Über die Bildhauerei", Piper, 60 S., 9,80 Mark.

Großeinsatz gegen die „Urlaubsschnäppchen"

Deutsche Detektei wurde in Mallorcas Boutiquen fündig

J. H./W. B. Palma

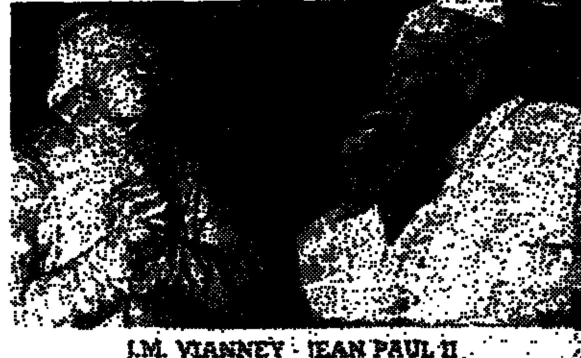
Wer freut sich nicht, wenn er im Urlaub für wenig Geld einen schmucken Lederkoffer eines Münchner Nobelherstellers erstehen kann, für den er zu Hause tief in die Tasche greifen müßte? Er freut sich zu früh. Walter Baums, Chef einer Wirtschaftsdetektei in Meckenheim bei Bonn, kann davon ein Lied singen, denn die vermeintlichen Urlaubsschnäppchen sind Produkte geschickter Fälscher.

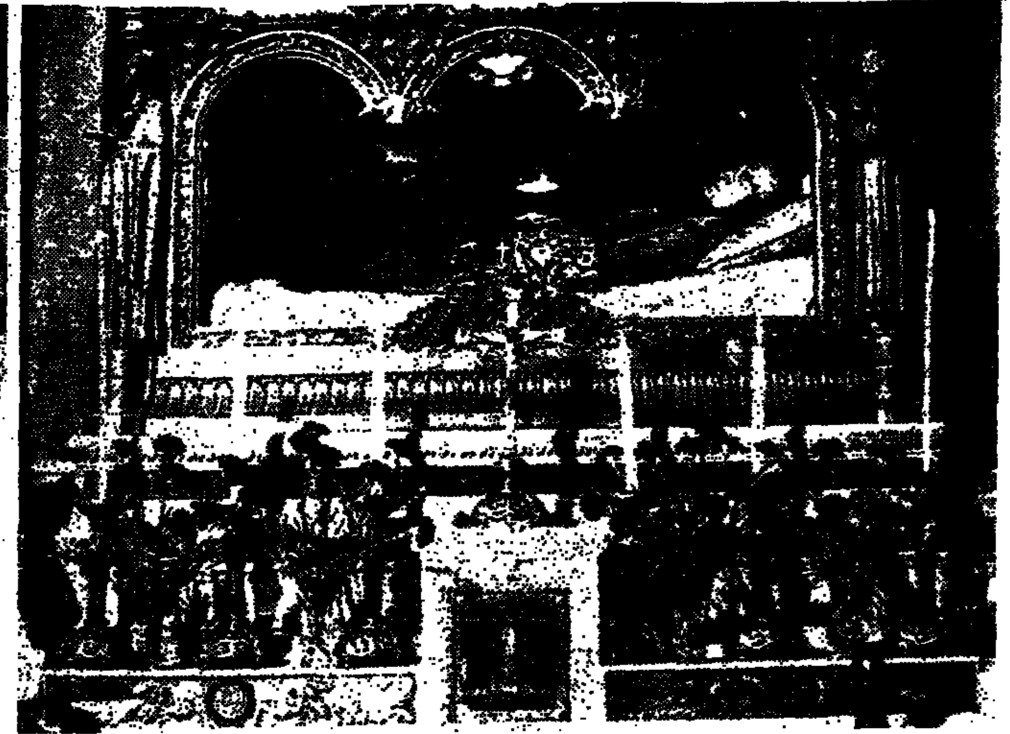
Die unzähligen kleinen Boutiquen auf der Urlaubsinsel, in denen windige Händler den ahnungslosen Urlaubern gefälschte Edel-Koffer und -Taschen feilbieten, sind jetzt wie leergefegt. In den noch vor wenigen Tagen gefüllten Regalen herrscht gähnende Leere. Im Auftrag des Münchner Herstellers, dem die Markenpiraten nach Schätzungen jährlich 25 Millionen Mark Schaden zufügen, holte die Meckenheimer Detektei nun zusammen mit den spanischen Polizeibehörden zu einem Schlag gegen die Fälscher aus. Innerhalb weniger Minuten verschwanden Plagiate im Wert von mehreren 100 000 Mark in den Fahrzeugen von Nationalpolizei und Guardia Civil.

Tagelang hatten sich Walter Baums und seine Mitarbeiter in Palma de Mallorca auf den entscheidenden Moment vorbereitet. Sie hatten sich als internationale Im- und Exporthändler ausgegeben und nach einem heißen Tip bei einem Falschhändler in Valencia Ware für mehr als 100 000 Mark bestellt. Vorgespräche hatten bereits stattgefunden, der Übergabetermin stand seit Tagen fest. Als Bürgschaft waren 50 000 Mark bei einer spanischen Bank deponiert. Fünf Stunden vor Beginn der Aktion informierte Baums die Guardia Civil. Doch die Aktion wurde verraten, und die Fälscher konnten sich absetzen.

Die deutschen Fahnder mußten zu dieser Zeit von Polizeistation zu Polizeistation eilen. Nach einem langen Gespräch auf der Wache der Guardia Civil in Palma de Mallorca erklärte sich der Polizeichef als nicht zuständig. Man wurde zur Nationalpolizei geschickt, die zu dieser Zeit gerade die Beförderung eines hohen Offiziers feierte – keine Zeit für so etwas, hieß es. Erst nach Drohungen, Interpol einzuschalten und die Presse zu informieren, fruchteten die Bemühungen der Wirtschaftsdetektive. Doch es waren nur mehr die kleinen Fische, die ins Netz gingen.

Schwierigkeiten hat nicht nur das Münchener Unternehmen. Fast alle Markenhersteller haben mit Produktfälschungen zu kämpfen. Die schnelle Mark mit den Plagiaten fließt reichlich. In allen Urlaubsgebieten – überwiegend Spanien und Italien – schießen Produktionsstätten wie Pilze aus dem Boden. Was in diesen Ländern reichlich Arbeitsplätze schafft und somit halboffiziell geduldet wird, fügt dem deutschen Steuersäckel schweren Schaden zu. Nach einer bisher unveröffentlichten Studie der Landeskriminalämter geht dem Staat auf diese Weise jährlich eine Milliarde Mark verloren.





Einbalsamiert liegt Jean Marie Vianney, der „heilige Pfarrer", im prächtigen Reliquienschrein der Kirche von Ars (r.). Mehr als eine Million Gläubige pilgern Jahr für Jahr hierher. Heute wird Papst Johannes Paul II. diesen französischen Wallfahrtsort besuchen, ein Ereignis, das seit Wochen auf Porzellantellern und Postkarten (o.) verewigt wird.

Ars und sein Heiliger erwarten den Papst

Sie kommen aus aller Welt, Junge und Alte, 80 Prozent von ihnen, ganze Busladungen voll, aus Deutschland. Sie kommen, um den Curé, den „heiligen Pfarrer von Ars", zu ehren. Über eine Million sind es pro Jahr, die sich im Ort und rund um die Kirche drängen, die einen Blick auf den Heiligen werfen wollen, der einbalsamiert im goldenen Sarg liegt, den Kopf in Wachs eingewickelt, jedem sichtbar, für jeden da, auch 127 Jahre nach seinem Tod und 61 Jahre nach seiner Heiligsprechung durch Papst Pius X.

In diesem Jahr feiern die Gläubigen in diesem burgundischen Dorf Ars – 40 Kilometer nördlich von Lyon, mit 700 Einwohnern – das 200. Geburtsjahr ihres „heiligen Pfarrers". *Und heute wird hoher Besuch* erwartet: Papst Johannes Paul II. wird dem Curé die Ehre geben, der noch heute als Vorbild für alle katholischen Priester dieser Welt gilt.

Wie es sich für einen modernen Wallfahrtsort gehört, blüht in Ars die Andenken- und Kitschindustrie mit den Sonnenblumen um die Wette. So werden Porzellanteller angeboten, auf denen der Papst und der Heilige einträchtig im Rund vereinigt sind. Und zwischen den Bordeaux- und Beaujolais-Flaschen des Weinhändlers von Ars ziert das gütige, von weißen Haaren umgebene Antlitz des Curé gar eine Konfektschachtel, ausgerechnet an einem Ort, den der heilige Mann zu Lebzeiten als sündig verdammt hätte. Denn er war nicht nur von übermenschlicher Güte, sondern gleichzeitig von unerbittlicher Strenge gegen all jene Zerstreuungen, die seine Schäfchen vom rechten Weg zu Gott ablenkten. Den Gastwirten und Veranstaltern von Tanzfesten galt er als Dorn, denn in Ars und Umgebung machte er ihnen regelmäßig die Besucher abspenstig.

Immer mehr pilgerten statt dessen in die einfache Dorfkirche von Ars – die nach seinem Tod von eifrigen Gönnern zum bombastischen Gotteshaus in neobyzantinischem und pseudogotischem Stil ausgeweitet wurde –, harrten viele Stunden, um sich von ihm die Beichte abnehmen zu lassen.

Was macht diesen Ort, an dem von keinen Wundern à la Lourdes zu berichten ist, zu einem solchen Anziehungspunkt für katholische Gläubige aus aller Welt? Was macht diesen sonderbaren Heiligen zu einer der populärsten Gestalten der modernen Kirchengeschichte? Die Antworten finden sich – vielleicht – in seinem Leben und in der Geschichte.

Jean Marie Vianney war ein einfacher Bursche, durchdrungen vom Gedanken, Priester zu werden. Die lateinischen Vokabeln wollten nur unter Mühen in seinen Kopf, und seine Lehrer verzweifelten schier an so viel Einfalt.

Nach der Französischen Revolution kamen für die katholische Kirche böse Zeiten. Die Göttin der Vernunft schwang ihr Zepter. Und bald war auch die Gegend von Ars wirtschaftlich und religiös eine Wüste. Da erschien, im Jahr 1817, der junge eifrige Pfarrer, der übrigens aus dem Krieg zwischen Spanien und Frankreich desertiert war, weil er nicht töten wollte, den Bewohnern wie ein frischer Wasserquell.

Er lebte in großer Armut bis zur Selbstaufgabe, rücksichtslos gegen die eigene Gesundheit. Er aß nur einmal am Tag und beschränkte seinen Schlaf auf drei bis vier Stunden. Ein Zeitgenosse schildert ihn als einen Menschen, dessen Verstand und Herz nur auf Gott und die Liebe zum Nächsten gerichtet sind.



Bis zu 17 Stunden täglich verbrachte der Curé in diesem Stuhl, um die Beichte zu hören

FOTOS: INES KAISER

Er verstand es in fast übersinnlicher Weise, in die Herzen seiner Beichtkinder zu schauen, die sich ratsuchend an ihn wandten. Das Geheimnis seiner großen Anziehungskraft müssen die einfachen, naiven Antworten auf ihre Fragen gewesen sein.

Schon zu seinen Lebzeiten pilgerten die Menschen aus der ganzen Umgebung nach Ars. 1840 wurde ein regelmäßiger Fahrdienst zwischen Lyon und Ars eröffnet, mit Sonderschalter. Die Rückfahrkarten galten länger als sonst, acht Tage, weil man in Ars eine Woche warten mußte, um an den Beichtstuhl des heiligen Pfarrers zu gelangen. Und es geschah nicht selten, daß der Pfarrer aus der Schlange der Wartenden einen einzelnen herausholte, weil er wußte, daß gerade dieser Mensch seiner besonderen Fürsprache bedurfte.

33 Jahre lang verbrachte er täglich zehn bis 17 Stunden im Beichtstuhl, im Sommer wie im Winter. Sein Tod, im Alter von 73 Jahren, soll sanft gewesen sein. Der Curé von Ars gilt heute wie zu seinen Lebzeiten als Sinnbild der Nächstenliebe und der Versöhnung. INGEBORG PRIOR

Mittelwesten der USA steht unter Wasser

AP, New York

Nach Unwettern mit tagelangen schweren Regenfällen standen am Wochenende weite Gebiete des Mittelwestens der USA unter Wasser. Der Nordosten des Staates Illinois erlebte seine schlimmste Überschwemmungskatastrophe seit Menschengedenken. Allein dort wird der Schaden auf umgerechnet 80 Millionen Mark geschätzt. Während im Katastrophengebiet von Illinois, aber auch in Teilen von Kansas das Hochwasser am Samstag zurückging, mußten andernorts 20 000 Menschen zusätzlich mit ihrer Evakuierung aus gefährdeten Wohngebieten rechnen. Der Pegel des Michigan-Sees stieg um rund einen Meter über normal. In einigen Vororten von Chicago stand das Wasser nahezu zwei Meter hoch. In Missouri und Illinois trat der Mississippi über die Ufer. Überschwemmungen meldeten auch Ohio, Michigan, Iowa, Kansas, Arkansas und Oklahoma. Mindestens acht Todesfälle wurden bis gestern auf die Überschwemmungen zurückgeführt. Mindestens drei Menschen wurden vermißt. Mehr als 18 000 wurden obdachlos.

Von Stieren getötet

dpa, Lissabon

Zwei Menschen sind am Samstag in der portugiesischen Ortschaft Moura bei Beja von zwei ausgebrochenen Stieren getötet worden. 18 Personen wurden verletzt. Wie die Polizei mitteilte, brachen die gereizten Tiere aus, als sie von einem Lastwagen abgeladen werden sollten. Ein Stier wurde von der Polizei erschossen, der andere von Zuschauern mit Messern erstochen.

Lange Geisterfahrt

dpa, Kassel

Einen Schutzengel hatte offenbar ein 27jähriger Iraner aus Darmstadt, der am Samstag abend in Nordhessen rund 45 Kilometer auf der falschen Seite der Autobahn fuhr, ohne einen Unfall zu verursachen. Die Polizei nimmt an, daß der Iraner im Baustellenbereich bei Bad Hersfeld die richtige Spur auf der Autobahn Frankfurt–Kassel in Richtung Kassel verfehlte.

„Altweibersommer" bleibt

AP, Frankfurt

Der „Altweibersommer", der am Wochenende bei strahlender Sonne die Temperaturen auf bis zu 20 Grad steigen ließ, hält nach den Vorhersagen der Meteorologen noch eine Weile an. Nur im Norden sei zu Wochenanfang vorübergehend mit Bewölkung und etwas Regen zu rechnen, doch dann werde es wieder „allenthalben schön" und vor allem im Westen recht warm, sagte ein Meteorologe beim Deutschen Wetterdienst.

Auf Parkplatz verbrannt

dpa, Cuxhaven

Die verkohlte Leiche eines Kindes wurde am Samstag auf einem Parkplatz bei Uthlede (Landkreis Cuxhaven) an der Autobahn Bremen–Bremerhaven gefunden. Die Polizei geht davon aus, daß der etwa eineinhalb bis drei Jahre alte Junge auf dem Parkplatz getötet, zumindest aber verbrannt wurde. Das Kind konnte noch nicht identifiziert werden.

Im Eis verschollen

rtr, Moskau

Eine zur Zeit unbemannte sowjetische Forschungsstation in der Antarktis ist spurlos verschwunden. Die Moskauer Regierungszeitung „Iswestija" berichtete, die Eisscholle, auf der die Station „Druschnaja-1" gestanden habe, sei auseinandergebrochen. In dem 100 Kilometer breiten Eisfeld in der Davis-See sei ein 15 Kilometer breiter Wasserstreifen entstanden.

WETTER: Im Norden etwas Regen

Lage: Während der Süden unter Hochdruckeinfluß verbleibt, wird der Norden Deutschlands zeitweise von Tiefausläufern beeinflußt.

Vorhersage für Montag: *Norden:* Zeitweise bewölkt und etwas Regen. Später von Westen her Auflockerungen und niederschlagsfrei. Temperaturen um 13 Grad. Nachts Abkühlung auf 8 Grad. Im übrigen Bundesgebiet: Morgens in den Flußtälern zum Teil länger andauernder Nebel. *Sonst sonnig. Temperaturen um 20* Grad, im Alpenvorland noch darüber. Nachts klar und Abkühlung auf 6 bis null Grad, leichter Bodenfrost. Schwach windig.

Weitere Aussichten: Auch im Norden wieder schönes und trockenes Herbstwetter.

Sonnenaufgang am Dienstag: 6.31 Uhr*, *Untergang: 17.48 Uhr;* **Mondaufgang:** 11.33 Uhr, Untergang: 19.09 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 6. Okt., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum; T Tiefdruckzentrum; wolkenlos; heiter; halb bedeckt; wolkig; bedeckt; Windstille; Nordwind 10 km/h; Ostwind 20 km/h; Südwind 30 km/h; Westwind 40 km/h; Nebel; Nieseln; Regen; Schnee; Schauer; Gewitter; Niederschlagsgebiet; Temperaturen in C; Warmfront; Okklusion; Kaltfront am Boden; Kaltfront in der Höhe; Luftströmung warm; Luftströmung kalt; Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	13	he
Bielefeld	17	he
Braunlage	13	he
Bremen	16	he
Dortmund	18	he
Dresden	18	wl
Düsseldorf	*20*	*he*
Erfurt	15	wl
Essen	20	he
Feldberg/S.	17	he
Flensburg	13	he
Frankfurt/M.	18	wl
Freiburg	14	bw
Garmisch	20	he
Greifswald	13	he
Hamburg	13	bw
Hannover	15	he
Kahler Asten	16	he
Kassel	18	wl
Kempten	21	wl
Kiel	13	he
Koblenz	20	bw
Köln-Bonn	20	he
Konstanz	16	he
Leipzig	14	wl
List/Sylt	12	bw
Lübeck	14	bw
Mannheim	*18*	*wl*
München	20	he
Münster	19	he
Norderney	14	he
Nürnberg	18	wl
Oberstdorf	21	he
Passau	16	he
Saarbrücken	*18*	*wl*
Stuttgart	18	wl
Trier	18	he
Zugspitze	6	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	28	he
Amsterdam	*17*	*he*
Athen	24	he
Barcelona	24	he
Belgrad	19	wl
Bordeaux	25	he
Bozen	21	he
Brüssel	23	wl
Budapest	17	wl
Bukarest	18	wl
Casablanca	24	he
Dublin	17	bw
Dubrovnik	24	he
Edinburgh	13	bw
Faro	24	he
Florenz	*25*	*wl*
Genf	21	he
Helsinki	6	he
Hongkong	27	he
Innsbruck	22	he
Istanbul	22	he
Kairo	25	he
Klagenfurt	*15*	*bw*
Konstanza	17	wl
Kopenhagen	11	he
Korfu	27	he
Las Palmas	25	he
Leningrad	3	bd
Lissabon	22	he
Locarno	*22*	*he*
London	15	bd
Los Angeles	23	Rs
Luxemburg	18	he
Madrid	22	he
Mailand	25	wl
Malaga	27	he
Mallorca	37	he
Moskau	5	bw
Neapel	27	wl
New York	23	wl
Nizza	24	he
Oslo	7	bw
Ostende	16	bw
Palermo	*27*	*he*
Paris	24	he
Peking	25	he
Prag	13	wl
Rhodos	24	he
Rom	24	wl
Salzburg	17	he
Singapur	*27*	*R*
Split	26	he
Stockholm	9	he
Straßburg	14	he
Tel Aviv	29	he
Tokio	24	he
Tunis	29	he
Valencia	*17*	*Gw*
Varna	19	he
Venedig	23	wl
Warschau	11	wl
Wien	15	wl
Zürich	18	wl

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; -- = keine Angabe

LEUTE HEUTE

Schönheitskönigin

Erstmals ist eine Zigeunerin zur schönsten Frau Spaniens gewählt worden. *Die 22jährige Verkäuferin* **Remedios Cervantes Montoya** aus Malaga wurde am Samstag abend in Benidorm zur „Miss Spanien" gekürt. Die 1,78 m große Schönheit mit pechschwarzen Haaren und bernsteinfarbenen Augen setzte sich gegen 25 Konkurrentinnen durch. Jetzt will sie Sprachen studieren, um sich „besser auf dem internationalen Parkett bewegen zu können". Erstmals bei der Wahl zur „Miss World".

Weinkönigin

Weinkönigin scheint sich zu einer Art Lehrberuf zu entwickeln. Die 19jährige Heilbronner Weingärtnerstochter und Studentin für Weinbau und Getränketechnologie, **Helga Dramz**, *die am Samstag in Neustadt/* Weinstraße von einer 70köpfigen Jury unter elf Bewerberinnen nach den Kriterien Fachwissen, Schlagfertigkeit, Witz, Ausdrucksfähigkeit und Charme zur neuen Deutschen Weinkönigin gewählt wurde, war auf der Realschule zwei Jahre lang die Musterschülerin einer Lehrerin namens **Friedlinde Hirsch**, die genau vor zehn Jahren unter ihrem Mädchennamen Gurr ebenfalls Deutsche Weinkönigin war. Frau Hirsch: „Die schlechteste Note, die ich der Helga je gegeben habe, war eins bis zwei."

Allerhöchstes Stelldichein beim achten Weltwunder

Holland feierte die Einweihung des neuen Sturmflutwehrs

H. HETZEL, **Oosterschelde**

Königin Beatrix der Niederlande hatte geladen, und alle kamen. Bundespräsident Richard von Weizsäcker und seine Frau Marianne schwebten zum holländischen Jahrhundertereignis, der Einweihung der Delta-Werke, des größten beweglichen Sturmflutwehres der Welt, wie üblich mit einer Maschine der Luftwaffe ein.

Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand schaffte es gerade noch, pünktlich zu sein. Er kam ohne Gemahlin. König Baudouin und Königin Fabiola von Belgien hatten sich wie der Herzog und die Herzogin von York, Prinz Andrew und seine Frau Sarah, bereits am Tag vor dem großen Ereignis bei Prinz Claus und Königin Beatrix im Haager Palast Huis ten Bosch einquartiert.

Dann versammelten sich die Staatsoberhäupter, Könige und Präsidenten auf der künstlich angelegten *Nordseeinsel „Neeltje Jans"* mitten im Mündungsdelta von Rhein, Maas und Schelde, um der Einweihung des achten Weltwunders, wie die Holländer ihre Delta-Werke nennen, durch *Königin Beatrix* beizuwohnen.

„Wir stehen hier buchstäblich an der Grenze zwischen Land und Wasser", eröffnete die an diesem Tag besonders stolz wirkende und in ein *dunkelblaues Seidenkleid gehüllte* holländische Monarchin ihre im kleinen Kreis gehaltene Rede. Die Grußadresse an ihre europäischen Ehrengäste hatte sie da bereits hinter sich. Sie war viersprachig ausgefallen: englisch, französisch, deutsch und niederländisch. „Dieses Projekt", so die selbstbewußte Königin dann weiter, „ist ein Beitrag zur europäischen Ökologiepolitik. Die Natur wird mit Hilfe der Technik beherrscht, aber nicht zerstört."

Dann war es endlich soweit. Mit den Worten „Hiermit nehme ich die Delta-Werke in Betrieb" schloß Königin Beatrix per Knopfdruck erstmals die 500 Tonnen schweren Stahlschiebetüren der Delta-Werke. Schiffssirenen heulten, ein Feuerwerk knallte, und Kinder ließen Tausende von weißen Luftballons gen Himmel steigen. Nur der Applaus der Prominenz blieb plötzlich aus. Auf der Ehrentribüne *war es so eng, daß niemand* einen Abstellplatz für die gefüllten Champagnergläser finden konnte.

Draußen auf der Insel feierten indessen mehr als 25 000 Niederländer ein Volksfest. Sie hatten auch allen Grund dazu. Denn dieser Teil ihres Landes war mit Hilfe der Delta-Werke nunmehr ein für allemal vor den Fluten der Nordsee sicher.

Extrembergsteiger Rüedi starb an Höhenkrankheit

rb. Bonn

Der Schweizer Marcel Rüedi (48) wurde am Himalaya-Riesen Makalu (8463 Meter) das Opfer ungenügender Akklimatisierung, sagte jetzt der Arzt Oswald Oelz nach seiner Rückkehr von der Expedition mit dem Extrembergsteiger in einem Gespräch mit einer Schweizer Zeitung. Oelz wörtlich: „Rüedi stieg nach dem Gipfelsieg bis auf 7800 Meter ab, setzte sich in den Schnee und starb."

Rüedi und Oelz waren am 7. September von Zürich nach Nepal, von dort mit einem Hubschrauber gleich weiter bis auf *eine Höhe von* 5400 Meter geflogen, anschließend bis 6900 Meter aufgestiegen. Am 18. September entschloß sich Oelz zum Abstieg, nachdem sich bei ihm erste Symptome einer Höhenkrankheit bemerkbar machten. Er riet Rüedi, es ihm gleichzutun.

Rüedi habe die Zwangspause jedoch nach zwei Tagen beendet und sei zum Gipfel aufgebrochen, berichtete Oelz. Nur 17 Tage nach dem Abflug von Zürich habe Rüedi mit dem Makalu seinen zehnten Achttausender bezwungen – eine übermenschliche, schließlich verhängnisvolle Leistung. Oswald Oelz: „Die normale Anpassungszeit beträgt in dieser Höhe vier bis sechs Wochen. Marcel Rüedi fiel einem Lungenödem zum Opfer."

ZU GUTER LETZT

„Außenschläfer" – Bezeichnung für länger dienende Soldaten der Nationalen Volksarmee in der „DDR", die nachts nicht in der Kaserne bleiben müssen.

Kunden hoffen auf flexiblere Tarife der Bundespost

Telekommunikationsbedarf: Service und Vermarktung müssen verbessert werden

Die Interessen der Anwender der geschäftlichen Telekommunikation gegenüber der Deutschen Bundespost und auch den Herstellern vertritt die Deutsche Telecom e. V. Dementsprechend befaßt sich diese Vereinigung mit den Gebühren und den Regulierungen der Bundespost für den Bereich der geschäftlichen Telekommunikation.

Für die Regierungskommission Fernmeldewesen hat die Deutsche Telecom die Bereiche Marketing und Kundenberatung, Dienste und Netze, Gebühren und Regulierungen, Endgeräte und private Ermittlungseinrichtungen sowie Leitungsneuschaltungen und Störungsbeseitigung beurteilt und kam dabei zu den folgenden Ergebnissen:

Nach Anwendermeinung ist die Bundespost hervorragend geeignet, das Marketing und die Kundenberatung für Dienste und Geräte durchzuführen, die sich einer großen Verbreitung erfreuen. Dazu gehören zum Beispiel der Fernsprechhauptanschluß, Telex und Heimtelefonanlage.

Für mehr spezielle Dienste, Geräte und Anlagen, wie sie überwiegend Großanwender und andere Intensivnutzer der Telekommunikation einsetzen, ist das Marketing und die Kundenberatung unbefriedigend. Hierzu als Beispiele schnelle Datenkommunikation mit 64 kbit/s und höher, internationale Festverbindungen und Mietleitungen sowie größere private Nebenstellenanlagen.

Anwender internationaler Telekommunikation empfinden es als Mangel, daß die Post keine Beratung und Koordinierung von Ende zu Ende Übertragungsstrecke durchführt.

Großanwender der geschäftlichen Telekommunikation haben meist Experten, die sich mit Fragen der Fernmeldetechnik, der Gebühren und der fernrechtlichen Gegebenheiten auseinandersetzen. Die Bundespost versucht, dem Informations- und Beratungsbedarf mit einer dezentralen Organisation gerecht zu werden. Demgegenüber ist nach Auffassung der Anwender aber eine überregionale Anlaufstelle, die zentral die Beratung in flexibler Weise vornimmt, erforderlich.

Auf der Wunschliste steht der Value-Added-Service

Die Investitionen der Bundespost für Marketing und Kundenberatung stehen im krassen Mißverhältnis zu denen, die in der Technik vorgenommen werden. Dies gilt sowohl im personellen als auch im finanziellen Bereich.

Die Qualität der von der Bundespost angebotenen Dienste und Netze ist hoch und ihre Netzträgerschaft unumstritten. Anwender wünschen sich jedoch ein zusätzliches Angebot an Value-Added-Services.

Die Bundespost ist im Gegensatz zu den Fernmeldeverwaltungen anderer Industriestaaten bestrebt, die sogenannten Mehrwertdienste, das heißt Telekommunikationsdienste mit Speicher-, Umwandlungs- oder Verarbeitungsvorgängen, selbst anzubieten.

Aufgrund ihrer Monopolstellung läßt sie gewerbsmäßige Privatanbieter, die dafür von der Bundespost gemietete Leitungen oder eigene Netze verwenden wollen, nicht zu und verhindert somit einen für die Anwenderschaft nützlichen Wettbewerb, der zur Verbilligung von Dienstleistungen und zur Innovation von Telekommunikationsformen führen könnte.

Planungssicherheit muß gewährleistet sein

Diese restriktive Fernmeldepolitik sollte die Bundespost beenden. Sie könnte die von ihr gefürchteten Gefahren einer Tarifarbitrage selbst durch eine kostenorientierte Harmonisierung der Gebühren beheben.

Die Anwender der geschäftlichen Telekommunikation sind an einer stabil finanzierten Post interessiert. Die von der Bundespost erhobenen Gebühren sind im großen und ganzen angemessen, auch im internationalen Vergleich. Ausnahmen bilden nationale Datenleitungen, die im Preisvergleich zum Beispiel mit Großbritannien schlecht abschneiden.

Ein besonders kritischer Punkt für die Anwender geschäftlicher Telekommunikation ist das Vorhaben der Bundespost, Mietleitungen mit Verbindung zu öffentlichen Netzen in Abhängigkeit von der Nutzungszeit zu tarifieren. Es wird für sachfremd gehalten, Gebühren nicht nach dem Ersatz verbrauchter Ressourcen, sondern zur Verhinderung unerwünschter Nutzungsformen zu bemessen.

Trotzdem sieht die Telecom die Einführung der „nutzungszeitabhängigen Tarifierung" (nT) noch positiv, da damit eine Reihe von Anwendungen möglich werden, auf die sonst verzichtet werden müßte.

Auch das Problem der Fernmeldedienstleistungen für andere könnte durch die nT gemildert werden, und Value-Added-Network-Dienste könnten entstehen. Entscheidend ist jedoch, daß die nutzungszeitabhängige Tarifierung sich harmonisch zwischen den Mietleitungsgebühren und den öffentlichen Netzen einfügt und nicht Anwendungen verhindert.

Die Frage, ob die nT ordnungspolitisch vertretbar ist, wird derzeit von einer Reihe von Institutionen überlegt und sicherlich auch die Regierungskommission beschäftigen.

Die Deutsche Telecom wendet sich jedoch mehr den praktischen Gegebenheiten der Telekommunikation zu. Ihre Forderung ist, daß Gebühren kostenorientiert gestaltet sein sollten und Quersubventionen zwischen den einzelnen Diensten vermieden werden.

Kurzfristige, sprunghafte, nicht transparente Gebührenänderungen fügen denen Schaden zu, die sich in ihrer Geräteausstattung auf ein bestehendes Kosten-Nutzen-Verhältnis eingestellt haben. Dies muß sich die Bundespost bei allen Änderungen vor Augen halten. Daher verlangen die Anwender, daß bei allen Gebührenmaßnahmen dem berechtigten Anliegen der Planungssicherheit mehr als bisher Beachtung geschenkt wird.

Die rechtlichen Verordnungen des gesamten Fernmelderechts sind viel zu umfangreich und dem Anwender nicht mehr zuzumuten. Eine Vereinfachung und auch Verbesserung wird durch die neue Telekommunikationsordnung, die ab 1988 Wirksamkeit erhält, erwartet.

Die Bundespost ist aufgerufen, die privaten Netzbereiche in ihrem Gewicht künftig anzuerkennen, ihren Aufbau zu fördern, insbesondere sie von allen einschränkenden Regulierungen und Schaltverboten freizustellen, die nicht nur allein aus technischen Gründen notwendig sind.

Eine Mehrfachausnutzung mit verschiedenen Telekommunikationsformen, wie zum Beispiel Sprache, Text, Daten, Bilder, sollte für festgeschaltete Verbindungen national ebenso möglich werden, wie dies international bereits der Fall ist.

Generell sieht die Deutsche Telecom eine Beteiligung der Bundespost als Lieferant in Konkurrenz zu anderen positiv. Die Wettbewerbsbedingungen sollten jedoch vergleichbar sein. Kleine und mittlere Anwender der geschäftlichen Telekommunikation beklagen sich immer wieder über die Bedingungen für die Vermietung von Nebenstellenanlagen.

So sind beispielsweise zehn Jahre Mietzeit mit laufender Verlängerung bei jeder Änderung und hohe Vertragsstrafen bei vorzeitiger Kündigung nicht mehr zeitgerecht. Ebenso sollte die Baustufenordnung der Nebenstellenanlagen abgeschafft werden.

Zahlreiche Großanwender beklagen sich über eine regional zwar unterschiedliche, aber insgesamt in zahlreichen Fällen viel zu lange Wartezeit bei der Neuschaltung von Festverbindungen für Datenkommunikation im nationalen Bereich.

Mängel bei internationalen Mietleitungen

Für internationale Mietleitungen sind diese Klagen ebenfalls vorhanden, hier mag jedoch der Grund für die Verzögerung zum Teil im Ausland liegen, da auch der Eindruck besteht, daß technische und terminliche Koordinierungsprobleme zwischen den Verwaltungen bestehen.

Die Störungsbeseitigung bei Leitungen geht zu zögerlich und unflexibel. Die Telecom meint, daß die Bundespost als Monopolist für eine angemessene Dienstleistung zu sorgen hat und die erforderlichen personellen Voraussetzungen schaffen muß.

WALTER GRAU



Technik im Wandel: Alter und neuer Telefonapparat
FOTO: TN

Schwerpunkt der Messe ist die Telekommunikation

Zur Orgatechnik kommen 1800 Firmen aus 29 Ländern

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann wird am 16. Oktober in Köln die Eröffnungsansprache für den Orgatechnik-Kongreß unter dem Motto „Technologien zur Ertragssicherung" halten. Schwerpunkt dieses Kongresses ist die Telekommunikation. In diesem Jahr werden rund 1800 Firmen aus 29 Ländern das international komplette Angebot für das gesamte Büro zeigen.

Starke Zuwächse verzeichnet auf der Orgatechnik der Sektor Kredit- und Versicherungswesen, der erstmals als Spezialmarkt konzentriert vorgestellt wird. Das große Interesse an dieser Spezialmesse in Köln belegen den rasanten Aufschwung: In diesem Jahr hat sich die Zahl der Aussteller gegenüber der letzten Orgatechnik um fast die Hälfte erhöht.

Nach der Eröffnung soll im Podiumsgespräch mit Anwendern, Herstellern, Post und Gewerkschaften die Frage erörtert werden, wer denn bei der Bürokommunikation auf die Innovationsbremse trete.

Diese Diskussion erfolgt vor dem Hintergrund, daß, obwohl die Deutsche Bundespost und Hersteller Netze, Anlagen und Geräte neuester Art anbieten, die Anwender aus verschiedensten Gründen nur sehr zögerlich davon Gebrauch machen.

Die Innovationsschübe in der modernen Informations- und Kommunikationstechnik brauchen für die Umsetzung in die Betriebspraxis einen Orientierungsrahmen. Mit dem reinen Kauf der Hardware sind Lösungen in diesen Bereichen nicht erreichbar.

Vielmehr ist es erforderlich, daß organisatorische Vorarbeiten geleistet werden, die Zielsetzungen realistisch definiert sind. Dies ist auch der Ansatz, zu dem das Telecom-Forum des Orgatechnik-Congresses einen maßgeblichen Beitrag leisten will.

Behandelt wird die gesamte Breite der derzeit aktuellen Themen der Telekommunikation – von den Fragen des Postmonopols bis hin zum Arbeitsplatz im Betrieb.

Außerdem werden im kleinen Kreis beispielsweise die Tarifpolitik der Bundespost, die Möglichkeiten von neuen Diensten und Netzen, die Probleme beim Kauf von Nebenstellenanlagen und mögliche Mängel im Dienstleistungsangebot besprochen.

Das Telecom-Forum wird seit 1980 veranstaltet und von etwa 500 Teilnehmern besucht. (WR)

Europa beschließt eine gemeinsame Strategie

ISDN ermöglicht neues integriertes Fernmeldenetz

Während im Bereich der Datenverarbeitung und den direkt damit zusammenhängenden Sektoren, zum Beispiel den Local Area Networks, Europa als Ganzes bereits seit vielen Jahren gegenüber den USA oder Japan eindeutig im Hintertreffen ist und wohl auch bleiben wird, können es die europäischen Nationen auf dem Gebiet der Telekommunikation durchaus mit diesen Hauptkonkurrenten aufnehmen.

Die große und wohl auch einzige Chance der Europäer besteht in dem Entstehen von integrierten Fernmeldenetzen:

- dem Schmalband-ISDN, möglich durch konsequente Digitalisierung aller Bauteile der heutigen analogen Telefonnetze mit Ausnahme der Kabel;
- dem Breitband-ISDN, das auf dem Schmalband-ISDN aufbaut und die optische Nachrichtentechnik – gemeinhin mit dem Stichwort „Glasfaser" gekennzeichnet – benötigt.

Diese integrierten Fernmeldenetze – eine neue Infrastruktur mit vielleicht künftig größerer volkswirtschaftlicher Bedeutung als die klassischen Infrastrukturen (Straße, Eisenbahnen, Wasser- und Luftfahrt) – sind aufgrund der ordnungspolitischen Situation in Europa, wo sich Fernmeldenetze mit einer Ausnahme im Monopol einer Fernmeldeverwaltung oder öffentlicher Betriebsgesellschaften befinden, leichter und einheitlicher aufzubauen als zum Beispiel in den USA, wo es heute eine Vielzahl von Netzträgern gibt.

Dieser Vorteil Europas kann jedoch nur genutzt werden, wenn die europäischen Fernmeldeverwaltungen und Betriebsgesellschaften sich sowohl zeitlich als auch technisch zu einem gemeinsamen Vorgehen entschließen, um einen möglichst großen und einheitlichen Binnenmarkt zu schaffen.

Aktivitäten mit GAP gestartet

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat die strategische Bedeutung der künftigen Fernmeldenetze erkannt und im September 1983 sechs Aktionslinien verabschiedet:

1. Aufstellung von mittel- und langfristigen Zielen innerhalb der Gemeinschaft;
2. Definition und Durchführung eines gemeinsamen Vorgehens bei Forschung und Entwicklung;
3. gemeinsames Vorgehen der Gemeinschaft zur Schaffung eines einheitlichen Endgerätemarktes und eines einheitlichen europäischen Status;
4. gemeinsame Entwicklung des zwischenstaatlichen Teils einer künftigen Fernmelde-Infrastruktur innerhalb der Gemeinschaft;
5. volle Ausnutzung der modernen Telekommunikations-Techniken zur Förderung der unterentwickelten Regionen und zum Ausbau ihrer Infrastruktur;
6. allmähliche Ausweitung derjenigen Sektoren der Fernmeldegeräte-Märkte der Gemeinschaft, die von den Beschaffungen der Netzträger beherrscht werden.

Im Rahmen dieser Aktionslinien hat die Europäische Kommission bereits eine Vielzahl von Aktivitäten gestartet. Sie hat eine „Gruppe Analyse und Prognosen" (GAP) geschaffen, die aus Vertretern der Kommission und der Fernmeldeverwaltungen besteht, die Vertreter der Fernmeldeindustrie und Beratungsunternehmen hinzuziehen.

Wesentliche und dringlichste Aufgabe der GAP ist die Entwicklung einer koordinierten, auf die ganze Gemeinschaft ausgerichteten Einführungsstrategie für das

- Schmalband-ISDN und das
- Breitband-ISDN.

Private Initiativen müssen verstärkt werden

Für die Anwender ist ein angebotsorientiertes Vorgehen der Netzträger in der Anfangsphase eines neuen Netzes ungemein wichtig.

Auch die großen Anwender haben heute mehrjährige Planungsphasen für ihre Anwendungen, und nur der Aufbau eines gewissen Anfangsnetzes – unabhängig von der Nachfrage, das heißt der Summe der Einzelentscheidungen einer Vielzahl von Individuen – verschafft dem einzelnen Anwender die Gewißheit, daß ihm zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Netz mit einem vorhersehbaren Ausbaugrund zur Verfügung steht.

Ziel und Aufgabe der EG-Kommission ist es, die Erfüllung beziehungsweise Erreichung der in den Römischen Verträgen festgelegten Bestimmungen beziehungsweise Ziele zu fördern und durchzusetzen.

Eine Aufhebung und Beschränkung der bestehenden Fernmeldemonopole beziehungsweise eine Liberalisierung des Fernmeldewesens in der Gemeinschaft – was immer man darunter verstehen mag – ist hierbei kein Ziel, sondern einzig und allein ein Mittel zum Zweck.

Die Erreichung dieser Ziele kann einerseits durch eine Stärkung der Verantwortung und Rolle der bestehenden staatlichen Monopole im Fernmeldewesen und andererseits durch Einzelmaßnahmen zur Stärkung privater Initiativen gegenüber oder parallel zu diesen Monopolen vorangetrieben werden.

Was die Ziele der Römischen Verträge zur Liberalisierung betrifft, so sind dies vor allem Maßnahmen, die auf einen Abbau noch bestehender Schranken für Güter, Handel und Dienstleistungen beziehungsweise die Vermeidung des Entstehens neuer Barrieren im Zuge der heutigen Regulierung des Fernmeldewesens in den Mitgliedstaaten und des Aufbaues neuer Netze hinauslaufen.

Diese innereuropäische Liberalisierung ist nicht gleichzusetzen mit dem häufig in der Bundesrepublik Deutschland unüberlegt gebrauchten Schlagwort Liberalisierung der Post, meist angelehnt an US-Beispiele.

FRANZ ARNOLD

Was tun, wenn einem die Idee des Tages während der Fahrt einfällt?

Diktiergeräte – nützliche, aber unterschätzte Helfer – sind noch vielseitiger geworden

Zahlreiche Untersuchungen aus der Praxis haben bewiesen: Bildschirm-Mikrocomputer und Diktiergeräte gehören *zusammen und bilden* eine organisatorische Einheit, die die Leistungsfähigkeit des Sekretariats wesentlich steigern kann.

Welche Bedeutung der Textansage bei verschiedenen Diktierverfahren zukommt, zeigt unter anderem eine Untersuchung in einer großen Bundesbehörde; darin verglich man den Zeitaufwand des Diktierers und der Sekretärin bei verschiedenen Formen der Textansage: beim handschriftlichen Konzept, beim Steno*gramm* und beim Diktiergerätediktat. Grundlage war jeweils eine geschriebene DIN-A4-Seite mit 1500 Anschlägen.

Die Diktierzeit ging beim Übergang vom handschriftlichen Konzept zum Stenogramm um 56 Prozent, beim Wechsel zum Diktiergerät sogar um 72 Prozent zu*rück. Bei der* Schreibkraft nahm dagegen der Zeitaufwand beim Schreiben nach Stenogramm gegenüber dem nach handschriftlichem Konzept um 47 Prozent zu, da die Sekretärin auch während des Diktats beim Diktierer sitzen muß; sie spart aber beim Einsatz von Diktiergeräten 32 Prozent ihrer Zeit, gegenüber dem Stenogramm sogar 55 Prozent.

Der Minuten-Vergleich

Diktierart	Zeitbedarf in Minuten (netto) für			
	Diktierer	Ersparnis	Schreibkraft	Ersparnis
Handschriftliches Konzept	25	–	19	–
Stenogramm	11	56%	11+17=29	./. 47%
Diktiergerät	7	72%	13	32%

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Dazu kommt, daß der Bildschirm-Mikrocomputer die Benutzung des Diktiergerätes für manchen Chef wesentlich erleichtert. Er *befreit ihn von dem psychologischen* Druck, „druckreif" diktieren zu müssen. Da seine Sekretärin überall auf ihrem Bildschirm Textteile einfügen und löschen kann, braucht der Diktierer seine Texte ins Diktiergerät nicht anders zu sprechen, als wenn er sie stenographieren ließe.

Diktiergeräte *gibt es für jeden Be*darfsfall. Weit verbreitet sind die handlichen Reisediktiergeräte, die „pocket memos", die sich einfach bedienen lassen und eine gute Tonqualität im Wiedergabegerät der Sekretärin garantieren. Bei ihr kommt es viel mehr auf die Silben- und Wortverständlichkeit an als beim Diktierer. Bei einigen Büromodellen ist das Diktiergerät kombiniert mit einem Anrufbeantworter. Hier kann sich die Sekretärin, wenigstens zeitweise, vor „lästigen" und ihre Arbeit immer wieder *unterbrechenden Telefongesprä*chen schützen. Diese Kombination kann also die typische Hektik im Sekretariat mildern.

Oft würden Chef und Sekretärin am liebsten – mindestens teilweise – zu verschiedenen Zeiten arbeiten. Sie, vielleicht ein „Morgenmensch", wäre gern als erste im Büro. Er andererseits, ein „Nachtarbeiter", findet abends nicht nach Hause.

Das Diktiergerät kann die notwendigen Abstimmarbeiten zwischen ihnen erleichtern: Er spricht abends, wenn er ungestört planen und disponieren kann, seine Wünsche auf die Kassette; sie findet morgens seine Answeisungen vor, hat meist alles erledigt, bevor er ins Büro kommt.

Der Vorteil des neuen Organisationsmittels: Jeder arbeitet entsprechend seinem Lebensrhythmus und gewinnt dadurch einige Stunden täg*lich, in denen er seine Arbeit in Ruhe* – also ohne die üblichen Unterbrechungen – erledigt.

Mancher Manager hat seine besten Ideen beim Autofahren – besonders bei längeren Reisen auf einer relativ freien Autobahn. Wie soll er sie dann festhalten? – Den Wagen stoppen und sich Notizen machen? – Das wäre wohl etwas zeitraubend und umständlich. Oder den Einfall ununterbrochen vor sich hinmurmeln, um ihn ja nicht zu vergessen? Das wäre kaum zweckmäßiger.

Viel einfacher ist es, die Gedanken in ein griffbereit im Wagen liegendes Diktiergerät zu sprechen. Mit ein paar Worten ist die Idee gespeichert. So geht kein wertvoller Gedanke mehr verloren.

Ist aber das Diktiergerät für Ideensammlungen überhaupt geeignet? Wäre es nicht viel zu umständlich, sich den aufgesprochenen Text abzuhören und auszuwerten? Ein Notizzettel ist bestimmt übersichtlicher: Ein Blick genügt, um sich alle Eintragungen ins Gedächtnis zurückzurufen.

Den Tonträger muß man aber jedesmal vollständig ablaufen lassen, da es *nicht möglich ist, die aufgespro*chenen Informationen überblickartig zu erfassen. Also sollte man die Bequemlichkeit der Ideenspeicherung mit der Übersichtlichkeit eines Zettels kombinieren. Dazu braucht der Manager sich nur die auf dem Tonträger festgehaltenen Gedanken von seiner *Sekretärin auf eine* Liste schreiben zu lassen, die dann abgearbeitet wird, bis sie erledigt ist und ihren Zweck erfüllt hat. Manchem begeisterten Hobbyfotografen gelang es bereits, einige seiner Bilder in Fachzeitschriften zu veröffentlichen. Er ist dann stolz auf diese Erfolge. Für sein eigenes Bildarchiv und die Veröffentlichungen braucht er detaillierte Hinweise über das Filmmaterial, die Lichtverhältnisse bei der Aufnahme, über Uhrzeit und Datum, die Blende und Zeiteinstellung und die Brennweite des Objektivs.

Auch ihm kann das Diktiergerät helfen. Mit ihm braucht er alle Daten nur noch zu sprechen und sich nicht mehr bei jeder Aufnahme alles zu notieren; das erhöht seine ständige „Schußbereitschaft".

Eigentlich ist der Name „Diktiergerät", der ja den Einsatzzweck sehr eng begrenzt erscheinen läßt, nicht *mehr gerechtfertigt. Aber jeder hat* sich an ihn gewöhnt. Allerdings wissen erfahrungsgemäß nicht alle Diktiergerätebesitzer, daß das „Diktat im Büro" nur eine von vielen Arbeiten ist, die diese Geräte ihnen erleichtern können. HEINRICH PUTZ

Deutsche sind faul beim Telefonieren

Da sich in vielen Ländern jeder seine Telefone im Supermarkt kaufen, jeden Winkel seiner Wohnung damit ausrüsten kann, kennen selbst Experten genaue Zahlen nicht mehr: Schätzungen sprechen von 625 Millionen Apparaten auf der Welt.

*Zählt man jedoch die Hauptan*schlüsse, denen also bei der Vermittlung eine eigene Rufnummer zugeordnet ist, wird das Bild klarer. Davon gibt es genau 398 969 000 Stück. So nachzulesen in der Fernsprechstatistik 1984, jetzt von der Internationalen Fernsprechunion veröffentlicht.

Jeder Einwohner der USA greift demnach pro Jahr fast 1600 mal zum Hörer. In der Bundesrepublik scheint man dagegen telefonierfauler zu sein, hier sind es nur 129 Gespräche pro Jahr (Platz sieben). In den USA laufen fast 90 Prozent aller Gespräche innerhalb des Orts*netzes, in der Bundesrepublik sind* es knapp zwei Drittel.

Besser schneiden die Deutschen beim Telefonieren ins Ausland ab: *Hier liegen sie mit fast 370 000 hin*ter den USA auf Platz zwei. Rechnet man das jedoch in Gespräche pro Einwohner um, erweist sich die Schweiz mit einem Wert von 20,8 als Spitzenreiter, die Bundesrepublik liegt mit 6,0 erst auf Platz sieben. In den USA spricht jeder Einwohner nur zweimal pro Jahr mit dem Ausland, in Japan sogar nur alle drei Jahre einmal.

Die Dänen telefonieren am liebsten mit ihren Landsleuten: Sie führen in der Statistik der Inlandsferngespräche mit 267 pro Einwohner, vor den USA (182). Die Bundesrepublik liegt mit 156 auf einem guten fünften Rang.

Spitze ist unsereiner bei den Telexanschlüssen, davon gibt es hierzulande mehr als in jedem Land auf der Welt (159 398). Prozentual gesehen laufen uns allerdings die Luxemburger den Rang ab, denn sie besitzen 61,8 Telexapparate pro *10 000 Einwohner, die Bundesrepu*blik dagegen nur 26. Die USA investierten 1984 fast 22 Milliarden US-Dollar in ihr Fernmeldewesen, die Bundesrepublik etwa fünf Milliarden. Kü.

Mobile Roll-Box verwandelt jedes Zimmer in einen Konferenzort

Mit Kabel und Video – Besprechungen werden wirtschaftlicher und effektiver

Videokonferenzeinrichtungen gibt es inzwischen in unterschiedlichen Komfortstufen, für Personen*gruppen in variablen Größen*, mobil oder fest installiert. Je nach Bedarf lassen sich somit die Investitionskosten im Rahmen halten. Der Entscheidung für eine Videokonferenzeinrichtung gehen in der Regel Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen voraus.

Als Hersteller von Kommunikations- und Videogeräten ist zum Beispiel Philips innerbetrieblich auch Anwender moderner Bürokommunikation. Die an verschiedenen Produktionsorten liegenden Fabriken der Philips Kommunikationsindustrie AG (PKI) sowie der notwendige Kontakt mit der Allgemeinen Deutschen Philips Industrie GmbH (Alldephi) in *Hamburg machen Überlegungen not*wendig, diese Verbindungen effizienter zu gestalten.

Eine Untersuchung ergab, daß trotz relativ hoher Investitionskosten die Rentabilitätsschwelle sehr schnell erreicht werden kann. Bei Verwendung eines Konferenzraumes mit mobiler Audio-/Videoeinrichtung genügen bereits drei einstündige Videokonferenzen pro Monat mit je drei Personen, um die Rentabilitätsgrenze zu erreichen.

Die preisgünstigste Ausstattung ist ein Konferenzraum mit kompakter Audio-/Videoeinrichtung für drei Personen. Teil dieser Einrichtung ist eine mobile „Dokumenten-Einheit" mit Dokumenten-Kamera, Dia-Abtastung und -Projektion sowie Video-Einspielung. Alle Funktionen dieser Einheiten können mit einer Infrarotfernbedienung gesteuert werden.

Die modulare „Rollbox" hat den Vorteil, daß sie in jedem beliebigen Raum funktionsfähig einsetzbar ist, der über einen entsprechenden Glasfaser-Anschluß verfügt. Die Kosten für ein solches Drei-Personen-VK-Büro bewegen sich bei rund 100 000 bis 120 000 Mark. Mit diesem kompakten Videokonferenzbüro folgt die PKI dem Trend, vorhandene Konferenzzimmer bei Bedarf als Videokonferenzräume zu nutzen.

Ein Videokonferenzraum lohnt schon, wenn sich Verhandlungspartner häufig besprechen müssen. Von den Investitionen und den Betriebsgebühren hängt ab, wann derartige Räume sogar rentabel arbeiten. Eine Investition von 500 000 Mark für ein Großstudio ist schon rentabel, wenn zum Beispiel ein Vier-Personen-Team anstelle von Dienstreisen sieben einstündige Video-Konferenzen pro Monat hat. Dem Vergleich wurden *durchschnittlich 1000 Mark* Inlandsreisekosten pro Person und Reise zugrunde gelegt.

Am Beispiel eines mobilen Videokonferenzraumes für drei Personen (Preis 100 000 bis 120 000 Mark) wird errechnet, daß die Rentabilitätsschwelle schon bei drei einstündigen Videokonferenzen pro Monat eintritt.

Folgende beispielhafte Gründe sprechen für Videokonferenzen:

- keine unproduktiven Reisezeiten;
- geplante und vorbereitete Videokonferenzen im gesteckten Zeitrahmen erhöhen die Effizienz;
- spontanes Hinzuziehen von Spezialisten ohne Mehrkosten möglich;
- ergänzende Unterlagen können ohne Schwierigkeiten hinzugezogen werden und
- Entscheidungsprozesse werden beschleunigt.

Die in Nürnberg und Hamburg eingerichteten Videokonferenzstudios kommunizieren miteinander über das öffentliche digitale Netz der Bundespost. Da sie nicht nur Anwender, sondern auch Anbieter derartiger Einrichtungen sind, soll auch Interessenten der Vorteil der Videokonferenzräume gezeigt werden.

Es ist geplant, weitere firmeneigene Studios auf nationaler und internationaler Ebene zu installieren und damit das von der Post zur Verfügung gestellte Breitbandnetz zu multinationalen Konferenzkommunikation zu nutzen. H. H. HOFFMANN

Wirtschaftlichkeit von Videokonferenz gegenüber bewerteten Reisekosten bei 4 Reisenden/Teilnehmern je Konferenz (in TDM)

VK pro Monat	Reisekosten bei 4 Pers.	Monatliche Kosten VK bei 1 Std.	2 Std.	3 Std.	4 Std.
1	4000	20 800	21 600	22 400	23 200
7	28 000	25 600	31 200	36 800	42 400
			VK nicht wirtschaftlich		
9	36 000	27 200	34 400	41 600	48 800
13	52 000	30 400	40 800	51 200	61 600
		VK wirtschaftlich			
26	104 000				103 200

Mehr Effektivität: Konzerne richten am Hauptsitz und in Niederlassungen Videokonferenzräume ein. FOTO: PKI

Eine ganz bestimmte Telefonnummer für den großartigen Kundendienst

„Service 130" weltweit zum Ortstarif – Neue Marktchancen der Wirtschaft

Es ist schon ein bemerkenswerter Kundendienst, der dem zukünftigen Hotelgast der Hotelkette X ermöglicht, zum Ortstarif (acht oder zwölf Minuten für 23 Pfennig) in London sein Zimmer reservieren zu lassen, womöglich noch für die Vereinigten Staaten. Diese Möglichkeit bietet die Deutsche Bundespost seit 1983 mit dem Telefondienst „Service 130", der für Unternehmen aus allen Wirtschaftsbereichen vielfältige Einsatz- und Anwendungsmöglichkeiten eröffnet. Egal, von welchem Telefonanschluß im Bereich der Bundespost angerufen wird – die Ferngesprächsgebühren übernimmt beim „Service 130" der Angerufene. Die Post hat eine bundesweit geltende Vorwahl (Zugangskennzahl) eingeführt, von der auch der Name des Dienstes abgeleitet wurde: „0130". Mit dieser Kennzahl und einer vierstelligen Service 130-Rufnummer werden zunehmend Geschäfte abgewickelt.

Vorreiter ist der bereits 1967 von der Gesellschaft AT & T in den USA eingeführte Telefondienst „800 Service", der sogar gebührenfreies Anrufen unter der Zugangskennzahl „800" ermöglicht; die Gebühren übernimmt der Angerufene. Das ausgeprägte amerikanische Verständnis von der Inanspruchnahme angebotener Dienstleistungen förderte die Entwicklung in einem Ausmaß, daß es selbstverständlich für Telefonkunden ist, Bestellungen oder Informationsdienste mit dem „800 Service" abzuwickeln. Etwa 200 000 Rufnummern werden heute genutzt.

Sehr gute Note für diesen Postservice

Auch in der Bundesrepublik erscheinen in Anzeigen immer mehr Angebote, Geschäfte zum Ortstarif unter „0130 . . ." abzuwickeln. Es hat einen stetigen Zuwachs an Teilnehmern gegeben, so daß Ende Juni '86 schon 300 Rufnummern vergeben waren. Die Teilnehmer sind vor allem im verarbeitenden Gewerbe, Dienstleistungsbereich und in der Verkehrsbranche zu finden. Das monatliche Gesprächsaufkommen liegt momentan bei 350 000 Gesprächen.

Die Gebühren des „Service 130" sind mit der wachsenden Kapazitätsbereitstellung und dem ansteigenden Teilnehmerzugang bereits mehrmals reduziert worden. Heutiger Stand: Monatliche Grundgebühr 500, Mindestgebührenaufkommen drei Monate nach Anschluß 5000 Mark; Mindestvertragsdauer drei Monate, Gebühr pro Gesprächsminute 1,38 Mark.

Daß vorhandene Telefoneinrichtungen für die Abfrage des Service 130-Verkehrs beim Teilnehmer genutzt werden können, erleichtert die Entscheidung für die Einführung von „Service 130". Die bisherigen Erkenntnisse aus der im Auslauf befindlichen Test- und Einführungsphase zeigen: „Service 130" hat erfolgreich seinen Platz unter den Telefondiensten eingenommen.

Und mit dem „Service 130 International" werden die Ländergrenzen seit Oktober 1985 überschritten. Damit bietet die Post Unternehmen die Möglichkeit, aus der Bundesrepublik im Ausland von ihren Kunden oder Partnern angerufen werden zu können – unter „0130" zum Ortstarif. Dies gilt für alle 153 Orte des Internationalen Selbstwählferndienstes, die bisher von der Post eröffnet worden sind. Aber auch für die umgekehrte Richtung ist mit einer weiteren Konzeption vorgesorgt worden. Diese Konzeption ermöglicht auslandsorientierten Unternehmen in der Bundesrepublik, aus dem Ausland gebührengünstig, vergleichbar mit dem Ortstarif der Post, oder gar gebührenfrei angerufen zu werden. Sie sind dennoch Teilnehmer der Post.

Und so funktioniert es: Ein Anrufer in den USA als Kunde eines Unternehmens in der Bundesrepublik wählt die Zugangskennzahl „1800" und eine Rufnummer des „800 Service" der AT & T. Anhand der Rufnummer „erkennt" die für den „800 Service" eingerichtete Technik, daß der Anruf für einen Teilnehmer in der Bundesrepublik bestimmt ist. Die Verbindung wird über internationale Leitungen zum „Service 130"-Netzknoten Frankfurt durchgeschaltet und von dort zum Teilnehmer.

Die Umsetzung der Konzeption in die Wirklichkeit bedarf enger Absprachen mit den ausländischen Fernmeldeverwaltungen oder -betriebsgesellschaften. Bisher sind seit Juni '86 Vereinbarungen für die USA, Großbritannien, die Niederlande, Frankreich, Dänemark, Schweden und die Schweiz erzielt worden; weitere Länder kommen hinzu. Die Post stellt im Gegenzug „Service 130"-Rufnummern für Teilnehmer der Fernmeldeverwaltungen dieser Länder bereit.

Die Konditionen für den „Service 130 International" unterscheiden sich von denen des „Service 130" in den Gesprächsgebühren. Sie sind länderabhängig festgelegt worden. Im Verkehr mit beispielsweise den Niederlanden hat ein Teilnehmer 1,38 Mark pro Minute zu entrichten, mit den USA 4,40 Mark pro Minute.

Das Angebot dem Bedarf angepaßt

In der Einführungsphase von „Service 130" übernimmt eine besondere Vermittlungsstelle in Frankfurt die Verkehrsführung des „Service 130"-Verkehrs und sonstige Funktionen. Zur Zeit werden in der zweiten Ausbaustufe sechs weitere Vermittlungsstellen dezentral an weiteren Netzknoten in das „Service 130"-Netz eingefügt. Damit werden die Kapazitäten des „Service 130" beträchtlich erhöht, so daß bis 1991 etwa 20 000 „Service 130"-Rufnummern vergeben werden können.

Aber auch das Leistungsspektrum wird erheblich erweitert. Die ursprungs- und die zeitabhängige Verkehrsführung sind die kennzeichnenden Merkmale der zweiten Ausbaustufe. Unter einer „Service 130"-Rufnummer werden Anrufe aus Gebieten, die der Teilnehmer vorgibt, zu seinen verschiedenen Abfragestellen geführt werden können. Zusätzlich kann der Teilnehmer festlegen, ob der Verkehr zu bestimmten Zeiten auf andere Abfragestellen umgeschaltet werden soll. Die neuen Leistungsmerkmale sind zum Beispiel für dezentral organisierte Unternehmen von Interesse, die ein geringeres Geschäftsaufkommen nach Geschäftsschluß kostengünstig von einer zentralen Abfragestelle abwickeln.

Die Post arbeitet daran, mit der zweiten Ausbaustufe im nächsten Jahr allen „Service 130"-Teilnehmern die neuen Leistungsmerkmale anbieten zu können.

W. KRUSCH

Mikroelektronik macht den zügigen Ausbau des drahtlosen Telefonnetzes möglich

Weltweit sind heute nahezu 600 Millionen Telefonapparate in Betrieb. Jeder Teilnehmer kann den anderen – wo auch immer auf der Welt – in meist nur wenigen Sekunden erreichen. So gesehen ist das öffentliche Telefonnetz der „größte Automat" der Welt.

Allein in der Bundesrepublik Deutschland kann fast jeder zweite Bewohner neben einem Auto auch ein ortsfestes Telefon sein eigen nennen.

Aber für noch nicht einmal jeden zweitausendsten Bewohner ist die Kombination beider Tätigkeiten – nämlich telefonieren und Auto fahren – keine Paarung von Begriffen, die sich gegenseitig ausschließen. Am fehlenden Bedarf liegt das sicherlich nicht.

Marktuntersuchungen, vor zwei Jahren durchgeführt, haben ergeben, daß sich mindestens jeder zehnte Autofahrer ein Mobiltelefon anschaffen würde, sofern es sich etwa in der Preislage eines Autoradios der Oberklasse befindet.

Die öffentliche mobile Kommunikation ist nach wie vor eines der Stiefkinder im großen Bereich der Telekommunikation. Die Ursachen sind vielfältiger Natur: Zum einen sind die Kosten der angebotenen Systeme sehr hoch; die Nachfrage ist daher begrenzt.

Zum anderen geben einige Postverwaltungen die erste Priorität der Realisierung ortsfester Haupt- und Nebenstellen und nicht den mobilen Anschlüssen.

Vorreiter auf diesem Gebiet ist für viele das Nordische Mobiltelefonsystem (NMT), das von den Postverwaltungen Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Finnlands betrieben wird. Bereits heute sind 180 000 Teilnehmer angeschlossen (Stand: Januar '86). Die Wachtumsrate beträgt zur Zeit 50 000 Anschlüsse pro Jahr.

Das Charakteristikum des NMT ist, daß ein Teilnehmer, wo immer er auch mit seinem Fahrzeug in Skandinavien unterwegs ist, (fast) überall erreicht werden kann.

Die Bundesrepublik will da nicht hinten anstehen. Auch hier wird sich auf dem Mobiltelefonsektor in absehbarer Zukunft einiges ändern: Schon in wenigen Jahren – nach 1990 – soll das Autotelefon zum erschwinglichen Preis von etwa 2000 Mark für etwa eine Million Teilnehmer in der Bundesrepublik angeboten werden. Die Mikroelektronik machts möglich.

Den hochfliegenden Plänen vorausgegegangen war eine Ausschreibung der deutschen und französischen Postminister: Die Industrie war aufgefordert, Vorschläge für ein flächendeckendes, sogenanntes D-Netz mit allen Finessen auf den Tisch der Behörden zu legen. Das Ziel: Jeder Teilnehmer soll mit einer einzigen Nummer jederzeit gefunden und eindeutig identifiziert werden.



Auch in Deutschland auf dem Vormasch: Das Autotelefon FOTO: SIEMENS

Fünf Firmen-Konsortien reichten daraufhin Vorschläge ein, die sich in ihren Ausführungen unterschieden, vom prinzipiellen Aufbau her indes gleich sind: Von der Mobilstation, dem Fahrzeug, geht es zunächst per Funk zu sogenannten Basistationen, die das Auto orten und die Gespräche weiterleiten.

Diese Stationen stehen in „Zellen", die – je nach Bevölkerungsdichte – verschieden groß und über ganz Deutschland verteilt sind. Bei den Planungen ging man von rund 700 Zellen aus, die einen Radius von minimal vier Kilometer in Stadtgebieten und maximal 60 Kilometer im flachen Land aufweisen.

Von den Stationen führen Standleitungen zu übergeordneten Schaltzentralen; von dort aus gehen die Gespräche dann schließlich ins öffentliche Netz. Die Idee des „cellular radio" ist so neu nicht: Kanada kann auf frühe Konzepte von 1969 und Chikago auf einen Betriebsbeginn im Jahre 1978 verweisen.

Für das geplante Netz soll ein bestimmtes Frequenzband im Megahertz-Bereich verwendet werden. Es reicht von 890 bis 960 Megahertz; das Band hat also Wellen, die etwa 900 millionenmal in der Sekunde schwingen.

Weil man – im praktischen Betrieb – in beiden Richtungen (Duplex-Betrieb) arbeiten will, wird dieses Band in einen Sende- und Empfangsbereich aufgeteilt. Die Sendefrequenz reicht von 890 bis 915 Megahertz, die Empfangsfrequenz von 935 bis 960 Megahertz, somit entfallen 25 Megahertz auf jeden Bereich, was insgesamt etwa sechs Fernsehkanälen entspricht.

Um einwandfreie Verständigungen zu gewährleisten und Störungen zu vermeiden, fordert die Post einen Abstand von 25 Kilohertz von Kanal zu Kanal. Somit blieben je 1000 Kanäle im Sende- und Empfangsbereich übrig. Also gibt es „nur" Platz für 1000 Gespräche zur gleichen Zeit?

Hier schlagen sich jetzt die Vorteile des Zellenfunks nieder: Denn mit Hilfe dieser Einteilung kann man dieselben Frequenzen mehrfach benutzen. Wegen unterschiedlicher Größen der Zellen ist es jedoch nötig, Sende- und Empfangssignale innerhalb des jeweiligen Bereiches genau abzustimmen.

Sonst würden Signale aus kleinen Zellen den Funkverkehr in den benachbarten Regionen stören. Die Funkkanäle werden nur belegt, solange die Partner wirklich miteinander reden.

Schon beim Einschalten des Gerätes setzt sich eine komplizierte Maschinerie in Bewegung: Auf einem seperaten Steuerkanal werden laufend Signale zur nächst erreichbaren Basisstation geschickt, wo auf diese Weise der Standort des Wagen bestimmt wird. Außerdem wird der Anrufer identifiziert und registriert. In dieser Schaltzentrale werden mehrerer Datein geführt: Außer den Teilnehmern, die in einem Bereich zu Hause sind, werden auch alle Autos mit Telefon gespeichert, die sich vorübergehend im jeweiligen „Hoheitsgebiet" aufhalten.

Im Bereich von Millisekunden läßt sich so abrufen, ob sich ein Teilnehmer innerhalb oder außerhalb seines Heimatbereiches befindet. Ist er einmal „fremdgegangen", werden die anderen Zentralen abgefragt.

Somit ist die Forderung der Post erfüllt, daß ein Teilnehmer mit einer einzigen Nummer jederzeit gefunden werden kann, wo immer er sich auch gerade aufhalten mag.

Die länderspezifischen zellularen Mobilfunksysteme in Europa sind nur in einzelnen geografisch begrenzten Regionen miteinander kompatibel.

Die europäischen Post- und Fernmeldeverwaltungen streben deshalb an, diesen bedauerlichen Zustand langfristig zu beseitigen und, so ein Firmensprecher, „endlich für eine ungehinderte, grenzüberschreitende mobile Telekommunikation in Europa zu sorgen".

DIETER THIERBACH

Kabel und Satellit ergänzen sich hervorragend

Qualitative und quantitative Anforderungen im ständig wachsenden Weltnachrichtennetz würden nicht mehr ausreichen / Von ERWIN H. SCHÄFER

Die Seekabeltechnik blickt auf eine lange Tradition zurück: Am 21. Februar 1899 wurde die Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft (DAT) in das Handelsregister Köln eingetragen. Aufgabe der Gesellschaft war es, eine von fremden Einflüssen unabhängige telegrafische Verbindung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika herzustellen.

Als im Laufe der siebziger Jahre die Fernmeldesatelliten der Intelsat-Serie zunehmend an Bedeutung gewannen und auch infolge ihrer laufend verbesserten elektrischen Übertragungseigenschaften mehr und mehr für geschäftliche Anwendungen eingesetzt wurden, stellte sich für die Anwender die Frage, mit welchem Medium sie für die Abwicklung ihres Geschäftsverkehrs besser bedient sind.

Manchem drängt sich die Frage auf, ob die Seekabel mit ihrer langen Tradition nicht durch neuzeitliche Fernmeldesatelliten überflüssig werden. Inzwischen ist dies sicherlich keine Frage mehr, da Kabel und Satellit sich gegenseitig in hervorragender Weise ergänzen. Wobei es unterschiedliche Einsatzschwerpunkte gibt, die nicht nur für die Postverwaltungen, sondern auch für die Anwender von Wichtigkeit sind. Die qualitativen und die quantitativen Anforderungen des stetig wachsenden Verkehrsaufkommens im Weltnachrichtennetz wären nicht zu befriedigen.

Einer der wichtigsten Gründe ist die Frequenzökonomie. Internationale Gremien haben den Satellitendiensten bestimmte Frequenzbereiche eingeräumt. Deshalb müssen Fernmeldesatelliten, selbst wenn sie benachbarte Standorte einnehmen, die gleichen Frequenzbänder benutzen. Das zwingt dazu, trotz scharfer Bündelungen der Parabolantennen einen Winkelabstand von mindestens drei Grad zwischen den Satelliten vorzusehen, so daß es nur wenige Standorte gibt, auf denen Satelliten alle Bodenstationen in den Küstenregionen beiderseits des Atlantiks zugleich erfassen.

Demgegenüber könnten fast beliebig viele Seekabel unmittelbar nebeneinander liegen, ohne sich gegenseitig zu stören. Zwar könnte auf wesentlich höhere, ebenfalls für Satelliten reservierte Frequenzbänder ausgewichen werden – das wird teilweise auch schon getan – doch machen sich dort andere Grenzen bemerkbar.

Die Wellenlänge dieser Frequenzen entspricht den Abmessungen von Hagelkörnern, Schneeflocken, Regentropfen und Schwebeteilchen in der Luft, weshalb heftige Niederschläge oder stark verunreinigte Luft durch Absorption der Funksignale verschlechterte Übertragungsbedingungen oder gar Ausfälle der Verbindung bewirken können.

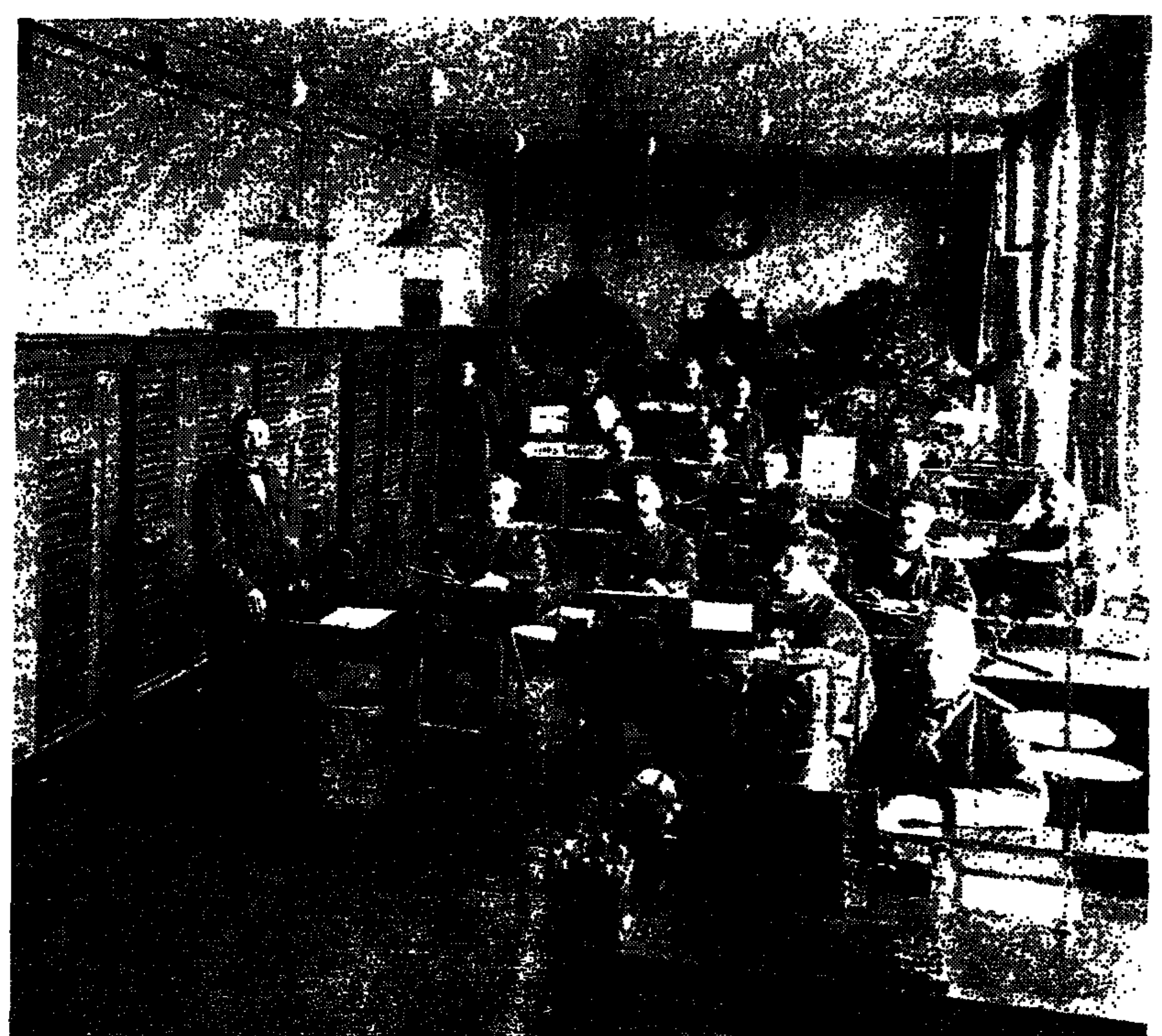
Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, daß bei Satelliten überwiegend nur kurzzeitige Ausfälle eintreten. Ganz anders bei den Seekabeln. Hier kommt es immer wieder vor, daß Schiffe durch Ankerschleppen oder Fischer mit Schleppnetzen Kabelanlagen beschädigen und mehrtägige Ausfälle des Gesamtsystems verursachen. Das Transatlantikkabel Nr. 6 war 1985 sogar monatelang außer Betrieb und mußte gehoben werden.

Eine ständige Verschlechterung der Übertragungsqualität, hervorgerufen durch Korrosionsschäden in den Verstärkern, die in etwa alle zehn Seemeilen eingebaut sind, ergab einen mehrmonatigen Ausfall. Das nahezu voll belegte Seekabel wurde über Satellit ersatzgeschaltet.

Aber nun zu den praktischen Anwendungen, in welchen Bereichen die beiden Systeme ihre naturgegebenen Vorteile haben. Diese Betrachtung bezieht sich auf die derzeit im Transatlantikverkehr verfügbaren Systeme von Koaxial-Seekabeln und Satelliten der Intelsat-Serie.

Fernmeldesatelliten der letzten Generation verfügen über eine hohe Übertragungskapazität. Sie beträgt das Mehrfache der Kapazität der modernsten Transatlantik-Seekabel in Koaxialtechnik. Dementsprechend eignen sich Fernmeldesatelliten hervorragend für breitbandige Übertragungen, also zum Beispiel schnelle Datenkommunikation mit Übertragungsgeschwindigkeiten von 64 kbit/s und höher.

Dies entspricht der Übertragung von mehr als drei Seiten pro Sekunde DIN A 4 eng mit Schreibmaschine beschrieben. Das Seekabel hat derzeit bei Verwendung von modernsten privaten Übertragungsgeräten eine maximale Übertragungskapazität, verglichen mit dem Satellit von weniger als einer Seite DIN A 4 pro Sekunde bei Verwendung eines Kanals mit Fernsprechbandbreite. Satelliten können auch bequem höhere Transferraten verkraften, wie beispielsweise zwei Mbit/s, die für den Einsatz von Videokonferenzen erforderlich sind.



So fing es an: Telegraphenstation um die Jahrhundertwende FOTO: DAT

Ein derzeit ausschließlich den Satelliten vorbehaltenes Einsatzgebiet sind Verteildienste. Darunter versteht man, daß von einer Quelle Nachrichten an viele Empfänger abgegeben werden. Beispiele hierfür sind Fernsehen, Funk und Hörfunk. Aber auch im Bereich der geschäftlichen Telekommunikation kommen zunehmend Forderungen nach Verteildiensten auf, zum Beispiel Nachrichtenagenturen, die ihre Informationen an mehrere hundert Empfänger verteilen möchten.

Beim Einsatz im normalen geschäftlichen Verkehr zwischen Europa und USA spielen für die Betreiber von internationalen Mietleitungen aber andere Kriterien eine Rolle. Ein Unternehmen, das eine Mietleitung mit Fernsprechbandbreite einsetzen will und darüber Sprache, Daten, Text und Bilder zu übertragen, erhält beim Satellit 300 bis 3400 Hz als verfügbares Frequenzband.

Es ist damit in der Lage, alternativ Daten und Sprache und jeweils gleichzeitig vier bis fünf Fernschreibkanäle einzusetzen. Die Anzahl der möglichen Fernschreibkanäle hängt nicht zuletzt von der gewählten Geschwindigkeit der Datenübertragung ab. Je höher die Datenübertragungsgeschwindigkeit, um so weniger Fernschreibkanäle sind möglich. Beim Seekabel ist eine Bandbreite von 300 bis 3050 Hz verfügbar. Daraus resultiert eine geringere Anzahl an möglichen Fernschreibkanälen. In der Sprach- oder Datenübertragung ergeben sich keine Unterschiede.

Seekabel mit ihren zahlreichen Verstärkern, die nicht nur die Nutzsignale, sondern auch die Störgeräusche verstärken, schneiden im Vergleich des für die Übertragungsqualität maßgeblichen Signalgeräusch-Abstandes schlechter ab als Satelliten, die auf ihrem langen Weg praktisch nur einmal verstärken. Aufgrund der ausgefeilten Technik der Seekabel ist dieser Unterschied im Signalgeräusch-Abstand jedoch für den Betreiber nicht wahrnehmbar.

Einen physikalischen Nachteil haben Fernmeldesatelliten immer dann, wenn es um Signallaufzeiten geht. Elektrische Signale über Satelliten geführt, haben eine Strecke von etwa 72 000 Kilometer zurückzulegen. Selbst bei annähernder Lichtgeschwindigkeit der Nachrichten ergibt dies eine beträchtliche Laufzeit.

Diese Laufzeit ist immer dann störend, wenn es sich um Dialogverfahren handelt, also bei bestimmten Datenübertragungsprozeduren, wenn beispielsweise ein Block übertragen wird und die Quittung für den richtigen Empfang des Blockes an den Sender zurückgesandt wird. Aber auch bei der Übertragung von Ferngesprächen wird die Laufzeit als gewöhnungsbedürftig und störend empfunden.

Mindestens 0,6 Sekunden dauert es, bis eine Reaktion vom Gesprächspartner allein bedingt durch die Laufzeit, empfangen werden kann, so daß es in der Diskussion hier durchaus Probleme geben kann. Auch sind die Systeme so ausgelegt, daß durch Echounterdrücker verhindert wird, daß der Sender seine eigenen Signale mit dieser Laufzeitverzögerung zurückbekommt. Dies hat aber den Nachteil, daß, wenn beide Diskussionspartner gleichzeitig sprechen, immer nur der lautere durchkommt, während der andere durch Echounterdrücker ausgeschaltet wird.

Durch den Einsatz moderner Übertragungsprozeduren sind die Laufzeitnachteile bei der Datenkommunikation weitgehend vermieden. Mit den zum Teil noch eingesetzten älteren Prozeduren wirkt sich die Laufzeit des Satelliten noch sehr nachteilig aus.

Abhängig von der Datenblocklänge und der Störhäufigkeit kann über das Kabel bis zu 100 Prozent mehr Übertragungsleistung erzielt werden als über Satellit. Moderne Prozeduren vermeiden jedoch diesen Nachteil, der durch die Signallaufzeit begründet ist.

Das 6250 Kilometer lange Seekabel TAT 7 ist mit 695 Verstärkern modernster Technik ausgestattet. Die Anforderungen an Zuverlässigkeit und Lebensdauer der Bauelemente sind extrem, denn diese Verstärker sollen 30 Jahre lang in bis zu 4000 Meter Wassertiefe rund um die Uhr in Betrieb sein, ohne jemals auszufallen. Schon ein Defekt an einem einzigen der 200 000 Bauteile des TAT 7-Verstärkersystems verursacht hohe Kosten. Die Lebensdauer der derzeitigen Intelsat-Satelliten ist demgegenüber auf etwa sieben Jahre begrenzt.

Die Telekommunikation erlebt zur Zeit eine Phase stürmischer Entwicklung, wie dies in einem anderen Bereich kaum der Fall ist. Mit der fortschreitenden Digitalisierung der Nachrichtentechnik bieten sich die neuen Wege der Glasfaser an. Signale werden nicht mehr über elektrische Leiter transportiert, sondern als Lichtimpulse über Glasfaser geführt.

Diese Glasfasern sind haardünne Fasern (1/10 Millimeter) aus Siliciumoxid, dem Grundstoff von Glas. Es ist heute möglich, solche Fasern mit einer Reinheit und Transparenz herzustellen, die eine Übertragung über längere Strecken ohne Verstärkung erlauben.

Bestechend sind die Eigenschaften der Glasfaser in der Anwendung:

- höchste Übertragungsbreite,
- niedrige Dämpfung,
- größerer Verstärkerabstand,
- geringer Platzbedarf,
- keine elektromagnetische Beeinflußbarkeit und
- Störstrahlungssicherheit.

Bereits das nächste Transatlantikkabel TAT 8 wird eine Glasfaserkabel sein. Es wird über eine Kapazität von etwa 40 000 gleichzeitigen Telefongesprächen verfügen und damit rund das Vierfache an Kapazität bieten, das alle bisher im Transatlantikverkehr verfügbaren Kupferkoaxialkabel zusammengenommen aufweisen. Das TAT 8 wird unter dem Projektmanagement der AT & T geplant und verlegt. 1992 ist bereits das TAT 9, ebenfalls in Glasfasertechnik, vorgesehen.

Neu ist, daß nunmehr auch private Gesellschaften, wie beispielsweise Tel-Optik und SLC (Submarine Light Wave Cable) Transatlantikglasfaserkabel auslegen und betreiben wollen. Dies ist natürlich nur möglich, wenn europäische Postverwaltungen damit einverstanden sind.

Die Haltung der Deutschen Bundespost hierzu ist noch offen. Jedoch hat Tel-Optik bereits mit der Cable & Wireless in England Vereinbarungen abgeschlossen über zwei Transatlantikkabel mit der geplanten Fertigstellung 1989 und 1992. Die Kapazität jedes dieser Systeme sind 40 000 gleichzeitige Ferngespräche.

Der Autor ist Geschäftsführer der Deutsch-Atlantischen Telegraphengesellschaft (DAT), Köln.



Das neue System liefert bessere Qualität zu günstigeren Tarifen

Mit ISDN garantiert die Post künftig eine optimale Datenübermittlung

Im Laufe der Zeit hat sich in allen Industrienationen der Welt eine große Vielfalt der unterschiedlichsten Fernmeldedienste entwickelt. Dieses Angebot der Fernmeldedienste setzt geeignete Fernmeldenetze voraus. So sind in der Bundesrepublik recht unterschiedliche Netze entstanden, die auf die speziellen Bedürfnisse der einzelnen Dienste optimiert sind. Das heute flächendeckend ausgebaute Fernsprechnetz zum Beispiel ist auf die Bedürfnisse des Fernsprechdienstes zugeschnitten.

Wegen der technischen Parameter können jedoch die moderneren Dienste in diesem herkömmlichen Netz nicht realisiert werden. Deshalb wurde das Integrierte Digitale Text- und Datennetz (IDN) eingerichtet, über das neben den Diensten für die Textübermittlung eine große Vielfalt an Datenübermittlungsdiensten abgewickelt wird.

Mit zunehmender Spezialisierung eines Netzes sinkt die Anzahl der potentiellen Kunden. Andererseits müssen diese Netze flächendeckend angeboten werden. Hieraus resultieren gegenüber dem Fernsprechnetz um ein Mehrfaches längere Anschlußleitungen, entsprechend höhere Aufwendungen für Ausbau und Unterhaltung des Netzes und in deren Folge auch hohe Gebühren für die Dienste.

Die Netzentwicklung folgt stets der Technologieentwicklung. So ist heute auf der Basis der Mikroelektronik die kostengünstige Realisierung von digitalen Schaltungen möglich. Damit kann die Darstellung und Übertragung unterschiedlicher Informationsarten (Sprache, Text, Daten, Bild) in einer Signalform mit einer einheitlichen Technologie erfolgen. Die Nutzung einer einheitlichen Technologie eröffnet die Möglichkeit zum Aufbau eines universellen Kommunikationsnetzes.

Grenzen der Leistungsfähigkeit

Damit ist der Weg frei für das diensteintegrierende digitale Fernmeldenetz (ISDN), über das letztlich alle Dienste sowohl der schmal- wie der breitbandigen Individualkommunikation abgewickelt werden können. Als Grundlage hierfür dient das Fernsprechnetz.

Die Digitalisierung des Fernsprechnetzes erfolgt zunächst aus technischen und wirtschaftlichen Gründen. Die im Einsatz befindliche analoge Vermittlungstechnik stößt bei den steigenden Verkehrs- und Qualitätsanforderungen allmählich an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, so daß eine zukunftssichere Nachfolgetechnik notwendig ist.

Hierbei fiel die Wahl auf eine digitale, rechnergesteuerte Technik, die neben höherer Leistungsfähigkeit eine Reihe wirtschaftlicher Vorteile bietet. Im digitalisierten Fernsprechnetz ist lediglich das Verbindungsleitungsnetz digital, die Teilnehmeranschlüsse werden nach wie vor analog betrieben.

Das Erfolgsrezept heißt Standardisierung

Auf der Basis des digitalisierten Fernsprechnetzes entsteht das ISDN für schmalbandige Fernmeldedienste durch die zusätzliche Digitalisierung der Teilnehmeranschlußleitung. Damit werden durchgehende digitale Verbindungswege von Teilnehmer zu Teilnehmer und die Integration aller schmalbandigen Dienste in einem Netz möglich.

Das ISDN ist in der Lage, alle heute bekannten und künftig entstehenden Fernmeldedienste der schmalbandigen Individualkommunikation aufzunehmen und sie schneller, mit besserer Qualität und zu günstigen Tarifen zu erbringen.

Es stellt dem Teilnehmer zwei unabhängig voneinander verwendbare Nutzkanäle zur Verfügung, die über die vorhandene Anschlußleitung geführt, in einer international standardisierten Kommunikationssteckdose abgeschlossen und unter einer Rufnummer erreicht werden.

Die beiden Nutzkanäle können gleichzeitig für die verschiedensten Dienste verwendet werden. So kann ein Teilnehmer beispielsweise während eines Telefongesprächs gleichzeitig auf dem zweiten Nutzkanal Informationen aus einer Datenbank abrufen oder auch eine Fernkopie absetzen.

An die genormte Kommunikationssteckdose können bis zu acht unterschiedliche Endgeräte angeschlossen werden. Statt mehrere Endgeräte zu benutzen, können verschiedene Dienste in einem einzigen Mehrdienste-Endgerät vereinigt werden.

Das ISDN ermöglicht zusätzlich eine große Zahl attraktiver Dienstmerkmale, die zu höherem Komfort und verbesserter Bedienerfreundlichkeit beim Nutzer und zum Angebot von neuen Diensten verwendet werden können. Das ISDN wird in den ersten Jahren insbesondere für die geschäftliche Kommunikation interessant sein. Durch den modularen Aufbau der eingesetzten Technik kann ohne großes Investitionsrisiko dem aktuellen Bedarf in relativ kurzfristigen Ausbauabschnitten gefolgt werden.

In der ersten Realisierungsstufe des ISDN ist das Angebot von Diensten mit höheren Bandbreiten (Bewegtbildübertragung, schnelle Text- und Datendienste) noch nicht möglich. Andererseits ist bereits heute ein erster Bedarf nach mehr Leistung erkennbar. Das ISDN muß deshalb zum Breitband-ISDN weiterentwickelt werden.

Dieser zweite Entwicklungsschritt vollzieht sich in einem erneuten Technologiesprung, bei dem das gesamte Liniennetz bis hin zum Teilnehmeranschluß in Glasfasertechnik ausgebaut werden muß.

Fast unbegrenzte Möglichkeiten

Anfang der 90er Jahre werden die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Einsatz breitbandiger digitaler Systeme erfüllt sein. Hierbei werden die zunächst für die Vermittlung von speziell ausgerüsteten Netzknoten unter Mitbenutzung wesentlicher Systemkomponenten der eingesetzten Technik um breitbandige Koppelnetze erweitert werden.

Bereits in den Jahren zwischen 1986 und 1990 wird der Glasfaserausbau im Liniennetz vorangetrieben, der zur Schaffung des notwendigen Netzvorlaufs für das Breitband-ISDN erforderlich ist.

Das Breitband-ISDN wird eine breite Palette schmal- und breitbandiger Dienste der Individualkommunikation anbieten. Neben den bekannten Schmalbanddiensten wird eine große Zahl breitbandiger Dialogdienste, Abrufdienste und die Verbindung zwischen privaten Netzen und Endgeräten möglich sein.

Als dritter und letzter Entwicklungsschritt können schließlich in einem integrierten Breitbandfernmeldenetz auf Glasfaserbasis auch Fernseh- und Hörfunkprogramme verteilt werden. KARL THOMAS